G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Zurück in die fünfziger Jahre?

Wolff Geisler
Die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika

Joachim Petzold
War Hitler ein Revolutionär? Zum Thema Modernismus und Antimodernismus in der Faschismus-Diskussion

Bernd Güther
Intelligenz ohne Arbeit Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems

Die CIA und ihre Beeinflussung der Weltmeinung (Dokumentation)

2'78

Februar 1978 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1978

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1978 129

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Stand der Beziehungen zwischen BRD und DDR ..... *Michael Charlier* 132

Frankreich vor den Wahlen ..... *Edgar Gärtner* 136

GLOSSE

Hans Maier will nicht Inquisitor sein ..... *Erich Fried* 141

HAUPTAUFSÄTZE

Zurück in die fünfziger Jahre? Zur internationalen Lage und zur Situation in der Bundesrepublik Anfang 1978 ..... *Karl D. Bredthauer* 142

Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich ..... *Wolff Geisler* 166

War Hitler ein Revolutionär? Zum Thema Modernismus und Antimodernismus in der Faschismus-Diskussion ..... *Joachim Petzold* 186

Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems ..... *Bernd Güther* 205

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 224

MEDIENKRITIK

Britta und Gretchen ..... *Günter Giesenfeld* 226

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Lage der BRD im Jahre 1977 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 227

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die CIA und ihre Beeinflussung der Weltmeinung (Wortlaut einer Artikelserie der „New York Times" vom 25., 26. und 27. Dezember 1977) 231

Aufruf der katholischen Friedensbewegung Pax Christi zur Unterschriftenaktion gegen die Neutronen-Bombe und zur Abrüstung (Wortlaut) 255

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Dreiundzwanzigster Jahrgang · Heft 2/1978

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Januar 1978

1. 1. – T ü r k e i. Einen Tag nach dem Sturz der Regierung unter Ministerpräsident Suleyman Demirel (Gerechtigkeitspartei) durch Mißtrauensvotum im Parlament (vgl. dazu „Blätter", 9/1977, S. 1031), wird Oppositionsführer Bülent Ecevit (Republikanische Volkspartei) mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Ecevit bildet eine Koalitionsregierung, der Mitglieder der Republikanischen Volkspartei, der Vertrauenspartei und der Demokratischen Partei sowie parteilose Minister angehören und die am 17. 1. mit 229 gegen 218 Stimmen das parlamentarische Mandat erhält. Das Außenministerium übernimmt Gündüz Oekgün (Republikanische Volkspartei).

2.–12. 1. – N a h e r O s t e n. Der algerische Präsident Boumedienne besucht den Irak, Saudiarabien, Bahrein, die Arabischen Emirate, die beiden Jemen, Katar, Kuweit, Jordanien und Syrien, um die Lage im Nahen Osten nach Aufnahme der ägyptisch-israelischen Verhandlungen zu besprechen. Boumedienne hält sich anschließend in der Sowjetunion (12.–14. 1.) und in Jugoslawien (14.–15. 1.) auf. In einem algerisch-sowjetischen Kommuniqué heißt es: „Während des Meinungsaustausches schätzte die sowjetische Seite die wichtige Rolle der DRV Algerien beim Kampf zur Sammlung der fortschrittlichen Kräfte der arabischen Welt auf einer antiimperialistischen

Basis hoch ein. Präsident Boumedienne bekräftigte erneut das Festhalten der DRV Algerien an der Erklärung der Tripolis-Konferenz vom Dezember 1977 (vgl. „Blätter", 1/1978, S. 1 f.). – Vom 7.–8. 1. konferiert der ägyptische Präsident Sadat in Khartum mit dem sudanesischen Präsidenten Numeiri. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt Sadat: „Wir werden der weiteren Präsenz israelischer Soldaten oder Zivilisten auf unserem Territorium nach der Unterzeichnung einer umfassenden Friedensregelung nicht zustimmen." – Am 8. 1. fordert Ministerpräsident Begin in einer Rede die ägyptische Seite ultimativ auf, den israelischen Plan für eine Friedensregelung anzunehmen. Anderenfalls behalte sich Israel das Recht vor, Entscheidungen über Gebietsveränderungen zu treffen. – Am 11. 1. konstituiert sich das von Sadat und Begin eingesetzte gemeinsame Militärkomitee. Delegationsleiter sind die Verteidigungsminister Gamassi (Ägypten) und Weizman (Israel); das politische Komitee tritt am 17. 1. unter Leitung der Außenminister Kaamel (Ägypten) und Dayan (Israel) in Jerusalem zusammen. An der Eröffnungssitzung nimmt der amerikanische Außenminister Vance teil.

4. 1. – Chile. Staatschef General Pinochet läßt durch eine „nationale Konsultation" seine Politik und die Legitimität seiner Regierung bestätigen. Führende Militärs, Politiker der verbotenen Oppositionsparteien und der Klerus hatten sich gegen die erst am 21. Dezember 1977 angekündigte Volksabstimmung gewandt. Die Bischöfe hatten in einer Erklärung auf die dauernde einseitige Propaganda der Regierung hingewiesen, die eine Form des psychologischen Drucks auf das Gewissen sei. Das Innenministerium veröffentlicht folgendes Ergebnis: Ja-Stimmen 75,3% Nein-Stimmen 20,4%.

6.–7. 1. – Ungarn / USA. Der amerikanische Außenminister Vance hält sich als Sonderbeauftragter von Präsident Carter in Budapest auf, um die seit Kriegsende in den Vereinigten Staaten zurückgehaltene Stefanskrone und die Krönungsinsignien an Ungarn zurückzugeben. Vance und der ungarische Parlamentspräsident Antal Apro bezeichnen die Rückgabe als einen Akt der Normalisierung im Zeichen der Schlußakte von Helsinki.

9. 1. – USA / UdSSR. Nach einer kurzen Pause werden in Genf die Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II) unter Leitung der Delegationschefs Semjonow (UdSSR) und Earle (USA) fortgesetzt. Aus Konferenzkreisen verlautet, es liege ein gemeinsamer Vertragsentwurf im Umfang von 50 Seiten vor, dem ein für drei Jahre gültiges Protokoll beigefügt werden solle, das die offen gebliebenen Fragen behandele.

11. 1. – IAEA. Die wichtigsten Staaten im Bereich der Herstellung und des Exports nuklearer Anlagen (zusammengeschlossen im „Londoner Club") hinterlegen bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) in Wien gemeinsam ausgearbeitete Richtlinien für die Weitergabe nuklearer Materialien und Ausrüstungen. Das Dokument sieht für diese Weitergabe strenge Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen vor. Dem „Club" gehören die USA, die UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Kanada, die BRD und Japan (ursprüngliche Mitglieder) sowie Italien, Belgien, die Niederlande, Polen, die CSSR, die DDR, Schweden und die Schweiz (später beigetretene Mitglieder) an.

12. 1. – USA. Der amerikanische Botschafter in Rom, Richard Gardner, beendet Konsultationen mit seiner Regierung in Washington. Der Sprecher des State Department verliest aus diesem Anlaß vor der Presse eine Erklärung, die sich gegen eine Regierungsbeteiligung kommunistischer Parteien in Westeuropa wendet. Die „jüngsten Entwicklungen in Italien" würden in Washington „mit Besorgnis" betrachtet.

12.–14. 1. – CSSR / BRD. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, der sich mit Fraktionskollegen auf Einladung des CSSR-Parlaments (Bundesversammlung) in Prag aufhält, führt Gespräche mit Außenminister Bohuslav Chnoupek und wird auch von Präsident Gustav Husak empfangen. Wehner erklärt vor Pressevertretern, die Gespräche hätten Informationen für die Fortführung der Verhandlungen über die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen erbracht.

16. 1. – Italien. Ministerpräsident Andreotti demissioniert, wird aber von Staatspräsident Leone mit der Weiterführung der Geschäfte und Gesprächen über die Neubildung des Kabinetts beauftragt. In Rom heißt es, die christlich-demokratische Minderheitsregierung habe die Unterstützung im Parlament verloren (vgl. „Blätter", 8/1977, S. 905).

17. 1. – KSZE. Das „Belgrader Treffen 1977" tritt nach einer vierwöchigen Pause (vgl. „Blätter", 1/1978, S. 3) wieder zusammen, um in der

zweiten Phase das Schlußdokument auszuarbeiten und zu verabschieden. Von mehreren Seiten werden Entwürfe vorgelegt.

19. 1. – B R D / D D R. Bundeskanzler Schmidt äußert sich im Bundestag in einer Regierungserklärung, der sich eine Debatte anschließt, u. a. zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Der Kanzler bewertet die Schließung des „Spiegel"-Büros in der DDR (am 10. 1.) und die Einreiseverweigerung für den CDU-Vorsitzenden Kohl (am 16. 1.) als einen „Rückschlag" in den gegenseitigen Beziehungen. Die Bundesregierung wolle ihre bisherige Politik fortsetzen, da es „zur Entspannung . . . nach wie vor keine Alternative" gebe. – Vom 27.–29. 1. hält sich Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski als persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers zu einem vertraulichen Meinungsaustausch mit einem Beauftragten des DDR-Staatsratsvorsitzenden, dem SED-Politbüromitglied Hermann Axen, in Berlin (DDR) auf. Wischnewski erklärt anschließend, es sei über „alle Fragen von beiderseitigem Interesse" gesprochen worden. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN nennt den Besuch Wischnewskis „nützlich". Der von der DDR befürwortete fortschreitende Prozeß einer Normalisierung setze voraus, „wieder ein sachliches Klima zwischen beiden Staaten zu schaffen.".

– B e l g i e n. Vertreter von Flamen und Wallonen einigen sich auf die juristische Form einer Föderalisierung des Landes. Einzelheiten, so die Rechte der französischen, niederländischen und deutschen Sprachgruppe in einem „regionalisierten" Belgien, sind in einem Dokument („Egmont-Pakt") niedergelegt. Die Befugnisse der paritätisch aus Flamen und Wallonen zusammengesetzten Zentralregierung in Brüssel soll sich künftig auf die Außen-, Justiz- und Verteidigungspolitik beschränken.

22. 1. – Ä t h i o p i e n / B R D. Der Botschafter der Bundesrepublik in Addis Abeba, Johann Christian Lankes, wird von der Regierung zur unerwünschten Person erklärt und des Landes verwiesen. Beobachter bringen die Ausweisung in Zusammenhang mit einem „ungebundenen" Finanzkredit der Bundesrepublik an Somalia in Höhe von 25 Mill. DM (Verträge vom 12. 1. und 18. 1.). Der äthiopische Botschafter in Bonn, der einen Zusammenhang beider Ereignisse verneint, bezeichnet die Finanzhilfe an Somalia als eine deutliche Einmischung der Bundesrepublik in den äthiopisch-somalischen Konflikt.

23. 1. – U d S S R. Regierungssprecher Bölling bestätigt eine Meldung der Tageszeitung „Die Welt" vom gleichen Tag, in der über einen Brief von Staatspräsident Breschnew an die Regierungschefs verschiedener Staaten (darunter auch Bundeskanzler Schmidt) berichtet wird. Breschnew soll in seinem Schreiben erklärt haben, die Entwicklung und Herstellung einer Neutronenwaffe müsse als schwere Belastung für die Entspannungspolitik und die Ost-West-Beziehungen betrachtet werden.

25. 1. – F r a n k r e i c h. Der Ministerrat billigt die von Präsident Giscard d'Estaing im Juli 1977 angekündigte Grundsatzerklärung zu Problemen der Abrüstung, in der u. a. die Ablösung der Genfer Abrüstungskonferenz (an der Frankreich nicht teilnimmt) durch „ein neues Forum mit veränderter Zusammensetzung und veränderten Verfahrensweisen" als Organ der Vereinten Nationen, die Errichtung einer Weltagentur für Satellitenkontrolle sowie die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz für Europa vorgeschlagen werden. Frankreich bekräftigt das Festhalten an einer eigenen Atomstreitmacht.

30. 1. – P o r t u g a l. Staatspräsident Eanes vereidigt ein neues Kabinett unter Minsterpräsident Soares (zum Sturz der Minderheitsregierung vgl. „Blätter", 1/1978, S. 3), dem neben Mitgliedern der Sozialisten (PSP) auch Vertreter des Demokratisch-Sozialen Zentrums (CDS) angehören. Eine Vereinbarung zwischen beiden Parteien, die im Parlament über 102 bzw. 41 der insgesamt 263 Sitze verfügen, war am 19. 1. unterzeichnet worden. Soares bezeichnet die neue Regierung nicht als Koalition, sondern als sozialistische Regierung mit Beteiligung von „Persönlichkeiten". Das Außenministerium übernimmt Vitor Sa Machedo (CDS).

31. 1. – A b r ü s t u n g. Nach längerer Unterbrechung (vgl. „Blätter", 9/1977, S. 1032) wird in Genf die Abrüstungskonferenz (Committee of the Conference on Disarmament/CCD) wieder aufgenommen. Gleichzeitig werden amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen (seit dem 10. 1.) sowie Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion über ein umfassendes Verbot von Nukleartests (seit dem 23. 1.) ebenfalls in Genf geführt. In Wien beginnt die 14. Runde der Gespräche über eine Verminderung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa (vgl. „Blätter", 1/1978, S. 2 f.).

Zum Stand der Beziehungen zwischen BRD und DDR

Schon über die Urheber des vom „Spiegel" im Januar veröffentlichten „Manifests" einer angeblich in der SED operierenden Oppositionsgruppe gab es die unterschiedlichsten Meinungen. Der „Spiegel" beharrte – mit Schwankungen – auf seiner Version, die Verfasser seien Funktionäre der SED, Politiker der SPD machten den Staatssicherheitsdienst der DDR für das Papier verantwortlich, die „Prawda" lokalisierte die Autoren in Pullach. Die Bedeutung des Textes war noch umstrittener. Für Rudolf Augstein und Helmut Kohl war er fast eine Offenbarung, Herbert Wehner betrachtete ihn als Provokation, und Wolf Biermann forderte weitestmögliche Verbreitung durch Abdruck in der „Bild-Zeitung". Es ist kaum erforderlich, den vielen Spekulationen über die Herkunft des so groß herausgebrachten Papiers noch weitere hinzuzufügen. Diese Frage ist auch längst in den Hintergrund getreten gegenüber einer Argumentation, nach der die Echtheit jenes „Manifests" nicht zu interessieren brauche – weil es jedenfalls in dem Sinne echt sei, daß es Meinung und Stimmung weiter Teile der DDR-Bevölkerung wahrheitsgetreu wiedergebe.

Mir scheint, umgekehrt wird ein Schuh draus: Wo auch immer die Leute wohnen mögen, deren gesammelte Verbitterungen, Biertisch-Strategien und Gerüchte da als politisches Manifest auf den Markt geworfen wurden – ihre geistige Heimat befindet sich nicht in der DDR. Der Anspruch der Verfasser, für eine „marxistische Opposition" in der SED zu sprechen, ist unglaubwürdig. Von Marxismus findet sich in ihren Ausführungen auch nicht eine Spur, und die eigentümliche Mischung von bei Kurt Schumacher, Carillo und Mao entlehnten Versatzstücken kann über diesen Mangel ebenso wenig hinwegtäuschen wie ein modisch auf „links" drapierter Antileninismus, der von Dutschke oder Rabehl abgeschrieben sein könnte. Das alles gehört zur Verpakkung, ebenso wie der Versuch, sich unter Berufung auf Lessing und Schiller in die besten humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte zu stellen. Der Inhalt dieses „Manifests" ist ein ganz anderer; er läßt sich unschwer auf die Begriffe „Freie Marktwirtschaft", „Nationalismus" und „bürgerlicher Parlamentarismus" reduzieren. Die „neuen Marxisten" des „Spiegel" haben nichts anderes anzubieten als den gewöhnlichen alten Kapitalismus; ihre soziale und ideologische Basis liegt in der Bundesrepublik. Daß man mit einer derartigen Konzeption in der DDR nennenswerte Resonanz hervorrufen könnte, glaubt wohl nicht einmal der – unter diesem kompromittierenden Namen allerdings nicht mehr auftretende – „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung".

Damit stellt sich die Frage nach dem Sinn der ganzen Veranstaltung, will man sich nicht mit der durchaus diskutablen Vermutung zufrieden geben, daß der „Spiegel" in der anzeigenarmen Zeit nach den Feiertagen für jedes Mittel zur Auflagensteigerung dankbar ist. Eine weitergehende Antwort auf die Frage nach den politischen Hintergründen fällt jedoch nicht schwer. Denn nicht nur die ideologische Ausgangsposition des „Manifests" liegt im Westen. Auch die Stoßrichtung der mit

seiner Veröffentlichung ausgelösten Kampagne zielt offenbar überwiegend auf die BRD. Hierzulande steht die „Freie Marktwirtschaft" bei 1 Million Arbeitslosen nicht mehr im besten Ruf, jede Fernsehübertragung aus dem Bundestag trägt dazu bei, den Parlamentarismus lächerlich zu machen, jeder neue Spruch aus Karlsruhe untergräbt das Vertrauen in die „Unabhängigkeit der Justiz". Da tut eine Aufwertung not, und das „Spiegel-Manifest" versucht sie zu liefern, indem es suggeriert, wie sehr uns die „getrennten Brüder und Schwestern" um derlei bourgeoise Errungenschaften beneideten, die bei uns nur aus Undankbarkeit und Unwissenheit geringgeschätzt würden. Und getreu der altbewährten Herrscher-Weisheit, daß eine tüchtige Dosis Nationalismus selten ihre Wirkung verfehlt, wo es um Ablenkung von inneren Problemen geht, wird die von der Geschichte für jede überschaubare Zeit beantwortete „Deutsche Frage" als brennend aktuell in die Diskussion gebracht. Im übrigen ordnet sich das Papier dann noch bruchlos in die Dauerkampagne ein, mit der die Vorstellung vom angeblich bevorstehenden Bankrott der SED, der KPdSU oder am besten der sozialistischen Länder insgesamt vermittelt werden soll. Die „linke" Aufmachung trägt darüberhinaus noch dazu bei, Verwirrung und Auseinandersetzungen in die fortschrittlichen Kräfte der BRD zu tragen.

Nun ist diese Art von antikommunistischer Propaganda nicht gerade originell, doch es ist unverkennbar, daß derartige Kampagnen, die mit Beginn der Entspannungspolitik abgeflaut waren, seit einigen Jahren wiederbelebt werden und sich inzwischen zu einer wahren Globalstrategie der Desinformation – verbunden mit Versuchen zur Einwirkung auf die sozialistischen Länder – auswuchsen. Der Zeitpunkt, an dem diese Rückkehr zum Kalten Krieg eingeleitet wurde, ist verräterisch. Das begann im Jahr 1975, als sich zeigte, daß die seit 1974 grassierende Krise der (westlichen) Weltwirtschaft nicht auf einem vorübergehenden Konjunktureinbruch beruhte, sondern Ausdruck einer strukturellen Krise war, die mit den vorhandenen Mitteln nicht behoben werden konnte. Gleichzeitig war nicht zu übersehen, daß die sozialistischen Länder von dieser Krise zwar insoweit berührt werden, als sie mit dem kapitalistischen Weltmarkt verbunden sind, im übrigen jedoch, und das heißt in der Hauptsache, einen Wachstumskurs verfolgen, der auch in den kommenden Jahren andauern wird. Für eine Propaganda, die daran gewohnt war, die behauptete Überlegenheit des Kapitalismus vorzugsweise mit Statistiken über Unterschiede in Industrieproduktion und Lebensstandard in Ost und West zu belegen, war das ein schwerer Schlag – gerade zu einem Zeitpunkt, wo eine wirkungsvolle antisozialistische Propaganda zur Systemstabilisierung und Blockade der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen notwendiger denn je wurde. Die Antwort der Strategen für psychologische Kriegsführung ist bekannt. Sie verlagerten den Vergleich zwischen den Systemen durch die Menschenrechtskampagne vom ökonomischen auf das vermeintlich weniger riskante ideologische Feld.

Und als flankierende Maßnahme begannen sie damit, die Krisenerscheinungen des Kapitalismus, wenn sie schon nicht zu beseitigen waren, so doch in den Sozialismus hinüberzuprojizieren und damit die Krise als weltweite Erscheinung darzustellen. Als Wundermittel gegen unaufhaltsam steigende Preise und zunehmende Arbeitslosigkeit im Westen erfand man eine „verschleierte Inflation" und „versteckte Arbeitslosigkeit" im Osten. Und zur BRD-Realität, in der von Kreuth, 4. Partei oder Spaltung der SPD mehr als genug die Rede ist, gehört als „Spiegel"-Bild für die DDR geradezu zwangsläufig der „Bruch in der SED". Krisentransfer ist das Gebot der Stunde. Ein Lehrbuchbeispiel für dieses Verfahren war die „Spiegel"-Serie „Kommunismus heute" vom vergangenen Frühjahr; es ist übrigens auffällig, wie viele Argumentationen und Einzelaussagen aus dieser

Serie in dem „Spiegel-Manifest" treulich wiederkehren.

Mit der propagandistischen Rolle ist allerdings nur ein Teil der politischen Funktionen dieser Veröffentlichung erfaßt. Zwei weitere sind noch zu nennen: der Stellenwert derartiger Aktionen im Rahmen der Einwirkungsstrategie sowie die Stoßrichtung gegen die Entspannungspolitik insgesamt. Der Text des „Spiegel-Manifests" selbst ist aus den bereits angedeuteten Gründen kaum geeignet, politische Wirkung in der DDR zu entfalten. Etwas anderes ist es aber mit dem ganzen Drum und Dran: Angebliche Verbindungen zwischen dem „Spiegel"-Büro in Berlin/DDR und „hohen SED-Kreisen", die massiert in die DDR abgestrahlte Rundfunk- und Fernsehberichterstattung über den Vorgang, Protest der Bundesregierung gegen die Schließung der „Spiegel"-Filiale, geräuschvoller Auftritt von CDU-Chef Helmut Kohl auf dem Bahnhof Friedrichstraße . . . All das soll den Eindruck vermitteln, als sei die DDR nicht Herr im eigenen Hause und müsse von Rechts wegen alle möglichen Einwirkungsversuche hinnehmen. Auf diese Weise soll wenigstens Unsicherheit bei DDR-Bürgern hervorgerufen werden, die durch den politischen Inhalt des „Manifests" nicht angesprochen werden. Derartige Effekte sind den Verfechtern der Einwirkungsstrategie höchst erwünscht, und es dürfte sie mit großer Genugtuung erfüllt haben, wie bereitwillig die Bundesregierung die ihr zugedachte Rolle übernahm, indem sie zugunsten des „Spiegel" bei der DDR-Regierung intervenierte.

Es ist unübersehbar, daß durch solches Verhalten die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erschwert und Grundlagen der Entspannungspolitik infrage gestellt werden. Und gerade hinsichtlich der Auswirkungen auf die Entspannungspolitik kommt der durch das „Spiegel-Manifest" ausgelösten Kampagne lehrstückhafter Charakter zu. Die Schlüsselfragen sind hier: Warum kehrt gerade der „Spiegel", der einst für Realismus gegenüber der DDR und für die „Neue Ostpolitik" eintrat, nun zu Kiesingers Position vom „künstlichen Gebilde DDR" zurück? Und warum tritt die Bundesregierung so demonstrativ für das „Freiheitsrecht" des Magazins auf Verbreitung entspannungsfeindlicher Tatarenmeldungen ein, wo sie doch keine Alternative zur Entspannungspolitik aufzeigen kann? Und das auch noch zu einer Zeit, wo die Auswirkungen der Normalisierung unverkennbar sind.

Die hier aufscheinende Inkonsequenz ist Auswirkung jener Widersprüche, unter denen die „Neue Ostpolitik" von Anfang an zu leiden hatte. Diese Politik war auf der einen Seite realistisch genug, aus Einsicht in die tatsächlichen Kräfteverhältnisse von der Konfrontation abzurücken und Mittel des friedlichen Ausgleichs zu suchen. Auf der anderen Seite war auch für die sozialliberalen Väter dieser realistischen Haltung die Stabilisierung des marktwirtschaftlichen Profitsystems höchstes Ziel jeder Politik. Dazu war ihnen immer bewußt, daß die bloße Existenz sozialistischer Staaten auf Dauer nicht mit dem Ziel kapitalistischer Systemstabilisierung vereinbar sein werde. Sie zogen aus dieser Situation zwei Konsequenzen. *Außenpolitisch* ordneten sie die unabweisbar gewordene Entspannungspolitik dem Konzept des „Wandels durch Annäherung" unter: sie wollten zwar mit dem Sozialismus koexistieren, doch nur, um ihn endlich dadurch „verwandeln", d. h. auf lange Sicht abschaffen zu können. Die Einwirkungsstrategie bezeichnet lediglich die ungeduldigere und aggressivere Komponente dieser Politik. *Innenpolitisch* setzten sie alles daran, ein Wirksamwerden der Entspannung nach innen abzublocken. Niemand sollte aus den Verhandlungen des Bundeskanzlers mit kommunistischen Staats- und Parteichefs schließen können, daß Kommunisten und Sozialisten auch innenpolitisch Gesprächs- und Aktionspartner sein könnten. Militanter Antisozialismus

wurde damit mehr denn je Grundelement der Strategie zur Systemstabilisierung. In dieser Sicht war die Einführung der Berufsverbote geradezu notwendiges Korrelat der Entspannungspolitik. „Entspannung nach außen – Konfrontation im Innern" wurde ein Grundprinzip der „sozialliberalen" Koalition. Das gleiche Prinzip bestimmte auch für fast ein Jahrzehnt die Redaktionspolitik des „Spiegel".

Die innere Widersprüchlichkeit dieses Konzepts trat umso stärker hervor, als die Wirtschaftskrise sich immer tiefer in Ökonomie und Gesellschaft hineinfraß und folglich das Bedürfnis zur Einschüchterung und Unterdrückung fortschrittlicher, nach Alternativen suchender Kräfte zunahm. Je geringer die ökonomische Manövriermasse zur positiven Integration der Bevölkerungsmehrheit in das „FDGO-System" wurde, umso größerer Stellenwert kam ideologischer Beeinflussung und dem Ausbau staatlicher Repressionsinstrumente zu. Das führte hauptsächlich zu drei miteinander verbundenen Erscheinungen: 1. Abbau von Demokratie und Grundrechten, 2. Intensivierung der antisozialistischen Propaganda und 3. Neubewertung des Autoritarismus bis hin zur Reaktivierung des Nationalismus und der Rehabilitation des Faschismus. Zum ersten Punkt ist im 6. Jahr der Berufsverbote kaum noch Neues zu sagen: Die Mißachtung der Grundrechte wird zum Dauerzustand. Wer die Intensivierung der antisozialistischen Propaganda verfolgen will, braucht nur den Jahrgang 1977 des „Spiegel" durchzublättern. Es reicht aber auch die Lektüre jenes Urteils des Verwaltungsgerichts Ansbach zur Bestätigung des Ausbildungsverbots gegen H. Häberlein, in dem aktiver Antikommunismus zur Voraussetzung der Zulassung zum öffentlichen Dienst erhoben wird. Am kompliziertesten ist die Situation bei Punkt 3, ebenfalls im Niederschlag der Hitlerwelle im „Spiegel" zu verfolgen: Die Rehabilitierung des „Dritten Reiches" hat noch nicht das Ziel, einen neuen Faschismus herbeizuführen. Vorerst geht es darum, autoritäre Verhaltensweisen und Strukturen zu konservieren bzw. neu zu beleben. Im speziellen Fall BRD ist das ohne starke nationalistische Komponente schwer vorstellbar. Vom „Modell Deutschland" bis Mogadischu oder der Aufregung über den im Ausland so ungerecht verkannten „häßlichen Deutschen" ist zu beobachten, in welchem Maß der Nationalismus zugenommen hat bzw. angeheizt worden ist.

All das bleibt für die Anheizer nicht ohne Folgen; der Umschwung des „Spiegel" ist ein Beispiel dafür. Der angestachelte Nationalismus und der militante Antisozialismus bleiben nicht bloßes Instrument der Politik, sondern bestimmen in derartigem Umfang das politische Klima, daß die nationalistischsten und militantesten Verteidiger des Kapitalismus ihren politischen Einfluß ausbauen können. Die relative ökonomische Stärke der BRD begünstigt derartige Bestrebungen noch. Was gestern noch Propaganda zur Systemstabilisierung war, wird so heute schon zum von starken Kräften ernsthaft betriebenen neuen politischen Ziel. Im konkreten Fall des „Spiegel-Manifests" ist es ein altes: Die „Befreiung" und Rückgewinnung der DDR für die Herren an Rhein und Ruhr. Was als dramatischer Umschwung der Redaktionspolitik des „Spiegel" erscheint, ist in Wirklichkeit durch deren innere Widersprüchlichkeit vorbereitet und verursacht. Und so macht sich der „Spiegel" Ziele zu eigen, die bisher selbst im Kreis der extremen Rechten nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen wurden. Die Redaktion ernennt sich zur Speerspitze einer „gesamtdeutschen Partei" und stellt die These auf, daß sich „die beiden Teilstaaten aus wirtschaftlichen Gründen immer enger verzahnen", bis schließlich „die DDR abgeschafft" und „die deutsche Einheit unvermeidlich herbeigeführt" ist – so der „Spiegel" selbst, nicht sein ominöses Manifest. Der „Spiegel" hat damit den der halbherzigen Entspannungspolitik inhärenten Widerspruch aufgelöst – gegen die Entspan-

nung, für die Systemstabilisierung in ihrer aggressivsten Form.

Nicht erst die Gespräche von Staatsminister Wischnewski in Berlin Ende Januar haben gezeigt, daß die Bundesregierung zu einer derartigen Entscheidung nicht bereit ist. Sie findet jedoch auch nicht die Kraft, sich eindeutig von der Einwirkungsstrategie zu distanzieren und die Entspannungspolitik vorbehaltlos zu verwirklichen – nach außen wie nach innen. Sie versucht, weiter mit dem inneren Widerspruch einer Entspannungspolitik, die der Systemstabilisierung untergeordnet ist, zu leben. Wie das Beispiel des „Spiegel" vorführt, ist das auf Dauer schwer durchzuhalten. Aber ein Umschlag der politischen Orientierung, wie er jetzt im Falle des „Spiegel" vornehmlich heftiges Rauschen im Blätterwald verursachte, hätte auf Regierungsebene unkalkulierbare Auswirkungen.

Michael Charlier

Frankreich vor den Wahlen

Wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang für die französische Nationalversammlung am 12. März 1978 erscheint der Wahlausgang den in- und ausländischen Beobachtern nach dem Bruch der Linksunion wieder als offen. Die nach dem Sieg der Linken bei den Kommunalwahlen im März 1977 bereits ihrer Niederlage entgegensehende Regierungskoalition unter Staatspräsident Giscard d'Estaing und Premierminister Barre macht sich wieder Hoffnungen.

I

Seit dem 27. Januar wissen die Franzosen, was ihnen ihr Präsident, dem von der Verfassung der V. Republik die Rolle des Schiedsrichters zugedacht ist, als „bon choix", die richtige Wahl, empfiehlt. In Verdun sur le Doubs verkündete er, den General de Gaulle nachahmend, vor etwa 20 000 ausgewählten Zuhörern (200 000 hatten auf Staatskosten über die Post persönliche Einladungen erhalten) und über alle Funk- und Fernsehkanäle, die Anwendung des kollektivistischen „Programme commun" der Linken werde Frankreich in ein ökonomisches Chaos stürzen, während die gegenwärtige „majorité" dabei sei, den wirtschaftlichen Wiederaufschwung einzuleiten. Seine von den Massenmedien zum welthistorischen Ereignis aufgebaute Rede kreiste um drei Parolen: „ouverture, effort, unité", d. h. die Ausweitung der „majorité" auf Formationen und Wählerschichten der Opposition, die Fortführung der Maßhaltepolitik (Austerité) und als Bedingung dafür die Zusammenarbeit der Klassen, d. h. die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Akkumulationsbedürfnisse des Großkapitals. Freilich sei es den Franzosen nicht verboten, für die Linksparteien zu stimmen, im Falle eines Wahlsiegs der Linken wolle er sich der Anwendung des „Programme commun" nicht widersetzen und sich strikt nach der Verfassung richten.

Deren Artikel 16 gibt ihm allerdings für den Fall einer Krise unbeschränkte Regierungsvollmachten. Mit Hilfe der multinationalen Konzerne und des internationalen Kreditsystems könnte man eine nicht ausreichend wachsame Linksregierung leicht „destabilisieren", wie es die Szenarios der „Trilateral Commission", der neben den Führern der wichtigsten internationalen Konzerne der amerikanische Präsident Jimmy Carter und der französische Premierminister Raymond Barre angehören, vorsehen. Was Carter diesbezüglich auf seinem Staatsbesuch Anfang des Jahres mit Giscard in vielstündigen Unterredungen, über die nicht einmal die üblichen nichtssagenden Kommuniqués veröffentlicht wurden, verhandelt hat, läßt sich nur erahnen.

Am 7. Januar hatte Raymond Barre, von Giscard zum Führer der „majorité" ernannt, in Blois vor ausgewähltem Publikum durch die feierliche Verkündigung der „objectifs d'action" seiner Regierung offiziell den Wahlkampf der Rechtsparteien eröffnet, der in Wirklichkeit schon seit den Kommunalwahlen vom Frühjahr 1977 voll im Gange ist. Auf den tiefverwurzelten Traditionalismus der Franzosen setzend, predigte er Maßhalten und Kontinuität. Frankreich müsse auf dem „mittleren Weg" der Evolution fortschreiten und die Extremismen zurückweisen. Die Franzosen müßten die ihnen von der Regierung auferlegten Opfer beharrlich ertragen, denn die von der Opposition popularisierte Alternative führe die Nation in ökonomische Abenteuer und in politische Ohnmacht und Isolierung.

Das „programme de Blois" sieht zwar Sofortmaßnahmen für die Unternehmer (wie Steuererleichterungen, Subventionen usw.), für die Mehrheit der Franzosen aber nur kleine, und über die ganze Legislaturperiode verteilte Zugeständnisse vor, die umgerechnet für jeden Franzosen gerade täglich einen Becher Joghurt ergäben – verbunden mit der vagen Hoffnung, ihre Entbehrungen könnten eines Tages zur Verminderung von Arbeitslosigkeit und Inflation führen. Kaum verhüllt kündigte Barre für die Zeit nach den Wahlen kräftige Erhöhungen der öffentlichen Tarife an. Kurz: das „Programm von Blois" geht in der Verteidigung der bestehenden Privilegien und der Forderung weiterer Opfer von den Armen so weit, daß es nicht einmal die Versprechungen wiederholt, die Barre 1976 bei seinem Amtsantritt gab[1]).

Der wirtschaftliche Aufschwung, der Giscard und Barre zufolge bereits voll eingesetzt hat, ist nirgends zu spüren. Der von Barre und seinen Ministern jubelnd verkündete Rückgang der Arbeitslosigkeit, der Inflation und des Handelsdefizits entpuppt sich als schamlose Manipulation der Statistiken. So wurden für die Zeit des Wahlkampfs fast 500 000 Jugendliche kurzfristig als schlecht bezahlte Praktikanten eingestellt, wobei die Regierung die Sozialabgaben der Unternehmer übernimmt. Im April wird der größte Teil dieser Jugendlichen wieder vor den Schaltern der nationalen Arbeitsagentur ANPE Schlange stehen. Selbst die OECD rechnet in ihren Prognosen für 1978 mit einem Anstieg der (offiziellen) Arbeitslosenzahl in Frankreich auf 1,8 Mio. Für die etwa 17 Mio. unterhalb der Armutsgrenze lebenden Franzosen ist die Katastrophe, die ihnen angeblich im Falle eines Wahlsiegs der Linken droht, schon heute bittere Realität. Kontinuität heißt für sie Fortbestehen des Elends. Auch die noch nicht im Elend lebenden Schichten werden von der Rechtfertigung der Austeritätspolitik immer weniger überzeugt. Meinungsumfragen zufolge hält die Mehrheit der Franzosen trotz des Bruchs der Linksunion an ihrer durch das „Programme commun" geweckten Hoffnung auf einen wirklichen Ausweg aus der gegenwärtigen kapitalistischen Krise fest. Eine wiedervereinigte Linke würde die Wahlen glatt gewinnen.

Das erklärt, warum der Führer der exgaullistischen RPR, der Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, zögert, sich öffentlich voll hinter die Ziele Raymond Barres zu stellen. Zum andern fürchtet Chirac (nicht zu Unrecht), die anderen Formationen der „majorité" bauten heimlich eine Front gegen die RPR auf, in die auch Teile der Opposition einbezogen werden könnten. Die Führer der RPR mit etwa 500 000 Mitgliedern und 21% der Wählerstimmen die größte und einflußreichste Formation im Regierungslager, waren überdies enttäuscht darüber, daß Giscard nicht Chirac zum Führer der „majorité" auserkoren hat. So kam es nach dem Spektakel in Blois zu offenen Auseinandersetzungen im Regierungslager, als die RPR beschloß, entgegen dem im Sommer 1977 abgeschlossenen „pacte de la majorité" in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen.

1) Vgl. „Le Monde" v. 10. 1. 1978.

Diese Streitigkeiten, so wortstark sie auch ausgetragen werden, können nicht verdecken, daß im Regierungslager in allen wesentlichen innen- und außenpolitischen Fragen völlige Übereinstimmung herrscht. Tatsächlich werden die Vertreter der übrigen Regierungsparteien (PR und CDS) denn auch nicht müde, diese Einmütigkeit zu betonen. Nach der Empfehlung des „bon choix" durch Giscard scheinen die Streitigkeiten endgültig beigelegt.

Die wirklichen Ziele der „majorité" werden in dem im September 1977 verabschiedeten „manifeste de la majorité"[2]) und im „programme de Blois" nur dunkel angedeutet: Verschärfung der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, Fortsetzung der neokolonialistischen Ausplünderung der Entwicklungsländer, insbesondere durch die Übernahme einer Polizistenfunktion in Nord- und Zentralafrika (wovon das militärische Eingreifen Frankreichs in Zaïre und in der ehemaligen spanischen Sahara zeugt), weitergehende Integration Frankreichs in ein von den multinationalen Konzernen ökonomisch und von der BRD und den USA politisch beherrschtes Klein-Europa bei Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte, heimliche Reintegration Frankreichs in die NATO, in der Innenpolitik Kopie des „Modells Deutschland", Duldung der terroristischen Aktivitäten faschistischer Gruppen, Hetze gegen kritische Intellektuelle, Mißachtung des Rechts auf Verteidigung wie im Falle der Auslieferung des Rechtsanwalts Croissant an die BRD-Justiz, organisierte Panikmache wie nach der Entführung des Nuklear-Barons Empain usw.

Da diese Absichten von immer mehr Franzosen durchschaut werden, da – wie die Kommunalwahlen gezeigt haben – selbst traditionell rechts wählende Regionen langsam, aber doch wahrnehmbar zur Opposition überwechseln, greift die „majorité" nun zu illegalen Mitteln, um ihre Herrschaft fortzusetzen. Das französische Mehrheits-Wahlrecht bietet bereits zahlreiche Möglichkeiten „legaler" Manipulation, insbesondere durch die ungleiche Einteilung der Wahlkreise: Der kommunistische Abgeordnete des 3. Wahlkreises im Département Essonne vertritt fast zehnmal mehr Einwohner als der RPR-Abgeordnete des 1. Wahlkreises des Départements Lozère, d. h. die Rechte könnte ihre Parlamentsmehrheit im Prinzip auch bei einer Wahlniederlage halten. Um das zu versuchen, hat das französische Außenministerium in Verbindung mit den französischen Botschaften und Konsulaten einen großangelegten Handel mit den Wählerstimmen der etwa 700 000 wahlberechtigten Auslandsfranzosen organisiert. Sie versuchen, die Stimmen der überwiegend rechts wählenden Auslandsfranzosen in die Wahlkreise zu leiten, in denen eine Wiederwahl des Kandidaten der „majorité" nur von wenigen Stimmen abhängt[3]). Seit Ende 1977 treffen in zahlreichen linken Rathäusern Hunderte mit der gleichen Handschrift ausgefüllte und mit ungenauen Angaben über Geburtsdatum und Adresse der Antragsteller versehene Anträge auf Einschreibung in die Wählerlisten ein. Kommunisten und Sozialisten haben inzwischen die Justiz eingeschaltet. Wie die Zeitung „Le Monde" schreibt, wird dieser großangelegte Wahlbetrug nur deshalb nicht zu einem neuen Watergate, weil das französische Parlament machtlos und der größte Teil der Presse nicht unabhängig ist[4]).

II

Trotz eindeutiger Siegeschancen präsentieren sich die Linksparteien den französischen Wählern mit tiefgehenden Differenzen, die nun vor dem zweiten Wahlgang kaum mehr überwunden werden können. Kaum ein außenstehender Beobachter zweifelt heute noch daran, daß die Sozialistische Partei (PS) unter dem

2) „Le Monde" v. 7. 9. 1977.

3) Vgl. insbes. „Le Canard enchainé" v. 28. 12. 1977; „Le Monde" v. 30. und 31. 12. 1977 sowie v. 1./2. 1. 1978, usw.

4) „Le Monde" v. 14. 1. 1978.

Druck der ökonomischen Krise und der Sozialistischen Internationale (SI) von ihrem 1972 mit der Unterzeichnung des Gemeinsamen Regierungsprogramms mit den Kommunisten eingegangenen Engagement Abstand genommen hat[5]). Hinweise auf die Annäherung der Position der PS an die Politik der SPD gibt u. a. die Rede des außenpolitischen Verantwortlichen der PS, Robert Pontillon, auf dem Hamburger Parteitag der SPD. Inzwischen wurde Pontillon auf Vorschlag der SPD als Nachfolger des verstorbenen Wilhelm Dröscher (SPD) zum Vorsitzenden der Union der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft gewählt, deren Programm der Orientierung des „Programme commun" der französischen Linken fundamental widerspricht. In die gleiche Richtung weist der Empfang François Mitterrands und Robert Fabres durch Jimmy Carter und die nachfolgende Erklärung Carters, Mitterrand spiele eine segensreiche Rolle in der französischen Politik. Auch die nach dem Bruch der Linksunion von der PS herausgegebenen wirtschaftspolitischen Publikationen[6]) bestätigen, daß die Führer der Sozialisten statt einer Ausweitung der Demokratie und einer Einschränkung der Macht des Großkapitals ein Krisenmanagement im Interesse der multinationalen Konzerne betreiben möchten[7]). Inzwischen ist es in zahlreichen im letzten Frühjahr durch linke Einheitslisten eroberten Rathäusern zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Kommunisten gekommen. Sozialistische Bürgermeister setzten ihre kommunistischen Beigeordneten ab, als diese sich weigerten, drastischen Erhöhungen der lokalen Steuern zuzustimmen; durch Koalitionen der Sozialisten mit den Vertretern der „majorité" wurden die kommunistischen Vertreter aus einigen Regional- und Départementsräten ausgeschaltet, usw.

Diese Entwicklung der PS erklärt aber noch nicht, wie es zum Bruch der Linksunion kam. Bereits kurz nach der Unterzeichnung des „Programme commun" hatte Georges Marchais, der Generalsekretär der PCF, in einem erst dreieinhalb Jahre später veröffentlichten Bericht an das ZK der PCF[8]) darauf hingewiesen, die

5) Vgl. E. Gärtner, Die Krise der französischen Linksunion, in: „Blätter", 11/1977, S. 1387–1397.
6) Parti Socialiste: 89 réponses aux questions économiques, Ed. Flammarion, Paris 1977; Jacques Attali: La nouvelle économie française, Ed. Flammarion, Collection „La rose au Poing", Paris 1978.
7) Das wird inzwischen selbst von kritischen Ökonomen der PS kritisiert. Besonders aufschlußreich ist die Replik von Prof. Michel Beaud, Mitglied der ökonomischen Kommission der PS, in „Le Monde" v. 14. 12. 1977 auf einen Artikel von Jacques Gallus, Sekretär dieser Kommission, in „Le Monde" v. 27./28. 11. 1977.
8) In: Etienne Fajon, L'union est un combat, Ed. Sociales, Paris 1975.

Soeben erschienen

Peter Plath / Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.)

Theorie und Labor

Dialektik als Programm der Naturwissenschaft
Kleine Bibliothek Bd. 106
344 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Ziele der sozialistischen Führer seien unverändert, nur der Druck der Massen könne sie zwingen, zu ihrem in einer Position der Schwäche eingegangenen Engagement zu stehen. Wenn die Führer der PS sich heute des Gemeinsamen Programms entledigen können, heißt das, daß in den vergangenen Jahren nicht ausreichend Druck auf sie ausgeübt wurde. Inzwischen hat Marchais auf einer Pressekonferenz öffentlich Selbstkritik geübt, indem er die Verzögerung der Publikation seines Berichts an das ZK als Rechtsopportunismus bezeichnete[9]). Es ist allerdings anzumerken, daß die Kommunisten in den letzten Jahren durchaus versucht haben, an der Basis gemeinsame Komitees von Sozialisten und Kommunisten zu organisieren – Versuche, die von der Führung der PS sofort gestoppt wurden. Das „Programme commun" blieb also trotz seiner Popularität ein Vertrag zwischen den Parteispitzen. Während die PCF etwa 1–1,5 Mio. Exemplare des Programmtextes vertrieben hat, hat die von der PS herausgegebene Ausgabe des „Programme commun" nur eine sehr bescheidene Auflage (30 000–50 000) erreicht, so daß anzunehmen ist, daß viele Sozialisten den Programmtext gar nicht kennen.

Nachdem die Sozialisten auf ihrer nationalen Konvention vom 5./6. November 1977 und die linken Radikalen auf ihrem 4. Kongreß vom 9.–11. Dezember 1977 kein Entgegenkommen gegenüber den Kompromißvorschlägen der Kommunisten erkennen ließen, beschloß die nationale Konferenz der PCF am 7./8. Januar 1978 einstimmig, vor dem 1. Wahlgang keine Kandidaten zugunsten von PS und MRG zurückzuziehen, da sie es nicht verantworten könne, der PS ohne klare Abkommen an die Regierungsverantwortung zu verhelfen. Die PCF macht ihre Haltung im zweiten Wahlgang davon abhängig, ob es ihr gelingt, ihren Stimmenanteil von gegenwärtig etwa 21% auf etwa 25% auszuweiten. Angesichts der unklaren Position der PS sei eine wirkliche politische Wende nur durch eine Ausweitung des Einflusses der PCF zu erreichen[10]).

Von der bürgerlichen Presse und den Sozialisten wurde das so interpretiert, als stellten die Kommunisten ihre eigenen Parteiinteressen vor den Kampf gegen die politische Rechte. Jedoch deutet der inzwischen erfolgte Rücktritt von vier kommunistischen Kandidaten zugunsten von zwei oppositionellen Gaullisten und zwei Vertretern der linkssozialistischen PSU darauf hin, daß dem nicht so ist. In ihren Wahlkampfveranstaltungen erklären sich die Führer der PCF zu sofortigen Verhandlungen mit den ehemaligen Partnern der Linksunion bereit. Nach der Überwindung der bei ihren Mitgliedern durch den Bruch der Linksunion ausgelösten Schocklähmung hat der Mobilisierungsgrad der Kommunisten inzwischen ein Ausmaß erreicht, das an die Zeit unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus erinnert. Georges Marchais füllt auf seiner Wahlkampftournee große Sportstadien (über 30 000 Besucher am 14. Januar in Toulouse, 40 000–45 000 Besucher am 21. Januar in Marseille), während die Sozialisten und die Parteien der „majorité" mit Mühe mittlere Säle und Turnhallen füllen.

Bisher deutet aber noch wenig darauf hin, daß es der PCF gelingen könnte, ihren Einfluß auszuweiten. Gleichzeitig wird aber auch offenkundig, daß es den Sozialisten nicht möglich sein wird, ihren Stimmenanteil auf 30% und mehr zu steigern, um evtl. allein zu regieren. Die Linksparteien werden sich also sehr wahrscheinlich vor dem zweiten Wahlgang auf eine Art Minimalprogramm einigen müssen. Eine Prognose über den Ausgang der Wahlen und das Verhalten der Parteien ist angesichts der angedeuteten Entwicklung aber nicht möglich.

Edgar Gärtner, Marseille

9) „Le Monde" v. 25. 1. 1978.

10) „L'Humanité" v. 9. u. 10. 1. 1978.

GLOSSE

Hans Maier will nicht Inquisitor sein

Von Erich Fried

Bayerns Kultusminister hat „Die Welt" (23. 1. 1978) gegen „Die Zeit" (13. 1. 1978) aufgeboten, um sich gegen Johann Dietrich Bödeker zu verteidigen, der unter der Überschrift *Bayerischer Index* erklärt: „Die neue Inquisition ist in München fest am Werk." Und Kultusminister Maier hatte doch in dieser Sache weiter nichts getan als Biermann, Fried und Wallraff ganz, Hubert Fichte teilweise, aus Schulbüchern zu „tilgen". Von Zensur könne da gar keine Rede sein, es handle sich nur um Qualitäts- und Geschmacksfragen, nicht um Politisches, nicht um Vorgehen gegen mißliebige Autoren, wo denke man hin? Maier fühlt sich verkannt und schlecht behandelt. Schlecht und undankbar behandelt vor allem von Johann Dietrich Bödeker, dessen Angriff ihn erstaunt, weil Bödeker selbst in diesem Schulbuchwerk veröffentlicht ist und nicht ausgemerzt werden soll (oder sollte?). Das kann der bayerische Kultusminister nicht verstehen. So ein Schriftsteller, statt froh zu sein, daß man nicht ihn wegstreicht, und sich zu erinnern, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht ist, greift ihn in einem radikalen Blatt wie „Die Zeit" an! Für dieses Vorgehen eines nicht einmal am eigenen Leibe Betroffenen hat Hans Maier kein Verständnis.

Nun, vielleicht hat Johann Dietrich Bödeker sich von seiner Solidarität mit den „getilgten" Autoren wirklich zu einem nicht ganz richtigen Vergleich hinreißen lassen. Maiers Zensur mit Inquisition und Index zu vergleichen, mag naheliegen. Auch ich dachte im ersten Augenblick daran; aber erweist man den bayerischen Vorgängen mit einem solchen Vergleich nicht zuviel Ehre? Der alte finstere Index hat viel auf dem Gewissen, aber immerhin, er gab sich als das zu erkennen, was er war. Er leugnete die Zensurabsicht nicht wie dieser Kultusminister Maier, der wahrhaft kein Großinquisitor, sondern höchstens ein geradezu erbärmliches Kleinst-Inquisitörlein ist. Wie er sich dreht und windet, wenn man ihm Zensur auf den Kopf zusagt, das ist an sich vielleicht schon ein Zeichen des kulturellen Fortschritts, denn bekanntlich ist die Heuchelei ein Tribut des Lasters an die Tugend.

Was Maier von Wallraffs und Biermanns Texten sagt, ist allerdings so töricht, daß man sich fast schämt, es gegen ihn zu zitieren. Wallraff bewundert ihm offenbar die Fließbandarbeit nicht genug. „Das Band frißt Menschen und spuckt Autos aus", zitiert Maier und fragt besorgt oder empört: „Sollen wir die Jugend in einer Industriegesellschaft zur Maschinenstürmerei erziehen?" Mit seinem Satz über Biermann jedoch verrät sich Maier: „Aber daß er als Lesebuchautor auf den Präsentierteller exemplarischer Jugendliteratur erhoben wird, darauf wird er doch selbst im Ernst kaum rechnen." Der Lesebuchautor auf dem Präsentierteller exemplarischer Jugendliteratur ist genau jene Haltung zu Lesebüchern, mit der man sie „verhunzen" kann, wenn man sie zu erneuern glaubt. Doch das ginge vermutlich genauso über Herrn Maiers Horizont wie die Uneigennützigkeit Bödekers.

Wahrscheinlich ist dieses Dunkelmännertum Maiers aber nicht auf seinem eigenen Mist gewachsen (um bei des Zensors Regionalsprache zu bleiben), sondern ist nur eines der praktischen Ergebnisse einer größeren Kulturbewegung, wie sie sich schon in dem „Weißbuch zur Rettung der Sprache" (Langen Müller 1976) vielversprechend gezeigt hat. Dort schreibt zum Beispiel Karl Götz, Träger des volksdeutschen Volkstumspreises (den er sicher verdient hat!), dagegen, daß in einem Schullesebuch soviel von Ernst Bloch und Heinrich Böll steht. „Böll hat aus seiner Sympathie für Anarchisten nie ein Hehl gemacht", schreibt Götz, und: „Böll, dessen Werke wie die keines anderen deutschen Autors in der Sowjetunion verbreitet sind . . ." Anschließend beschwert sich Götz darüber, daß das Schulbuch nicht „viele echte Volks- und Lesebucherzähler" bringt, sondern „das Heimatliche verteufelt" und an seiner Stelle „Johannes Bobrowski aus Tilsit, Franz Kafka aus Prag, Federico Garcia Lorca aus Fuentevagueros bei Granada, Jacques Prévert aus Paris . . ." enthält.

Solchen Geistern wie Götz folgt offenbar auch Hans Maier, zum Ruhme neuer bayerischer Lesebücher. Noch manches andere Maier- und Götzzitat läge nahe, wenn der Literatur so heimgeleuchtet wird.

Zurück in die fünfziger Jahre?

Zur internationalen Lage und zur Situation in der Bundesrepublik Anfang 1978

Von Karl D. Bredthauer

I

Waren die Betrachtungen zum Jahreswechsel – die Ansprachen der Politiker wie die Kommentare der Medien – und die dann am 19. Januar gleichzeitig in Washington wie in Bonn abgegebenen Regierungserklärungen der beiden einflußreichsten Staaten des Westens zwar auffallend blaß und von unverkennbarer Ratlosigkeit über die zur Krisenbewältigung einzuschlagende Richtung bestimmt, andererseits aber noch darum bemüht, niemanden zu provozieren, dramatische Akzente zu vermeiden und den Anschein moderaten Optimismus' zu erwecken, so mehren sich seither Anzeichen, die alarmieren müssen. Während in der Bundesrepublik der „Fall Leber" den wachsenden Rechtsdruck auf die Politik der SPD/FDP-Koalition signalisiert – und die Unionsparteien weiter auf Regierungswechsel drängen –, kommen aus den USA Absichtserklärungen, die niemandem außer den rechtesten Kräften Auftrieb geben können, wenn nicht eine angemessen massive Gegenbewegung die Carter-Administration zu zügeln vermag: US-Verteidigungsminister Brown kündigt in seinem Jahresbericht die Erhöhung des Militärbudgets der USA um knapp 50% oder 55,9 Mrd. Dollar binnen fünf Jahren an[1]) – und Springers „Welt" wundert sich, „daß gerade die Carter-Administration, die mit einem Programm universaler Entspannung angetreten war (dazu unten mehr; d. Verf.), jetzt einen Militärhaushalt vorlegt, der vor Rüstungswillen geradezu klirrt . . .". Die Zeitung erklärt sich das Phänomen damit, die Amerikaner hätten gemerkt, daß es „bei der Psychologie der Russen" „ohne militärische Eskalation einfach nicht geht'. (Ebd.) Das klingt bekannt: „Die Russen verstehen nur eine Sprache – die Sprache der Gewalt", sagte man früher, unter Hitler, dann unter Adenauer und Dulles – die jeweiligen Ergebnisse sind bekannt. Alle Varianten der „Politik der Stärke", deren es in diesem Jahrhundert wahrlich genug gegeben hat, sind mit mehr oder weniger hohen Kosten – für alle Betroffenen – gescheitert. Mit der „neuen Ostpolitik", der Wende zu Entspannung und beginnender Zusammenarbeit, mit KSZE und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen wurden notwendige Konsequenzen gezogen – spät, aber noch nicht zu spät. Gilt dies alles nicht mehr? Manches, was man in jüngster Zeit vor allem aus Washington, aber auch aus Bonn – und hier nicht ausschließlich von seiten der CDU und CSU – hört, klingt ein wenig, als solle eine Rückkehr zu den gescheiterten Strategien der 50er Jahre versucht werden, eine Neuauflage von „Containment" und „Roll back".

1) „Die Welt" v. 4./5. 2. 1978.

So simpel ist die Sache aber wohl nicht, auch wenn die Kräfte unübersehbar sind, die lieber heute als morgen den Rückmarsch in die mittlerweile – da die Krise zum Alltag geworden ist – verklärten 50er Jahre antreten wollen, als seien dadurch die seither eingetretenen Veränderungen der Ost-West- und Nord-Süd-Kräfteverhältnisse rückgängig zu machen; oder die innerwestlichen Widersprüche, Arbeitslosigkeit und Inflation bzw. Stagflation, Energie- und Rohstoffsorgen, die Unruhe der Bevölkerung, der Gewerkschaften und das in einer ganzen Reihe von Ländern, selbst in höchstentwickelten westlichen Industriestaaten, stetig gewachsene politische Gewicht systemkritischer Kräfte wie ein flüchtiger Spuk zu verscheuchen und als seien „Wirtschaftswunder", „Sozialpartnerschaft" und die Idylle einer unbeirrbar auf das Kommando der Führungsmacht USA hörenden „freien Welt" restaurierbar – ohne Niederlagen und Wunden wie den Vietnam-Krieg und die weltweite Protestbewegung dagegen; ohne den Zwang, die sozialistische Welt als gleichberechtigten Partner anzuerkennen und mit Kommunisten zu verhandeln (mit beiderseitigem Nutzen zwar, aber der Gefahr weitreichender innenpolitischer Rückwirkungen, u. a. durch die Schwächung des als systemstabilisierendes Bindemittel gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise so dringend benötigten Antikommunismus); ohne den Zwang, den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung zuzugestehen, sich von so standhaften Bollwerken der „freien Welt" wie jetzt der Republik Südafrika distanzieren zu müssen, um nicht in der neuen internationalen Szenerie hoffnungslos isoliert zu werden?

Der Katalog zeigt bereits, so unvollständig er ist, daß die eingetretenen weltpolitischen Veränderungen eine einfache Neuauflage der Politik des „Kalten Krieges" unmöglich machen dürften. Auch die Carter-Regierung, die, wie sich immer deutlicher zeigt, ausgezogen ist, das internationale Kräftegleichgewicht wieder umzukehren, es zugunsten des USA-Führungsanspruchs zu revidieren – sowohl gegenüber der sozialistischen Welt, als auch gegenüber den Entwicklungsländern und nicht zuletzt gegenüber den europäischen und pazifischen Verbündeten –, hat diesen Versuch, die Uhren der Geschichte zurückzustellen, von Anfang an mit einem Nebelschleier progressiv klingender Absichtserklärungen – von der Notwendigkeit internationalen „Wandels" über die Menschenrechte bis zu Abrüstungsversprechungen, siehe den oben zitierten „Welt"-Kommentar – umhüllt.

„Ich hoffe nach besten Kräften eine Position zu schaffen, in der unser Land der Führer der Welt ist – nicht auf der Basis militärischer Macht oder wirtschaftlichen Drucks oder politischer Einflußnahme, sondern auf der Basis der Tatsache, daß wir in Ordnung und anständig sind . . .", hatte der designierte Präsident der USA bereits im November 1976 erklärt[2]), um dann ebenso blauäugig zu versichern, er wolle andere Länder „nicht zwingen, zwischen uns (und der Sowjetunion) zu wählen, sondern . . ." – Sondern? – „. . . sondern sie sollen unser Land wählen, weil unser System am besten funktioniert und weil ihr Handel mit uns und ihr offenes Gefühl für uns in ihrem eigenen Interesse lä-

2) „Time" v. 15. 11. 1976.

gen."[3]) Im Juni 1977 wurde Carter in einem Gespräch mit Direktoren amerikanischer Nachrichtenmagazine noch erheblich deutlicher – zu deutlich, wie es scheint, denn die „aggressive Herausforderung" der Sowjetunion und anderer Länder – „auf friedliche Weise, natürlich" –, die der Präsident der USA in diesem Gespräch proklamierte, wurde anschließend sang- und klanglos wieder aus dem Verkehr gezogen, zumindest den Worten, wenn nicht der Sache nach[4]).

Auch die Carter-Regierung hat sich also in dem Maße, in dem ihre Abrüstungs-, Entspannungs- und Menschenrechte-„Offensiven" sich als Heißluftballons erwiesen oder wegen der offenkundig dagegenstehenden politischen Praxis (Stichworte: Neutronen-Bombe, versuchter Ausbruch aus den SALT-Verpflichtungen, anhaltende Unterstützung repressiver Regimes in Chile, Iran u. a.) unglaubwürdig wurden, vor allem aber in dem Maße, in dem ihre Kraftproben unfreiwillig die derzeitigen Grenzen ihres weltpolitischen Spielraums und die Stärke der Gegenkräfte demonstrierten, zu einer zumindest verbalen Anpassung an Grundsätze der Entspannungspolitik bequemen müssen. Weder die amerikanische, noch irgendeine andere westliche Regierung stellen heute das Axiom, das es zur Entspannung keine vernünftige Alternative gebe, in Frage, wie das 1976 in den USA modern wurde und in der Bundesrepublik nicht nur von Strauß, sondern seinerzeit auch von Genscher eifrig aufgegriffen wurde. Die Sowjetunion hat übrigens diese Irritation zu keiner Zeit mitvollzogen.

Offenkundig reicht es nicht aus, die allgemeinen Absichtserklärungen in Sachen Entspannung und Abrüstung zu registrieren – schon gar nicht, wenn bewußte Doppelbödigkeit und psychostrategische Manöver in der Politik der westlichen Führungsmacht eine derart beherrschende Rolle einnehmen, wie das seit dem Amtsantritt Präsident Carters verzeichnet werden muß. Die Rechtskräfte in der Bundesrepublik demonstrieren täglich deutlicher, daß sie die Zeichen der Zeit für günstig halten. Und setzt sich in den USA tatsächlich der Kurs der „aggressiven Herausforderung", begleitet von einem neuen Aufrüstungsschub, durch, so geraten die Grundlagen der Entspannung und damit – nüchtern betrachtet – des Weltfriedens in Gefahr. Denn friedliche Koexistenz erfordert Entspannung, und Entspannung kann auf die Dauer der militärischen Komponente, der Umkehrung der Rüstungsspirale in Richtung schrittweiser Rüstungsverminderung, nicht entraten, ohne ihrer ökonomischen, politischen und psychologischen Grundlagen verlustig zu gehen. Für kaum ein Land wären die Folgen unmittelbarer spürbar als für die Bundesrepublik, deren immer noch schmalbrüstige Demokratie einen Rückfall in Kalten Krieg schwerlich überleben würde (man denke daran, welche Schleusen bereits der „Krieg" gegen eine Handvoll Terroristen geöffnet hat) und die in einem Kriegsfall *das* Schlachtfeld in Europa wäre, ohne die geringste Überlebenschance.

3) Ebd., S. 9.
4) Vgl. „Wireless Bulletin from Washington (im folgenden zit. „Wireless . . .") v. 14. 6. 1977.

Ein wichtiges Buch

für einen neuen Abonnenten*)

Für jeden neuen Abonnenten, der durch Ihre Vermittlung die „Blätter" bestellt, erhalten Sie kostenlos eines der nachstehend genannten Bücher oder einen anderen Titel Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlages im Wert von bis zu 20,– DM (Prospekt anfordern).

Michael Blank / H. J. Brauns u. a.
Wohin treibt der Rechtsstaat?
Ein Arbeitsbuch zu Verfassungsentwicklung, Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat
328 Seiten. Best.-Nr. 325

Reinhard Kühnl / Gerd Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
292 Seiten. Best.-Nr. 289

Reinhard Kühnl (Hrsg.)
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
524 Seiten. Best.-Nr. 305

Frank Deppe / Georg Fülberth u. a.
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
500 Seiten. Best.-Nr. 290

Klaus Mannhardt / Winfried Schwamborn
Zivildienst
Ein Handbuch
142 Seiten. Best.-Nr. 294

Gerhard Bauß
Die Studentenbewegung der sechziger Jahre
430 Seiten. Best.-Nr. 320

Jutta Menschik
Feminismus
Geschichte, Theorie, Praxis
282 Seiten. Best.-Nr. 288

Jutta v. Freyberg / Georg Fülberth u. a.
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975
456 Seiten. Best.-Nr. 349

Helmut Arnaszus / Kurt Bayertz u. a.
Materialismus – Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt
250 Seiten. Best.-Nr. 208

Walter Markov / Albert Soboul
1789. Die große Revolution der Franzosen
480 Seiten. Best.-Nr. 341

Udo Mayer / Gerhard Stuby (Hrsg.)
Das lädierte Grundgesetz
Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949–1976
340 Seiten. Best.-Nr. 264

Jörg Huffschmid / Herbert Schui (Hrsg.)
Gesellschaft im Konkurs?
Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976
538 Seiten. Best.-Nr. 352

Kurt Finker
Stauffenberg und der 20. Juli 1944
488 Seiten. Best.-Nr. 333

Anna A. Ljublinskaja
Kinderpsychologie
544 Seiten. Best.-Nr. 183

---

*) Wenn Sie einen neuen Abonnenten geworben haben, schicken Sie bitte die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte ausgefüllt **und vom Abonnenten unterschrieben** an den Verlag. Sofern der neue Bezieher die „Blätter" für mindestens ein Jahr bestellt und sie im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, können Sie auf der Bestellkarte einen Buchwunsch angeben. Streichen Sie dazu auf der Rückseite der Karte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch das Wort „Werber:". Darunter tragen Sie bitte in Blockschrift **Ihre** vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile die Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein.

Im folgenden soll – gestützt u. a. auf Präsident Carters „State of the Union Message" und die Regierungserklärung Bundeskanzler Schmidts – untersucht werden, wie die Bundesregierung und die Regierung der westlichen Führungsmacht USA, deren wichtigster Alliierter die Bundesrepublik geworden ist, die gegenwärtige Lage beurteilen, wie demgegenüber die sowjetische Position aussieht, ob bzw. inwieweit diese Lagebeurteilungen mit den ökonomischen, politischen und militärischen Realitäten übereinstimmen und ob sie sich an den 10 Prinzipien der friedlichen Koexistenz orientieren, wie sie (u. a.) in der – vielbeschworenen und alle verpflichtenden – KSZE-Schlußakte festgelegt sind.

II

Unter außenpolitischen Gesichtspunkten interessiert in diesem Zusammenhang besonders, ob (1) der Weltfriede für gesichert gehalten wird bzw. was getan werden soll, um Garantien gegen den Ausbruch eines neuen Weltkrieges zu schaffen; wie Rolle und Zukunft der Entspannung (2) definiert werden und damit zusammenhängend die Bedingungen friedlicher Koexistenz zwischen den beiden Weltsystemen und in Europa, ob konkrete Schritte in Richtung Rüstungsbegrenzung und Abrüstung (3) ins Auge gefaßt werden und wie sich die Beziehungen innerhalb der westlichen Welt sowie zu den Entwicklungsländern entwickeln sollen.

1. Erhaltung des Weltfriedens

a) Die Haltung der USA

„In unserer modernen Welt, in der der Tod von Millionen das Ergebnis von wenigen entsetzlichen Sekunden der Zerstörung sein kann, ist der Weg zu nationaler Stärke und Sicherheit *identisch* (Hervorhebung v. Verf.) mit dem Weg zum Frieden." Dies ist der Kernsatz zum Thema Frieden in Carters „State of the Union Message", nachdem der Präsident zuvor zwei Drittel der Erklärung innenpolitischen Fragen gewidmet hatte. Er fährt dann fort: „Ich schätze mich glücklich, Ihnen heute abend berichten zu können, daß wir eben deshalb, weil unsere Nation stark ist, mit der Welt in Frieden leben können", paraphrasiert also noch einmal die Ineinssetzung von Frieden und Stärke, die mehr nach „Politik der Stärke" klingt, als daß sie auf Sensibilität für die tödlichen Gefahren schließen ließe, die drohen, wenn man die vielleicht nicht wiederkehrende Chance weiter verstreichen läßt, jetzt zur Abrüstung vorzustoßen, ehe das Wettrüsten in einer bewußt ausgelösten oder durch „Pannen" verursachten thermonuklearen Katastrophe kulminiert. Und mit dem anschließenden Satz – „Wir sind ein von Zuversicht erfülltes Volk. Wir haben die moralische Basis unserer Außenpolitik wiederhergestellt. Das eigentliche Kernstück unserer Identität als Nation ist unsere feste Verpflichtung auf die Menschenrechte." – schafft der Präsident bereits den Sprung zu „seinem" Thema. Von der Neutronen-Bombe kein Wort. (Ganz nah dagegen ist Helmut Kohls Formel: „Frieden *durch* Menschenrechte.")

Auf die sogenannte Menschenrechts-Offensive wird zurückzukommen sein. Die hier zitierte Carter-Passage[5]) sollte man deshalb im Ohr behalten, weil ihr autosuggestiver Charakter unüberhörbar ist und auf das verweist, was Carters Sicherheitsberater Brzezinski[6]) als die eigentliche US-Priorität, nämlich als die erste der „vier Grundprioritäten", die die gegenwärtige Administration sich gesetzt habe, herausstellt: nämlich „die geistige Krise zu überwinden"[7]). Die Krisenüberwindung zielt auf das „geistige Wiedererwachen des Westens"[8]). Das Wort „Friede" taucht in keiner der „vier Grundprioritäten" auf (bei deren Verwirklichung Brzezinski übrigens Erfolge feststellen zu können glaubt: „Der Anti-Amerikanismus ist schwächer geworden."[9]) Ist es da womöglich als Ergebnis eines Erkenntnisprozesses zu werten, wenn der Präsident am 19. Januar 1978 unter den drei Hauptzielen seiner Außenpolitik den Weltfrieden immerhin erwähnt – „Im Nuklearzeitalter ist jeder von uns bedroht, wenn der Frieden nicht gesichert ist"[10]) –, allerdings erst an *zweiter* Stelle, denn: „Erstes und wichtigstes Anliegen ist und bleibt die Sicherheit unseres Landes. Die Sicherheit basiert auf unserem nationalen Willen und der Stärke unserer Streitkräfte . . . Sicherheit erwächst auch aus der Stärke unserer Bündnisse . . ." Als „Kann-Bestimmung" sozusagen wird dazu am Rande angemerkt: „Die Sicherheit kann auch durch Vereinbarungen mit potentiellen Gegnern gefördert werden, die die Bedrohung durch eine nukleare Katastrophe verringern und gleichzeitig unsere eigenen relativen strategischen Kapazitäten unangetastet lassen."[11]) Nach Abrüstungs- und Entspannungsenthusiasmus klingt dies alles kaum. Immerhin sind – wieder? – Spuren jener Grunderkenntnis festzustellen, die laut Henry Kissinger[12]) wichtigste Triebkraft des amerikanischen Einschwenkens auf die Entspannung Anfang der 70er Jahre war: daß nämlich die USA im Atomzeitalter angesichts der für sie bis dato ungekannten Gefahr des nationalen Untergangs zur Koexistenz schlicht gezwungen sind. Brzezinski hatte auch hinsichtlich dieses Axioms – der Atomkriegsverhütung, die u. a. Gegenstand eines amerikanisch-sowjetischen Abkommens von 1973[13]) ist – im vergangenen Oktober in einem Interview der „Washington Post" beunruhigend „unkonventionelle" Überlegungen signalisiert. Die „Welt" berichtete[14]): „Mit seinen Äußerungen über den Einsatz von Atomwaffen und die nukleare Überlegenheit widersprach Brzezinski – der in einem Ernstfall das letzte Wort vor der Entscheidung des Präsidenten über Krieg und Frieden haben wird – seinem Vorgänger . . ." Die Zeitung zitiert Brzezinski: „. . . wenn wir alle unsere Atomwaffen einsetzen und die Sowjets die ihren, dann würden zehn Prozent der Menschheit getötet. Das ist eine Katastrophe jenseits menschlichen Vorstellungsvermögens, die durch nichts moralisch zu rechtfertigen wäre. Analytisch gesehen würde sie jedoch

5) Alle drei Zitate aus dem deutschen Wortlaut der Rede, in: „Amerika-Dienst", 3/1978 v. 25. 1. 1978, S. 13.
6) In seiner wichtigen Rede vor der „Trilateral Commission" am 25. 10. 1977 in Bonn.
7) Zit. nach dem Wortlaut, wie ihn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 17. 11. 1977 abdruckt.
8) Ebd.
9) Ebd.
10) „State of the Union Message", S. 15.
11) A.a.O., S. 14.
12) Wortlaut in „Blätter", 3/1976, S. 332–344.
13) Wortlaut in „Blätter", 7/1973, S. 788f.
14) „Die Welt" v. 11. 10. 1977.

nicht das Ende der Menschheit bedeuten . . ."[15]). Zehn Prozent der Menschheit – das entspricht ungefähr der Bevölkerung Europas . . . Für Europäer ein beunruhigenderer Gedanke als offenbar für den Sicherheitsberater des US-Präsidenten!

Die gegenwärtige Position der USA in der elementaren Frage der internationalen Politik – Primat des Weltfriedens – erscheint als zumindest unausgegoren.

b) Die Haltung der UdSSR

Halten wir die sowjetische Position zur Friedensfrage dagegen: „Die internationalen Beziehungen stehen jetzt gleichsam an einem Scheideweg, der entweder zu wachsendem Vertrauen und Zusammenwirken oder zu wachsenden gegenseitigen Ängsten, Verdächtigungen und Waffenhortungen, der schließlich entweder zu einem dauerhaften Frieden oder bestenfalls zum Balancieren am Rande eines Krieges führt. Die Entspannung bietet die Möglichkeit, den Weg des Friedens zu wählen. Es wäre ein Verbrechen, sich diese Gelegenheit entgehen zu lassen. Die allerwichtigste und vordringlichste Aufgabe ist heute, das Wettrüsten einzustellen, das die ganze Welt erfaßt hat." So Leonid Breschnew in seiner Grundsatzrede aus Anlaß des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution am 2. November 1977 in Moskau[16]). Andrej Gromyko, der sowjetische Außenminister, stellte in seiner Rede vor der 32. Generalversammlung der UNO in New York die Frage: „Ist denn das Bemühen um die Festigung des Friedens heute weniger aktuell als gestern?" und konstatierte: „In den letzten Jahren ist es zweifellos gelungen, in dieser Richtung weiter voranzuschreiten. In den verschiedensten Teilen der Welt haben die Menschen wirklich gespürt, daß man leichter atmen kann und daß die Kriegsgefahr verringert wird. Zum Kern der Entwicklung der internationalen Beziehungen wird der Entspannungsprozeß. Doch es ist klar, daß dieser Prozeß in der gegenwärtigen Situation mit ihrer komplizierten Verflechtung von Plus und Minus noch nicht gegen Verzögerungen und möglicherweise auch Rückschläge gefeit ist. Man darf nicht übersehen, daß in der Welt nach wie vor Kräfte am Werk sind, denen die Entspannung nicht paßt. Dies ist möglicherweise noch zu milde ausgedrückt, wenn man bedenkt, mit welcher Verbissenheit sie die Entspannungspolitik unter Beschuß nehmen."[17]) Im weiteren erläutert der Minister die sowjetische Definition der Entspannung und macht eine Reihe konkreter Abrüstungsvorschläge.

Als einen weiteren, grundsätzlichen Schritt in Richtung auf den Ausschluß der Gefahr eines Weltkrieges hat die Sowjetunion allen Mitgliedern der UNO den Entwurf eines „Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen" unterbreitet[18]). Und zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges hat die Sowjetunion mit den anderen Mitgliedern des

15) Ebd.
16) Zit. nach: „Nowosti", Serie „Politik" v. 2. 11. 1977.
17) Zit. nach: „Neues Deutschland" v. 28. 9. 1977.
18) Vgl. A. Gromyko, a.a.O.

Warschauer Paktes allen Teilnehmerstaaten der KSZE bereits im November 1976 den Abschluß eines Vertrages vorgeschlagen, in dem sie sich verpflichten, nicht als erste Kernwaffen gegeneinander anzuwenden[19]).

c) Die Haltung der BRD

Für die Erhaltung des Weltfriedens und insbesondere die Verhütung eines Atomkrieges tragen naturgemäß die atomaren Weltmächte eine Verantwortung originärer Art. Als wirtschaftlich und militärisch stärkstes Land Westeuropas und wichtigster Alliierter der USA – aber auch aufgrund ihrer exponierten strategischen Situation – hat die Bundesrepublik allerdings durchaus beträchtliche Einflußmöglichkeiten und eine dementsprechende Mitverantwortung. Vor allem aber wäre ihre Bevölkerung voraussichtlich das erste Opfer eines neuen Krieges.

In der Regierungserklärung vom 19. Januar 1978 stellt Bundeskanzler Helmut Schmidt fest: „Der Frieden bleibt die Grundbedingung unserer Existenz. Dafür gibt es keinen Ersatz. Die Erhaltung des Friedens verlangt, daß das Netzwerk der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg sorgsam gepflegt und gestärkt wird, daß wir jede realistische Chance zur Verminderung von Kriegsgefahren wahrnehmen und daß wir redlich an der Verminderung des internationalen Konfliktpotentials mitarbeiten."[20]) Nicht nur im Ton, auch in der Rangfolge fällt der Unterschied zu Carters Botschaft vom gleichen Tage auf. Schmidt nennt „die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Sicherung des Friedens in der Welt" die „wichtigste Aufgabe unseres Staates" und bescheinigt auch den Völkern und den politischen Führungen in Osteuropa die Bereitschaft, „den Weg friedlicher Zusammenarbeit zu gehen"[21]). Man kann die zitierten Erklärungen des Bundeskanzlers als Ausdruck des Bewußtseins deuten, daß ein Rückfall in den Kalten Krieg die Sozialdemokraten so oder so um die Regierung bringen wird. Noch deutlicher ist, was Herbert Wehner in der Aussprache über die Regierungserklärung im Hinblick auf die Konfrontationsorientierung der CDU/CSU ausrief: „Ich weiß: Hier will niemand Krieg. Aber sind sich eigentlich alle darüber klar, daß wir – ich meine wir, die Bundesrepublik Deutschland – unseren Beitrag dazu leisten müssen, daß es, soweit unser Beitrag darauf Einfluß nehmen kann, keinen Krieg gibt?"[22]) Wehner warf den Unionsparteien „viel Illusion über Kalten Krieg, zu dem Sie ja ein gewisses nostalgisches Verhältnis haben" und „Spielen mit dem Feuer" vor.

Der in der Grundsätzlichkeit der Regierungserklärung klaren und positiven Position Bonns stehen allerdings Widersprüche im Konkreten – so in der bisher zur Neutronenbombe eingenommenen Haltung – und eine wenig schöpferische, eher bremsende Praxis bei den laufenden Abrüstungsverhandlungen, vor allem in Wien, entgegen.

19) Wortlaut des Vertragsentwurfs in: „Blätter", 1/1977, S. 117f.
20) Plenarprotokoll 8/65 v. 19. 1. 1978, S. 4960.
21) Ebd., S. 4961.
22) Ebd., S. 4991.

d) Die Kriterien der KSZE-Schlußakte

Die Verpflichtung, „zum Frieden, zur Sicherheit, zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit" beizutragen, sind die Teilnehmerstaaten der KSZE, also auch die USA, bereits in der Präambel der Schlußakte eingegangen. Und die Präambel des Kapitels „Fragen der Sicherheit in Europa" („Korb 1") bekräftigt das Ziel, „Bedingungen zu gewährleisten, unter denen ihre Völker in echtem und dauerhaftem Frieden, frei von jeglicher Bedrohung oder Beeinträchtigung ihrer Sicherheit leben können"[23]). Zugleich wird die Notwendigkeit betont, „Anstrengungen zu unternehmen, um die Entspannung im universellen Sinne sowohl zu einem dauerhaften als auch zu einem immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß zu machen"[24]) und die „aus dem Charakter ihrer (der Teilnehmerstaaten d. Verf.) früheren Beziehungen herrührende Konfrontation" abzubauen. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich, „unter voller Berücksichtigung der Eigenart und Vielfalt ihrer Standpunkte" zur „Überwindung des Mißtrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens". Punkt II der zehn Punkte umfassenden „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten" in der KSZE-Schlußakte[25]) verankert die Verpflichtung auf „Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt" und erklärt ausdrücklich: „Die Geltendmachung von Erwägungen zur Rechtfertigung eines gegen dieses Prinzip verstoßenden Rückgriffs auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt ist unzulässig." In dem den 10 Prinzipien folgenden Abschnitt „Fragen der Verwirklichung einiger der vorstehenden Prinzipien"[26]) werden u. a. die Verpflichtung zum Gewaltverzicht und zur Förderung eines „Klimas des Vertrauens und der Achtung zwischen den Völkern bekräftigt und ergänzt durch die Absichtserklärung: „Wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und durch ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen . . ."

Der Vergleich zeigt, daß im Hinblick auf die Grundfrage von Krieg oder Frieden sowohl die Haltung der Sowjetunion als auch die der Bundesregierung den in der KSZE-Schlußakte eingegangenen Verpflichtungen, zumindest verbal, weitaus stärker Rechnung trägt als die der Carter-Administration, die wenig vom Geist der Schlußakte berührt erscheint, obwohl sie sich auf die KSZE gern als Vehikel ihrer Menschenrechts-Strategie berufen möchte. Angesichts dieser Diskrepanz kommt es offenbar darauf an, daß alle Befürworter der Prinzipien von Helsinki auf die neue US-Regierung einwirken, damit diese ihren eklatanten Rückstand gegenüber der KSZE aufholt.

2) Definitionen von Koexistenz und Entspannung

Daß die Regelung der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung den Prinzipien der friedlichen Koexistenz folgen muß –

23) Beide Zitate aus: „Schlußakte der KSZE" (Wortlaut), in: „Blätter", 8/1975, S. 899.
24) Ebd.
25) A.a.O., S. 900–904, hier S. 901.
26) A.a.O., S. 904f., hier S. 905.

und *kann,* und daß dies die einzige Chance ist, immer verheerendere Konflikte zu vermeiden und die Systemkonkurrenz in friedliche Bahnen zu lenken, hat die Sowjetunion seit Beginn ihrer Existenz beharrlich postuliert. Mit über einem halben Jahrhundert Verspätung, nach Weltkrieg und gescheitertem Kalten Krieg, haben die Vereinigten Staaten (die erst 1933 die UdSSR diplomatisch anerkannten) als führende westliche Macht 1972 die Kategorie „friedliche Koexistenz" explizit übernommen – in den „Grundsätzen für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA", die am 29. Mai 1972 auf dem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Moskau unterzeichnet wurden.[27]) Bis dato war der Begriff der „friedlichen Koexistenz" in der westlichen Diskussion weithin verpönt gewesen. Die sowjetisch-amerikanischen „Grundsätze" benennen ausdrücklich die Ursache der amerikanischen Neuorientierung, nämlich, „daß es im Nuklearzeitalter keine andere Alternative gibt, als die gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage einer friedlichen Koexistenz zu gestalten."[28])

Viele der seitherigen Irritationen rühren aus der Tatsache her, daß man in den USA und ihrem Lager nur sehr zögernd und bisher nur teilweise zu erkennen beginnt, welche Implikationen die Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit sich bringen muß, wenn sie mehr als eine papierene Erklärung sein soll – und gewisse Kräfte, die diese Implikationen sehr wohl erkennen, vergessen andererseits leicht, daß es nicht Leichtgläubigkeit oder Generosität gegenüber den Kommunisten war, sondern unausweichlich gewordene Notwendigkeit, um des eigenen Überlebens im Atomzeitalter willen den Zwang zur Koexistenz anzuerkennen. Der Versuch der Carter-Regierung, die Grundlagen des Entspannungsprozesses noch einmal zur Disposition zu stellen und im einseitig verstandenen US-Interesse neu zu definieren, widerspiegelt den starken Einfluß der letztgenannten Kräfte, – die bisherige Erfolglosigkeit der Carterschen Manöver dagegen die Macht der objektiv zur friedlichen Koexistenz drängenden Umstände.

Was es führenden Kräften im Westen so schwer erscheinen läßt, die vollen Konsequenzen der auf dem Papier bereits erfolgten und angesichts der weltpolitischen Realitäten schwer revidierbaren Anerkennung der friedlichen Koexistenz zu ziehen, ist – schlicht gesagt – die Grundsätzlichkeit der ihnen abverlangten Wende. Denn seit mit der Gründung der Sowjetunion den kapitalistischen Mächten die vorher nur als innergesellschaftliche Opposition vorhandene und als solche isoliert leichter kanalisierbare antikapitalistische Systemalternative erstmals staatlich organisiert und völkerrechtlich gleichberechtigt gegenübersteht, war es ausgesprochener oder unausgesprochener Konsens aller prokapitalistischen Kräfte, daß die staatliche Existenz des Sozialismus ein Irrtum der Geschichte sei, widernatürlich und zum Zusammenbruch verurteilt; auch darüber, daß man sich die Option freihalten müsse, notfalls der Geschichte ein wenig nachzuhelfen, herrschte stillschweigend weitgehendes Einverständnis, bis in die 60er Jahre hinein sogar mehr oder weniger explizit in Form der offiziellen „containment"- und „Roll back"-Strategien.

27) Wortlaut in: „Blätter", 6/1972, S. 653 ff.
28) A.a.O., S. 653.

Seit dem Ende der 60er Jahre nun hat man sich angewöhnt, von Entspannung zu sprechen. Das Netzwerk bilateraler Deklarationen und Verträge – u. a. zwischen Frankreich und der UdSSR sowie zwischen Bonn und Moskau –, das sich schließlich in der KSZE und ihrer Schlußakte verdichtet, braucht hier nicht in Erinnerung gerufen zu werden. „Frieden durch Entspannung" postuliert Bundeskanzler Schmidt auch 1978 – 2 Jahre, nachdem US-Präsident Ford den Begriff aus seinem Vokabular strich – in seiner Regierungserklärung[29]). Denn: „Es gibt auch heute und morgen zur Entspannung keine Alternative"[30]). Das Wort „friedliche Koexistenz" vermeidet der Bundeskanzler allerdings. Aber ist ein anderes Verständnis von Entspannung möglich, jedenfalls realistisch, als das der KSZE-Schlußakte? Koexistenz und Entspannung sind komplementäre Begriffe. Sie verhalten sich zueinander sozusagen wie Form und Inhalt.

Dieser „Inhalt" der friedlichen Koexistenz, zu deren Anerkennung man sich 1972 in den zitierten „Grundsätzen" bequemen mußte, ist bereits dort recht deutlich skizziert: „Unterschiede in der Ideologie und in den Gesellschaftssystemen" hinderten die „Entwicklung normaler Beziehungen" nicht. Deren Grundsätze seien Souveränität, Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und beiderseitiger Vorteil. Abzulehnen seien „Bestrebungen, direkt oder indirekt einen einseitigen Vorteil auf Kosten des anderen zu erreichen". Und dann heißt es sehr präzise: „Die Voraussetzungen für die Erhaltung und Stärkung friedlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA sind die Anerkennung der Sicherheitsinteressen der Vertragspartner auf der Basis des *Grundsatzes der Gleichberechtigung*[31]) und des *Verzichts auf Anwendung oder Androhung von Gewalt!*"[32]) Entspannungspolitik – das ist Politik, die Richtung auf die Verwirklichung der hier zitierten Inhalte friedlicher Koexistenz nimmt.

Besonders aufschlußreich für das Beharrungsvermögen koexistenzwidriger Denkmuster ist der folgende Passus aus Präsident Carters bereits erwähntem Gespräch mit den Direktoren amerikanischer Nachrichtenmagazine am 10. Juni 1977: Die Normalisierung der Beziehungen mit früheren Gegnern – sagt Carter – berge schwere politische Konsequenzen in sich, wenn man unvorsichtig an sie herangehe. Seine persönliche „Neigung" gehe dahin, „die Sowjetunion und andere aggressiv herauszufordern, auf friedliche Weise natürlich, um Einfluß in solchen Zonen der Welt zu erlangen, die nach unserer Meinung heute entscheidend („crucial") für uns sind oder dies möglicherweise in 15 oder 20 Jahren werden können. Dies schließt Gegenden wie Vietnam und Gegenden wie Irak und Somalia und Algerien und Gegenden wie die Volksrepublik China und sogar Cuba ein. Es gibt für mich in diesen Dingen nicht das geringste Zaudern."[34]) (In der anschließenden Passage beschäf-

29) A.a.O., S. 4961.
30) Ebd., S. 4964.
31) Man halte dagegen Präsident Carters bereits zitierte Absichtserklärung, „eine Position zu schaffen, in der unser Land der Führer der Welt ist"!
32) Alle Zitate aus den sowjetisch-amerikanischen „Grundsätzen", a.a.O., S. 653, Hervorhebungen v. Verf.
33) Entfällt.
34) A.a.O.

tigt sich der amerikanische Präsident dann – folgerichtig – mit der Stärkung des westlichen Bündnissystems.) Die Liste der ins Visier genommenen Länder umfaßt nicht nur blockfreie, sondern ganz ausdrücklich auch sozialistische Staaten – offensichtlich alles andere als ein Programm der friedlichen Koexistenz und Entspannung. Allerdings dürfte der amerikanische Präsident seither – nicht zuletzt auf seiner wenig ruhmreichen Weltreise zum Jahreswechsel – bemerkt haben, daß seine Administration sich mit dem Versuch, die Entspannung zu revidieren, übernommen hat, auch wenn seine „State of the Union Message" mit der Versicherung an die Amerikaner schließt, eine „Wiedergeburt" werde die USA dazu befähigen, „Berge zu versetzen"[35]).

Amerikanische Regierungserklärungen – das muß man berücksichten – folgen ihrem eigenen pompösen Ritual. Daß sich auch in der Carter-Administration realistischere Einsichten äußern, zeigt die gleichzeitig mit Carters Rede vom „Amerika-Dienst"[36]) verbreitete Ansprache von Außenminister Vance vor dem World Affairs Council am 13. Januar 1978 in Los Angeles, in der Vance für eine beschränkte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion plädiert und vor einem Rückfall in den „gefährlichen Geist des Kalten Krieges" warnt. „Die Alternative in diesem aktiven Dialog mit den Sowjets würde eine Rückkehr zu den Spannungen und der gegenseitigen Isolation des Kalten Krieges bedeuten . . . Wir können guten Gewissens nicht empfehlen, daß wir das Land wieder in die Unruhe und die Ängste jener Zeitspanne zurückführen."[37]) Die unausgetragene Ambivalenz der gegenwärtigen US-Haltung äußert sich bei Vance, wenn er einerseits erkennt, daß es „gerade unsere Beziehungen zur Sowjetunion (sind), bei denen es am stärksten um Fragen und Entscheidungen von Krieg und Frieden geht" und daß es – obwohl „die Ziele der Sowjets in der Welt von den unsrigen ganz verschieden sind" und es sich „um ein ernsthaftes Konkurrenzverhältnis handelt" – „jedoch spezifische Fragen gibt, bei denen unsere Interessen nicht gegensätzlich sind – nicht zuletzt bei der Vermeidung eines Nuklearkrieges". (Man halte dagegen die Verharmlosung des Atomkriegs in dem zitierten Brzezinski-Interview vom vergangenen Oktober!). Vance erklärt auch die Absicht, „den militärischen Wettbewerb zu stabilisieren und den politischen Wettbewerb zu regeln" sowie darüberhinaus „nach einer Ausweitung der Gebiete des gemeinsamen Interesses und gemeinsamen Handelns" zu streben.[38]) Auf der anderen Seite rangiert die Hauptfrage der Gegenwart, von Vance selbst als Frage von Krieg oder Frieden angesprochen, die Zukunft der Entspannung, unter den vier von ihm genannten Aufgaben der US-Außenpolitik sozusagen auf Platz 4b, und zwar reduziert auf „verbesserte Kontakte mit unserem Hauptkonkurrenten, der Sowjetunion". Es lohnt sich, diesen Prioritätenkatalog sehr sorgfältig zu studieren. Er lautet: 1. „Wir müssen eine Verteidigung aufrechterhalten, die modern und stark genug ist, um uns und unsere Verbündeten zu schützen." 2. „Wir müssen die amerikanischen Investitionen in Übersee und den ununterbrochenen Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen schützen." (Das klingt weitaus prosai-

35) A.a.O., S. 19.
36) In der Serie „Dokumentation", 25. 1. 1978.
37) A.a.O., S. 13.
38) Alle Zitate a.a.O., S. 12.

scher – im klassischen Sinne imperialistisch –, als Brzezinskis Versuche, die Politik der USA als „more identified with global change"[39]), als besser im Einklang mit dem weltweiten „Wandel" erscheinen zu lassen, indem er die Formel der Entwicklungsländer von der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" aufgreift und versucht, „diesen Wandel in Richtungen zu lenken, die unsere Interessen bewahren . . ."[40]) Vances 3. Priorität handelt von der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und dann kommt als Punkt 4 zunächst „Wir müssen unsere engen Beziehungen zu unseren Verbündeten aufrechterhalten" und dann schließlich im Schlußsatz die „verbesserten Kontakte" mit der Sowjetunion sowie den blockfreien Nationen. Zum ersten Teil des Punkts 4 wäre anzumerken, daß die Carter-Regierung die Verpflichtungen, die die USA u. a. in der KSZE-Schlußakte eingegangen sind, keineswegs nur gegenüber den sozialistischen Ländern einigermaßen leger handhaben. So hat Zbigniew Brzezinski im Hinblick auf die Verbündeten in der NATO und Japan eine regelrechte US-Doktrin der „begrenzten Souveränität" formuliert: Diese Länder müßten „im Umgang miteinander von einem höheren Maß an gegenseitiger Achtung und Fürsorge ausgehen, als dies normalerweise in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten üblich ist."[41]) So kann man es auch sagen. Das jüngste Beispiel für die Praxis ist die offene Intervention der US-Regierung in die italienische Regierungsbildung, von der sich selbst die Christdemokraten distanzieren mußten.[42]) Was sagt die KSZE zu diesem Thema? „Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte" lautet die Überschrift des ersten der „Zehn Gebote" der KSZE-Schlußakte[43]), in dem die Teilnehmer der KSZE, auch die USA erklären, daß sie das Recht jedes Staates achten, „sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen." (Wie verträgt sich mit dem Letztzitierten, nebenbei, die von der Bundesregierung gedeckte und von Fall zu Fall mitgetragene permanente Einmischung bundesdeutscher Rechtskräfte in gesetzliche und administrative Hoheitsakte der DDR auf ihrem eigenen Territorium?!). Unter „Fragen der Verwirklichung einiger der vorstehenden Prinzipien"[44]) verpflichtet die KSZE-Schlußakte die Teilnehmerstaaten ergänzend, „sich jeder wirtschaftlichen Zwangsmaßnahme zu enthalten, die darauf gerichtet ist, ihrem eigenen Interesse die Ausübung der Rechte eines anderen Teilnehmerstaates, die dessen Souveränität innewohnen, unterzuordnen und sich damit Vorteile irgendwelcher Art zu verschaffen".

Die Diskrepanz zwischen gewissen Zielen und Praktiken der westlichen Führungsmacht und ihren aus den Prinzipien der Koexistenz folgenden Pflichten ist, wie der kurze Überblick zeigt, unverkennbar. Andererseits erscheint die Sorge, ein Rückfall in den Kalten Krieg werde beide Seiten, also auch den Westen, in eine schwierige Lage bringen, durchaus nicht unglaubhaft, zumal Carter sich in seinem ersten Amtsjahr ja schon einige Beulen geholt hat.

39) Zit. nach: „Brzezinski erörtert geopolitische Situation", in: „Wireless . . ." v. 22. 12. 1977, S. 13.
40) Rede vor der Trilateral Commission am 25. 10. 1977 in Bonn, a.a.O.
41) Rede vor der Trilateral Commission . . ., a.a.O.
42) Vgl. „Wireless . . . ." v. 26. 1. 1978, S. 8ff.
43) A.a.O., S. 900.
44) A.a.O., S. 904f.

Offenbar ist es – um einem „versehentlichen" Abgleiten in eine neue Konfrontation mit ihren unabsehbaren Folgen vorzubeugen – erforderlich, sich intensiver mit einigen Irrtümern über Ursachen, Wesen und Möglichkeiten der Entspannung auseinanderzusetzen, die in der westlichen Öffentlichkeit zur Zeit ziemlich verbreitet und von den Psychostrategen Carters planvoll gefördert worden sind.

Argument 1: „Die sowjetische Aufrüstung sprengt das der Entspannung zugrundeliegende Gleichgewicht"

Diese Argumentation findet sich seit Jahren in jedem NATO-Kommunique. Der Hinweis auf bedrohliche sowjetische Rüstungsanstrengungen wird erfahrungsgemäß immer dann besonders schrill, wenn in den USA oder anderen NATO-Bereichen Rüstungssteigerungen zur Entscheidung stehen. Man erinnert sich an die fiktiven „Bomberlücken" und „Raketenlücken" der 50er und 60er Jahre. Neu ist, daß verstärkte westliche Aufrüstung als Beitrag zur *Förderung der Entspannung* ausgegeben wird – nämlich als Beitrag zur Wiederherstellung eines durch die Sowjetunion angeblich in Frage gestellten militärstrategischen Gleichgewichts, das es dem Westen dann erlauben werde, sich auf eine Fortsetzung der Entspannung einzulassen.

Entkräftet wird diese Argumentation schon allein dadurch, daß sowohl die Regierung in Bonn wie die in Washington wiederholt die Existenz eines ungefähren Gleichgewichts der Kräfte bestätigt hat. Auch auf dem Parteitag der Kanzlerpartei ist – in einem Antrag des SPD-Parteivorstandes über Rüstungskontrollvereinbarungen – ausdrücklich vom „bestehenden globalen militärischen Gleichgewicht" gesprochen worden, das „Verhandlungen über Rüstungssteuerung zunehmend an Bedeutung" gewinnen lasse[45]).

So gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen wird in der westlichen „veröffentlichten Meinung", was die Russen selbst zu diesem Thema zu sagen haben: „Die Sowjetunion sorgt wirksam für ihre Verteidigung, sie strebt aber keine militärische Überlegenheit über die andere Seite an und wird sie auch nicht anstreben. Wir wollen das ungefähre Gleichgewicht der militärischen Kräfte nicht stören, das sich gegenwärtig zum Beispiel zwischen Ost und West in Mitteleuropa oder zwischen der UdSSR und den USA herausgebildet hat." So Leonid Breschnew in seiner bereits zitierten Grundsatzrede vom 2. November 1977[46]). Wenig bekannt ist im Westen, daß die Sowjetunion ihren Militärhaushalt seit 1970 nach eigenen Angaben praktisch eingefroren hat, während z. B. die Bundesrepublik allein von 1970–1976 – ebenfalls nach eigenen Angaben – ihren Rüstungsetat um insgesamt 67% erhöht hat[47]). Die USA haben im Jahre 1975 92,7 Mrd. US-Dollar für Militär und Rüstung ausgegeben[48]), während Carters Verteidigungsminister für 1978–1982 eine Steigerung des Rüstungsetats von 116,8 auf 172,7 Mrd. US-Dollar vorsieht[49]).

45) SPD-Parteitag Hamburg v. 15.–19. November 1977, Beschlußübersicht, Teil I, S. 2.
46) A.a.O., S. 24.
47) ppa v. 30. 12. 1977, nach einer Übersicht des Bundesverteidigungsministeriums „Zwischen den Jahren".
48) Nach dem Bonner „Weißbuch 1975/1976", S. 212.
49) „Die Welt" v. 4./5. 2. 1978, s. o.

Bekannt ist, oder sollte sein, daß die neuen Waffensysteme „Cruise Missiles" und Neutronen-Bombe, deren Einführung eine in der Tat das Gleichgewicht gefährdende neue Eskalation des Wettrüstens auslösen müßte, einseitig von den USA entwickelt wurden und nicht von der angeblich das Gleichgewicht in Frage stellenden Sowjetunion, die vielmehr seit Jahren zu einem gegenseitigen Verzicht auf die Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel drängt.

Argument 2: „Die Entspannung stagniert, weil die Sowjetunion einen friedlichen Wettbewerb mit dem ‚dynamischeren' Westen nicht durchhalten kann"

Diese, unter Carter von den USA sehr geförderte und von den bürgerlichen Medien auch in der Bundesrepublik eifrig aufgegriffene, Argumentation ist dann besonders gefährlich, wenn sie als – sozusagen „technokratische", ganz „ideologiefrei" nur unter Effizienzgesichtspunkten dargestellte – Begründung für eine neue Version der „Politik der Stärke" herhalten muß.

Im übrigen erscheint es auch in dieser Frage durchaus angebracht, etwas zu tun, was unsere Massenmedien üblicherweise unterlassen, nämlich einmal die sowjetische Sicht der Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution hat die angesehene sowjetische Monatszeitschrift „Mirovaja ekonomika i meshdunarodnye otnoshenija" (Weltwirtschaft und internationale Beziehungen) eine Reihe hochinteressanter statistischer Übersichten veröffentlicht, darunter eine Reihe von aufschlußreichen Ost-West-Vergleichen[50]).

So betrug das *Nationaleinkommen* der UdSSR 1950 20% von dem der USA und 43% von dem der BRD, Frankreichs und Großbritanniens zusammengenommen, während die Vergleichszahlen für 1975 66% (gegenüber den USA) bzw. 128% (gegenüber BRD, F, GB) lauten. In der *Industrieproduktion* erreichte die UdSSR 1950 20% der amerikanischen und 35% der westeuropäischen (BRD, F, GB) Vergleichszahl, 1975 dagegen 80% der amerikanischen und 108% der Industrieproduktion von BRD, F, und GB. In der *Landwirtschaft* erzielte die Sowjetunion 1950 50% der amerikanischen und 115% der Produktion von BRD, F und GB, 1975 dagegen 85% der amerikanischen und 143% der Produktion von BRD, F und GB. Die *Investitionen* der UdSSR beliefen sich nach den Angaben der Zeitschrift 1950 auf 24% der amerikanischen und auf 57% der Investitionen der BRD, Frankreichs und Großbritanniens. Die Vergleichszahlen für 1975 sind 110% gegenüber den USA und 124% gegenüber BRD, F und GB.

Besonders interessant in unserem Zusammenhang – ökonomische Dynamik – sind die Angaben über die *Arbeitsproduktivität,* die in der Sowjetunion von 228 (1950 = 100) im Jahre 1960 auf 425 in 1970 und 525 in 1975 stieg, in den USA von 135 in 1960 auf 187 in 1970 und 211 in 1975 und in Westeuropa von 161 (1960) über 279 (1970) auf 322 (1975) stiegen. (Für die BRD lauten die Ziffern: 192 – 335 – 365.) Das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der sowjetischen Wirtschaft ist demnach das relativ rascheste, wobei zweifellos das

50) In Heft 11/1977 der Zeitschrift, S. 145–157, 13 Tabellen mit Kommentar.

gegenüber dem Westen außergewöhnlich niedrige Ausgangsniveau die Relation beeinflußt.

Ohne eine sehr beachtenswerte Dynamik der Entwicklung ihres wirtschaftlichen Potentials hätte die Sowjetunion allerdings auch nicht in wenigen Jahrzehnten ein Gleichgewicht zu den vormals die Welt beherrschenden westlichen Staaten herstellen können, eine Veränderung, die die USA und ihre Verbündeten zu jenem offenbar schmerzlichen Umdenkungsprozeß gezwungen hat, mit dessen Pendelausschlägen wir uns beschäftigen. Die rasche Entwicklung des sowjetischen Potentials, die das rückständige Rußland von 1917 in historisch kurzer Frist der amerikanischen Macht nahezu ebenbürtig werden ließ, war zu jeder Zeit von Zusammenbruchsprognosen begleitet. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen und der augenscheinlichen Realität der Gegenwart erscheinen solche Prognosen – von der „natürlichen Unterlegenheit", ja geradezu Lebensunfähigkeit der sozialistischen Wirtschaftsweise der UdSSR – heute nicht gerade glaubhafter. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941 ist ein eklatantes Beispiel der Fehleinschätzung der sowjetischen „Dynamik". Die Ergebnisse der Fehlrechnung sollten eigentlich abschreckend genug sein.

3. Argument: „Die Bedeutung der Ost-West-Verständigung wird überschätzt. Es gibt viel Dringlicheres zu tun"

Dieses Argument, demzufolge der Westen sich vor allem auf eine Stärkung des eigenen Lagers konzentrieren („trilaterale" Konzeption der Blockbildung USA-Westeuropa-Japan unter amerikanischer Führung) und durch eine Offensive in den Beziehungen zur Dritten Welt den sowjetischen Einfluß von der Peripherie her eindämmen sollte, solange die Kräfteverhältnisse eine frontale Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten nicht erlauben, hat in der Polemik Brzezinskis gegen seinen Vorgänger Kissinger und zu Beginn der Amtszeit Carters eine große Rolle gespielt, angesichts der bisher wenig ermutigenden Ergebnisse allerdings einer realistischeren Betrachtungsweise Raum geben müssen, ohne jedoch bedeutungslos zu werden. Die zitierten Äußerungen Carters und seiner Berater zum Ost-West-Verhältnis aus neuerer Zeit lassen auf einen Denkprozeß schließen, an dessen Ende eine ähnliche Prioritätenkorrektur, eine ähnliche Korrektur der US-Haltung in Sachen Koexistenz und Entspannung stehen könnte wie die, zu der auch die militanten Antikommunisten Nixon und Kissinger sich unter dem Druck der Realitäten genötigt sahen, nachdem sie zuvor beispielsweise das Problem der Normalisierung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion ähnlich wie jetzt Carter und Brzezinski zunächst zu umgehen und an der Sowjetunion vorbei Politik zu machen versucht hatten.

4. Argument: „Die Entspannung stockt, weil Carters Hauptziel die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte ist und die Sowjetunion sich dagegen sträubt"

Auch dieses Argument hat in dem Maße an Glanz verloren, wie Carters Regierungspraxis sein außerordentlich selektives und instrumentales Verhältnis

zum Thema Menschenrechte sichtbar werden ließ. Über eine Realisierung der Menschenrechtsforderungen in den USA (z. B. Recht auf Arbeit, auf Freiheit von rassischer Diskriminierung usw.) ist bisher nichts Neues bekanntgeworden; im lateinamerikanischen „Hinterhof" der USA dominieren auch unter Carter die Militärdiktatoren, Folter und Not; des letzten Kredits beraubte der US-Präsident seine Menschenrechtsoffensive schließlich, als er am 31. Dezember 1977 mit dem Schah unbefangen Silvester feierte und dabei das im Iran besonders akute Thema Menschenrechte nicht etwa nur devot verschwieg, sondern dem kaiserlichen Diktator sogar ausdrücklich attestierte: „Die Interessen unserer Länder sind auf den Interessen des Einzelnen aufgebaut. Und in all unseren – öffentlichen und privaten – Gesprächen unterstreichen wir die Garantie der vollsten wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte für unsere Bürger."[51])

Was nach alledem übrig bleibt von Carters „Menschenrechte-Offensive", ist, kaum überraschend, die Stoßrichtung gegen die sozialistischen Länder. In Rechtsblättern wie der „Welt" hat sich nach anfänglichem Augenzwinkern dementsprechend sehr bald ganz offen die Bezeichnung „Menschenrechtswaffe" durchgesetzt. Der der sozialliberalen Seite nahestehende Publizist Peter Bender traf dazu kürzlich die aufschlußreiche Feststellung: „Ihre Brauchbarkeit als Waffe ist einer der Hauptgründe, aus denen die Menschenrechte auch im Westen so geschätzt sind. Als taktisches Mittel hatten sie sich, wenn auch nicht immer unter dem Signum ‚Menschenrechte', schon früher bewährt."[52]) In der Tat. Man kann kaum umhin, z. B. erneut das doppelbödige Spiel in Erinnerung zu rufen, das die deutsche Außenpolitik unter Stresemann im Völkerbund betrieben hat, damals nicht unter dem „Signum ‚Menschenrechte'", sondern unter dem „Signum" der Minderheitenrechte[53]).

Mit Verwirklichung der Menschenrechte hat all dies sehr wenig zu tun – und mit Entspannungs- und Friedenspolitik ebensowenig. Daran ändert auch der häufige Verweis auf „Korb 3" der KSZE-Schlußakte wenig. Wenn die Vorschläge und Vereinbarungen dieses „Korbes" voll realisiert werden sollen, haben alle Teilnehmerstaaten, auch die westlichen, Arbeit genug im eigenen Land und wenig Anlaß, auf andere zu zeigen. Vor allem aber: Die KSZE-Schlußakte betont, ausdrücklich, daß weder eines der 10 Prinzipien noch ei-

51) Ankunftserklärung Präsident Carters in Teheran, zit. nach: „Amerika-Dienst" v. 11. 1. 1978, Dokumentation: „Die Weltreise Präsident Jimmy Carters vom 29. Dezember 1977 bis 6. Januar 1978".
52) In: „Das Parlament" v. 7. 1. 1977.
53) In einer Denkschrift des Stresemannschen Außenministeriums aus dem Jahre 1925 über die „Ausarbeitung einer klaren Linie für unsere Völkerbundpolitik" hieß es, Deutschland müsse vor dem Völkerbund, dem Vorläufer der UNO, „die dankbare Rolle des Fortschrittlichen übernehmen" und die Gegenspieler „mit fortschrittlich-idealen Prinzipien und Forderungen in die Enge treiben. Damit hätten wir einen äußeren Mantel für unsere sonstigen Bestrebungen . . . Es wird sich daher empfehlen, so oft wir können, uns zum Förderer neuer Gedanken (eigener und fremder) aufzuwerfen und aus der Verkündung unseres Evangeliums möglichst großes Aufheben zu machen . . . um Deutschlands Stellungnahme einen besonderen, sympathischen Charakter zu verleihen und die Weltmeinung entsprechend zu beeinflussen . . . Hier empfehlen sich fortschrittliche Gesten, die fast immer Beifall finden, klingende Phrasen und die Verkündung großzügiger Gedanken . . . Wir können in Genf den Polen, Tschechen usw. recht viele Unbequemlichkeiten bereiten (Die Denkschrift bezieht sich hier auf die Frage der Minderheitenrechte, d. Verf.) . . . Hierbei wäre es natürlich förderlich, wenn wir in Deutschland, zumindest auf dem Papier, ein einwandfreies Minderheitenrecht aufzuweisen hätten." Zit. aus: „Ganz geheime Aufzeichnung ‚Deutschland im Völkerbund' v. 12. 12. 1925" (Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925–1933, Bd. I, S. 68 ff., Göttingen 1966), hier nach dem Beitrag von Prof. Dr. Wolfgang Ruge in den „Blättern", 5/1969, S. 468–484: „Stresemann – ein Leitbild?", hier zit. S. 480 f.

ner der drei „Körbe" isoliert betrachtet oder gegen andere ausgespielt werden dürfen, weil die Schlußakte sich nur dann verwirklichen läßt, wenn man sie als Ganzes anerkennt und realisiert. Nirgendwo ist diese Erfahrung wahrscheinlich spürbarer als in der Bundesrepublik, die lange genug „Bollwerk der Freiheit" gespielt hat: Kalter Krieg und Antikommunismus passen nicht mit Demokratisierung und die Verwirklichung der Rechte auf Arbeit, Bildung, soziale und politische Sicherheit paßt nicht mit forcierter Aufrüstung unter einen Hut.

3) Positionen zur Abrüstung

Zum Stand und zu den augenblicklichen Problemen der laufenden Abrüstungsverhandlungen in Wien und Genf soll im folgenden Heft der „Blätter" eine ausführliche Darstellung erscheinen. An dieser Stelle daher nur eine Übersicht über die jüngsten Stellungnahmen der USA und der Bundesrepublik in den jeweiligen Regierungserklärungen – über Erklärungen also, deren Kriterium die Praxis sein muß. Grund zur Gelassenheit in Sachen Abrüstung gibt es gegenwärtig gewiß nicht.

a) USA

„Militärisch, politisch, wirtschaftlich und geistig ist die Lage unserer Nation gut", lautet der selbstzufriedene Anfang der „State of the Union Message" des US-Präsidenten 1978[54]). Kein Grund zur Beunruhigung also? Konkreter scheint die Äußerung zum Stand der SALT-Verhandlungen mit der Sowjetunion: „Die Gespräche über eine Begrenzung der Strategischen Rüstungen, SALT, sind schwierig und ziehen sich lange hin. Wir streben eine beiderseitige Limitierung sowohl hinsichtlich der Qualität als auch der Quantität der riesigen Arsenale beider Nationen an – und dann einen tatsächlichen Abbau der strategischen Rüstungen als wichtigen Schritt auf das Ziel hin, eine endgültige Abschaffung aller nuklearen Waffen überall auf der Welt zu erreichen. Wenn diese Gespräche dieses Jahr zu einem Erfolg führen – und ich bin zuversichtlich, daß dies der Fall sein wird – gelobe ich Ihnen, daß das betreffende Abkommen die Stabilität des strategischen Gleichgewichts der Welt und die Sicherheit der Vereinigten Staaten aufrechterhalten wird."[55]) Die Hoppla-jetzt-kommen-wir-Attitüde, mit der Außenminister Vance im Mai 1977 in Moskau auftauchte, um die Wladiwostok-Übereinkunft über den Haufen zu rennen, scheint verflogen. Neben SALT erwähnt Carter die Fortsetzung der Verhandlungen über ein umfassendes Atomteststopp-Abkommen, die Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und die Notwendigkeit, die Rüstungsexporte zu reduzieren. („Unser Eintreten für den Frieden wird fragwürdig, wenn wir gleichzeitig der Hauptwaffenlieferant der Welt sind."[56])

54) A.a.O., S. 1.
55) A.a.O., S. 14f.
56) A.a.O., S. 15.

Das Wort Abrüstung taucht in der Regierungserklärung Carters allerdings ebensowenig auf wie das Wort Entspannung.

b) Bundesrepublik

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt ist sowohl von Entspannung wie von Abrüstung die Rede. Daß es laut Schmidt „auch heute und morgen zur Entspannung keine Alternative" gibt, haben wir bereits zitiert. Die Hoffnung der Menschen, daß die Entspannung jetzt durch Umkehrung der Rüstungsdynamik in Richtung Abrüstung vervollständigt und gesichert wird, kommentiert Schmidt verständnisvoll, aber „realpolitisch" gelassen: „Überall in der Welt hoffen die Menschen, daß die Last der Verteidigungskosten abnimmt und das eingesparte Geld für größere Wohlfahrt der Völker und für materielle Gerechtigkeit verwendet werden. Machen wir uns nichts vor:" – schließt der Kanzler lakonisch – „Der Weg zu diesem Ziel bleibt steinig und sehr lang."[57]) Einzelheiten über die nächsten Schritte, die die Bundesregierung etwa zu tun gedenkt, um auf dem sehr langen Weg ein wenig vorwärtszukommen, erfährt man nicht. Blättert man im Protokoll der Regierungserklärung drei Seiten weiter, findet man folgendes: „Wir vertrauen . . . auf den Willen der beiden Großmächte, zu tragfähigen Vereinbarungen über die Rüstungsbegrenzung zu gelangen." Der Kanzler teilt die Hoffnung des US-Präsidenten, daß es 1978 zu einem SALT-II-Abschluß kommen werde und „stellt mit Genugtuung fest, daß die amerikanische Regierung die SALT-Konsultationen im Bündnis intensiviert" habe[58]). Daß die „Konsultationen" innerhalb der NATO die USA zur Rüstungsbegrenzung ermutigen, statt sich womöglich als zusätzlicher Bremsfaktor oder -vorwand zu erweisen, kann man nur hoffen. Über den Inhalt nämlich verlautet nichts. Eher verhalten klingt die Stellungnahme zu den Wiener Verhandlungen, an denen Bonn unmittelbar beteiligt ist (und wo seine Delegation bisher den Eindruck besonderer Intransigenz hinterlassen hat): „Uns liegt an der Förderung auch des Wiener MBFR-Dialogs zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes." Schon die Verwendung des von den WP-Staaten als Versuch einseitiger Präjudizierung der Verhandlungen durch die NATO zurückgewiesenen Kürzels MBFR („B" = „balanced" steht für den bisher jeden Konferenzfortschritt blockierenden Versuch der Bundesrepublik und anderer NATO-Kräfte, am Konferenztisch eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa erzwingen zu wollen, statt das bestehende Kräfteverhältnis – als Bestandteil des globalen strategischen Gleichgewichts – auf niedrigerem Niveau, also zu geringeren Kosten etc., zu stabilisieren) klingt eher nach Mono- als nach Dialog. Phantasie und Engagement – von denen sich die im Text anschließenden Elogen auf die „Partnerschaft mit Nordamerika, die ja weit mehr ist als ein Zweckbündnis . . .", sondern „eine auf Dauer angelegte Völkerfreundschaft", fast im Übermaß beschwingt zeigen – sind in Sachen Abrüstung auch beim bundesdeutschen Kanzler kaum zu spüren.

57) A.a.O., S. 4960.
58) A.a.O., S. 4963.

Und kein Ton über die Neutronen-Bombe, über die Cruise Missiles, über jenen deutschen Rüstungskonzern OTRAG, der sich in Zaire in geradezu neokolonialer Machtvollkommenheit ein Territorium von der Größe der BRD als Raketenversuchsgelände verschafft hat und dort u. a. bereits eigene „Cruise Missile"-Versuche anstellen soll (u. a. zur Umgehung der Rüstungsbeschränkungen, die der Brüsseler Vertrag der Bundesrepublik auferlegt)[59]); kein Ton auch über die umfassende militärische Kooperation mit dem von der UNO verurteilten Apartheids-Regime in Südafrika[60]) oder über die Problematik der atomaren Kooperation mit der RSA und Brasilien – Regimes, die keinen Zweifel an ihren militärischen Weiterverwertungsplänen für das u. a. mit bundesdeutscher Hilfe erlangte Atompotential lassen.

Man erinnere sich: „Wir denken, das Ziel muß sein, die Europäer von Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern und dabei ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon, zumal als Sozialdemokrat, zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschrittes erwarte", hatte Bundeskanzler Schmidt auf der Abschlußsitzung der KSZE in Helsinki 1975 erklärt[61]) – ganz im Sinne der dort verabschiedeten Schlußakte – und damit einige Erwartungen geweckt. Was seither – unter einzuräumenderweise verschlechterten Einflüssen aus den USA – geschehen ist und das, was Schmidt am 19. Januar 1978 in seiner Regierungserklärung zu sagen wußte, zwingen zu der beunruhigenden Annahme: ein konkretes Konzept zur Abrüstung und den Ehrgeiz, sie mit eigenen Beiträgen in Gang bringen zu helfen, hat die Bundesregierung bisher nicht.

III

Hier zeigt sich das Dilemma der sozialliberalen Regierungskoalition, aus dem sie mit eigener Kraft keinen Ausweg zu finden scheint. Einerseits weiß sie, daß ihre politische Zukunft mit der Fortsetzung der Entspannungspolitik verknüpft ist, andererseits hindern ihre Orientierung auf die Leitlinien des Großkapitals und ihre antikommunistischen Berührungsängste sie daran, sich wirksam mit ihren Gegnern, mit den entspannungsfeindlichen Kräften von CDU/CSU und militärisch-industriellem Komplex auseinanderzusetzen. Stattdessen behindert und bekämpft sie – die Kampagne gegen die vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und von vielen lokalen Bürgerinitiativen organisierten großen Abrüstungsdemonstrationen hat es gezeigt – die demokratischen Kräfte im Lande, die sich am entschiedensten für die Fortsetzung der Entspannung einsetzen und die jeden Schritt vorwärts zu unterstützen bereit sind. Das ist offenkundig schizophren und wird, wenn die Entspannungsbefürworter innerhalb der Regierungsparteien weiter in der Defensive bleiben, diese Koalition von Mobilisierungspotentialen – nicht zuletzt in Betrieben und Gewerkschaften – abschneiden, die sie 1972, als es um

59) Vgl. u. a. „Berliner Extra-Dienst" v. 16. 12. 1977.
60) Vgl. den Artikel von Wolff Geisler in diesem Heft.
61) Vgl. den Wortlaut der Rede in: „Blätter", 8/1975, S. 855–858, hier S. 857.

die Durchsetzung der Ostverträge ging, vor dem Ansturm der CDU/CSU zu retten geholfen haben.

Der „Fall Leber" verdient es, auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet zu werden. Niemand hat die Frage gestellt, warum kein Mensch für Leber auf die Straße gegangen ist, warum sich in den Betrieben keine Hand zur Unterstützung des „populären Gewerkschafters" gerührt hat. In der Tat: die Frage erscheint grotesk, aber der „Fall Leber" ist es nicht minder. Für ihn demonstriert hätten doch allenfalls einige Militärs und Herren der Rüstungskonzerne, die dergleichen jedoch nicht tun und die – auch nach bald 10 Jahren treuer Führung des Rüstungsressorts durch Schmidt und Leber – jedem strategischen Kalkül der Union weitaus aufgeschlossener gegenüberstehen als einer noch so braven SPD, mit der sie, wenn sie könnten, zweifellos lieber heute als morgen wie mit Leber nach dem Motto verfahren würden: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn!" Über Mangel an ehrenden Nachrufen kann sich Leber dabei nicht beklagen. Keines seiner Verdienste für die Restauration und Stabilisierung der Kapitalherrschaft, das in diesen Tagen nicht rühmend – als „beispielhaft für einen rechtschaffenen Sozialdemokraten" – durch die Zeitungen gegangen wäre: Von der mutigen Tat des IG Bau, Steine, Erden-Führers Leber, der sich ausgerechnet in diesen Tagen in einem Gespräch mit dem Altmilitaristen und FAZ-Wehrexperten Adelbert Weinstein rühmt, wie „er 1956 die Kommunisten aus seiner Organisation verjagt" habe[62]), noch heute, laut Weinstein, „mit Recht stolz auf seine damalige Reaktion auf die kommunistische Wühlarbeit" ist und „im Grunde" als Verteidigungsminister „mit seiner Überwachung der kommunistischen Infiltration der Streitkräfte nichts anderes getan" habe, „als die Linie politisch weiterzuziehen, die er als Gewerkschaftsführer angesetzt hatte."[63]) Als Zwischenstationen werden seine Versuche, u. a. durch den „Leber-Plan" die Gewerkschaften auf „Sozialpartnerschaft" zuzuschneiden, sein unrühmlicher Versuch, die Gewerkschaften vom Widerstand gegen die Notstandsgesetze abzubringen und sogar – man höre und staune, 4 Jahre nach dem schmählichen Hinauswurf der USA aus Vietnam – „das mutige Eintreten Lebers für die Amerikaner im Vietnam-Krieg" anerkennend aufgezählt. Das Fazit Weinsteins in der FAZ: „Leber ist Zeit seines Lebens für Recht und Ordnung eingetreten." Recht und Ordnung – oder auch „Law and Order" –, für den Vertreter einer sozialliberalen Regierung ein denkwürdiges Prädikat!

Das Lehrstück Leber müßte zu denken geben, wenn schon nicht dem Bundeskanzler, so doch allen Demokraten in diesem Land, denen daran liegt, daß die CDU/CSU der Strauß, Kohl und Dregger mit ihrem Versuch scheitern, die sozialliberale Koalition zu stürzen oder zu sprengen und alles, worin deren Politik sich noch von den Positionen der Unionsparteien unterscheiden läßt, zu liquidieren. Das Lehrstück bestätigt nämlich nur zu deutlich eine nicht immer populäre Erkenntnis der demokratischen Bewegung: Das bisherige Rezept der SPD unter Helmut Schmidt, das sich auf die polemische Kurzformel ver-

62) FAZ v. 4. 1. 1978.
63) Ebd.

einfachen läßt: „Dadurch an der Regierung bleiben, daß man die CDU-Politik Stück für Stück vorwegnimmt und die offene Regierungsübernahme der Union damit ‚überflüssig' macht und deshalb solange weiterregieren darf, wie SPD- und Gewerkschaftsmitgliedschaft trotz allem stillhalten" – dieses „Konzept", das die SPD in den vergangenen Jahren immer stärker mit den Erwartungen ihrer traditionellen Wähler und Mitglieder in Konflikt gebracht und ihre Basis erheblicher Erosion ausgesetzt hat, wird, wie die Entwicklung vor allem der letzten Monate zeigt, nicht von Dauer sein können. Schon allein deshalb nicht, weil man es in den Gewerkschaften, aber auch in beträchtlichen Teilen der Regierungsparteien und vor allem ganz einfach überall dort, wo sich demokratische Potentiale entwickelt haben, allmählich satt ist, der SPD/FDP-Regierung zuliebe stillzuhalten, unabhängig davon, wie weit sich die Politik dieser Regierung von den Interessen der Bevölkerungsmehrheit entfernt.

Eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik, die den weiteren Vormarsch der Rechtskräfte stoppt, ist letzten Endes nur möglich, wenn Bewegung in die Bevölkerung kommt. Wenn die gesellschaftlichen Kräfte selbst sich zu regen beginnen und für ihre eigenen Interessen aktiv werden – was in fast allen Fällen letztlich auf eine Stoßrichtung vor allem gegen die Zentren der Rechtsentwicklung hinausläuft, gegen das große Industrie- und Bankkapital, die Rüstungsgewinnler, und damit auch gegen deren traditionelle Hauptkraft, die Unionsparteien, wie sozialdemagogisch diese auch auftreten mögen.

„Stillhalten" wäre also das Falscheste, was in dem derzeitigen Kräftemessen getan werden könnte, selbst für die Regierung Schmidt, der das bloße Auswechseln von sechs Ministern, wenn die unsoziale Richtung ihrer Politik nicht korrigiert wird, auch kaum allzuviel weiterhelfen dürfte. Wer soll denn „stillhalten"? Die Arbeitnehmer, deren Anteil am Volkseinkommen weiter zu reduzieren offen erklärtes Programm der Unternehmerverbände ist?[64]) Die Arbeitslosen? Darunter Hunderttausende von Jugendlichen, deren Anspruch auf das Menschenrecht auf Arbeit (in einigen Länderverfassungen explizit verankert) von den Unternehmerorganisationen als „sogenanntes ‚Recht auf Arbeit'" und als ein möglicher „Hebel für die Veränderung unserer Wirtschaftsordnung insgesamt" angegriffen wird?[65]) Sollen die Gewerkschaften stillhalten, die die Verfassungsklage der Unternehmer gegen die Mitbestimmung als Kampfansage verstanden haben, als Konsequenz aus der „Konzertierten Aktion" ausgezogen sind, und die sich denken können, daß sie von Karlsruhe nicht viel Gutes zu erwarten haben? Ebensowenig wie die Frauen, die Reformkräfte an den Hochschulen und jüngst die Kriegsdienstverweigerer, die Karlsruhe allesamt bereits abgefertigt hat. Sollen die Frauen die Frauenbewegung auflösen? Die fortschrittlichen Hochschullehrer in den „Bund Freiheit der Wissenschaft" eintreten? Die Studenten sich mit der Hochschulmisere abfinden? Sollen die Kriegsdienstverweigerer mit fliegenden Fahnen

64) Vgl. dazu erneut den „Jahresbericht" 1977 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) v. Dezember 1977, besonders S. XVf.
65) Ebd., S. XX.

zur Bundeswehr überlaufen? Oder soll womöglich die Bewegung gegen die Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte stillhalten, obwohl es mittlerweile schon Tausende Berufsverbots-„Fälle" gibt und die Verantwortlichen immer größere Mühe haben, sich zu rechtfertigen, vor allem gegenüber einem hellhörig werdenden Ausland? Sollen die Gegner des Atomprogramms der Bundesregierung stillhalten und die – gelinde gesagt – zweideutigen Ergebnisse der Parteitage von SPD und FDP in Sachen KKW-Ausbau schlucken? Oder sollen vielleicht die Rentner gelassen zuschauen, wenn eher ihre Renten, für die sie ihr Leben lang eingezahlt haben, angetastet werden als der offenbar immer noch sakrosankte Rüstungsetat? Und sollen Sozialdemokraten kommentarlos zusehen, wie Genossen, die so etwas skandalös finden, aus der Partei ausgeschlossen werden? Sollen Christen und Pazifisten, Sozialisten und Kommunisten, die schon für die Anerkennung der DDR und Entspannung in Europa eingestanden sind, als man für „DDR-Kontakte" ins Gefängnis wandern konnte und als die SPD noch für „Deutschland in den Grenzen von 1937" warb –, und die dann im Kampf für die Ostverträge für die „Anerkennungspartei" massenhaft mobilisiert haben – sich ausgerechnet heute, nach Helsinki, den antikommunistischen Abgrenzungsneurosen der Bonner Parteispitzen beugen?

Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten. All diese Bewegungen entspringen der sozialen Realität, den zunehmenden inneren Widersprüchen dieses Landes und lassen sich deshalb nicht nach einem Parteivorstands- oder wahlkampftaktischen Kalkül an- oder abstellen. Die sozialliberale Regierung muß sich allerdings die Frage stellen, ob sie sich gegenüber diesen, vielfach anwachsenden realen sozialen und demokratischen Bewegungen restlos isolieren, die politisch weniger bewußten Teile womöglich in die Arme der CDU und CSU oder der neuerdings auffällig offensiv werdenden Neofaschisten treiben will, oder ob sie sich – vor der Existenzfrage – jenen Kräften wieder öffnet, die eine Erneuerung der Konstellation von 1969 wünschen und mit dem damals von Gustav Heinemann apostrophierten „Machtwechsel" mehr verbinden als nur die personelle Ablösung der CDU/CSU aus der Bundesregierung, vielmehr die Überwindung des „CDU-Staates", Entspannung, innere Reform und Demokratisierung.

Einen solchen Umschwung kann aber auch in der Bundesrepublik, so wenig die Kräfteverhältnisse sich mit denen Italiens oder Frankreichs vergleichen lassen, keine einzelne Partei herbeiführen, sondern nur das Ensemble der demokratischen und auf sozialen Fortschritt orientierten Kräfte, das so oder so von der Rechten bekämpft und als „Volksfront" zu diffamieren versucht wird und folglich am Ende nur die Wahl hat, gemeinsame Interessen gemeinsam zu vertreten, in welcher konkreten Form auch immer, oder sich nacheinander einzeln fertigmachen zu lassen. Das Volksfront-Tabu wird immer mehr zum Klotz am Bein auch der SPD selbst. Daß das demokratische Potential in der Bundesrepublik größer als von manchen erwartet und – trotz vieler lähmender Resignationserscheinungen aufgrund der sozialliberalen Politik der letzten Jahre – in der Stunde der Gefahr bereit ist, aktiv zu werden, hat zuletzt die massive Reaktion gezeigt, auf die die Rechtskräfte mit ihrem Versuch stießen,

den Fall Schleyer zu einem Generalangriff auf die demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik, zu einem massiven Schritt in Richtung Autoritärer Staat, zu nutzen. Wie sich zeigte, mußte die Law-and-Order-Fraktion sich daraufhin zunächst auf vorsichtigeres Manövrieren beschränken. (Ein ähnliches – wenn auch sicherlich nicht ohne weiteres verallgemeinerbares – Beispiel dafür, daß die Zielprojektionen der Herrschenden sich auch in der Bundesrepublik nicht mit naturgesetzlicher Unaufhaltsamkeit durchsetzen, sondern im Interesse der Betroffenen korrigierbar sind, wenn diese kämpfen, hat Anfang 1978 der unerwartete Erfolg des Hafenarbeiterstreiks gesetzt.)

Natürlich kann es der demokratischen Bewegung nicht gleichgültig sein, ob die sozialliberale Koalition sozusagen Selbstmord begeht oder nicht. In seinem Artikel „Die Neutronen-Bombe, die BRD und Europa"[66]) hat Reinhard Opitz das Dilemma einer Regierung charakterisiert, der sehr wohl dämmert, daß im Grunde das einzige, was sie der Opposition von CDU und CSU noch voraus hat, ihre entspannungspolitische Option ist – die sich aber andererseits, besonders deutlich im Fall der Neutronen-Bombe, aufgrund ihrer Orientierung auf NATO- und Militär-Industrie-Komplexe (womöglich im doppelten Wortsinn) in die Gefahr begibt, diese entspannungspolitische Option selbst zu zerstören. Dies wäre unvermeidlich, wenn Schmidt den gefährlichen Denkspielen, die in den USA, der NATO und bundesdeutschen Militärkreisen (bemerkenswerterweise aber mit Gegenstimmen aus den eigenen Reihen) an die Neutronen-Bombe geknüpft werden – nämlich von der Wiederherstellung der Möglichkeit, in Europa „begrenzte" Kriege zu führen – tatsächlich seine Hand reicht. Umgekehrt wäre eine entschiedene Absage Bonns an die Neutronen-Bombe und an andere Abenteuer, die auf einen Rückfall in den Kalten Krieg und Schlimmeres hinauslaufen können, für Washington und seinen unerfahrenen, gelegentlich an Goethes Zauberlehrling gemahnenden Präsidenten ein Datum, über das man nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen kann. Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik (und anderen Ländern) ist, wie die breite Resonanz auf die Protestinitiativen der demokratischen Kräfte zeigt, gegen N-Bomben-Abenteuer. Noch ist die entspannungspolitische Option nicht vertan. Der bevorstehende Besuch Breschnews in Bonn könnte neue Zeichen setzen. Die weltpolitische Szene ist, ein Jahr nach dem Wechsel in Washington, in einer Reihe von Fragen noch unklar. Aber den fortschrittlichen Kräften bläst der Wind – weltpolitisch gesehen – nicht ins Gesicht. Einiges wird, gerade im Hinblick auf die Entwicklung der USA-Politik, von der Bundesrepublik abhängen, und vieles davon, ob die verschiedenen demokratischen Kräfte sich rechtzeitig des – besonders in der Bundesrepublik – immer enger gewordenen wechselseitigen Bedingungsverhältnisses von Friedenssicherung, Entspannung, Abrüstungspolitik einerseits und von Verteidigung und Ausbau sozialer und demokratischer Rechte und Fortschritte andererseits bewußt werden.

66) In: „Blätter", 9/1977.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich*)

Von Wolff Geisler

Besonders seit der Niederlage der u. a. mit Kriegsmaterial aus der Bundesrepublik ausgerüsteten Kolonialtruppen Portugals in Guinea-Bissau, Moçambique und Angola ist die Bundesregierung beschuldigt worden, die verbliebenen Bastionen von Rassismus und Kolonialismus in Afrika, Südafrika, Namibia und Rhodesien (Zimbabwe) durch Waffenlieferungen zu stärken. Die Bundesregierung hat das immer wieder als unwahr bezeichnet. Aber nur einmal, am 17. Januar 1977, ist sie mit einem Memorandum an die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auf detaillierte Vorwürfe eingegangen; darin hat sie alle Kritik als „unbegründet . . . Versuch bewußter Täuschung . . . bewußte Verdrehung der Tatsachen . . ., falsche Zitate . . ., Verdrehung entscheidender Tatsachen" bezeichnet. Was sie allerdings zu den einzelnen angeführten Beispielen schrieb, überzeugte die OAU und die UNO-Generalversammlung nicht. Im Gegenteil, die folgenden Tagungen dieser Organisationen verurteilten die Bundesregierung nachdrücklicher als zuvor. Und dies völlig zu Recht. Denn die simple Taktik der Bundesregierung, den Kritikern ihrer militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika stereotype Dementis entgegenzuhalten, vermag angesichts der drückenden Beweislast der Fakten keinen unvoreingenommenen Beobachter mehr zu überzeugen.

Wenn Bonn aber, ohne zu seriöser Argumentation und Beweisführung in der Lage zu sein, dennoch seine formelhaften Unschuldsbeteuerungen ständig wiederholt, so verweist dies nicht nur auf die Tatsache, daß man das Odium der Kollaboration mit einem international verfemten Regime vor der Weltöffentlichkeit loswerden möchte; hinzu kommt vielmehr, daß durch das Atomgeschäft mit Pretoria ein besonders heikles Kapitel bundesdeutscher Militärpolitik Gefahr läuft, in das Rampenlicht der Öffentlichkeit zu geraten: die Entwicklung und Produktion von strategischen Waffen, wie Atombomben und Lenkraketen mit mehr als 32 km Reichweite ist nach den Brüsseler Verträgen von 1954 auf dem Territorium der Bundesrepublik verboten. Ursprünglich konzipiert, aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs heraus der Bundesrepublik den Zugang zu solchen Waffen überhaupt zu verwehren, können diese Verträge bei entsprechender Interpretation jedoch unterlaufen werden, indem die Bundesrepublik solche Waffen außerhalb ihres Territoriums, d. h. im Ausland, herstellt. Insbesondere das Interesse am Zugang zur nuklearen Waffentechnologie ergibt somit für die Bundesregierung ein starkes und ganz spezifisches Motiv zur militärischen Zusammenarbeit mit der Republik Süd-

*) Vorabdruck aus dem voraussichtlich Anfang April 1978 im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinenden Buch: Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler, Südafrika. Rassismus – Imperialismus – Befreiungskampf; d. Red.

afrika, ein Motiv, das über die allgemeinen politischen, ökonomischen und strategischen Interessen, wie sie auch die anderen Westmächte besitzen, noch weit hinausgeht.

Das Ausmaß der Kooperation mit Südafrika bei der Anreicherung von Uran weist so viele militärische Zusammenhänge auf, und ist zudem ökonomisch nicht erklärbar, daß der Schluß nicht ganz von der Hand zu weisen ist, hier arbeite die Bundesrepublik auch für eigene militärische Ziele.

I. Atomare Zusammenarbeit

Der African National Congress (ANC) hat in seiner Dokumentation „Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika"[1]) trotz des Schleiers der Geheimhaltung, der um all diese Dinge gelegt wurde, schlüssig nachweisen können – und international anerkannte Experten bestätigen ihm das –, daß eine enge atomare Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Südafrika existiert. Mit Wissen und Förderung der Bundesregierung haben die staatliche Gesellschaft für Kernforschung (GfK) Karlsruhe und die staatlich kontrollierte Firma STEAG, Essen, das patentrechtlich geschützte Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung an Südafrika gegeben. Mit Unterstützung der GfK und der STEAG entsteht in Südafrika eine für militärische Zwecke konzipierte Urananreicherungsanlage, die die Voraussetzung zum Bau einer Atombombe schafft.

Schließlich ist seit langem bekannt, daß die Republik Südafrika (RSA) aus ihrem Willen zum Bau der Bombe und nötigenfalls auch zu ihrem Einsatz keinerlei Hehl macht. Premierminister John Balthasar Vorster erklärte am 10. Mai 1976 in der „International Herald Tribune": „Wir können Uran anreichern, und wir haben die Fähigkeit dazu. Und wir haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet." Nicht weniger deutlich äußerte sich sein Innenminister C. Mulder in einem Interview mit der „Washington Post" am 16. Februar 1977: „Lassen Sie mich lediglich sagen, daß, wenn wir angegriffen werden, es überhaupt keine Regeln mehr gibt, wenn es zur Frage unserer Existenz kommt. Wir wollen alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, was sie auch sein mögen. Es ist richtig, daß wir gerade unsere eigene Pilotanlage (zur Urananreicherung; d. Verf.) fertiggestellt haben, die auf einer sehr modernen Technologie beruht, und daß wir größere Uranvorkommen besitzen."

Als 1977 die Meldung, Südafrika plane einen Atomtest, in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte, mußten schließlich sogar die USA im September 1977 aufgrund eigener Satelliten-Fotos bestätigen, daß Pretoria in der Kalahari-Wüste ein einsatzbereites Testgelände zur Verfügung halte. Die USA, Großbritannien und Frankreich richteten daraufhin an die Adresse Südafrikas Warnungen vor einem solchen Test. Bundesaußenminister Genscher kam in dieser Situation nicht darum herum, Pretoria ebenfalls „erneut und eindringlich" aufzufordern, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

1) Erschienen in Lusaka, September 1975.

Allerdings erscheinen diese diplomatischen Erklärungen im Lichte der Realität nur als Beruhigungspillen für die Weltöffentlichkeit, denn die Lieferpolitik der USA, Frankreichs und auch der Bundesrepublik ging ohne erkennbare Einschränkung weiter, und das Rassistenregime setzt seine atomare Aufrüstung unvermindert fort.

Aus der Chronologie der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der RSA sind u. a. folgende Daten bekannt:

29. 9. 1958: A. J. A. Roux, Vizepräsident des für die Rüstungsforschung der RSA zuständigen Council for Scientific and Industrial Research (CSIR) und Direktor der Atomenergie-Behörde Südafrikas (AEB), bei der in der Bundesrepublik damals führenden Atomfirma Degussa, Frankfurt.

Juli 1961: Besuch von Südafrikas Verteidigungsminister C. C. Fouche in Bonn bei Außenminister v. Brentano und Verteidigungsstaatssekretär V. Hopf.[2])

1961 begann nach Angabe von A. J. A. Roux der jetzige Direktor von UCOR (der staatlichen Urananreicherungsgesellschaft Südafrikas) W. L. Grant, auf Geheiß von Roux, aber ohne Wissen der AEB mit der Entwicklung der Anreicherungstechnik[3]).

1962 schlossen Bonn und Pretoria ein Kulturabkommen, das den Austausch von Forschern und Wissenschaftlern einschließt.

1963: H. J. Abs, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Aufsichtsratsmitglied von Firmen, die am Atomgeschäft mit Südafrika beteiligt sind, wie Siemens und Degussa, bei N. Diederichs, damals Finanzminister und Vorsitzender der AEB, in Südafrika. Beginn eines Projektes in Palabora, Südafrika, bei dem unter Führung von Degussa und Norddeutsche Raffinerie, Hamburg, mit Hilfe eines 108-Mio.-DM-Exportkredites der Bundesregierung Kupfer und mit einem neuen Verfahren auch Uran gewonnen werden. – A. J. A. Roux besucht die GfK, Karlsruhe.

1964: Im April besucht N. Diederichs die Bundesrepublik.

1965: Inbetriebnahme des ersten Forschungsreaktors in Südafrika. Der Reaktor war von Allis Chalmers (USA), Krupp (BRD) und Hochtief (BRD) gebaut.

1966: 20. 4. bis 10. 5. F. J. Strauß, Bundesfinanzminister und ehemaliger Atom- und Verteidigungsminister, in Südafrika. Beginn der Planungen für das Staudamm-Projekt von Cabora-Bassa, durch das 2000 MW Elektrizität für die geplante Urananreicherungsanlage zur Verfügung gestellt werden sollen und das mit subventionierten Krediten der Bundesregierung und Forschungsgeldern finanziert werden soll. Die Führung des Baukonsortiums liegt bei Siemens.

1967:

Januar: N. Diederichs bei H. J. Abs, F. J. Strauß und K. Schiller in Bonn.

2) „Die Welt" v. 12. 7. und 15. 7. 1961; „Neue Zürcher Zeitung" v. 21. 7. 1961.
3) Rapport, Braamfontein, 20. 4. 1975.

März: P. Lücke, Bundesinnenminister, in Pelindaba, dem Ort, an dem die südafrikanische Urananreicherungsanlage entsteht.

April: P. W. Botha, Verteidigungsminister Südafrikas, zu Besuch bei Verteidigungsminister Schröder in Bonn.

Juli: Inkrafttreten des neuen Atomenergiegesetzes Nr. 90/1967 in Südafrika, das neue drakonische Strafen für Informationsverbreitung androht.

1968:

Entdeckung der Rössing-Uranvorkommen, deren Erschließung durch die von der Bundesregierung kontrollierte und finanzierte Uran-Gesellschaft, Frankfurt, mit Pretoria und Rio Tinto Zinc, London, betrieben wird.

Die jetzigen Direktoren der STEAG, Krämer, Rumpff und Völcker, unterzeichnen mit der AEB einen Vertrag über atomare Zusammenarbeit. Nach Angaben von A. J. A. Roux empfiehlt in diesem Jahr ein dreiköpfiges Gremium der Regierung die Finanzierung einer Versuchsanlage für die Urananreicherung in Südafrika[4]).

Beginn der Planungen der Projekte „Advokaat" und „Drumpel" durch die Firmen aus der Bundesrepublik (AEG, Siemens, MAN); es geht dabei darum, einen Radar- und Überwachungsschirm um ganz Südafrika und Namibia aufzubauen.

1969:

Atomexperte D. B. Sole wird Botschafter Südafrikas in der Bundesrepublik.

21. 3.: P. W. Botha unter Geheimhaltung bei G. Schröder in Bonn. Beginn der Ausbildung südafrikanischer Atomwissenschaftler in Karlsruhe.

5. 12.: W. L. Grant bei BBC, Nürnberg, Siemens, Erlangen (Prof. Göschel), AEG, Frankfurt, GfK Karlsruhe, KFA Jülich (Dr. Krämer).

Die aus dem Bundesverteidigungsministerium finanzierte Firma Steigerwald beginnt mit Lieferungen an die AEB[5]).

1970:

Der damalige Bundesaußenminister W. Scheel besucht Südafrika[6]).

Offizieller Beginn der Beteiligung von STEAG an der Trenndüsenentwicklung der GfK.

20. 7.: Ankündigung durch Premierminister Vorster, daß Südafrika ein „eigenes einzigartiges" Urananreicherungsverfahren entwickelt habe. – Gründung des Nuclear Power Consortiums in Südafrika durch KWU, Frankfurt (50%), und Murray & Roberts. Johannesburg (50%).

---

4) Ebd.
5) „Der Spiegel" v. 26. 12. 1977.
6) „Südafrikanisches Panorama", Nr. 64/Februar 1976, S. 4. Er ließ diesen Besuch auf Anfrage dementieren im Schreiben des Bundesaußenministeriums an Wolff Geisler (W.G.) AA, 312-SE 88 v. 3. 2. 1977.

Dieses Konsortium wurde angeblich für den Bau des Koeberg-Kernkraftwerks, dessen Bauauftrag sechs Jahre später einem französischen Konsortium zugeteilt wurde, gebildet. Das Nuclear Power Consortium baute die Pilotanlage der Urananreicherungsanlage in Valindaba, ca. 40 km von Pretoria entfernt.

1971:

G. Schröder sowie der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium P. Rosenthal in Südafrika.

April/Mai: F. J. Strauß in Südafrika.

28./29. 9.: Das südafrikanische Kriegsschiff „President Steyn" nimmt bei seinem Besuch in Kiel nachts von Bundeswehrsoldaten verladene und vom Zoll nicht kontrollierte, große „Ersatzteile" an Bord.

Ende 1971: H. J. Abs und C. Prinz Wittgenstein (Metallgesellschaft AG) in Südafrika.

Fast jeden Monat transportiert der stellvertretende südafrikanische Militärattaché unkontrolliert im Diplomatenwagen Geräte von dem Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), München, zu einem südafrikanischen Militärflugzeug, das von Paris startet.

1972:

P. S. Rautenbach, Berater von J. B. Vorster in geheimer Mission in Bonn.

23. 3. – 7. 4.: G. Schröder in Südafrika, Diskussion mit Vorster.

18./19. 4.: Staatssekretär H. H. Haunschild vom Bundesforschungsministerium Pelindaba.

Juni: N. Diederichs in Frankfurt, Hamburg, Bonn.

14. 6.: L. Alberts, Vizepräsident der AEB, bei der GfK, Karlsruhe.

August/November: F. H. Ulrich (Deutsche Bank) und H. Häusgen (Dresdner Bank) in Südafrika.

1973:

Außenminister H. Muller, Wirtschaftsminister O. Horwood unter Geheimhaltung in der Bundesrepublik.

11.–13. 1.: K. Bund (STEAG-Vorsitzender) in Pelindaba zu Gesprächen mit A. J. A. Roux.

12. 3.: A. J. A. Roux bei H. H. Haunschild in Bonn und am 13.–15. 3. bei STEAG, Essen, und Siemens und Linde in München.

4.–14. 5.: K. Bund (inzwischen Ruhrkohle-Chef), H. Schulte (inzwischen STEAG-Chef), H. Völcker (STEAG-Kernenergie-Chef) in Pelindaba. Abschluß eines Vorvertrages über die Anwendung des Trenndüsenverfahrens der STEAG in Südafrika.

3.–13. 6.: A. Möller (ehemaliger Bundesfinanzminister) in Südafrika. Überbringt J. B. Vorster Nachricht von Bundeskanzler W. Brandt.

August: F. J. Strauß in Südafrika.

15. 8.: K. Bund und H. Völcker unterzeichnen in Pelindaba den Vertrag STEAG – UCOR.

28. 8.: G. Stoltenberg (ehemaliger Krupp-Direktor, Bundesforschungsminister und STEAG-Aufsichtsratsmitglied) in Pelindaba.

September: E. Teller (USA), „Vater der Atombombe", drei Wochen in RSA.

11.–13. 9.: A. J. A. Roux bei K. Bund in Essen und in München.

11. 9.: A. Newby-Fraser, Direktor für Außenbeziehungen der AEB, zu Besprechungen im Bundesforschungsministerium in Bonn.

18. 9.: D. B. Sole bei K. Bund in Essen.

27. 9.: Interministerielle Staatssekretärsbesprechung von Forschungs-, Wirtschafts- und Außenministerium sowie Bundeskanzleramt. Einstimmige Befürwortung, STEAG-UCOR-Kooperation zu fördern.

17. 10.: Das Bundeskabinett berät über die Gewährung von staatlichen Export-Krediten und Ausfallbürgschaften für den gemeinsamen Betrieb einer Urananreicherungsanlage durch STEAG und UCOR in Südafrika auf der Grundlage einer STEAG-Lizenz. Mit Ausnahme von Eppler und Maihofer stimmen alle Regierungsmitglieder für die Übernahme der Bürgschaft. Verschiebung der Entscheidung auf den 25. 10. 1973.

18. 10.: STEAG zieht Antrag auf finanzielle Regierungsunterstützung zurück.

31. 10. und 8.–12. 10.: N. Diederichs führt in Frankfurt Gespräche über die private Finanzierung der Urananreicherungsanlage mit H. J. Abs, C. Prinz Wittgenstein, H. Häusgen, P. Lichtenberg (Commerzbank), J. Ponto (Dresdner Bank), P. Lingerer (Degussa), W. Guth (Deutsche Bank), K. Klasen (Bundesbank).

Dezember: K. U. v. Hassel (Ex-Verteidigungsminister) in Südafrika.

1974:

N. Diederichs in der Bundesrepublik.

März: K. Klasen in Südafrika.

März: Gespräch F. J. Strauß – D. B. Sole.

1. 3. – 8. 3.: E. W. Becker, Erfinder des Trenndüsenverfahrens, aus Karlsruhe unter strenger Geheimhaltung in Pelindaba. Gemeinsam mit H. Völcker Ausarbeitung eines Vertrages STEAG-AEB/UCOR über die Konzipierung einer großen Urananreicherungsanlage; Laufzeit: zwei Jahre.

21. 3.: Das Flaggschiff der Bundesmarine „Deutschland" entlädt, von Kiel kommend, nach einem offiziellen Besuch in Simonstown/RSA im Hafen Durham große Kisten. Als Vorwand für das unangekündigte Einlaufen in Durban wird eine akute Blinddarmentzündung eines äthiopischen Seemanns angegeben.

1. 4.: Inkrafttreten des STEAG-AEB/UCOR-Vertrags.

April: A. J. A. Roux in der Bundesrepublik.

5.–13. 5.: K. Bund, H. Schulte und H. Völcker in Südafrika.

11. 9.: ESCOM (staatlicher südafrikanischer Energiekonzern) bestellt bei GHH-Sterkrade/MAN AG Kompressoren für die Urananreicherungsanlage. Die Bestellung wird als „Turbo-Kompressoren" deklariert. Die ursprüngliche Bestellung vom März 1973 lief über die KWU. Die Kompressoren erhalten vom Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin NATO-Kodifizierungsnummern. Diese Erfassungskennzeichen sind für Nicht-NATO-Staaten nur für militärische Geräte vergeben worden[7]).

17. 10.: General Rall, ehemaliger Inspektor der Bundesluftwaffe und BRD-Vertreter im Military Command der NATO in Brüssel, bespricht mit A. J. A. Roux in Südafrika den Fortgang des Projekts und überzeugt sich durch einen Besuch der Anreicherungsanlage in Valindaba vom Stand der Entwicklung.

1975:

N. Diederichs in der Bundesrepublik.

Februar: O. Graf Lambsdorff, seit Herbst 1977 Bundeswirtschaftsminister, in Pelindaba.

25. 2.: A. J. A. Roux bei Haunschild in Bonn.

28. 2.: W. L. Grant und A. J. A. Roux bei STEAG in Essen.

5. 3.: Haunschild und Sole besprechen das STEAG-Projekt.

25.–28. 3.: A. J. A. Roux bei STEAG in Essen.

15.–18. 4.: Südafrikas Bergbau- und Atomminister P. Koornhof bespricht mit Bundeswirtschaftsminister H. Friderichs, H. H. Haunschild und K. Bund in der Bundesrepublik das Projekt.

17.–27. 4.: D. K. Rohwedder, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn, führt mit J. W. L. Villiers (Vizepräsident der AEB), R. S. Loubser (Vizepräsident der UCOR) und P. Koornhof in Pelindaba Gespräche über das Projekt.

31. 7.: F. J. Strauß zu Gesprächen mit P. W. Botha und P. Koornhof in Südafrika.

1. 8.: R. S. Loubser zu Gesprächen mit Firma Internationale Nickel in Düsseldorf.

29. 8.: W. L. Rautenbach und J. J. Kritzinger (beide vom AEB) bei Firma Leybold-Heräus, Hanau.

3.–24. 9.: Außenminister H. Muller zu Gesprächen mit Bundesaußenminister H.-D. Genscher, H. Haunschild, D. K. Rohwedder, G. Schröder, General Lemm, P. Lichtenberg, K. Hansen (Chef der Bayer AG) in der Bundesrepublik.

7) Schreiben Bundesminister der Verteidigung an W.G., AZ: 01-54-14 v. 18. 4. 1977.

1976:

27.–31. 1.: H. Völcker in Pelindaba.

25. 5.: F. J. Strauß in Südafrika.

25. 6.: Bundeskanzler Schmidt empfängt J. B. Vorster in Bonn; anschließend Milliarden-Aufträge aus Pretoria an bundesdeutsche, US-amerikanische, französische, japanische und schweizerische Firmen für die große Urananreicherungsanlage.

Oktober: Steigerwald, München, erhält mit Zustimmung der geheimen NATO-Stelle COMCO (zuständig für Ausfuhrgenehmigungen in Nicht-NATO-Länder) in Paris und der Bundesregierung den Auftrag, an Pretoria eine Elektronenstrahlmaschine zur Herstellung von Trennelementen für die Urananreicherung zu liefern.

16. 12.: A. J. A. Roux in Frankfurt.

Anfänglich versuchten die Bundesregierung und die südafrikanische Regierung, die Produktion von Atombombenmaterial ohne jede Kontrolle anderer Länder aufzubauen. Da Firmen wie Siemens und AEG gemäß den Informationen, die D. B. Sole für seinen Amtsantritt 1968 mitbekam, von amerikanischen Agenten durchsetzt seien[8]), wurden die Kontakte über abhängige Spezialfirmen, wie Balzer Hochvakuum, Nordenstadt, Vacuumschmelze, Hanau, Vötsch, Stuttgart, und Stolberger Zink, Stolberg, getätigt. 1970 änderte die US-Regierung ihre Politik der Tolerierung von Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika in eine der Unterstützung für die weißen Minderheitsregierungen. Der demonstrative Besuch von E. Teller 1973 nach dem Vertragsabschluß über die Anwendung der GfK/STEAG-Trenndüsentechnologie in Südafrika, die staatlich gebilligten Lieferungen von zwei Computern für die Anlage durch die Firma Foxboro International, Foxboro (USA)[9]), von Präzisionsgeräten durch Federal Products, Providence (USA)[10]) sowie die Lieferung von Isotopenmeßgeräten durch die US-Firma Varian MAT, Bremen[11]) – all dieses beweist, daß die US-Regierung den Aufbau der Anlage jetzt bewußt fördert.

Zur Zeit sind u. a. folgende Firmen aus der Bundesrepublik am Aufbau der Anlage beteiligt:

Siemens: Lieferung von Trennelementen, Motoren, Elektronik.

KWU (Kraftwerksunion) baute die Pilotanlage und bereitete den Verkauf der Kompressoren von MAN vor.

Interatom, Bensberg, prüfte die Absperrschieber (s. Leybold-Heräus).

Gute-Hoffnungs-Hütte (GHH)-Sterkrade, ein Fertigungsbetrieb der MAN, Nürnberg, liefert mit *Sulzer,* Zürich, Spezialkompressoren.

8) „Der Spiegel" v. 7. 10. 1975.
9) „Washington Post" v. 26. 5. 1976.
10) Hearings before the Subcommittee on International Resources, Food, and Energy of the Committee on International Relations, House of Representatives, Ninety-Fourth Congress, Washington, Second Session, May 25, June 8 and 9, 1976, S. 308.
11) Private Information durch Dr. Wegner, Varian MAT, Bremen, am 13. 9. 1977.

Linde, München, liefert Kühl- und Gastrennungsgeräte.

Leybold-Heräus, Hanau, liefert Absperrschieber[12]).

Metall-Gesellschaft/Lurgi, Frankfurt, liefert Großrohrschleifen.

Kessler & Luch, Lahn, liefert Ventilations- und Kühlanlagen.

Steigerwald, München, liefert mit Geldern des Verteidigungsministeriums entwickelte Elektronen-Perforationsmaschinen zur Anfertigung von Trennelementen[13]).

Messerschmitt-Bölkow-Blohm, München, liefert Trennelemente.

BBC, Nürnberg, bildete Techniker aus.

Beckmann, München (in US-Besitz befindliche Firma, deren Muttergesellschaft an der Herstellung von Atombomben in den USA beteiligt ist) sollte aufgrund von nachweisbaren Kontakten mit Repräsentanten der südafrikanischen AEB/UCOR ebenso wie Herfurth, Hamburg, SWF, Bietigheim, Internationale Nickel, Düsseldorf, Langbein-Pfannhauser Werk, Neuss, weiter beobachtet werden.

Die Fäden für die atomare Zusammenarbeit laufen in wenigen Händen zusammen.

1) Bundesregierung: Genehmigungen des Geschäfts, Beteiligung an STEAG, GfK, Steigerwald, Urangesellschaft, Ruhrkohle, Kessler & Luch;
2) Siemens: KWU, Interatom, MBB Allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen (AVI);
3) Allianz: GHH, Linde, Metallgesellschaft;
4) Deutsche Bank: AVI;
5) Dresdner Bank: Metallgesellschaft;
6) Henkel: Degussa;
7) AVI: Metallgesellschaft;
8) Metallgesellschaft: Uran-Gesellschaft, Leybold-Heräus, Metall-Gesellschaft.

Der militärische Charakter der bundesdeutschen Lieferungen zeigt sich in der Kennzeichnung der von GHH-MAN zu liefernden Maschinen mit NATO-Kodifizierungsnummern, in der Besichtigung der streng geheimen Anreicherungsanlage durch Generall Rall und der Behandlung dieser Inspektionsreise durch Bundesverteidigungsminister G. Leber. Zusammen mit den vielen Hinweisen aus der Entwicklungsgeschichte des Projekts wie Abschirmmaßnahmen, Besuchen von Verteidigungsministern und der Tatsache, daß die Bundesregierung die Entwicklung des Trenndüsenverfahrens überhaupt finanzierte, obwohl es nur zu einer gewinnmindernden Konkurrenz der eigenen Anreicherungsfabriken in Almelo und Gronau werden konnte, ist unbezweifelbar, daß die atomare Zusammenarbeit mit Südafrika militärischen Zielen dient.

12) Private Information durch G. Frey, Leybold-Heräus, Hanau, am 26. 8. 1977.
13) Unkorrekter Hinweis darauf in: „Der Spiegel" v. 26. 12. 1977.

Die Bundesregierung muß sich sagen lassen, daß sie damit einem Regime zur Atombombe verhilft, das diese fürchterliche Waffe als Mittel zum politischen Überleben benutzen wird; sie macht ein Regime zur Atommacht, dessen Politik von der UNO als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wird. Sie spannt Leuten den atomaren Abzugsbügel, die sich als terroristische Gewalttäter (z. B. in Soweto) erwiesen haben, auch wenn sie in Amt und Würden sind und die Regierungsgewalt ausüben. Sie liefert atomare Technologie an einen Staat, der einen ständigen Krieg gegen seine Bürger und – wie im Falle Angolas – auch bewaffnete Aggressionen gegen andere Völker führt.

Was bedeutet die Atomwaffe in den Händen von Vorster? Die Rassisten werden sie skrupellos zur atomaren Erpressung der afrikanischen Nachbarvölker einsetzen, und sie werden mit dieser Waffe auch Amok laufen, wenn sie meinen, „der Ernstfall" – sprich: die Abschaffung der Apartheid – sei eingetreten.

Wie zynisch muß es dann anmuten, wenn die Bundesregierung den Befreiungsbewegungen friedliche Lösungen predigt, während sie dem überaus unfriedlichen Vorster-Regime die Voraussetzungen zur atomaren Kriegführung bereitstellt.

II. Zusammenarbeit beim Bau von Lenkraten

Auch die Produktion von Raketen in Südafrika durch Firmen aus der Bundesrepublik dient offensichtlich eigenen militärischen Zielen der Bundesregierung. Ebenso wie der Bau atomarer Waffen ist ihre Produktion auf dem Territorium der Bundesrepublik vertraglich verboten.

Chronologie

1963: H. J. Abs in Südafrika, anschließend Gründung des Rocket-Research Institute sowie Bau einer Raketentestanlage der Universität Pretoria und der „Ionosphärenstation" Tsumeb durch das Max-Planck-Institut (MPI) für Aeronomie, Institut für Stratosphärenphysik, Lindau (Harz), auf einem Gelände im Norden des heutigen Namibias, das der OTAVI-Minengesellschaft, Frankfurt/M. gehört[14]).

Das MPI Lindau wurde und wird vom Bundesverteidigungsministerium finanziert. W. Dieminger, der Leiter in Lindau und ebenso Leiter von Tsumeb, war von 1934 bis 1943 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Luftwaffenprüfstelle in Rechlin[15]). Dieminger war Mitglied der 1968 aufgelösten Deutschen Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt e.V., München. Ehrenpräsident dieser Gesellschaft war Raketenforscher H. Oberth, Mitglied der NPD.

1964: Wegen Konflikt mit den Brüsseler Verträgen wird die Waffen- und Luftrüstungs AG, Hamburg, aufgelöst. Diese war eine Gründung von 30 bundesdeutschen Firmen der Raketenindustrie[16]).

14) SIPRI, Southern Africa, The Escalation of a Conflict, Stockholm 1976, S. 142/143.
15) Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee der DDR (Hrsg.); The Alliance Bonn – Pretoria, Dresden 1967, S. 45.
16) „Stuttgarter Nachrichten" v. 26. 2. 1964.

Beginn des Crotale-Cactus-Raketenprojekts Südafrikas und Frankreichs mit bundesdeutscher Beteiligung.

Ein Jahr später war die „südafrikanische" Forschungsrakete „Harp I" fertig[17]).

1967: Im April besucht Hermann Oberth Südafrika und Südwestafrika.

1968 wird die Raketenteststation St. Lucia in Nordnatal nach Ansicht von Fachleuten durch die Bölkow AG, München, aufgebaut[18]).

1973 schließen die staatlich finanzierte Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Köln, und die südafrikanische Regierung einen 10-Jahres-Vertrag über die Entwicklung von Raketen bei Kimberley, Projekt „Blue Grotto".

Einrichtung der Propulsion Division des Nationalen Wehrforschungsinstituts in Pretoria zur Entwicklung neuer Raketen[19]). Siemens, Möchengladbach, liefert einen Cine-Theodolithen zur Raketenflugbahnmessung nach St. Lucia.

Fertigung von Raketenschlitten durch die Firma Liebherr in Südafrika, die auch an die bundesdeutschen und die französischen Streitkräfte geliefert werden.

Abschluß eines Vertrages über die Lieferung von Milan-Raketen von MBB/Aerospatiale an Südafrika.

1975: Einweisung eines rhodesischen Offiziers in die Handhabung der Milan-Raketen in der Panzerjägerbrigade 32 in Bremen.

Verbringung des Neutronen-Monitors des MPI-Lindau samt 18 t Elektronik nach Tsumeb.

Bei der Produktion von strategischen Raketen hat die Bundesregierung – anders als bei der von Atombomben, die an das Vorhandensein von angereichertem Uran geknüpft ist – in mehreren Ländern gearbeitet, z. B. in Ägypten, Argentinien, Indien, Spanien und Zaire. Aber Südafrika hat dabei immer eine besondere Rolle gespielt.

Der wichtigste Grund dafür, daß die Bundesregierung als einzige Regierung der Welt bis Oktober 1977 ein Konsulat in Namibia unterhielt und die „Sternwarte" in Tsumeb immer noch völkerrechtswidrig betreibt, dürfte daher das Interesse an der Erhaltung der Raketenteststation Tsumeb sein.

Was die Frage der Produktion chemischer Kampfstoffe angeht, so sei hier nur am Rande auf die Möglichkeit, in dem Betrieb von Bayer, FBA Pharmaceuticals, Johannesburg, ohne große Schwierigkeit statt Pflanzenschutzmitteln die Nervengifte Tabun, Sarin und Soman herzustellen, hingewiesen[20]).

17) AP v. 12. 11. 1965; zit. in: The Alliance, a.a.O., S. 44.
18) SIPRI, a.a.O., S. 143.
19) Ebd.
20) The Alliance . . ., a.a.O., S. 46.

III. Lieferung konventioneller Waffen und Ausrüstungen

Als Lieferant konventioneller Rüstungsmaterialien, Waffen und Ausrüstungsgegenstände ist zwar Frankreich bisher der führende Partner des südafrikanischen Militärs gewesen. Doch auch die Bundesrepublik hat sich in zunehmendem Maße in das Rüstungsgeschäft mit den Rassisten eingeschaltet. In allen Teilstreitkräften der südafrikanischen Armee finden sich heute Waffen und Ausrüstungen, die aus der Bundesrepublik stammen. Eine unvollständige Aufzählung umfaßt folgende Punkte:

– Vier Airbus-A 300 B 2K-Flugzeuge, ausgerüstet mit eingebauten Spezialtanks und Kraftstoffschnellablaßvorrichtungen zum Auftanken von Mirage-Düsenjägern sowie besonderen Boden- und Wandvorrichtungen, durch die die Flugzeuge in 20 Minuten aus der Passagierversion in eine zum Transport von verwundeten Soldaten umgerüstet werden können, wurden Ende 1976/Anfang 1977 an Südafrika geliefert. Diese Maschinen wurden zu 45% in der Bundesrepublik hergestellt. Die Entwicklung der Auftank- und Verwundetentransportversion wurde von der Bundesregierung in Auftrag gegeben[21]). Die Auftankvorrichtungen wurden von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Hamburg, und die Verwundetentransportvorrichtungen von VFW-Fokker, Bremen, hergestellt.

– Vier Rümpfe von Korvetten der „Joao Continho"-Klasse, die für Südafrika angefertigt sind (Projekt „Taurus"), wurden 1973 von Blohm & Voß zur Bazan-Werft in Cartagena (Spanien) geschafft und dort mit Elektronik von AEG-Telefunken und Siemens, Rauchabzügen von R. Noske, Hamburg, Kanonen von Rheinmetall, Düsseldorf, Radar von Krupp Atlas Elektronic, Bremen, Peilgeräten von Plath, Hamburg, ausgerüstet. Die Korvetten waren laut Bundesregierung für Spanien bestimmt[22]). Sie wurden aber nicht an Spanien geliefert[23]). Sie befinden sich z. Z. in der Obhut Portugals, obwohl sie weder in Haushaltsplänen Lissabons aufgeführt wurden, noch von Lissabon bezahlt werden können oder nach der Vertreibung aus den Kolonien irgendwie eingesetzt werden könnten. Die Bundesregierung hat den Export von Kriegsschiffen, Teilen oder Fertigungsunterlagen nach Portugal seit 1970 nach eigenen Angaben nicht genehmigt[24]). Bereits 1972 hatte die „Internationale Wehrrevue" darüber berichtet, die Korvetten würden von Blohm & Voß über Portugal an Südafrika geliefert[25]). Als Abwickler der getarnten Lieferungen fungierte die Firma Noske, Hamburg. Die Lieferungen erhielten NATO-Kodifizierungsnummern.

– Exocet-Raketen, die mit Zulieferungen von der Kormoran-Rakete von MBB[26]) in Frankreich gefertigt werden, bilden einen Teil der Waffen der Korvetten.

21) „Interavia", Genf, 5/1973, S. 418.
22) Memorandum des Auswärtigen Amtes an die OAU, deutsche Fassung, v. 17. 1. 1977, S. 12.
23) Schreiben des spanischen Militärattachés in Bonn v. 14. 4. 1977 an W.G.
24) Schreiben Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique (AGM-K) Bonn, an Bundesminister für Wirtschaft (BMWi) v. 23. 1. 1974; BMWi an AGM-K am 5. 2. 1974; AGM-K an AA am 10. 5. 1974; AA an AGM-K am 31. 5. 1974; AGM-K an BMWi am 17. 5. 1974; BMWi an AGM-K am 12. 7. 1974; BMWi an AGM-K v. 14. 10. 1974.
25) „Internationale Wehrrevue", Genf, 1/1972, S. 22.
26) Jane's Weapons System, 1971/72, London, S. 36/37.

– Zur Zeit werden in Haifa (Israel) vier und in Durban (Südafrika) zwei Schnellboote, die in Größe, Auslegung und Feuerleitanlage mit dem von Lürssen, Bremen, konstruierten Typ S-143 der Bundesmarine übereinstimmen, unter israelischer Anleitung für Südafrika zusammengebaut. Konstruktionspläne und wichtige Bestandteile stammen aus der Bundesrepublik. Staatssekretär D. K. Rohwedder vom Bundeswirtschaftsministerium hatte in einem Gespräch mit dem südafrikanischen Botschafter Donald S. Sole im Mai 1975 angekündigt, er wolle sich für die Lieferung der Schnellboote an Südafrika einsetzen[27]). Sie werden in Israel als Typ „Reshef" und in Südafrika als Typ „Ramta" geführt. Das deutsche Standardwerk über Schnellboote schreibt dazu: „Unter Rückgriff auf den in Frankreich gebauten Lürssen-Typ ‚Saar', und ganz offensichtlich unter Beibehaltung von fachlichen Kontakten zu der ebenfalls an der Entwicklung von Schnellbooten größerer Abmessungen arbeitenden deutschen Werft, erarbeitete die Israel Shipyards Ltd. in Haifa die ‚Reshef'-Klasse[28]). Die sechs Schnellboote für Pretoria werden mit Motoren von MTU, Friedrichshafen, ausgerüstet. Nach offizieller Angabe der Bundesregierung haben diese „Motoren keinen spezifisch militärischen Charakter"[29]). Falls das zuträfe, hätte die südafrikanische Regierung für die ganz aus unmagnetischen Materialien hergestellten Schnellboote unsinnigerweise Motoren aus magnetischen Materialien[30]), bestellt von einer Firma, die auf die Herstellung von unmagnetischen Motoren spezialisiert ist. Dadurch wären diese teueren, leichten Boote bereits durch einfache Haftminen gefährdet.

– Milan-Panzerabwehrraketen, deren Anfertigung zur Hälfte durch MBB, Nabern, erfolgt, wurden und werden an Pretoria seit 1975 geliefert[31]).

– Unimog-Militärfahrzeuge von Daimler-Benz sind Standard-Fahrzeuge der südafrikanischen Armee[32]). Das Chassis des Unimog dient zur Anfertigung der berüchtigten „Rhinos" Spezialausführungen für die südafrikanische Polizei zum Einsatz bei Straßenkämpfen. Diese Fahrzeuge wurden zum Beispiel von der südafrikanischen Polizei bei ihren mörderischen Einsätzen in Soweto im Juni 1976 benutzt. Anfang 1972 finanzierte Daimler-Benz dem Chef der südafrikanischen Streitkräfte, General R. G. Hiemstra, sowie dessen Frau anläßlich des Abschlusses des beträchtlichen Unimog-Geschäfts eine Reise durch die Bundesrepublik.

– Militär-LKW (ca. 2500) von Daimler-Benz bzw. von der Karosserie-Fabrik Bauer, Sindorf, mit speziellen Einrichtungen versehen, wurden 1973/74 an Pretoria geliefert.

---

27) „stern" v. 28. 7. 1977.
28) Fock, Schnellboote, Bd. 2, Herford 1975, S. 226.
29) Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 61. Sitzung, Bonn, 8. 12. 1977; Antwort Staatssekretärs Gruner auf Anfrage vom MdB v. Bothmer.
30) Anlage Ausfuhrliste zur Außenwirtschaftsverordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes Nr. 000 9 B3, Erläuterung 1. Deutscher Bundestag Drucksache 8/68 v. 11. 1. 1977, Sachgebiet 7400.
31) „Le Monde" v. 13. 3. 1974; ARD-Report, 17. 2. 1975.
32) Bilder z. B. in: ZDF-Heute v. 28. 3. 1976.

– 137 Zugmaschinen (400 PS, dreiachsig, Allradantrieb) für den Panzertransport wurden Mai 1974 von Klöckner, Daimler und MAN an Pretoria geliefert[33]). Das Geschäft wurde im „Wehrdienst" 461/1974 angekündigt.

– Klöckner lieferte an die südafrikanischen Streitkräfte Zugfahrzeuge für den Transport von Raketen[34]).

– 9 Militärtransportflugzeuge C-160 „Transall" wurden 1970/71 an Pretoria geliefert[35]). Sie wurden zu zwei Dritteln in der Bundesrepublik produziert. Sie werden durch VFW-Fokker in Bremen-Lemwerder überholt, repariert und mit Ersatzteilen versorgt.

– Die Flugelektronik für die Alouette-Hubschrauber der südafrikanischen Streitkräfte liefert die Firma Becker, Flugfunk, Baden-Baden[36]). 1973 suchte u. a. deswegen der südafrikanische Außenminister H. Muller mit drei Angehörigen der südafrikanischen Rüstungsbehörde die Firma Becker in Baden-Baden auf.

– Anti-Radaranlagen der Firma MBB werden seit Ende 1977 an Südafrika geliefert. Zwei südafrikanische Techniker wurden dafür seit November 1977 in Ottobrunn auf der MBB-Schießanlage ausgebildet. Die Lieferungen laufen unter der Bezeichnung „Projekt Sandwich".

– Eine Fabrik zur Produktion gepanzerter Fahrzeuge wurde von Firmen aus der Bundesrepublik[37]) seit 1963 errichtet. Diese Fabrik wurde von Henschel, Kassel (jetzt Thyssen AG), und von Klöckner-Humboldt-Deutz, Köln, errichtet. Dort wurden bisher ca. 1200 gepanzerte Fahrzeuge nach einer Lizenz von Panhard (Frankreich) gebaut. Thyssen-Henschel lieferte und liefert für die Produktion Teile.

– Das Luftüberwachungssystem „Projekt Advokaat" wurde unter Leitung von AEG-Telefunken hauptsächlich von Firmen aus der Bundesrepublik wie AEG-Telefunken, Siemens, MAN errichtet[38]). Es besteht aus dem atombombensicheren Hauptquartier „Silvermine" bei Kapstadt sowie den Stationen Durban, Port Elizabeth sowie Lüderitz und Walvis Bay im besetzten Namibia. Es enthält modernste Überwachungs-, Datenverarbeitungs- und Kommunikationsgeräte. Es ist an entsprechende Einrichtungen in NATO-Staaten gekoppelt. Alle Lieferungen für diese Anlage erhielten NATO-Kodifizierungsnummern. Bei der Einweihung am 8. März 1973 durch Verteidigungsminister P. W. Botha war Bundesmarine-Admiral Rolf Steinhaus anwesend. Der Kommandant von Simonstown, Commander Jakobus Brink, leitete die Übernahme des Projekts durch 25 Angehörige der südafrikanischen Marine bei AEG in Ulm und Konstanz. Er wohnte vom 5. Februar 1970 bis 1. Oktober 1971 in Dingelsdorf, Bodensee. Der südafrikanische General H. P. Laupscher führte des-

33) Aussage Dr. Hecker, AA, am 1. 8. 1974 gegenüber W. G.
34) „Paratus", Pretoria, Juni 1971, S. 29.
35) „The Star", Johannesburg, v. 24. 1. 1970.
36) „Interavia Data", Genf, Februar 1975.
37) „The Observer" v. 1. 4. 1973.
38) „ZDF-Auslandsjournal" v. 6. 12. 1974.

wegen 1971 in der Bundesrepublik, z. B. am 15. Juni 1971 bei AEG in Konstanz, Gespräche. Pretoria gibt die Kosten des Projekts mit 65 Mio. DM an.

– Das Luft-Boden-Überwachungssystem „Drumpel" im Norden des besetzten Namibias wurde ebenfalls unter maßgeblicher Beteiligung bundesdeutscher Firmen errichtet. Beteiligt an den Lieferungen waren und sind u. a. AEG-Telefunken und Draloric, Porz. Es umfaßt u. a. moderne Detektorgeräte und den Flughafen Drumpel bei Grootfontein. Auch dieses Projekt erhielt NATO-Kodifizierungsnummern.

– Linde, München, hat 1973 an African Explosives and Chemical Industries, Johannesburg, eine Anlage zur Gewinnung von Gasen, die zur Sprengstoffherstellung benötigt werden, geliefert. Es war die größte Anlage dieser Art, die Linde bis 1973 geliefert hat.

– Die Munitionsfabrik Spitskop Projekt der Pretoria Metal Pressings (Pty.), die Mai 1977 offiziell ihre Produktion aufnahm[39]), ist u. a. von den Firmen Dynamit Nobel, Troisdorf, sowie Diehl, Nürnberg, gebaut worden. Als MdB Alex Möller 1973 mit einem Brief vom Bundeskanzler Willy Brandt Premierminister J. B. Vorster besuchte, soll er auch über den Bau einer Munitionsfabrik[40]) verhandelt haben.

– OV-10 A Bronco Militäraufklärungsflugzeuge, die von der US-Firma Rockwell in die Bundesrepublik verkauft worden sind, sind von hier durch die Firma Rhein-Flugzeugbau, Mönchengladbach, nach Südafrika und Rhodesien verkauft worden. Diese Flugzeuge sind mit Spezialkameras von Zeiss, Oberkochem, ausgerüstet worden. Der jetzige Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte, General M. Malan, führte zusammen mit einem rhodesischen Offizier und dem Militärattaché der südafrikanischen Botschaft am 9. August 1974 darüber Verhandlungen bei Rhein-Flugzeugbau.

– Ein Cine-Theodolith wurde 1973 von Siemens, Möchengladbach, für Raketenflugbemessungen auf der Raketenerprobungsstation St. Lucia in Südafrika geliefert. Südafrikanische Militärtechniker wurden dafür durch Siemens ausgebildet.

– Handgranaten und Munition im Wert von 3 Mio. DM von Diehl und Heckler & Koch wurden 1974/75 unter Vermittlung des Bonner Waffenhändlers General a. D. Klennert an Südafrika verkauft.

– Der Bau eines Panzers in Südafrika wird z. Z. unter maßgeblicher Beteiligung von Thyssen-Rheinstahl-Henschel und Firma Jung, Kirchen, vorbereitet. Das Getriebe für diesen Panzer wurde in Bochum am Institut für Getriebetechnik des ehemaligen Rheinstahl-Angestellten Prof. Jorchow entwickelt. Außerdem haben zumindest auch die Firmen Krupp, Kraus-Maffei, Eberspächer, Röchling, Dröger, Heckler & Koch, Rheinisches Metallwerk, Voith (Heidenheim), Dornier, VW Baunatal, Sintermetallwerk, militärische Güter an die südafrikanischen Streitkräfte geliefert.

39) „Paratus", a.a.O., Mai 1977.
40) „Süddeutsche Zeitung" v. 26. 5. 1973.

IV. Bundesdeutsche Rüstungsproduktion in Südafrika

Seit 1963 hängt ein verbindliches Waffenembargo des UN-Weltsicherheitsrates wie ein Damoklesschwert über den Aufrüstungsbemühungen Pretorias. Um den Auswirkungen eines solchen Embargos vorzubeugen, haben insbesondere Firmen aus der Bundesrepublik die Fertigung militärischer Güter nach Südafrika selbst verlagert. Bezeichnenderweise haben die USA, Frankreich und Großbritannien durch ihr Veto sowie die Bundesrepublik und Kanada durch ihre Gegenstimme bei der Beschlußfassung über das verbindliche Waffenembargo gegenüber Südafrika vom November 1977 verhindert, daß die Lizenzproduktion von Militärmaterialien in Südafrika ebenfalls verboten wurde.

In folgenden Fällen ist die Fertigung militärischer Güter durch bundesdeutsche Firmen in Südafrika bekannt geworden:

– Arbeiter von Siemens-Werken werden wegen der Rüstungsproduktion Sicherheitsüberprüfungen der Geheimdienste unterworfen. Siemens Südafrika fertigt u. a. Elektronik für die in Durban gebauten zwei Schnellboote.

– AEG-Telefunken fertigt in der Tochtergesellschaft Switchcraft Schalter für gepanzerte Fahrzeuge.

– Liebherr, Biberach, produziert in Südafrika Raketenschlitten, die auch an die französischen Streitkräfte und die Bundeswehr geliefert wurden.

– Thyssen-Henschel ist über die Tochter Austral Engineering Works, Boksburg, am Bau der gepanzerten Fahrzeuge beteiligt.

– Klöckner-Humboldt-Deutz ist über National Materials Service Corp., Johannesburg, und Deutz-Magirus, Isando, am Bau der gepanzerten Fahrzeuge beteiligt.

– Industrie Werke Karlsruhe fertigen in ihrer Niederlassung South African Compensators Rüstungsgüter.

– BBC Mannheim ist über die BBC Baden an der Waffenfabrik BBC-Orsal, Johannesburg, beteiligt.

V. Wissenschaftleraustausch

Wissenschaftler mit deutscher Staatsangehörigkeit arbeiten in der Kriegsforschung in Südafrika an führender Stelle. Sie frischen ihre Kenntnisse durch Besuche in Rüstungsbetrieben in der Bundesrepublik auf. Nachzuweisen sind Besuche von Kriegswissenschaftlern aus Südafrika wie M. E. Beyers von der Aeronautischen Abteilung des Nationalen Maschinenbau-Forschungsinstituts. Er war mit der Forschung und dem Testen von freien Flügen, Flugtests in Windkanälen, ballistischen Anlagen sowie Instrumenten zur Berechnung von Flugbahnen befaßt. Dr. H. G. Denkhaus, Direktor des Nationalen Maschinenbau-Forschungsinstituts; Dr. A. Entgelter, der als führender Forscher im Institut für Mathematikwissenschaften tätig war. Unter diesem Deckmantel hat er die Bundesrepublik im Auftrag der südafrikanischen Marine- und der

Rüstungsbehörde besucht. In der Rolle als Angestellter des NIEE (National Institute for Electrical Engineering; d. Verf.) hat er weitere Besuche unternommen, darunter auch für die Atom-Energie-Behörde. Dr. T. J. Hugo, Direktor des Nationalen Instituts für Verteidigungsforschung. H. N. Jungwirth von der atomwissenschaftlichen Abteilung des Nationalen Physikalischen Forschungslabors. Während seiner Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland bekundete er Interesse an Zyklotronmagneten, Magnetmaterialien und magnetischen Messinginstrumenten. Prof. W. L. Rautenbach besuchte die Bundesrepublik in seiner Eigenschaft als Projektleiter der Kontrollbehörde für Durchführbarkeits-Studien für den „National Open Sector Cyclotron". I. Rodger vom Nationalen Institut für Verteidigungsforschung, der unter anderem MBB besucht hat. N. J. Smit vom Nationalen Verteidigungsinstitut für Verteidigungsforschung. C. G. Van Niekerk, Direktor der Aeronautischen Forschungsabteilung. J. D. N. Van Wyk, Direktor des Nationalen Elektrotechnischen Forschungsinstituts, der für die Rüstungsbehörde wiederholt Aufgaben im Ausland übernommen hat; Dr. L. L. Van Zyl, leitender Forscher beim Nationalen Institut für Verteidigungsforschung."[41])

Diese Ausbildung südafrikanischer Kriegswissenschaftler läuft noch immer ab aufgrund des gültigen Erlasses des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Schröder SII8 Az. 02-95-02 vom 1. März 1967.

VI. Zusammenarbeit der Geheimdienste und persönliche Kontakte von Militärs

Die konventionell-militärische und atomar-militärische Zusammenarbeit zwischen Regierung und Firmen der Bundesrepublik und der Regierung Südafrikas ist durch die Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Regierungen als eine Zusammenarbeit gleichgesinnter Partner gekennzeichnet.

Nach dem Besuch von Ministerpräsident Vorster in der Bundesrepublik wurde der Chef des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS, Hendrik van den Bergh, in der regierungsnahen Zeitung „Die Transvaaler" zitiert: „. . . General van den Bergh sagt, in seinen Verhandlungen mit der Polizei in Deutschland wurde es deutlich, daß es sich in der Tat um die Zusammenarbeit zwischen identisch orientierten Diensten mit gleicher Zielsetzung, Aufgaben und Pflichten handelte"[42]).

Van den Bergh besucht jährlich die Bundesrepublik. Ebenso besuchte der Chef des militärischen Abschirmdienstes, General H. de V. du Toit, regelmäßig – drei- bis viermal jährlich – seinen Kollegen Scherer vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) in Köln, mit dem er sich duzte. „Als de Toit im Sommer 1973 (und auch z. B. am 5. Juni 1975; d. V.) beim Heeresamt der Bundeswehr in Köln vorbeischaute, wo der MAD residiert, war dort dem Gast zu Ehren sogar die südafrikanische Nationalflagge gehißt"[43]). Van den Bergh war im Früh-

41) ANC, Nukleare und militärische Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika wird fortgesetzt, Bonn, September 1977, S. 7.
42) „Die Transvaaler", Johannesburg, v. 7. 7. 1976.
43) „stern" v. 28. 7. 1977.

jahr 1974 und 1975 in Hangelar bei der Abteilung GSG 9 des Bundesgrenzschutzes, um sich über den Ausbildungsstand von Mitgliedern südafrikanischer Sondereinheiten zu informieren, die innerhalb der GSG 9 ausgebildet wurden. 1973 hatten 23 südafrikanische Militärs ihre Ausbildung in Hangelar „mit Erfolg" abgeschlossen und bekamen in Gegenwart von Militärattaché Hamman ihre Bescheinigungen darüber ausgehändigt. Oberstleutnant Ulrich Wegener, Kommandeur der GSG 9, überzeugte sich durch Besuche in Südafrika 1974 und 1975 von den Fähigkeiten der von ihm angeleiteten Südafrikaner. Er war Duzfreund und häufiger Gast des ehemaligen stellvertretenden Militärattachés Bellingham und auch Gast beim Nachfolger Hammans, General Bosman.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln überprüft für die südafrikanische Regierung Personen, wie z. B. Einreise- oder Einwanderungswillige. Als Statthalter des Geheimdienstes BOSS in der Botschaft fährt Jan Hendrik Buitendag wöchentlich einmal zum BfV, parkt etwas entfernt davon und trägt seine Wünsche vor. Günther Nollau, bis 1974 Chef der Bundesbehörde, nahm persönlich an der Abschiedsfeier des damaligen Einwanderungsattachés Cilliers 1975 im Embassy Club in Bonn teil, bei dem er auch privat in Köln-Marienburg zu Gast war. Er besuchte Botschafter Sole mindestens zweimal in der Botschaft. Ranghöchster Repräsentant von BOSS in der Bundesrepublik ist Dr. H. Gruber. Er fungiert als Geschäftsführer der South Africa Foundation. Gruber wird immer wieder von Werner Höfer in dessen Fernsehsendungen „Internationaler Frühschoppen" als Journalist vorgeführt, obwohl Höfer mehrmals darauf hingewiesen wurde, daß das angeblich von Gruber beschickte „South Africa International" nur für Funktionäre und Sympathisanten der South Africa Foundation erhältlich ist. Gruber konferierte u. a. mit dem jetzigen SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr 1970 und 1974 in Düsseldorf.

Ebenfalls als Agent Pretorias fungierte K. von der Ropp, Angestellter der „Stiftung Wissenschaft und Politik", Ebersbach. Diese Organisation wird von verschiedenen Bundesministerien finanziert und ist personell dem Bundeskanzleramt unterstellt.

General a. D. H. C. Pilster, ehemals Auswertungschef des Bundesnachrichtendienstes in Pullach, schreibt Apartheid-freundliche Artikel in offiziösen Wehrzeitschriften[44]) und hält entsprechende Vorträge[45]).

Der jetzige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, R. Meyer, ist Duzfreund des ehemaligen Militärattachés Hamman. Auch er war mindestens zweimal in der Botschaft. Im Dezember 1974, als er noch Leiter der Auslandsabteilung des BND in Pullach war, speiste er mit Botschafter Sole und Militärattaché Bosman im Restaurant des Fernsehturms in München. Dabei teilte er mit, in der Sowjetunion würden in einem Dorf, in dem exakt südafrikanische Verhältnisse kopiert seien, Personen bezüglich Sprache, Kleidung, Essen,

44) Z. B. „Wehrkunde", 3/1976, S. 127–133.
45) „stern" v. 28. 7. 1977.

Umgangsformen, Musik, Hobbies, Mentalität für eine Infiltration nach Südafrika vorbereitet.

Die Generale Ferber, Wust, Schnell, Schneider, Däumler, Trettner, Grüner, Rall, de Maizière und Kielmannsegg sind den Repräsentanten Pretorias freundschaftlich verbunden. Von Ferber, Trettner, Grüner, Rall, de Maizière und Kielmannsegg sind überdies Reisen nach Südafrika verbürgt. Staatssekretär Fingerhut vom Bundesverteidigungsministerium nahm an der Einweihung des neuen Botschaftsgebäudes durch Südafrikas Außenminister H. Muller am 11. September 1975 teil. Bezüglich der Besuche von südafrikanischen Militärs teilte das Bundesverteidigungsministerium auf Anfrage mit, „. . . daß wir unsere Unterlagen bis zum 1. Januar 1970 zurück geprüft haben. Seit diesem Zeitpunkt gibt es keinen Besuch des südafrikanischen Verteidigungsministers oder südafrikanischer Offiziere bei der Bundeswehr. Für die Zeit davor stehen mir Unterlagen nicht mehr zur Verfügung . . ."[46]).

Der südafrikanische Verteidigungsminister P. W. Botha besuchte am 17. April 1967 offiziell seinen Kollegen Schröder in Bonn; unter Geheimhaltung war er noch einmal am 21. März 1969 auf der Hardthöhe in Bonn. Er war ebenfalls August 1973 in der Bundesrepublik sowie Ende Dezember 1973 und am 27. Dezember 1974 in der Ermekeil-Kaserne des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn. Der südafrikanische General Grunewald ließ sich während seines Besuchs bei General Heel im Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin am 28. Oktober 1970 photographieren.

Das südafrikanische Kriegsschiff SAS President Steyn machte vom 23.–29. September 1971 offiziellen Besuch in Hamburg und im Bundesmarine-Hauptquartier in Kiel und wurde dabei jeweils von den Hafenkommandanten mit militärischen Ehren empfangen. General Laubscher, Südafrika, wurde Mitte Juni 1971 auf der Hardthöhe empfangen. Am Manöver „Großer Rösselsprung" 1973 nahmen fünf südafrikanische Offiziere teil. General Visser (S.A.) besuchte am 14. Januar 1975 die Bundeswehrerprobungsstelle 41 in Koblenz.

Ein bezeichnendes Licht auf die engen Verbindungen wirft auch die folgende nur summarische Aufzählung von Dienstreisen südafrikanischer Militärs in die Bundesrepublik: General Swanepoel 31. März 1970; General J. P. Vorster 20. März 1972; Sommer 1972 Streitkräftechef R. C. Hiemstra; 13.–19. Oktober 1973 General Robbertz; 26. November 1973 Oberst Krüger; Januar 1974 General Erasmus; Januar 1974 General du Toit und ein rhodesischer Offizier; 4.–9. Januar 1974 Major J. H. Pretorius; 12. Februar 1974 General M. Malan (jetzt Streitkräftechef); März 1974 General J. J. de P. Scholtz, Major C. J. Smit, Oberst C. R. A. Caroll, Oberstleutnant A. J. Batemann, Hauptmann Laubscher; 10.–25. Mai 1974 Oberst H. J. Jooste; 9. August 1974 General M. Malan und ein rhodesischer Offizier; Oktober 1974 Piet van der Byl (rhodesischer Verteidigungsminister); 8. Januar 1975 zwei Militärs; 4.–7. Mai 1975

46) The Alliance, a.a.O.

Major Benade; Oktober 1975: Rhodesischer Offizier nimmt an Manöver „Weiße Birke" bei Bremen teil.

1969 haben zehn südafrikanische Soldaten an einem Ausbildungslehrgang in der Fallschirmspringerschule der Bundeswehr im Schongau teilgenommen. Bundeswehr-Ausbilder sind zumindest 1974 und 1975 auf dem Panzerübungsgelände im südafrikanischen Heidelberg/Transvaal als Ausbilder tätig gewesen.

Das Verteidigungsministerium in Bonn ist den südafrikanischen Streitkräften auch in technischen Fragen behilflich. Unter Aktenzeichen Fü L II 1-Az.: 02-95-02 teilte es am 7. Januar 1974 dem Militärattaché mit, wie „statische Aufladung bei Hubschraubern" zu behandeln ist. Und als die Botschaft im Juni 1975 im Ministerium anfragte, welche Maßnahmen zur Unschädlichmachung von Minen (anhand einer intakten Mine, die von der Befreiungsbewegung Namibias, SWAPO, stammte) getroffen werden könnten, verwies die Hardthöhe den Militärattaché an eine Spezialfirma in Frankfurt.

Das Luftwaffenunterstützungskommando in Porz bei Köln hat mehrfach militärische Güter für die südafrikanischen Streitkräfte über Beja (Portugal) nach Pretoria transportiert. Angesichts all dieser Kontakte und Unterstützungsmaßnahmen ist die Angabe, die Bundesregierung habe 1961 mit der südafrikanischen Regierung ein geheimes Militärabkommen abgeschlossen, glaubwürdig[47]).

Erstaunlich ist, daß die Bundesregierung trotz des Ausmaßes der Zusammenarbeit eine militärische Kooperation mit Pretoria kategorisch bestreitet.

Angesichts der Siege der Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Moçambique und Angola und der damit erreichten strategischen Positionen kann man die Parteinahme für das Apartheid-Regime noch nicht einmal als rational gewinnorientiert ansehen. Sie läßt sich kaum anders als mit ideologisch motivierter Nibelungentreue erklären.

Angesichts dieser Einstellung ist zu erwarten, daß die Bundesregierung ihren Taten bald auch die Worte folgen läßt und ihren Dienst für den Freund in der Not nicht mehr herunterzuspielen versucht.

47) Schreiben „Der Bundesminister der Verteidigung, Persönlicher Referent und Leiter des Ministerbüros", v. 27. 2. 1977 an W. G.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

90 Deppe u.a., **Gewerkschaftsgeschichte** 12,80
92 Metscher, **Kunst und sozialer Prozeß** 14,80
95 Buhr, **Vernunft, Mensch, Geschichte** 14,80
96 Sandkühler (Hg.), **Betr.: Althusser** 14,80
98 Buhr/Kröber, **Mensch, Wissenschaft, Technik** 14,80
100 Markov/Soboul, **Französische Revolution** 14,80

Pahl-Rugenstein

War Hitler ein Revolutionär?

Zum Thema Modernismus und Antimodernismus in der Faschismus-Diskussion

Von Joachim Petzold

Bei den Versuchen, den Klassencharakter des Faschimsus zu verschleiern und die mit ihm verbundenen Möglichkeiten zur Bewältigung politischer und ökonomischer Krisen zu erörtern, häufen sich seit einigen Jahren die Bestrebungen, ihm eine revolutionäre Funktion zuzuschreiben. Diese Behauptung kann im traditionellen Sinne mit der Absicht verbunden sein, auf diese Weise wirklich revolutionäre Bewegungen zu diskreditieren. Herrschende, aber vom Untergang bedrohte Klassen haben ein starkes Interesse, schon allein den Begriff Revolution diffamiert und bekämpft zu sehen. Wer ausgerechnet den Faschismus als revolutionär bezeichnet, der entspricht diesem Grundbedürfnis. Er berücksichtigt, daß viele Menschen sich voller Abscheu der Verbrechen des Faschismus erinnern, und nutzt diese ablehnende Haltung, um generelle Vorurteile gegen revolutionäre Aktivitäten zu erzeugen.

Wenn jedoch die Krise einer Gesellschaftsordnung so weit fortgeschritten ist, daß die bestehenden Zustände als unhaltbar empfunden werden, dann haben sich selbst reaktionärste Kräfte ein revolutionäres Mäntelchen umgehängt, dann greifen untergehende Klassen, wie die Geschichte beweist, auch zur revolutionären Demagogie, werden bewußt Aktionen unternommen oder Bewegungen entfacht, die als angebliche „Revolution" von oben oder als pseudorevolutionäre „Opposition" von unten dem revolutionären Umsturz zuvorkommen und ihn verhindern sollen. Wer sich bewußt ist, daß die wachsende Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Gegenwart zu einer außerordentlichen Zuspitzung des Klassenkampfes führen kann, dem mag es, wenn er die Interessen der herrschenden Klasse wahrnehmen will, vorteilhaft erscheinen, den Faschismus in diesem Sinne mit revolutionären Attributen aufzuwerten.

So behauptet Joachim C. Fest in seiner Hitler-Biographie abschließend: „Hitlers Platz in der Geschichte ist weit näher bei den großen Revolutionären als bei den aufhaltenden, konservativen Gewalthabern." Er sei, die Revolution verabscheuend, in „Wirklichkeit die deutsche Erscheinung der Revolution geworden", weil er dem „Umwandlungsprozeß" eine außergewöhnliche „Radikalität" verliehen habe. Als „Figur der deutschen Sozialrevolution" sei Hitler „moderner oder doch zur Modernität entschlossener als alle seine innenpolitischen Gegenspieler" gewesen. Die „Herrschaft Hitlers" betrachtet Fest „als die terroristische, gewissermaßen jakobinische Phase im Verlauf je-

ner weitgespannten sozialen Revolution, die Deutschland ins 20. Jahrhundert gefördert und bis heute nicht ihren Abschluß gefunden hat"[1]).

Diese Mischung aus genereller Revolutionsfurcht und spezieller Apologetik des angeblichen „Revolutionäres" Hitler wurde von der reaktionären Presse der BRD begierig aufgegriffen. Springers Zeitung „Die Welt" meinte dazu: „Man spürt nur, mehr und mehr, daß er ein großer Mann war, groß im durchaus moralfreien Sinne von Macht und Wirkung, ein Täter und Revolutionär . . . Heute hält man Hitler nicht mehr für den Abschaum und Abfall der Epoche, sondern für eine ihrer großen Kräfte."[2])

Doch auch seriösere bürgerliche Historiker diskutieren eifrig die Frage, ob Hitler ein Revolutionär oder ein Konterrevolutionär gewesen sei, ob die Faschisten die Entwicklung vorangetrieben oder aufzuhalten versucht hätten, ob der Faschismus als „modernization" oder als „antimodernization" begriffen werden müßte. Karl Dietrich Bracher behauptet ebenfalls, Hitler und mit ihm der Faschismus seien so etwas wie die „deutsche Erscheinung der Revolution" gewesen[3]). Theodor Schieder läßt zwar offen, in welche Richtung Hitler gewirkt habe, aber auch für ihn ist es selbstverständlich, daß er als „Revolutionär" bezeichnet wird[4]).

Weder die „Modernisten" noch die „Antimodernisten" unter den bürgerlichen Faschismustheoretikern verzichten auf diese Charakterisierung. Als Beweis werden von beiden Richtungen die „Umstürze und Veränderungen" angeführt, die Hitler – nach Meinung Brachers – wie „vor ihm nur wenige" bewirkt habe: „Lenin, Napoleon, die französischen Revolutionäre"[5]). Methodologisch ist diese Begründung völlig unhaltbar; denn sie vereint Unvereinbares. Würde man diesem Kurzschluß folgen, dann wäre jede Veränderung der Welt – auch die reaktionärste und zerstörendste – „Revolution", dann würde der Gegensatz von revolutionär und konterrevolutionär seinen Sinn verlieren. Doch offensichtlich spielen methodologische Erwägungen keine Rolle, wenn es um handfeste politische Erwägungen geht. Das beweist die Geschichte der Behauptung, der Faschismus habe eine revolutionäre Funktion oder zumindest eine modernisierende Wirkung[6]).

Zu den frühesten Verfechtern der These vom „revolutionären Faschismus" gehört Luigi Salvatorelli[7]). Er definierte den italienischen Faschismus als einen Ausdruck des vom Kleinbürgertum geführten Klassenkampfes, als dessen Versuch, sich auf revolutionärem Wege gegen Kapitalisten und Proletarier zu behaupten. Salvatorelli ließ sich also vom kleinbürgerlichen Massenanhang

1) Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M./Berlin (West)/Wien 1973, S. 1035ff.
2) „Die Welt" v. 1. 10. 1973.
3) Karl Dietrich Bracher, Hitler – die deutsche Revolution, in: „Die Zeit" v. 12. 10. 1973.
4) Theodor Schieder, Hitler vor dem Gericht der Weltgeschichte, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 27. 10. 1973.
5) Bracher, a.a.O.
6) Vgl. dazu auch Kurt Gossweiler, Die Krisis der bürgerlichen Faschismus-Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch der deutschen Geschichte, Moskau 1975, S. 316ff., sowie Reinhard Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: „Das Argument" 87 (1974), S. 543ff.
7) Luigi Salvatorelli, Nationalfascismo, Torino 1923 (Ausschnitte abgedruckt von Ernst Nolte in: Theorien über den Faschismus, 3. Auflage, Berlin (West) 1972, S. 118ff.

Mussolinis und seinen Programmerklärungen blenden. Er war sich zwar der konservativen Bindungen des italienischen Faschismus und seiner konterrevolutionären Aktivitäten bewußt, meinte jedoch darin eine Interessenvertretung des Kleinbürgertums zu sehen.

Die Unterstellung, der Faschismus erstrebe und verwirkliche eine kleinbürgerliche „Revolution", hing also ursprünglich eng mit der Annahme zusammen, im Faschismus offenbare sich eine politische Bewegung des Mittelstandes. Doch schon auf einer Konferenz der Kommunistischen Internationale im Juni 1923 wurde von Clara Zetkin klargestellt, daß man sich von der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Bewegung nicht zu falschen Schlußfolgerungen verleiten lassen dürfe: „Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick. Ihn niederzuringen, ist eine elementare Notwendigkeit!"[8])

Clara Zetkin erkannte durchaus an, daß die faschistische Bewegung „auch Elemente einschließt, die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können . . . Aber die Tatsachen haben trotzdem bis jetzt bewiesen, daß die revolutionären Elemente im Faschismus von den reaktionären Elementen überflügelt und gefesselt worden sind", weil die „meisten ihrer Führer von Anfang an – bewußt oder unbewußt – . . . auf der Seite der Bourgeoisie" gestanden hätten[9]).

Man sieht, in dieser frühen Phase der Diskussion über den Faschismus wurde die Frage, in welchem Maße er revolutionäre Wirkungen auslösen könnte, ausschließlich unter Gesichtspunkten erörtert, die die Bestimmung seines Klassencharakters betrafen. Das war schon deshalb dringend notwendig, weil sowohl die italienischen als auch die deutschen Faschisten mit dem Anspruch auftraten, revolutionär zu sein.

Dieser demagogische Revolutionsanspruch ergab sich aus dem Versuch, den herrschenden Klassen eine Massenbasis von neuer Art zu schaffen. Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges und während der revolutionären Nachkriegskrise hatte sich in vielen Ländern Europas gezeigt, daß die traditionellen Formen der Massenbeeinflussung versagten oder wenigstens nicht mehr ausreichten. Die Weltbourgeoisie erkannte mit Schrecken, daß von der großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland eine weltbewegende Ausstrahlungskraft ausging. In Deutschland, Ungarn und Italien spitzte sich der Klassenkampf außerordentlich zu. Der revolutionäre Geist und das Streben nach Sozialismus hatten die Volksmassen derart erfaßt, daß man dem irgendwie Rechnung tragen mußte, wenn die Massenbasis wieder erweitert werden sollte.

In Deutschland hielten es selbst die traditionellen bürgerlichen Parteien für angebracht, mehr Volksverbundenheit zu demonstrieren. In den Kreisen des Alldeutschen Verbandes und der 1917 gegründeten Deutschen Vaterlands-

8) Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin (DDR) 1960, S. 689.
9) Ebd., S. 697f.

partei hatte man schon vor der Novemberrevolution erörtert, wie man wieder an die Arbeiter herankäme und den Einfluß auf das Kleinbürgertum nicht noch mehr verlöre. Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, hatte schon 1912 durchblicken lassen, daß beim rücksichtslosen Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eine „nationale Arbeiterpartei" brauchbar sein könnte[10]). Ganz im Sinne derartiger Anregungen bemühte sich der Ingenieur Tafel von der Münchener Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei, mit Hilfe des Eisenbahnschlossers Drexler in Arbeiterkreisen Fuß zu fassen. Aus dem formell von Drexler gegründeten „Freien Arbeiterausschuß für einen guten Frieden" ging schließlich die „Deutsche Arbeiterpartei" hervor, der Hitler 1919 als 55. Mitglied beitrat und die er im Jahre darauf in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" umbenannte[11]).

Die Absicht, sich mit nationalsozialistischen Revolutionslosungen in Arbeiterkreise einzuschleichen und das angesichts der Kriegs- und Inflationsfolgen am Kapitalismus verzweifelnde Kleinbürgertum zu gewinnen, hatten in Deutschland auch andere. Schon während der Novemberrevolution trug sich der vom katholischen Zentrum kommende Berufsantibolschewist Dr. Eduard Stadtler mit dem Plan, über seine konterrevolutionäre Tätigkeit als Leiter der „Antibolschewistischen Liga" hinaus eine nationalsozialistische Partei oder Bewegung ins Leben zu rufen[12]). Der von ihm propagierte „deutsche Sozialismus" schockierte jedoch noch zu viele Großindustrielle und Bankiers, die den antibolschewistischen Kampffonds finanzierten. Der damals mächtigste Monopolkapitalist in Deutschland, Hugo Stinnes, und sein Generaldirektor Albert Vögler erkannten aber die politische Brauchbarkeit des Stadtlerschen Vorschlags. Auch der Berliner Metallindustrielle Ernst v. Borsig gehörte zu jenen Monopolisten, die sich frühzeitig für die neuartigen demagogischen Kampfformen zu interessieren begannen und zur Finanzierung der entstehenden faschistischen Bewegung beitrugen[13]).

Die Revolutions- und Sozialismus-Demagogie der deutschen Faschisten, die durch das vielbeachtete Buch Oswald Spenglers „Preußentum und Sozialismus" scheinbar wissenschaftlich fundiert wurde[14]), vermochte zwar nur einen geringen Teil Arbeiter zu verführen, sie fand jedoch im politisch zurückgebliebenen Kleinbürgertum wachsende Zustimmung. Ähnliche Erfahrungen machte auch Mussolini in Italien. Obwohl die revolutionäre Phraseologie für beide faschistische Bewegungen in mancher Hinsicht zur Belastung wurde, weil sie beim Massenanhang Erwartungen erregte und Teile der herrschenden Klasse irritierte, gab man sie nie gänzlich auf. Hitler, der sich 1928 sogar genötigt sah, sein für unveränderlich erklärtes Parteiprogramm durch ein ausdrückliches Bekenntnis zum Privateigentum den Kapitalisten und Groß-

10) Daniel Frymann (Pseudonym für Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 66.
11) Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M./Bonn 1965, S. 141ff.
12) Eduard Stadtler, Als politischer Soldat 1914–1918, Düsseldorf o. J. (1935), S. 142.
13) Ders., Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf o. J. (1935), S. 46ff., 56ff., 70f., und Hans Randandt, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld, Berlin (DDR) 1957, S. 12ff.
14) Vgl. dazu Joachim Petzold, Das politische Programm Oswald Spenglers im System der imperialistischen Ideologie, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 5, Berlin (DDR) 1971, S. 175ff.

grundbesitzern akzeptabler zu gestalten[15]), ließ 1933 seine Regierungsübernahme lautstark als Sieg der „nationalen Revolution" feiern. In dieser Beziehung wurde er von elitären Faschisten wie Edgar Julius Jung und Oswald Spengler unterstützt, die ansonsten die nationalsozialistische Revolutionsdemagogie bedenklich fanden[16]). Auch Mussolini wurde nicht müde, zu betonen: „Der Faschismus wendet sich nicht rückwärts."[17])

Angesichts der gesellschaftlichen Machtstruktur im faschistischen Italien und der zunehmenden Förderung der Nazibewegung durch das Monopolkapital ließ sich die Legende vom revolutionären Gehalt des Faschismus bei der wissenschaftlichen Analyse nur noch schwer verteidigen. Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre kam eine neue Behauptung in Umlauf, die dem Faschismus zwar keine direkt revolutionäre, wohl aber eine entwicklungsfördernde Funktion zugestand. Die Theorie von der Modernisierung wurde entwickelt.

Ihr klassischer Vertreter ist Franz Borkenau. Er ging von der reaktionären These aus, daß eine gut entwickelte Arbeiterbewegung in ökonomisch zurückgebliebenen Ländern den Fortschritt behindere, weil sie die Entfaltung des Kapitalismus, die rücksichtslose Akkumulation von Kapital, erschwere. Angeblich habe die Arbeiterbewegung in der Anfangsphase der kapitalistischen Entwicklung eine reaktionäre Funktion gehabt. Im zwanzigsten Jahrhundert komme dem Faschismus die historische Aufgabe zu, den proletarischen Widerstand gegen eine moderne kapitalistische Entwicklung zu brechen und alle Hindernisse für die Akkumulation von Kapital aus dem Wege zu räumen. Das erkläre seine Erfolge in Italien und in Südosteuropa. Er sei geradezu für derartige Gebiete mit einer noch schwach entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, aber einer relativ starken Arbeiterbewegung eine historische Notwendigkeit.

Diese Faschismusauffassung paßte ausgezeichnet ins Konzept derer, die „mit dem Faschismus leben" wollten und die eine entschlossene Bekämpfung ablehnten. Wenn faschistische Regime in ökonomisch zurückgebliebenen Ländern eine Art Entwicklungsdiktatur darstellten, dann müsse man sich eben damit abfinden, dann wären sie im Grunde sogar zu begrüßen. In ökonomisch fortgeschrittenen Ländern dagegen brauche man die Errichtung einer faschistischen Herrschaft nicht zu befürchten; denn – so Borkenau: Der deutschen Bourgeoisie zum Beispiel könne die Herrschaft einer totalitären faschistischen Partei überhaupt nichts nützen, sie habe ihr kapitalistisches Wirtschaftssystem längst durchgesetzt und bedürfe vielmehr der reformistischen Arbeiterbewegung. Die Existenz einer starken Nazibewegung sei gewissermaßen ein historischer Anachronismus und deshalb keine wirkliche Gefahr: „Aber wie scharf immer der Angriff auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution sein mag, auf die Existenz selbständiger Massenorganisationen kann die deutsche Bourgeoisie nicht verzichten, schon um sich nicht

15) Maser, a.a.O., S. 470.
16) Edgar J. Jung, Sinndeutung der deutschen Revolution, Oldenburg 1933; Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung, Erster Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933.
17) Benito Mussolini, Der Geist des Faschismus, München 1943, S. 1–25 (ebenfalls abgedruckt von Nolte, a.a.O., S. 205 ff.).

auf Gedeih und Verderb der unsicheren Chance des Nationalsozialismus auszuliefern. Sie wird daher jenes Maß von ‚Freiheiten', Vereins-, Versammlungs-, Presse-, Streik- und parlamentarischen Rechten bestehen lassen müssen, ohne das die Existenz solcher Bewegungen undenkbar ist."[18])

Als diese nur wenig eingeschränkte Voraussage gedruckt erschien, war Hitler bereits Reichskanzler, hatte die systematische Vernichtung aller Arbeiterorganisationen in Deutschland schon begonnen. Selten ist eine politische Fehleinschätzung so unmittelbar durch die geschichtliche Entwicklung widerlegt worden. Aber der theoretische Ansatz Borkenaus fand trotzdem weiteren Anklang, bot er doch eine der internationalen Bourgeoisie willkommene Möglichkeit, den Faschismus trotz seiner Verbrechen zu tolerieren und zu fördern. Auch den rechten sozialdemokratischen Führern, die durch ihre Kapitulationspolitik und ihren blinden Antikommunismus den Sieg des Faschismus in Deutschland entscheidend begünstigt hatten, dienten Borkenaus Ansichten zur weiteren Rechtfertigung. Die deutsche Bourgeoisie habe mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler eben ihren eigenen Interessen zuwider gehandelt und werde eines Tages schon wieder auf die Zusammenarbeit mit den Reformisten zurückkommen.

Die Frage, wie der Faschismus zu definieren sei, erlangte ohnehin wachsende Bedeutung. Nach sorgfältiger Analyse der in Italien und in Deutschland eingetretenen Veränderungen bezeichnete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den Faschismus an der Macht als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"[19]). Die Feststellung, daß der Faschismus den Interessen des Monopolkapitals dient, löste wütende Reaktionen aus. Die Faschisten selbst wollten sich auf keinen Fall demaskiert sehen. Die Mehrheit der Monopolkapitalisten hatte seit den schlechten Erfahrungen im Ersten Weltkrieg kein Interesse, allzusehr ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu treten. Insgesamt sollte vor allem der Klassencharakter der Naziherrschaft nicht offenbar werden. Die rechten sozialdemokratischen Führer sahen ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie noch mehr als bisher verurteilt. Kurz, das imperialistische Herrschafts- und Manipulierungssystem wurde an einer empfindlichen Stelle getroffen.

Seither läuft die Auseinandersetzung um die Wesensbestimmung des Faschismus ungeachtet der vielfältigen bürgerlichen Theorien letztlich auf den fundamentalen Gegensatz zwischen der marxistisch-leninistischen Faschismusdefinition und den bürgerlichen Faschismuserklärungen hinaus. Gerade die neuesten Studien lassen als zentralen Unterschied die Beurteilung der Beziehungen zwischen Faschismus und Monopolkapital erkennen. Von dieser alles überschattenden Kardinalfrage wurde auch die Kontroverse über den angeblichen revolutionären Charakter des Faschismus und der scheinbare

18) Franz Borkenau, Zur Soziologie des Faschismus, in: „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", 68. Bd., 5. H., Februar 1933 (abgedruckt bei Nolte, a.a.O., S. 156ff.).
19) Vgl. zu dieser Problematik Elfriede Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale. Die Aufdeckung von Wesen und Funktion des Faschismus während der Vorbereitung und Durchführung des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale (1933–1935), Berlin (DDR) 1975.

Alternativenstreit zwischen den Modernisten und den Antimodernisten geprägt.

Angesichts der lärmenden Nazipropaganda vom angeblichen Sieg der nationalen Revolution, der mehr oder minder freiwilligen Selbstauflösung der mit den Nazis verbündetet gewesenen Parteien und Organisationen sowie dem gewachsenen Einfluß der stark kleinbürgerlich geprägten SA verstärkten sich innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands wieder die Besorgnisse, der Nazibewegung könnten doch gefährliche Kräfte innewohnen. Besonders Edgar Julius Jung, der seine Hoffnungen auf Papen gesetzt hatte und ihm die Reden ausarbeitete, zeigte sich besorgt darüber, daß der kleinbürgerliche Massenanhang der Naziführung die Einlösung der sozialen Versprechungen fordern würde. Als elitärer Faschist hatte er die Nazibewegung zwar ausdrücklich als „unsere Volksbewegung" bezeichnet[20]), ihm wäre es jedoch am liebsten gewesen, wenn man auf dem Wege zu einem autoritären Regime weniger soziale „Wechsel" ausgestellt hätte und überhaupt um den „Umweg" über eine Regierungspartei herumgekommen wäre[21]).

Als in unzufriedenen SA-Kreisen das Gerde von der Notwendigkeit einer „zweiten Revolution" immer lauter wurde, erklärte Papen in einer von Jung ausgearbeiteten Rede: „Wer verantwortungslos mit solchen Gedanken spielt, der soll sich nicht verhehlen, daß einer zweiten Welle leicht eine dritte folgen kann, daß, wer mit der Guillotine droht, am ehesten unter das Fallbeil gerät."[22]) Die Hitler-Clique wußte diese Warnung richtig einzuschätzen. Im Bunde mit der Reichswehrgeneralität wurde die oberste SA-Führung, die sich am liebsten die Wehrmacht untergeordnet hätte, ausgeschaltet und die SA als potentieller Unruheherd entwaffnet. Dadurch wurde nochmals unterstrichen, daß der kleinbürgerliche Massenanhang für die Faschistenführer nie mehr als ein Mittel zum Zwecke gewesen war. Das Naziregime hatte sich genau wie der faschistische Staat Mussolinis als Willensvollstrecker der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Monopolkapitals erwiesen[23]). Die Annahme, daß es sich beim Faschismus um eine revolutionäre Bewegung des Kleinbürgertums im Kampf gegen die Arbeiter und gegen die Kapitalisten handeln würde, war durch die Geschichte selbst widerlegt.

Doch im gleichen Maße, wie die Faschisten durch ihre brutale Innen- und Außenpolitik bestimmte Risiken heraufbeschworen, begannen sich weitsichtigere bürgerliche Ideologen, die bisher an ihrer Seite gestanden hatten, besorgt zu fragen, ob nicht dadurch der Bogen überspannt und unter Umständen die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufs Spiel gesetzt würde. Schon Oswald Spengler, dem die Naziführer zu primitiv waren, hatte davor gewarnt, Politik im Rauschzustand zu betreiben und sich überstürzt der gewaltsamen Lösung durchaus bejahter außenpolitischer Ziele zuzuwenden.

20) Edgar J. Jung, Neubelebung von Weimar?, in: „Deutsche Rundschau", 58. Jg., Juni 1932, S. 160.
21) Ders., Sinndeutung der deutschen Revolution, Oldenburg 1933, S. 29, 33.
22) Die von Jung ausgearbeitete Rede Papens vom 17. Juni 1934 in Marburg ist abgedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Bd. XL, Amtlicher Text, Deutsche Ausgabe, Dokument Papen – 11, S. 543ff.
23) Vgl. dazu Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Phil. Diss., Berlin (DDR) 1963.

Persönlich hielt er insbesondere einen Krieg gegen die Sowjetunion für aussichtslos[24]).

Aus denen, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg von einer zerstörerischen Rolle des Faschismus schrieben, die sie einer revolutionären Wirkung gleichsetzten, sprach allzuoft die Enttäuschung derjenigen, die von den Faschisten an den Rand gedrängt oder gar in die Emigration gezwungen wurden. Schließlich hatten im System der faschistischen Herrschaft die reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Monopolkapitals den entscheidenden Einfluß erlangt. Vor allem die Schwer- und Chemieindustrie war zum Zuge gekommen. Das ging nicht zuletzt auf Kosten bestimmter Bereiche der Gebrauchswarenindustrie. Allein die rücksichtslose Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung hatte einschneidende Folgen, beeinträchtigte zum Beispiel die Gewinne der Exportindustrie.

Besorgnisse und Enttäuschungen dieser Art verdichteten sich bei Hermann Rauschning zu einer neuen Art Revolutionslegende. Rauschning, der als Senatspräsident von Danzig lange seine Hoffnungen auf Hitler gesetzt hatte und mit diesem viele eingehende Gespräche führte, war allmählich zu dem Schluß gekommen, daß die Nazipolitik in die Katastrophe führen würde. Er veröffentlichte in der Emigration mehrere kritische Bücher über den Hitlerfaschismus. Einem davon gab er den programmatischen Titel: „Die Revolution des Nihilismus"[25]). Mit dieser viel zitierten Faschismusumschreibung hatte er einen für die bürgerliche Faschismustheoriebildung der unmittelbaren Nachkriegszeit wichtigen Akzent gesetzt. Die geschickte Verbindung von Faschismuserklärung und Revolutionsdiffamierung erklärt auch, weshalb gerade in der Gegenwart von bürgerlichen Faschismustheoretikern immer wieder auf Raschning zurückgegriffen wird.

Darüber hinaus hatte er die in der Periode des Kalten Krieges zum System entwickelte Totalitarismusdoktrin vorweg genommen. Er schrieb nämlich: „Man könnte versucht sein, zwischen Faschismus, Bolschewismus und Nationalismus eine enge Verwandtschaft aufzuweisen, alle drei als besondere Fälle der nämlichen dynamischen Bewegung, der doktrinlosen Revolution zu bezeichnen und zwischen ihnen nur Unterschiede in den Graden und Farben der revolutionären Impulse, in den historischen Anlässen ihrer ersten Phase anzuerkennen."[26]) Versuche, Faschismus und Bolschewismus als im Grunde identisch zu bezeichnen, hatte es schon seit Beginn der zwanziger Jahre gegeben. Die Behauptung, daß der Faschismus revolutionär sei, wurde aber in zunehmendem Maße zum Zwecke der Diffamierung des Bolschewismus genutzt. Die Ausarbeitung eines umfassenden Systems neuer Begriffe erfolgte jedoch erst allmählich und in den USA[27]).

---

24) Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung, a.a.O., S. 43f.
25) Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus, Zürich 1938 (Ausschnitte abgedruckt bei Nolte, a.a.O., S. 338ff.).
26) Zit. bei Nolte, a.a.O., S. 344.
27) Vgl. zu dieser Problematik Alfred Loesdau, Globalstrategie und Geschichtsideologie. Zur Analyse der bürgerlichen Historiographie der USA in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, Berlin (DDR) 1974, sowie die noch ungedruckte Dissertation von Rolf Richter, Historisch-politische Grundprobleme der Faschismus-Interpretation der dominierenden bürgerlichen US-Historiographie (unter be-

Die stark pragmatisch orientierte amerikanische Geschitsschreibung reflektierte besonders genau die Interessen der herrschenden Klasse der USA. Im gleichen Maße, wie die im Kampf gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan notwendig gewordene Allianz mit der Sowjetunion durch den Kalten Krieg im Zeichen des Antikommunismus abgelöst wurde, suchte der vorherrschende reaktionäre Flügel der amerikanischen Historiker nach Möglichkeiten, das auch historiographisch zu rechtfertigen. Entsprechend der Aufforderung des Präsidenten der American Historical Association, Conyers Read, daß der Historiker genau wie der Physiker in diesem Krieg seine Rolle zu übernehmen habe[28]), wurde die Totalitarismusdoktrin zur vorherrschenden Faschismuserklärung erhoben und zur Speerspitze des ideologischen Angriffs auf das sozialistische Lager gemacht. Carl J. Friedrich, Milton Mayer, John L. Snell und andere vertraten die altbekannte These, daß der Faschismus eigentlich nur als „Reaktion auf die kommunistische Herausforderung" zu betrachten und zu verstehen sei[29]). Der Totalitarismus wurde sogar universalgeschichtlich zum zeitlosen Gegenspieler des selbstverständlich im amerikanischen „way of life" gipfelnden demokratischen Prinzips erhoben.

Da eine derart pragmatische Verfälschung des Geschichtsablaufs zu große Angriffsflächen bot und der Kalte Krieg nicht die gewünschten Erfolge brachte, bemühten sich politisch flexiblere amerikanische Historiker und Politologen um ein überzeugenderes Geschichtsbild. Sie glaubten, es in der Lehre von der Industriegesellschaft zu finden. Man mußte anerkennen, daß die Sowjetunion trotz Interventionen, Zweitem Weltkrieg und Kaltem Krieg von einem Agrarland zu einem Industrieland geworden war und die sozialistische Staatengemeinschaft insgesamt ihr Industriepotential mit großem Erfolg entwickelte.

Da die Industriegesellschaftslehre keineswegs im Gegensatz zur Totalitarismusdoktrin entwickelt wurde, sondern sie ergänzen und erklären sollte, hatte auch das keine einschneidenden Konsequenzen für die Faschismustheorie. Vom – gegen den Kommunismus gerichteten – zerstörerischen Prinzip totalitärer Herrschaft im Sinne von Rauschnings „Revolution des Nihilismus" kam man jedoch wieder mehr auf den von Borkenau geäußerten Gedanken einer Entwicklungsdiktatur zurück. Die der Industriegesellschaftslehre verpflichteten amerikanischen Historiker bezeichneten vielfach den Faschismus als eine – wenn auch barbarische – Form der „modernization". Das hatte – nebenbei bemerkt – den Vorteil einer größeren Unbefangenheit gegenüber faschistischen und neofaschistischen Erscheinungen der Nachkriegszeit und

sonderer Berücksichtigung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur bürgerlichen BRD-Historiographie), Berlin (DDR) 1974. Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse von Richter ist erschienen unter dem Titel „Zur Faschismusinterpretation in der bürgerlichen Historiographie der USA" in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 8/1974, S. 789 f., sowie unter dem Titel „Interpretacija fasizma i koncept ‚Modernization'", in: Fasizam i neofasizam, Zagreb 1976, S. 325 ff.

28) Conyers Read, The Social Responsibilities of the Historian, in: „The American Historical Review", New York, Vol. LV, Nr. 2, 1950, January, S. 257 ff.

29) So Carl J. Friedrich, Der einzigartige Charakter der totalitären Gesellschaft, in: Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968, S. 183; Milton Mayer, Communism as a Cause of Nazi Popularity, in: The Nazi Revolution. Germany's Guilt or Germany's Fate?, ed. by John L. Snell, Boston 1959, S. 33 ff.; John L. Snell, Introduction, in: Ebd., S. XII.

erleichterte der amerikanischen Regierung die Unterstützung der noch bestehenden faschistischen Regime.

Zu den Hauptverfechtern der „modernization"-Theorie gehörten in den USA David E. Apter[30]), Cyril E. Black[31]), A. F. K. Organski[32]) und Barrinton Moore[33]). Doch ähnlich wie Borkenau sahen sie sich vor das Dilemma gestellt: wie sollten die faschistischen Bewegungen in unterschiedlich entwickelten Ländern auf den gleichen Modernisierungs-Nenner gebracht werden? Organski zum Beispiel hat dieses Problem fast noch willkürlicher als Borkenau zu lösen versucht. Ausgerechnet dem italienischen Faschismus bescheinigte er eine die Modernisierung hemmende Funktion. Borkenau hatte bekanntlich das Gegenteil behauptet. Mit ihm ging Organski aber darin konform, daß er den deutschen „Nationalsozialismus" aus der Reihe der typischen faschistischen Bewegungen herausnahm, weil er nicht in sein Modernisierungssystem paßte[34]). Der kanadische Historiker und Politologe Allan Cassel bemühte sich, die Schwierigkeit dadurch zu meistern, daß er von zwei Gesichtern des Faschismus sprach. In unterentwickelten Ländern wirke der Faschismus modernisierend, in entwickelten Ländern dagegen antimodernistisch[35]).

Die Konsequenzen eines als „modernization" aufgefaßten Faschismus lassen sich gut bei Ralf Dahrendorf verfolgen, der diese Faschismus-Theorie in der BRD vertrat. Er behauptete: „Der Nationalsozialismus hat für Deutschland die in den Verwerfungen des kaiserlichen Deutschland verlorengegangene, durch die Wirrnisse der Weimarer Republik aufgehaltene soziale Revolution vollzogen." Durch einen brutalen Bruch mit der Tradition habe das Dritte Reich einen „Stoß in die Modernität" unternommen und oft wider Willen modernisierend gewirkt. Gleichzeitig kam er von dieser Position aus zwangsläufig wie schon Borkenau zu einer Diffamierung eines konsequenten antifaschistischen Kampfes: „Wenn es richtig ist, daß das Nazi-Regime . . . eine soziale Revolution bewirken mußte, dann läßt sich der Widerstand gegen das Regime als gegenrevolutionär beschreiben. Sein Inhalt liegt dann in dem Versuch, den vorrevolutionären Zustand wiederherzustellen . . . Während die soziale Revolution des Nationalsozialismus der Durchsetzung totalitärer Formen galt, aber damit zugleich die Grundlagen liberaler Modernität schaffen mußte, läßt die Gegenrevolution sich nur als Aufstand der Tradition, damit auch Illiberalität und des Autoritarismus einer nachwirkenden Vergangenheit verstehen."[36])

Eine solche Faschismusbeschreibung aus der Feder eines FDP-Politikers wurde sicher in neofaschistischen Kreisen der BRD höchst beifällig aufgenommen. Daß damit ein Schlag gegen den antifaschistischen Widerstands-

30) David E. Apter, The Politics of Modernization, Chicago/London 1965.
31) Cyril E. Black, The Study of Modernization, in: Ders.: The Dynamics of Modernization, New York/London 1966, S. 175ff.
32) A. F. K. Organski, Fascism and Modernization, in: The Nature of Fascism, ed. by S. J. Woolf, London 1968, S. 19ff.
33) Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M. 1969.
34) Organski, a.a.O., S. 31, 37.
35) Alan Cassel, Janus. The Two Faces of Fascism, in: The Canadian Historical Association, Historical Papers, 1969, S. 165ff.
36) Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 432, 442.

kampf geführt und der Faschismus als Überwinder einer in Widersprüchen erstarrten Gesellschaftsstruktur betrachtet werden konnte, paßte sicher auch gut ins Konzept der gesamten bundesrepublikanischen Reaktion. Kurz- und mittelfristig war es allerdings bedenklich, den Faschismus als Wegbereiter bundesrepublikanischer Zustände erscheinen zu lassen und selbst die Aktionen vom 20. Juli 1944 mit dem Etikett „reaktionär" zu versehen.

Die Zweischneidigkeit derartiger Schlußfolgerungen und das verwirrende Durcheinander, das die „modernization"-Theoretiker mit der unterschiedlichen Beurteilung der verschiedenen faschistischen Regime auslösten, haben einige Anhänger der Industriegesellschaftslehre zu der Frage veranlaßt, ob man nicht besser den Faschismus generell als „antimodernistisch" deklariere. Das war zwar ein neuer Beweis für die pragmatische Willkür, die hinter diesen Erklärungsversuchen steckt, hatte aber einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Wenn man die Faschisten als Feinde der modernen Industriegesellschaft bezeichnete und ihnen die Absicht zuschrieb, zu mittelalterlichen Zuständen einer Agrargesellschaftsordnung zurückkehren zu wollen, dann konnte keine Rede davon sein, daß sie die Interessen des Monopolkapitals vertreten hätten.

Die Hauptverfechter des „Antimodernismus" waren in den USA S. N. Eisenstadt[37]), J.-P. Nettl, Roland Robertson[38]) und der aus der BRD gekommene Wolfgang Sauer[39]). Ihre Überlegungen wurden von Henry Ashby Turner jr. aufgegriffen, der ein besonderes Interesse daran zeigte, den Faschismus nicht als Produkt des modernen Kapitalismus erscheinen zu lassen, weil dann „dieses System kaum zu verteidigen" sei[40]). Turner, der im Unterschied zu den stark soziologisch engagierten „Modernisten" vornehmlich ideologisch argumentiert, knüpft an David Schoenbaums These von der „doppelten Revolution" des Nationalsozialismus an. Nach Schoenbaum sei der „revolutionäre Zweck" des Faschismus zutiefst antibürgerlich und industriefeindlich gewesen. Die faschistische „Machtergreifung" wird sogar als „Kriegserklärung" an die „bürgerliche und industrielle Gesellschaft" bezeichnet. Die „revolutionären Mittel" hätten dagegen „bürgerlichen und industriellen" Charakter getragen[41]).

Anders als bei Dahrendorf, der vor allem eine „Modernisierung wider Willen" zu sehen vermeint, wird von Schoenbaum und Turner dem Faschismus die mephistophelische Absicht zugeschrieben, bewußt mit modernistischen Mitteln einen antimodernistischen Zweck zu erreichen. Das könnte in mancher Hinsicht sogar plausibel klingen, wenn nicht sogleich der Pferdefuß sichtbar würde. Turner ging von der propandistischen Vorliebe der Nazis für das Mittelalter aus. Er sah in der „Wiederbelebung der kultischen Verehrung von

37) S. N. Eisenstadt, Modernization: Protest and Change, Englewood Cliffs 1966; Ders.: Breakdowns of Modernization, in: „Economic Development and Cultural Change", XII, July 1964.
38) J. P. Nettl und Roland Robertson, International Systems and the Modernization of Societies, New York 1968.
39) S. Wolfgang Sauer, National Socialism: Totalitarism or Fascism? in: „The American Historical Review", 2/1967.
40) Henry Ashby jr. Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7.
41) David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Frankfurt/M./Wien/Zürich 1970, S. 26, 153.

Blut und Boden" einen großangelegten Versuch, „die Probleme des hochindustrialisierten Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert zu heilen". Die deutschen Faschisten seien von einer prinzipiellen „Feindschaft gegenüber der modernen Industriegesellschaft" erfüllt gewesen. Deshalb hätten sie die „Flucht aus der modernen Welt" geplant, „und zwar durch einen verzweifelten Sprung zurück in eine romantische Vision von Harmonie, Gemeinschaft, Einfachheit und Ordnung einer längst vergangenen Welt". Ihr Denken könne „deshalb am besten als eine utopische Form des Anti-Modernismus" bezeichnet werden, „utopisch in dem doppelten Sinn, daß ihnen ein Allheilmittel visionär vorschwebte und daß es unrealisierbar war".

Der „rückwärtsgewandte Anti-Kapitalismus" sei beim Strasser-Flügel der NSDAP besonders sichtbar geworden. Das bewiesen die von ihm erhobenen Forderungen nach zunftartigen Gliederungen der Wirtschaft und andere Vorschläge der gesellschaftlichen Reorganisation. Der eigentliche antikapitalistische Radikalismus sei jedoch bei Hitler und Himmler selbst zu finden gewesen; denn im Gegensatz zu den sogenannten Linken in der Nazibewegung habe der faschistische Führungskern danach gestrebt, „die gesellschaftliche Wirklichkeit mit einem Schlage zu überwinden und sie durch eine radikal andere Sozialordnung zu ersetzen".

Zwischen Naziführung und Monopolkapital habe also ein fundamentaler Gegensatz bestanden. Viele Bankiers und Industrielle hätten sich zu Unrecht nur über die Pläne der Strasser-Gruppe zur Neuordnung des deutschen Wirtschaftslebens beunruhigt gezeigt. Die eigentliche Gefahr wäre von der Naziführung selbst ausgegangen; denn „auf lange Sicht" seien „Hitler und seine Gefolgschaft zu Veränderungen von unberechenbar radikaler Art entschlossen" gewesen. Mit der Eroberung von „Lebensraum im Osten" sollte eine derartige Autarkie in der Lebensmittelversorgung erreicht werden, daß fast die gesamte Exportindustrie überflüssig und eine radikale Entstädterung möglich geworden wäre[42]).

Da Turner einräumen muß, daß dergleichen Pläne bestenfalls auf dem Papier gestanden haben, die faschistische Wirklichkeit aber ganz anders aussah, kommt er wiederum auf Schoenbaums Lehre von der doppelten Revolution zurück. Um ihre anti-modernen Utopien verwirklichen zu können, hätten die Naziführer genau das Gegenteil tun, also „modernization" praktizieren müssen. Das erkläre, warum im faschistischen Staat die Landflucht noch stärker und die Verstädterung noch intensiver geworden seien. Man sieht, der Unterschied zwischen dem „Anti-Modernisten" Turner und dem „Modernisten" Dahrendorf ist gar nicht so groß, wie es äußerlich scheint; beide kommen zu dem Schluß, der Faschismus habe wider Willen modernisierend gewirkt. Es handelt sich also weit mehr um ein Spiel mit Worten als um eine wirkliche Gegensätzlichkeit. Mehr noch, Turner und die Antimodernisten sprechen nur deutlich aus, worum es bei allen bürgerlichen Faschismustheorien geht, die mit Begriffen wie revolutionär, modernistisch oder antimodernistisch operieren: um die Ablenkung vom eigentlichen Klasseninhalt des Faschismus.

42) Henry Ashby jr. Turner, Faschismus und Antimodernismus, in: Ders., a.a.O., S. 157 ff.

Die Argumentation ist allerdings so vordergründig und oberflächlich, daß schon eine Analyse der angeführten ideologischen Argumente genügt, um zu erkennen, daß der antikapitalistische Anti-Modernismus genau so eine Irreführung ist wie der schon erwähnte faschistische Revolutionsanspruch. Interesse verdient lediglich die Frage, wie es möglich ist, daß sich um das Faschismusbild derartige Legenden ranken konnten.

Wenn Turner als Beweis für den angeblich kapitalismusfeindlichen „Antimodernismus" des deutschen Faschismus die Absicht anführt, Land im Osten zu erobern und Bauern anzusiedeln, so ist dem zunächst entgegenzuhalten, daß niemand anders als gerade die deutschen Monopolkapitalisten und ihre unmittelbaren Interessenvertreter in großen Kriegszieldenkschriften diese Forderungen erhoben hatten. So hieß es zum Beispiel in der vom Centralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen – also den Spitzenverbänden des deutschen Monopolkapitals – mitunterzeichneten Eingabe vom 10. März 1915 an Bethmann Hollweg: „Für den *Osten* muß zunächst die eine Erwägung maßgebend sein, daß der im Westen zu erwartende große *industrielle* Machtzuwachs ein Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes *Landwirtschaftsgebiet* finden muß. Die Notwendigkeit, auch die gesunde landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft zu stärken, eine großangelegte deutsche ländliche Besiedelung sowie die Zurückführung der im Auslande, namentlich in Rußland lebenden und jetzt entrechteten deutschen Bauern in das deutsche Reichs- und Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen und unsere wehrkräftige Volkszahl stark zu erhöhen, fordert eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preußischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten."[43])

Das große Interesse des deutschen Monopolkapitals an einer Eroberung und Unterwerfung Osteuropas läßt sich in vielfältiger Form nachweisen[44]). Auch umfassende Besiedlungsprojekte einschließlich der Zwangsaussiedlung insbesondere polnischer Bevölkerungsteile wurden schon lange vor den Nazis entwickelt[45]). Es ist ganz einfach falsch, anzunehmen, „moderne" großindustrielle Bedürfnisse würden im Gegensatz zu den Zielen der „Ostlandreiter" stehen. Abgesehen davon, daß die Industrie in vielfältiger Form mit der Landwirtschaft verbunden ist, war Osteuropa wegen seiner großen Rohstoffvorkommen und der industriellen Anlagen im polnischen Oberschlesien und im Gebiet zwischen Moskau und dem Schwarzen Meer für das deutsche Monopolkapital höchst interessant.

43) Dieses Dokument ist zusammen mit anderen ähnlicher Art abgedruckt in: Weltherrschaft im Visier, Berlin (DDR) 1975, S. 108 ff.
44) Vgl. dazu: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1972; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1973.
45) Vgl. dazu Imanuel Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914 bis 1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck/Hamburg 1960.

Wenn die Naziführung ganz im Sinne von Hitlers Programmerklärung in „Mein Kampf" der Eroberung des Ostens einen noch höheren Stellenwert als die kaiserlichen Regierungen einräumte, so hing das offenkundig mit der Absicht zusammen, den ersten sozialistischen Staat der Welt, die Sowjetunion, zu vernichten. Als Hitler am 27. Januar 1932 im Industrie-Klub zu Düsseldorf vor westdeutschen Großindustriellen seine Pläne entwickelte, erklärte er ausdrücklich: „Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genau so einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum . . . In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiterentwickelt, in Lenin nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre."

Also – so konnten die Großindustriellen mit Befriedigung schlußfolgern – war es das Fernziel Hitlers, diese grundsätzliche Bedrohung monopolkapitalistischer Raub- und Ausbeutungsinteressen zu beseitigen. Zu diesem Zweck müsse man ihm zunächst die Möglichkeit geben, seinen „unerbittlichen Entschluß" zu verwirklichen, „den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten"; denn erst wenn die ganze deutsche Nation vom faschistischen Geist erfaßt sei, könnten die politischen Möglichkeiten wieder wahrgenommen werden, die, wie es Hitler formulierte, „weitschauend in die Zukunft das deutsche Leben wieder auf eine natürliche und tragfähige Basis stellen: entweder neuen Lebensraum mit Ausbau eines großen Binnenmarktes oder Schutz der deutschen Wirtschaft nach außen unter Einsatz der zusammengeballten deutschen Kraft"[46]).

Bei solchen Gelegenheiten verzichteten die Naziführer auf alles „antimodernistische" Gerede. In ihrer politischen Tätigkeit richteten sie sich ganz nach den Wünschen des Monopolkapitals. Den SS-Verbänden, die als Gralshüter des „Antimodernismus" bezeichnet werden, folgten die Konzerne auf dem Fuß, nach Kriwoi Rog ebenso wie nach Auschwitz. Wenn trotzdem in der SS-Zeitschrift „Das schwarze Korps" und in den Reden Himmlers mehr von Erbhofbauern und Ordensburgen geschrieben und gesprochen wurde, so handelte es sich dabei um permanente Versuche, auch denen eine Perspektive zu geben, die für die Profitinteressen des Monopolkapitals brennend und mordend durch Europa zogen.

Der ganze, von Turner zur Begründung seines „Antimodernismus" angeführte völkische Nazikult hatte lediglich den Zweck, den für die Durchsetzung imperialistischer Weltherrschaftsinteressen nun einmal notwendigen Massen etwas vorzugaukeln, was von ihnen als Interessenvertretung gedeutet werden konnte und zugleich von den eigentlichen Nutznießern ablenkte. Da es in erster Linie politisch rückständige und der Vergangenheit verhaftete kleinbürgerliche Schichten waren, auf die die Nazis hoffen konnten, mußten sie ihre Propaganda darauf einstellen, also dem landlosen Bauernsohn ein Erbhofgut im Osten, dem um seine Existenz ringenden Handwerker zunft-

46) Adolf Hitler, Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J., S. 28ff.

artige Sicherungen und dem ganzen, in ständiger Bewegung befindlichen Mittelstand vorkapitalistische Geborgenheit versprechen.

Einige Naziführer mögen diese demagogische Propaganda durchaus ernst genommen haben. Sie wurden aber, wie der von Hitler in „Mein Kampf" so hochgerühmte Gottfried Feder, der die „Brechung der Zinsknechtschaft" zu seinem Lebensziel erhoben hatte, nach erfolgter „Machtergreifung" rasch abgeschoben und in den Hintergrund gedrängt. Andere waren sich der Kluft zwischen propagandistischer Theorie und politischer Praxis wohl bewußt und bemühten sich, diese Kluft in tragbaren Grenzen zu halten.

So schrieb Walther Darré, den Turner als Kronzeugen des Antimodernismus betrachtet, am 27. März 1939, an seinen Gesinnungsgenossen Friedrich Zimmermann: „Wenn ich heute diesen Brief an Sie richte, so tue ich es auch im Hinblick darauf, daß z. Zt. zweifellos der Begriff des Sozialismus im Sinne einer germanisch-deutschen Volks- und Wirtschaftsordnung sich zu verflüchtigen beginnt und unter dem Alibi angeblich sozialer Zugeständnisse an das – und Errungenschaften des Dritten Reiches (sic!) einem nationalen, aber durchaus hochkapitalistischen Imperialismus weicht, welcher den ganzen Blutsgedanken des Dritten Reiches, zum mindesten im Hinblick auf das Bauerntum, zu überrennen droht. Hier muß aufgepaßt werden, damit nicht im Strome einer an sich begrüßenswerten nationalpolitischen Expansion brauchbare und entscheidende Errungenschaften der nationalsozialistischen Revolution mit hinweggespült werden."[47])

Deutlicher und aus berufenerem Munde kann kaum gesagt werden, daß im Dritten Reich der „hochkapitalistische Imperialismus" das Ausschlaggebende gewesen ist und schon vor dem Zweiten Weltkrieg den ganzen „Blutsgedanken" mit all seinen von Turner in den Vordergrund gerückten „antimodernistischen" Begleiterscheinungen beiseite geschoben hat.

47) Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich Zimmermann (Pseudonym Ferdinand Fried), Nr. 1, Bl. 24.

HANDWÖRTERBUCH INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber W. Woyke
Aktuell * umfassend * handlich * unentbehrlich
70 Stichwörter von Abrüstung bis Zypernkrise *
rund 400 Seiten * Sach- und Personenregister *
gb. 36,– DM * kt. UTB 702: 22,80 DM * **Leske**

Wie sehr es den „Antimodernisten" in letzter Instanz um die Entlastung des Monopolkapitals vom Vorwurf geht, am Faschismus interessiert gewesen zu sein, hat Turner auch am italienischen Beispiel demonstriert. Seine Vermutung, daß die Mussolini-Bewegung dem modernen Kapitalismus feindlich gegenübergestanden habe, ist an sich schon grotesk. Sie wird aber zur bewußten Geschichtsfälschung, wenn als Beweis ausgerechnet Mussolinis Idee von der Wiederherstellung des Römischen Reiches angeführt wird; denn das war kein „rückwärtsgerichtetes-utopisches Ziel"[48]), sondern entsprach genau dem imperialistischen Streben nach einer Vergrößerung der Einflußsphären und nach einer Neuaufteilung der Welt. Auch die Naziführer und ihre ideologischen Wegbereiter, wie der Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt, haben wiederholt an den imperialen Reichsgedanken des Mittelalters anzuknüpfen gesucht. Aber ihre „Großdeutschland"-Konzeption, ihr unter deutscher Führung „geeintes" Europa dienten stets den „modernen", schon in den Kriegszieldenkschriften des Ersten Weltkriegs konkret nachweisbaren monopolkapitalistischen Expansionsplänen.

Derartige Eingeständnisse sind allerdings bei den „Modernisten" unter den Faschismustheoretikern nicht zu finden. Sie verstehen unter „modernization" vornehmlich die Beseitigung von Standesunterschieden, die Abschaffung von Privilegien, die – wenn auch nicht immer gewollte – Überwindung feudaler und sonstiger vorkapitalistischer Relikte. Indem die Faschisten die von Klassengegensätzen und Klassenkampfideologien zerrissene Gesellschaft überwunden hätten, wären erst die Voraussetzungen für die pluralistische Gesellschaft der Gegenwart entstanden.

Es ist jedoch völlig falsch, anzunehmen, den Faschisten sei es wirklich um die Abschaffung der Klassenunterschiede gegangen. Hitler hat sich gerade in seiner schon erwähnten Rede vor den westdeutschen Industriellen gegen die demokratische Gleichmacherei gewandt; da „die menschliche Leistung unterschiedlich" sei, müsse der „Wert des Menschen im Hinblick auf die Hervorbringung bestimmter Leistungen verschieden" sein, was sich selbstverständlich auf den Führungsanspruch „auf dem Gebiet der Politik" auszuwirken habe. Öffentlich legten die Naziführer jedoch großen Wert darauf, dem deutschen Volk einzureden, es sei eine Herrenrasse und infolgedessen nicht nur zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker berechtigt, sondern auch durch innere Gleichheit dazu befähigt.

Was es damit auf sich hatte, wurde von Oswald Spengler – der ganz im faschistisch-imperialistischen Sinne – den Menschen als „Raubtier" betrachtete – schon 1930 vor Vertretern der herrschenden Klasse mit den Worten verdeutlicht: „Es gibt Völker, deren starke Rasse den Raubtiercharakter bewahrt hat, räuberische, erobernde, *Herren*völker, Liebhaber des Kampfes gegen *Menschen*, welche den wirtschaftlichen Kampf *gegen die Natur* den anderen überlassen, um sie zu plündern und zu unterwerfen." Die große Masse eines derartigen Volkes bestehe aber nicht aus „Köpfen", sondern nur aus „Händen". „Die Gruppe der Führernaturen *bleibt* klein. Es ist das Rudel der eigentlichen

48) Turner, a.a.O., S.

Raubtiere, *das Rudel der Begabten,* das über die wachsende *Herde* der andern in irgendeiner Weise verfügt." Es gebe schließlich „einen natürlichen *Rangunterschied* zwischen Menschen, die zum Herrschen und die zum Dienen geboren sind, zwischen Führern und Geführten *des Lebens*[49]).

Die begeisterte Zustimmung, die Spengler bei Großindustriellen und Bankiers wie Reusch, Junkers und Schacht fand[50]), bestätigt, wie genau er in dieser Hinsicht den Vorstellungen führender Monopolkapitalisten entsprochen hatte. Nicht um eine „Mittelstandsbewegung" heranzuzüchten, der sie sich am Ende ein- und unterzuordnen hätten, wurde von ihnen der Faschismus gefördert, sondern um als „Köpfe" einer räuberischen Herrenrasse über zahlreiche willige „Hände" zu verfügen.

Der ganze widerspruchsvolle Streit zwischen den „Modernisten" und den „Antimodernisten" soll zwar den untrennbaren Zusammenhang zwischen Faschismus und Monopolkapital verhüllen. Im Für und Wider der Argumente wird jedoch immer wieder sichtbar, daß das, was oberflächlich als modernistisch oder antimodernistisch am Faschismus gedeutet werden soll, auf das Monopolkapital selbst hinweist. Lenin hat in seiner Imperialismusanalyse das monopolkapitalistische Entwicklungsstadium als das höchste und letzte des Kapitalismus bezeichnet. In dieser durch die Geschichte bestätigten Platzbestimmung ist die Begründung dafür enthalten, daß alles, was mit der Herrschaft des Monopolkapitals zusammenhängt, „modern" gegenüber dem Kapitalismus der freien Konkurrenz und „antimodern" gegenüber dem gesellschaftlichen Fortschritt ist.

Mit dieser Einschätzung soll keineswegs das Begriffssystem der bürgerlichen Faschismustheoretiker übernommen werden; ganz abgesehen davon, daß der Begriff gesellschaftlicher Fortschritt unterschiedlich interpretiert wird. Bezeichnungen wie „revolutionär", „modernistisch" oder „antimodernistisch" dienen der Irreführung. Der Faschismus ist als eine Herrschaftsform des sterbenden Kapitalismus konterrevolutionär und fortschrittsfeindlich. Es sollte lediglich gezeigt werden, daß die Argumentationen der „Modernisten" und der „Antimodernisten" – bei Lichte betrachtet – diese Beurteilung in keiner Weise zu erschüttern vermochten. Ihre Analyse bestätigt vielmehr die wissenschaftliche Unhaltbarkeit aller Versuche, Faschismus und Monopolkapitalismus voneinander zu trennen oder gar einander gegenüberzustellen.

Da dem Bestreben, den Faschismus als „revolutionär", „modernistisch" oder „antimodernistisch" zu charakterisieren, letzten Endes politische Motive zugrundeliegen, wird man jedoch immer wieder auf Einschätzungen dieser Art zurückkommen, weil sie die Möglichkeit bieten, den Faschismus je nach Bedarf im Sinne der Totalitarismusdoktrin gegen den Kommunismus auszuspielen, im Rahmen der Industriegesellschaftslehre verständnisvoll zu beurteilen oder als, selbstverständlich verfeinertes, Rezept zur Bewältigung der kapitalistischen Existenzkrise zu empfehlen. Die Frage, wie der Faschismus zu defi-

49) Oswald Spengler, Der Mensch und die Technik. Beitrag zu einer Philosophie des Lebens, München 1931, S. 50ff.
50) Vgl. dazu den Briefwechsel Spenglers in: Oswald Spengler: Briefe 1913–1936, München 1963, S. 622ff.

nieren ist, spielt deshalb eine wichtige Rolle in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus und ihre Bedeutung reicht weit über den wissenschaftlichen Meinungsstreit hinaus.

Nachwort

Die vorliegende Studie war bereits geschrieben, als dem Verfasser die neuesten Untersuchungsergebnisse von Horst Matzerath und Heinrich Volkmann über das Problem „Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus" bekannt wurden[51]). Diese beiden Historiker und Soziologen der BRD haben einmal versucht, mit Methoden der Soziologie die Ergebnisse faschistischer Herrschaft in Deutschland von 1933 bis 1939 unter den Gesichtspunkten einer angeblichen Modernisierung zu analysieren. Sie kamen dabei zu Erkenntnissen, die sowohl für die „Modernisten" als auch die „Antimodernisten" vernichtend waren.

Als Kriterien benutzten Matzerath und Volkmann folgende charakteristische Züge des Modernisierungsprozesses:

„– ein strukturveränderndes Wachstum insbesondere der materiellen und nichtmateriellen Güter,

– die Erweiterung der Zugangschancen zu diesen Gütern und der Disposition über sie,

– verstärkte Differenzierungsprozesse und

– erhöhte Selbststeuerungskapazitäten der Gesellschaft, begleitet von Änderungen des Bewußtseins und des sozialen Verhaltens (Empathiesteigerung"[52]).

Das sind ganz gewiß keine marxistischen Aspekte. Sie sollen an dieser Stelle auch nicht kritisch analysiert werden. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß sorgsam alle Aspekte des Klassenkampfes und der Klassenzugehörigkeit ausgeklammert wurden. Und trotzdem brachten die empirischen Forschungen die Verfasser zu Einsichten wie:

„1. Nach dem quantitativen Befund der Modernisierungsindikatoren bietet die Phase der nationalsozialistischen Herrschaft ein widersprüchliches Bild. Der ökonomische Bereich folgt im wesentlichen den früheren Tendenzen. Obwohl die Zahlenbelege bis zu einem gewissen Grade die Erholung nach der Krise spiegeln, bleibt das Grundmuster der industriewirtschaftlichen Entwicklung verbindlich.

2. Der Vergleich von Programmatik und Ergebnissen der nationalsozialistischen Politik läßt Bereiche erkennen, in denen ideologische Zielsetzungen konsequent durchgeführt, andere, in denen sie mit geringem oder ohne Erfolg

51) Horst Matzerath und Heinrich Volkmann, Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus, in: „Geschichte und Gesellschaft. Zeitung für Historische Sozialwissenschaft", Sonderheft 3: Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, hrsg. von Jürgen Kocka, Göttingen 1977, S. 86–116.
52) Ebd., S. 92.

praktiziert wurden, schließlich solche, in denen es kaum Anstrengungen zur Realisation gegeben hat. Grob vereinfacht gilt das letztere für die antikapitalistischen Forderungen. (Verstaatlichung, Finanzkapital, Bodenreform.)

Danach ist – um das Ergebnis verkürzt vorwegzunehmen – das Dritte Reich gekennzeichnet durch den Primat des Herrschaftsausbaues und der Herrschaftsstabilisierung, der seine Legitimation durch eine aggressive Eroberungspolitik und die dazu erforderliche Rüstungspolitik sowie die Konstruktion eines inneren, rassisch begründeten Freund-Feind-Verhältnisses bezieht." [53])

Hier fehlt natürlich jeder Hinweis auf die Rolle des Monopolkapitals – das war bei der Fragestellung auch gar nicht anders zu erwarten –, trotzdem kamen die Autoren bei ihrer Kritik der Modernisierungstheorien zu dem Eingeständnis: „Auf den ersten Blick scheint die *marxistische* Auffassung von der Verschärfung kapitalistischer Strukturen eine Bestätigung zu finden (Konzentration, Einkommensverteilung, Ausschaltung der Arbeiterbewegung)."

„Die quantifizierbaren unter den Entwicklungen, auf denen *Dahrendorfs* These beruht, und einige zusätzliche Indikatoren erreichen keinesfalls das Ausmaß einer ‚sozialen Revolution', laufen einem solchen Begriff z. T. sogar zuwider . . . Das gleiche gilt im Grunde auch für Schoenbaum . . . Der vorgelegte Befund spricht zugleich gegen Turners rationale Zweck-Mittel-Relation. Die in der nationalsozialistischen Ideologie verankerten Zielsetzungen haben – auch wenn sie ernst genommen werden müssen – weder eine rationale Struktur, noch ist ihre Durchsetzung ausschließlich von rationalem Verhalten bestimmt. Daher aber kann von ‚Antimodernität' auch nicht im Sinne einer konsequenten Wiederherstellung vormoderner Zustände gesprochen werden. Schließlich bleibt das Modernisierungsmodell von *Organski*. Soweit es Faschismus generell auf Spannungen und Konflikte im Modernisierungsprozeß zurückführt, teilen wir diese Prämisse. Die konkreten Annahmen über die typischen Entwicklungstendenzen im Faschismus werden aber durch den Nationalsozialismus nicht gedeckt. Organskis These vom Rückgang der ökonomischen Modernisierung und sozialen Mobilisierung entspricht nicht der Realität des Dritten Reiches." [54])

Nach Meinung der beiden Autoren bestätige sich beim Hitlerregime nur die Totalitarismusthese – „mit den Einschränkungen, die sich in der Diskussion der letzten Jahre hinsichtlich der Geschlossenheit des Systems ergeben haben". Dagegen sei der Faschismus keineswegs als „Ausdruck einer modernisierungsgerichteten Politik" zu betrachten. Er ließe vielmehr, „wohl kaum zufällig, zunehmend Erscheinungen parasitärer Zersetzung erkennen". Seine nationalsozialistische Variante sei „prinzipiell ungeeignet, tragfähige Fundamente für die weitere Entwicklung zu schaffen" [55]). Kein Wunder, daß dieser Forschungsbericht in der Diskussion „vor allem kritisiert" wurde, wie ein

53) Ebd., S. 95–97.
54) Ebd., S. 97f.
55) Ebd., S. 99f.

Diskussionsteilnehmer bedauernd vermerkte[56]). Was auch immer die Absicht seiner Verfasser gewesen sein mag, es hatte sich wieder einmal gezeigt: an Hand konkreter wissenschaftlicher Untersuchungen erweisen sich so grundlegende bürgerliche Faschismustheorien, wie die mit den Begriffen „modernization" oder „antimodernization" verbundenen, als Schall und Rauch.

Intelligenz ohne Arbeit

Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems

Von Bernd Güther

Betrachtet man die Fülle der bildungs- und arbeitsmarkttheoretischen Literatur über die Ausbildungs- und Beschäftigungsprobleme hochqualifizierter Arbeitskräfte, so könnte man meinen, daß selbst die arbeitslosen „Akademiker"[1]) noch zu den privilegierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik zu rechnen sind. Kaum ein anderes Sujet hat die Bildungspolitik und -theorie so beschäftigt wie der Tertiäre Sektor, für keine andere Qualifikationsgruppe gibt es derart viele Bedarfsprognosen wie für die Fachhochschul- und Hochschulabsolventen[2]). In der Tat sind die Berufsperspektiven der heute Studierenden düsterer geworden und die akademische Arbeitslosigkeit verzeichnet seit Jahren eine kontinuierlich aufsteigende Linie. Zwar halten wir das konservative Gerede von einer „Akademikerschwemme" oder von einem „akademischen Proletariat" für ein fadenscheiniges Manöver, das Bildungsprivileg herrschender Kreise zu restaurieren, es läßt sich gleichwohl nicht verleugnen, daß nicht nur Angehörige der Arbeiterklasse, sondern auch wachsende Teile der lohnabhängigen, ja sogar Teile der selbständig arbeitenden Intelligenz in den Strudel von Krise und Arbeitslosigkeit geraten. Arbeitslose Intellektuelle

56) Ebd., S. 110.

1) Der etwas hochgestochene Ausdruck „Akademiker" wird hier der Einfachheit halber verwandt, um diejenigen Arbeitskräfte zu kennzeichnen, die einen Hochschulabschluß erwerben oder bereits besitzen.

2) Siehe die umfassende Bibliographie in: Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Der doppelte Flaschenhals, hrsg. von U. Lohmar und G. E. Ortner, Hannover 1975, S. 378–490; ferner Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU, Berufsaussichten junger Hochschulabsolventen, Drucksache des Deutschen Bundestages 8/860, S. 18 ff.; G. Kühlewind/M. Tessaring, Argumente für und gegen eine beschäftigungsorientierte Bildungspolitik, Göttingen 1975. Die früheren Bedarfsprognosen von Riese (1967), Krafft u. a. (1971) und Alex u. a. (1972) sind ergänzt bzw. korrigiert worden von neueren Analysen, die als Materialien zur Bildungsplanung, Hochschulabsolventen im Beruf vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft herausgegeben worden sind.

gibt es heute in allen kapitalistischen Industriegesellschaften, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß[3]). Die Besorgnis über ein mögliches neues Rebellionspotential wird vor allem durch die Ereignisse in Italien genährt[4]), wo sich die Perspektivlosigkeit des Studiums gewalttätig manifestiert hat.

Die Entwicklung der Akademiker-Arbeitslosigkeit 1973–1977

Die Zahl der Arbeitslosen mit Hoch- und Fachhochschulausbildung hat sich im Jahre 1977 weiter erhöht. Wie aus der jüngsten Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit[5]), die sich auf Ende Mai 1977 bezieht, hervorgeht, sind 15 074 Graduierte (Fachhochschulabsolventen) und 24 668 Akademiker (Hochschulabsolventen) bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet. Diese 39 742 Arbeitslosen mit höherer Ausbildung stellen 4,2% aller Arbeitslosen. Die Vergleichszahlen für den Vorjahresmonat betragen 32 800 bzw. 3,4%; Ende September 1976 waren es 36 841 bzw. 4,1%. Das bedeutet: Innerhalb Jahresfrist ist die Zahl der arbeitslosen Akademiker und Graduierten um 17,5% (im Vergleich zum September 1976 um 7,3%) gestiegen. Ende Mai 1977 beträgt die Zahl der offiziell registrierten arbeitslosen „hochqualifizierten Arbeitskräfte" viermal so viel wie Ende September 1973 (10 083), zum Zeitpunkt der ersten Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit.

Der neuerliche Zuwachs der Arbeitslosigkeit geht allerdings allein auf Kosten der Hochschulabsolventen: Seit September 1976 hat sich das Arbeitslosenheer der Akademiker um 4332 Personen vergrößert, der Umfang der arbeitslosen Graduierten ist um 1431 Personen gesunken.

Tabelle 1
Der Anteil der arbeitslosen Akademiker und Graduierten an den Arbeitslosen insgesamt in %

	Akademiker	*Graduierte*	*Hochschulen/Fachhochschulen insgesamt*
September 1973	*2,5*	*2,8*	*5,3*
Mai 1974	*1,7*	*1,4*	*3,1*
September 1974	*1,7*	*1,8*	*3,5*
Mai 1975	*1,3*	*1,2*	*2,5*
September 1975	*1,5*	*1,5*	*3,0*
Mai 1976	*1,9*	*1,5*	*3,4*
September 1976	*2,3*	*1,8*	*4,1*
Mai 1977	*2,6*	*1,6*	*4,2*

3) Vgl. M. Tessaring, Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich, Göttingen 1975; sowie ABV Management Service GmbH & Co. KG, Eingliederungsprobleme von Absolventen tertiärer Bildungsgänge beim Übergang vom Ausbildungs- zum Beschäftigungssystem in ausgewählten Ländern, hrsg. vom BMBW, Bonn 1976.
4) Zu den Studien- und Arbeitsmarktproblemen in Italien siehe die Artikelserie des „Corriere della Sera" v. 11., 12. und 13. 5. 1977 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 21. 5. 1977 sowie M. Boni, „Historischer Kompromiß" oder „Strategie der Spannung"? Die Krise an den Hochschulen und die jüngste politische Entwicklung in Italien, in: „Blätter", 7/1977, S. 810 ff.
5) Siehe Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), 8/1977. Alle Daten basieren auf ANBA-Veröffentlichungen.

Am stärksten macht sich der Rückgang der graduierten Arbeitslosigkeit bei den Ingenieuren bemerkbar, die mit rund 50% den größten Bestandteil der arbeitslosen Graduiertengruppe ausmachen. Gegenüber dem Vorjahresmonat hat sich die Arbeitslosenzahl der Ingenieure mit Fachhochschulausbildung Ende Mai 1977 um 407 Personen bzw. 5,1% verringert, gegenüber Ende September 1976 sogar um 718 bzw. 8,7%. Dagegen stieg – wie bei den Akademikern auch – absolut und relativ der Anteil der arbeitslosen Graduierten vor allem in den „Sozialpflegerischen Berufen" (Sozialarbeiter, Sozialpfleger, Heimleiter, Sozialpädagogen).

Anders sieht es bei den akademischen Berufen aus: Zur Veranschaulichung wollen wir eine Tabelle präsentieren, die den Zuwachs akademischer Arbeitslosen in den am meisten betroffenen Ausbildungsfachrichtungen innerhalb eines Jahres in absoluten Zahlen wiedergibt.

Tabelle 2

	Mai 1976	*September 1976*	*Mai 1977*
Ingenieure	*3397*	*3613*	*3841*
Lehrer	*3437*	*6178*	*7145*
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler	*4180*	*4461*	*4723*
Anteil in % der arbeitslosen Hochschulabsolventen			
Ingenieure	*18,5*	*17,8*	*15,6*
Lehrer	*18,7*	*30,4*	*29,0*
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler	*22,7*	*21,9*	*19,1*

Rund zwei Drittel aller arbeitslosen Akademiker werden von den oben genannten drei Ausbildungsfachrichtungen gestellt. Absolut ist die Arbeitslosenzahl seit Mai 1976 in den folgenden Fachrichtungen der Akademiker am stärksten gestiegen:

Tabelle 3

	Mai 1977 gegenüber Mai 1976	*(gegenüber September 1976)*
Lehrer	*+3901*	*(+ 967)*
Real-, Volks-, Sonderschullehrer	*+2668*	*(+2501)*
Gymnasiallehrer	*+ 612*	*(+ 376)*
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Statistiker	*+ 543*	*(+ 262)*
Ärzte, Apotheker	*+ 487*	*(+ 249)*
Ingenieure	*+ 444*	*(+ 228)*

Offensichtlich trägt der Einstellungsstopp der öffentlichen Hand und die personalpolitische Zurückhaltung der kapitalistischen Unternehmen dazu bei, daß immer mehr Berufsanfänger von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Verstärkt wird dieser Prozeß durch die steigenden Absolventenzahlen, die nicht mehr vom Arbeitsmarkt absorbiert werden. Wenn arbeitslose Akademiker und Graduierte wieder eingestellt werden, dann in aller Regel die Berufserfahrenen, nicht aber die Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen, die erstmals auf dem Arbeitsmarkt erscheinen.

Tabelle 4

Arbeitslose akademische Berufsanfänger in % der arbeitslosen Akademiker

September 1973	*31,6*
September 1975	*33,6*
September 1976	*31,0*
Mai 1977	*39,2 (Fachhochschulabsolventen 34,1)*

Waren noch im September 1976 durchschnittlich nur ein Drittel der Arbeitslosen Berufsanfänger, so sind es jetzt bereits zwei Fünftel und in ausgewählten Fachrichtungen bereits rund die Hälfte aller Arbeitslosen der jeweiligen Fachrichtung.

Tabelle 5

Arbeitslose Berufsanfänger – Hochschulabsolventen – in % der Arbeitslosen der jeweiligen Fachrichtung Ende Mai 1977

Real-, Volks-, Sonderschullehrer	*59,3*
Mathematiker	*54,7*
Lehrer	*53,7*
Sozialpflegerische Berufe	*49,2*
Betriebswirte	*48,6*
Psychologen	*48,6*
Gymnasiallehrer	*47,4*
Soziologen, Politologen	*47,2*
Insgesamt	*39,2*

Von hoher Absolventenarbeitslosigkeit werden Sozial- und Erziehungsberufe, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, einzelne Gruppen der Naturwissenschaftler und (statistisch allerdings in abnehmendem Maße) Rechtsberufe erfaßt. In diesen Berufsgruppen, die jedoch wiederum nach einzelnen Ausbildungsfachrichtungen differenziert werden müßten, machen sich besonders die Schwierigkeiten des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem bemerkbar.

Bei den Fachhochschulabsolventen ist die Rangskala der am stärksten von Berufsanfänger-Arbeitslosigkeit betroffenen Fachrichtungen wie folgt:

Tabelle 6

Arbeitslose Berufsanfänger – Fachhochschulabsolventen – in % der Arbeitslosen der jeweiligen Fachrichtung Ende Mai 1977

Elektroingenieure	*55,5*
Betriebswirte	*53,7*
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler insgesamt	*52,4*
Chemiker, Physiker, Mathematiker	*46,9*
Bildende Künstler, Graphiker	*46,2*
Insgesamt	*34,1*

Vergleicht man diese Zahlen mit den bei den Arbeitsämtern registrierten offenen Stellen, so wird die akademische Arbeitslosigkeit als längerfristiges Problem, das nur durch Vermehrung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst vorrangig gelöst werden kann, sichtbar. Der Bestand der offenen Stellen bei den Gebietskörperschaften (einschließlich Sozialversicherungen) wird Ende Mai 1977 mit 7799 angegeben. Dies sind offene Stellen, die nicht nur für akademische oder graduierte Arbeitskräfte angeboten werden, sondern für alle Qualifikationsgruppen der unselbständig Beschäftigten. Allein die Beschäftigung der rund 7000 arbeitslos gemeldeten Lehrer würde bei der gegenwärtigen Personalplanung der Gebietskörperschaften die vorhandenen Finanzkapazitäten erschöpfen, ganz zu schweigen von der einer etwaigen Beschäftigung von rund zwei Dritteln der 40 000 arbeitslosen Akademiker und Graduierten (rund zwei Drittel bis drei Viertel der Hochschulabsolventen wurden bislang im öffentlichen Dienst beschäftigt) und der Masse der arbeitslosen Jugendlichen, Arbeitern und Angestellten. Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Vermittlungsschwierigkeiten für ausgewählte Fachrichtungen.

Tabelle 7

Anzahl der Bewerber je angebotener offener Stelle im 3. Quartal 1976

Politologen	*87*
Soziologen	*36*
Volkswirte	*33*
Geisteswissenschaftler insgesamt	*18*
Biologen und verwandte Berufe	*9*
Psychologen	*6*
Betriebswirte	*6*

Quelle: Informationsbericht Nr. 28 des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD, Frankfurt/M. 1977.

Man muß aber zugleich vor Übertreibungen warnen, denn die Dauer der Arbeitslosigkeit von Akademikern und Graduierten liegt immer noch unter dem Durchschnitt, die Zahl der kurzfristig Arbeitslosen (unter einem Monat bis $^1/_2$ Jahr) überwiegt: bei den Akademikern waren 63,4% unter $^1/_2$ Jahr, bei den Graduierten 62,3% und im Durchschnitt aller Arbeitslosen nur 58,1% unter $^1/_2$ Jahr arbeitslos. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote der Akademiker und Graduierten noch unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von knapp unter 5%. Dieser Tatbestand wird durch die (geschätzte) Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen für die Jahre 1970–1976 erhärtet.

Tabelle 8

Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in der BRD 1970–1976

Qualifikationsebene	*1970*	*1973*	*1974*	*1975*	*1976*
Ohne Ausbildungsabschluß, mit Anlernung	*40,0*	*36,9*	*35,8*	*35,0*	*33,9*
Betriebliche Ausbildung	*43,5*	*46,0*	*46,5*	*47,0*	*48,0*
Berufsfach-, Fach-, Technikerschule	*10,7*	*11,0*	*11,5*	*11,5*	*11,5*
Fachhochschule	*1,9*	*2,0*	*2,1*	*2,3*	*2,4*
Hochschule	*3,9*	*4,1*	*4,1*	*4,2*	*4,2*

Quelle: M. Tessaring, Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 2/1977, S. 230.

Das heißt: Während 6,6% der erwerbstätigen (und 6,9% der abhängigen) Bevölkerung einen Hoch- oder Fachhochschulabschluß besitzen, stellen sie nur 4,2% aller Arbeitslosen.

Die folgenden zusammenfassenden Bemerkungen mögen einen Überblick über die seit Anfang der 70er Jahre zu konstatierenden Beschäftigungsprobleme akademischer und graduierter Arbeitskräfte geben:

1. Im Zeitraum von September 1973 bis Mai 1977 ist die Zahl der Arbeitslosen mit Hoch- und Fachhochschulausbildung von 10 000 auf 40 000 gestiegen.

2. Entgegen dem konjunkturellen Wiederaufschwung 1975/76 und entgegen dem Trend leicht rückläufiger oder schwankender Arbeitslosenzahlen der übrigen Beschäftigtenkategorien hat sich sowohl der absolute als auch der relative Anteil arbeitsloser Hochschulabsolventen in dem genannten Zeitraum kontinuierlich, wenn auch in abgeschwächten Raten, erhöht.

3. Immer mehr Berufsanfänger sind von Arbeitslosigkeit betroffen.

4. Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit der Arbeiter und übrigen Angestellten bleibt die Arbeitslosigkeit von Akademikern und Graduierten sowohl dem Volumen, den Anteilen und der Dauer nach unterdurchschnittlich gering, wenn auch mit leichten Nivellierungstendenzen.

5. Angesichts steigender Absolventenzahlen von Hoch- und Fachhochschulen, angesichts sinkender Arbeitsplatzzahlen im öffentlichen Dienst, der bislang rund zwei Drittel aller akademischen Neuzugänge absorbierte, sowie in Anbetracht gewisser Entakademisierungstendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft, ist mit wachsenden Beschäftigungsproblemen der Akademiker auch in den nächsten Jahren zu rechnen.

6. Diese Beschäftigungsprobleme machen sich geltend vor allem in a) zunehmender Arbeitslosigkeit, b) unterwertiger bzw. ausbildungsinadäquater Beschäftigung, c) Einkommensreduzierungen, d) generell wachsender Arbeitsplatzunsicherheit (im öffentlichen Dienst bereits heute durch befristete Verträge und Teilzeitarbeitsverhältnisse gekennzeichnet).

7. Dabei werden die beschäftigten Akademiker, soweit in ihre betriebliche Einarbeitung viel Kapital investiert worden ist, am wenigsten von Arbeitslosigkeit bedroht, die Berufsanfänger jedoch evtl. noch stärker betroffen sein.

8. Für diejenigen akademischen Berufsgruppen, deren Ausbildung eng mit einem fixierten Berufsbild und einer staatlichen Beschäftigung gekoppelt ist, wird sich die Arbeitslosigkeit verschärfen, solange keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden; für Berufsgruppen mit unbestimmterer Berufsorientierung und variablerem Einsatzfeld wird die Arbeitslosigkeit in dem Maße zunehmen, wie die Unternehmen nicht bereit sind, akademische Arbeitskräfte auch für solche Arbeitsplätze zu verwenden, für die bislang keine Hochschulqualifikation erforderlich war. Solange starr an einem (altersbedingt) geringen Ersatzbedarf der Privatwirtschaft (von maximal 40 000–50 000) festgehalten wird, wird sich die Situation auch für sog. praxisnahe Akademikerberufe verschlechtern.

Angebot und Nachfrage von akademischen Arbeitskräften – Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungssystem

Die bildungs- und arbeitsmarktpolitische Debatte über die Ursachen und Perspektiven akademischer Arbeitslosigkeit wird häufig in die Frage gekleidet, ob das Bildungs- oder das Beschäftigungssystem die „Schuld" an der gegenwärtigen Misere trügen, d. h. ob es zu viele ausgebildete Akademiker oder zu wenig Arbeitsplätze für Akademiker gebe. Das Angebot an Akademikern wird bestimmt durch demographische Faktoren einerseits und durch das gestiegene Interesse der Auszubildenden an einer höheren Qualifikation andererseits. Geburtenstarke Jahrgänge und gestiegene Bildungsmotivation werden von konservativer Seite gern als Begründung für die Entstehung von Jugendarbeitslosigkeit genannt. „Die starken Jahrgänge konzentrieren sich jetzt auf die weiterbildenden Schulen und die Hochschulen. Aber sie drängen auch in die Berufsausbildung und auf den Arbeitsmarkt. Verließen im Jahr 1976 ‚nur' 788 000 Schüler vom Sonderschüler bis zum Abiturienten das allgemeinbildende Schulsystem, so werden es in diesem Jahr bereits 859 000, 1978 bereits 915 000 sein, und 1981 wird die Höchstzahl von 961 000 erreicht . . . Die wachsende Zahl der ins Berufsleben tretenden jungen Menschen und die zu langsame Konjunktur führen . . . dazu, daß die Politiker nicht

mehr fragen, wo und wie man die Jugendlichen am besten ausbilde und beschäftige. Vielmehr verstärkt sich die Tendenz, sie überhaupt auszubilden und zu beschäftigen."[6])

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat errechnet, daß die Nachfrage der geburtenstarken Jahrgänge nach Ausbildungsplätzen unter status-quo-Bedingungen dazu führe, „daß rund 1,5 Millionen Jugendliche unfreiwillig auf eine Berufsausbildung verzichten müssen"[7]). Angesichts des Defizits an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die jugendlichen Arbeitskräfte erscheint die Orientierung auf die „Öffnung der Universitäten" für dieses Potential vordergründig insofern sinnvoll zu sein, als das Studium zumindest für einige Jahre vor direkter Arbeitslosigkeit schützt und dem Arbeitsmarkt potentielle Arbeitskräfte zeitweilig entzieht. Denn, wie das IAB konstatiert: *„Alternativen zur Hochschulausbildung* in nennenswertem Umfang sind nicht in Sicht."[8]) Dies gilt für Abiturienten, aber in wachsendem Maße auch für andere Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz finden. Die Hochschulen müssen – gemäß den Intentionen der Kultusministerien – künftig sog. „Überlastquoten" in Kauf nehmen, die sie als Institutionen zur Perpetuierung verschleierter Arbeitslosigkeit ausweisen.

„Die Zahl der Studienberechtigten insgesamt hat sich von 1971 bis 1974 (Ist-Werte) um 60% auf über 170 000 erhöht; sie wird (bezogen auf den Stand von 1971) nach der Projektion der KMK bis 1980 um weitere 50% und bis 1985 wiederum um knapp 50% ansteigen; . . ."[9]) Das bedeutet, daß sich ein Trend nahezu ungebrochen fortsetzt, der bereits seit 1960 zu einer Verdoppelung der Studentenzahlen von 270 000 (1960) auf 513 000 (1973) und zu einer Verdoppelung der Zahl der Hochschulabgänger mit bestandenem Staats-, Diplom-, Doktor- und Lehramtsexamen von 36 000 (1960) auf 70 0000 (1973) geführt hat[10]). Nach neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes haben im Sommersemester 1977 844 000 Personen (darunter 795 000 Deutsche) an den Hochschulen studiert[11]). Deren Studienbedingungen und Berufsperspektive werden jedoch dadurch verschlechtert, daß weder die sachlichen und personellen Mittel der Hochschulen aufgestockt werden sollen noch zusätzliche Arbeitsplätze für Akademiker im öffentlichen Dienst geschaffen bzw. vorhandene Arbeitsplätze in den kapitalistischen Unternehmen mit zusätzlichen Akademikern besetzt werden. „Die Konferenz der Finanzminister von Bund und Ländern geht für den gesamten öffentlichen Dienst sogar davon aus, daß in Zukunft im öffentlichen Dienst wegen der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden nur noch der Ersatzbedarf befriedigt werden kann. Entsprechend der heute gegebenen Altersstruktur der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst könnten dann in Zukunft lediglich 15 Pro-

6) FAZ v. 4. 7. 1977.
7) D. Mertens/F. Stooß/M. Tessaring, Möglichkeiten zur Deckung der Ausbildungslücke in den kommenden Jahren, in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 1/1977, S. 140.
8) Ebd., S. 135.
9) Ebd., S. 133.
10) Siehe M. Kaiser, Bildungsexpansion und Akademikerbeschäftigung. Zu einer „Theorie der Akademisierung des Beschäftigungssystems", in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 2/1977, S. 270.
11) Siehe FAZ v. 3. 9. 1977.

zent der Hochschulabsolventen aufgenommen werden. Im Vergleich dazu belief sich die Ersatzbedarfsquote zwischen 1971–1975 noch auf rd. 30 Prozent."[12])

Wenngleich es auch wesentlich schwieriger ist, den Ersatz- und Zusatzbedarf der Privatwirtschaft abzuschätzen – es liegen für die 70er Jahre keine statistischen Daten über die Zahl und Verteilung der abhängig beschäftigten Akademiker nach Wirtschaftsbereichen vor – schätzt die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände den Zusatzbedarf nach Befragungen von Unternehmen mit rund 1% extrem niedrig ein[13]). „Folgt man der Bedarfsvorausschätzung der BDA, so würde die Absorptionsquote der privaten Wirtschaft von heute rund 20 Prozent auf längerfristig rd. 14 Prozent sinken, so daß zusammen mit der Absorptionsquote der öffentlichen Hand von 15 Prozent künftig lediglich ein Drittel aller Hochschulabsolventen adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten erwarten könnte, während zwei Drittel in andere Tätigkeiten abgedrängt oder gar arbeitslos würden."[14])

Hegelheimer verweist auf den paradoxen Umstand, daß die bildungspolitischen Bestrebungen der Hochschulformierer nach Einführung von Regelstudienzeiten, kapitalistisch angepaßten Studienreformen und sonstigen Ökonomisierungs- und Konditionierungsmaßnahmen zu Lasten der lernenden Intelligenz durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt konterkariert werden: Um ein noch schneller wachsendes „akademisches Proletariat" zumindest zeitlich hinauszuzögern, muß die arbeitsmarktpolitische Pufferfunktion der Hochschulen als Wartehallen für potentiell und perspektivisch Arbeitslose voll genutzt werden, d.h. die Verweildauer eines Studenten muß entgegen den Bestrebungen des Hochschulrahmengesetzes eher verlängert als verkürzt werden, es muß „der ‚verbummelte Student' arbeitsmarktpolitisch fast zu einer volkswirtschaftlich erwünschten Größe werden"![15])

Angesichts der Alternative, ob ein Schulabsolvent mit Hochschulreife sofort arbeitslos werden soll – weil für ihn kein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht – oder aber erst mit zeitlicher Verzögerung nach dem Hochschulstudium arbeitslos wird – weil einem jährlichen Ersatzbedarf von ca. 40 000 Akademiker-Arbeitsplätzen ein doppeltes bis dreifaches Bewerber-Angebot von Akademikern gegenübersteht –, scheinen sich die (leicht irritierte) Wissenschaftlerriege der Bildungsökonomen und die Bildungspolitik eher für eine Strategie genereller, inhaltlich aber unbestimmter Höherqualifizierung der Schulabsolventen zu entscheiden[16]). Angesichts der (mehr oder weniger spekulativ errechneten) Differenz zwischen Bewerbern um und Angebot an akademischen Arbeitsplätzen „müßten in den kommenden Jahren jährlich etwa annä-

12) A. Hegelheimer, Arbeitsmarkt und Akademikereinsatz. Zum Verhältnis von Hochschul- und Beschäftigungssystem, in: „Deutsche Universitätszeitung/Hochschuldienst" (DUZ/HD), 14/1977, S. 434.
13) Vgl. auch „Informationsbericht 28 des IMSF", a.a.O., S. 52.
14) A. Hegelheimer, Arbeitsmarkt und Akademikereinsatz . . ., a.a.O., S. 434 f.
15) A. Hegelheimer, Arbeitsmarkt und Akademikereinsatz . . . Teil II, in: DUZ/HD, 15/1977, S. 477.
16) Inhaltlich unbestimmt insofern, als nur die allgemeinen Ziele der Studienreform – etwa hinsichtlich der Verpflichtung auf die Ideale der „sozialen Marktwirtschaft" – den Bildungspolitikern bekannt sind, hinsichtlich der qualifikatorischen Abstimmung von Ausbildungsinhalten und Arbeitsanforderungen jedoch eher Ratlosigkeit vorzuherrschen scheint.

hernd 100 000 Arbeitsplätze entweder neu geschaffen oder bisher von Nicht-Hochschulabsolventen besetzte Plätze durch diese besetzt werden"[17]).

Um diese Umbesetzung von Arbeitsplätzen mit höheren Qualifikationen durchzusetzen, müßte laut Alex jeder 12. freiwerdende Arbeitsplatz (jährlich scheiden rund 600 000 Personen aus dem Arbeitsprozeß aus) mit einem Hochschulabsolventen besetzt werden. Es scheint, daß eine solche Personalrekrutierungspolitik der Unternehmen nur dann erfolgen würde, wenn das Einkommensniveau der Akademiker und Graduierten tendenziell dem Einkommen eines Facharbeiters angeglichen wird und wenn das Qualifikationsniveau dem Verwertungsinteresse des Kapitals entspricht. Es zeigt sich bereits heute, daß das Interesse des Kapitals an Qualifikationsniveau und Ausbildungsprofilen keineswegs auf die Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen beschränkt oder gar konzentriert ist; es werden aus dem Arbeitskräftepotential die „besten" Kräfte (in der Regel männliche, jüngere und gut qualifizierte) aussortiert, an Arbeitsplätze gesetzt, die bislang von geringer Qualifizierten eingenommen wurden, und tendenziell geringer entlohnt als zu Vollbeschäftigungszeiten. Mittlere Qualifikationen (Facharbeiterniveau und untere Gruppen der Intelligenz) scheinen bei diesem Ausleseverfahren bevorzugt zu werden.

Gleichwohl scheint die Strategie genereller Höherqualifizierung der Auszubildenden die einzig gangbare Alternative zu sein, wenn man nicht einer sozial reaktionären Strategie der Verweigerung des Hochschulzugangs für Studierwillige das Wort reden will. Da man unter kapitalistischen Produktionsbedingungen ohnehin nicht den exakten Bedarf an spezifischen Ausbildungsniveaus für das privatkapitalistische und das staatliche Beschäftigungssystem ermitteln kann – dies konzediert auch die bürgerliche Bildungsökonomie in ihrer Skepsis gegenüber den bisherigen Bedarfsprognosen für hochqualifizierte Arbeitskräfte – und eine direkte beschäftigungssichernde Investitionslenkung verpönt ist[18]), ist eine „Überqualifikation" des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters arbeitsmarkt- und bildungspolitisch sinnvoller, als das Qualifikationsniveau starr an den gegenwärtigen Qualifikationsanforderungen der kapitalistischen Industrie auszurichten. Nach Mertens „muß es – beschäftigungspolitisch – als eher verwegen angesehen werden, den Qualifizierungstrend der deutschen Gesellschaft zu stoppen, statt ihn mit allen Kräften fortzusetzen"[19]). Dieses Argument scheint aus folgenden Gründen plausibel zu sein:

17) L. Alex, Umstrukturierung statt Verdrängung. Das Bildungs- und Beschäftigungssystem muß flexibler werden, in: „UNI Berufswahl Magazin", 6/1977, S. 11.
18) Die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, die im Auftrag der Bundesregierung 140 Projekte zur Erforschung zentraler Probleme des bundesrepublikanischen Kapitalismus erarbeitet hat, kommentiert: „Eine quantitative Abstimmung von Angebot und Bedarf an Qualifikationen durch Festlegung der einen Seite durch den Staat widerspräche ordnungspolitischen Grundsätzen. Es könnte auf die Dauer nicht bei der staatlichen Regulierung nur der einen Seite bleiben, die Produktion müßte mitgeplant werden (mit anderen Worten: zentrale Lenkung von Kapital und Humankapital)." Schlußbericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, S. 928 (Manuskript).
19) D. Mertens, Unterqualifikation oder Überqualifikation?, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1976, S. 496.

1. hat bislang die Arbeitsmarktentwicklung bewiesen, daß höherqualifizierte Arbeitskräfte weniger von Arbeitslosigkeit betroffen worden sind als z.B. Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung. Dies gilt insbesondere für Fach- und (noch mehr) für Hochschulabsolventen[20]). Man mag dagegen einwenden, daß eine Verallgemeinerung des höchsten Ausbildungsniveaus für die Erwerbstätigen auch eine Verallgemeinerung des Beschäftigungsrisikos nach sich ziehe.

Andererseits werden sich die Vermittlungschancen für vielseitig und hochqualifzierte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor positiver gestalten, als dies bei ungelernten Arbeitskräften der Fall ist, was allerdings u.a. auch von der jeweiligen Qualität der Grundlagenausbildung und von der Orientierung auf einen multiplen Beschäftigungseinsatz von Akademikern („Schlüsselqualifikationen") abhängt.

2. wird es zur Bewältigung der Produktivkraftentwicklung, der Veränderungen der Produktionsstrukturen und der gesellschaftlichen Widersprüche nach wie vor einen (allerdings schwer quantifizierbaren) unabweisbaren Bedarf an akademischen und graduierten Arbeitskräften geben (von offizieller Seite wird bereits von einer drohenden Ausbildungslücke Ende der 80er Jahre gesprochen). Für den industriellen Produktionsprozeß wird man qualifizierte Facharbeiter benötigen, denen eine Grundausbildung auf Fachhochschulniveau z.B. erforderliche Umschulungen oder Fortbildungsmaßnahmen erleichtern würde. Die sog. „sekundären Produktionen" werden zunehmen.

3. wird der Bedarf an akademischen Arbeitskräften im öffentlichen Dienst unter dem Druck sozialer Kämpfe und Forderungen nach Ausbau sozialer Infrastrukturleistungen und staatlichen Dienstleistungen (Bildungs- und Gesundheitswesen, soziale Dienste etc.) mit Sicherheit durch die staatliche Personalpolitik zumindest ansatzweise berücksichtigt werden müssen (in diesem Zusammenhang ist auf partielle Erfolge bei der Einstellung von Lehrern, Sozialarbeitern u.ä. in einigen Ländern zu verweisen).

Die bisherigen Akademiker-Bedarfsprognosen haben, soweit sie sich auf den *manpower approach* beziehen, eine ökonomistisch verkürzte limitationale Beziehung von Sozialproduktentwicklung und Qualifikationsnachfrage unterstellt. Aber auch der *social demand approach* Pichtscher Prägung, demzufolge Bildung in liberalistischer Interpretation ein – ohne Rücksicht auf die Spezifik von Qualifikationsanforderungen und die klassenspezifische Determination von Bildungsinhalten – jedem zugängliches erstrebenswertes Gut ist, löst die wachsenden Beschäftigungsschwierigkeiten der Akademiker nicht, da er eine prinzipielle Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes für hochqualifizierte Arbeitskräfte unterstellt.

Die Befürworter weiterer Hochschulexpansion beziehen sich auf den sog. *Penetrationsansatz* bzw. auf diverse Flexibilitätsthesen, wonach es eine funktionelle Elastizität zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem gebe, die

20) Vgl. M. Tessaring, Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 2/1977, S. 239 ff.

es u.a. ermögliche, daß ein bestimmtes Qualifikationsangebot seine eigene Nachfrage gleich mit produziert. In lapidarer Weise hat dies der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Engholm, so formuliert: „Auch in Zukunft werden die meisten der Hochschulabsolventen sozusagen ‚sowieso' gebraucht. Und die übrigen werden auch nicht einfach überflüssig sein."[21]) In dankenswerter Offenheit hat der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Knopp, die Möglichkeit der ausbildungsadäquaten Penetration des Beschäftigungssystems durch das Hochschulsystem (d.h. die Schaffung von mehr akademischen Arbeitsplätzen durch ein Mehrangebot von Akademikern) negiert und zugleich den Staat von der Pflicht, günstige Bedingungen für die Realisierung des Rechts auf Arbeit zu schaffen, entbunden, indem er ausführte: „Ich würde mich dagegen wehren, in der gegenwärtigen Lage eine Verpflichtung des Staates zu entwickeln, seinen Ausbildungsleistungen entsprechend für die ausgebildeten Akademiker auch entsprechend bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser Weg muß in die Irre führen. Er bedeutet letztlich die Konstituierung eines Grundrechtes auf ausbildungsgerechte und entsprechend bezahlte Arbeit."[22])

Zum einen machen sich Bildungsexperten Gedanken über eine „multifunktionale Ausbildung", die den flexibleren Übergang vom Ausbildungs- ins Beschäftigungssystem gewährleisten soll, zum anderen aber scheint es durchaus im Interesse des Kapitals zu liegen, der Forderung nach einer verstärkten Wieder-Verkopplung von Hochschulausbildung und akademischem Arbeitsmarkt aus Gründen der forcierten Ökonomisierung der Hochschulen und der Konditionierung der Intelligenz nicht allzu rasch nachzukommen. „Die Alternative (zur „Verkopplung"; d.Verf.) könnte nur in einer forcierten Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem bestehen, um damit gleichsam eine innere Überwindung der akademischen Ausbildung durch ihre massenhafte Verbreitung und gleichzeitige Entwertung der Hochschuldiplome durch kalkulierte Chancenminderung der Akademiker im Beruf zu erreichen."[23])

Eine „multifunktionale" Ausbildung an sich, die z. B. auf bloße Vermittlung von „Schlüsselqualifikationen" bzw. auf eine breite Grundlagenausbildung ausgerichtet wäre, kann keine hinreichende Garantie für die Absorption der steigenden Zahl von Akademikern sein, ebensowenig wie eine Restriktion der „Produktion" von Akademikern die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme im fortschrittlichen Sinn lösen wird. Auch allgemeine Bedarfsprognosen helfen nicht weiter, da der Bedarf an akademischen Arbeitskräften nicht objektiv bestimmbar ist, sondern vielmehr seine jeweilige Grenze an den Finanzierungsspielräumen und -konzessionen des Staates und der Unternehmen findet. Überlegenswert erscheint statt dessen eine „Strategie der Akademisierung von Berufen", für die bislang keine Fach- oder Hochschulausbildung erforderlich war. Riese z. B. möchte, statt für bereits bestehende

21) B. Engholm, Keine Extrawurst für Hochschulabsolventen, in: „Analysen", 8/1977, S. 8. Ganz so prosaisch meint es die Flexibilitätstheorie freilich nicht, aber in der Praxis scheint es auf den Engholmschen Pragmatismus hinauszulaufen.
22) Siehe „UNI Berufswahl Magazin", 6/1977, S. 18.
23) A. Hegelheimer, Arbeitsmarkt und Akademikermarkt . . ., Teil II, a.a.O., S. 478.

„traditionelle" Ausbildungsfachrichtungen neue Berufsfelder zu erschließen, für nicht-akademische Berufe hochschulspezifische Ausbildungsgänge konzipieren, also eine akademische Professionalisierung von Tätigkeitsbereichen[24]). Es handelt sich zumindest um drei Problemkomplexe, wenn man die künftige Beschäftigung von Akademikern in bezug auf den Konnex von Fachrichtung, Berufsqualifikation, Laufbahnordnung, Abschlußzertifikat etc. diskutiert.

1. Es gibt universitäre Ausbildungsgänge, die traditionellerweise in einen eindeutig fixierten Beruf (in der Regel bei einer bestimmten Institution) münden (Pfarrer, Arzt, Gymnasiallehrer, Verwaltungsbeamter). Finanzielle Restriktionen der jeweiligen, diese Berufskategorien nachfragenden Institutionen (z. B. Kirche oder Staat) wirken sich direkt auf die Beschäftigungssituation dieser Akademikergruppen negativ aus. Um alle akademischen Bewerber für den Staatsdienst beschäftigen zu können, ist eine Vermehrung von Arbeitsplätzen vonnöten, sofern das Bewerberangebot die Ersatznachfrage übersteigt.

2. Andere Ausbildungsgänge haben eine weniger enge Beziehung zwischen Hochschulabschluß und Berufsqualifikation. „Bei anderen Berufen, wie z. B. bei den kaufmännischen, sozialpflegerischen und bestimmten geisteswissenschaftlichen, ist das Spektrum der Fachrichtungen, das eine bestimmte Berufsausübung ermöglicht, breiter. Es bestehen Substitutionsmöglichkeiten zwischen Fachrichtungen. In diesem Fall kann sich die Fachrichtungsstruktur eines Berufes ständig ändern; ebenso können sich neue Fachrichtungen in etablierten Berufen durchsetzen."[25]) In diesen Fällen gibt es weitaus stärker alternative Beschäftigungsmöglichkeiten sowohl im Staatssektor als auch in der privatkapitalistischen Wirtschaft oder in Organisationen ohne Erwerbscharakter. Auch die Einsatzfelder sind breiter gestreut und die Anforderungsprofile der Beschäftigten beliebiger.

Die Beschäftigungsperspektiven dieser Akademikergruppen können nur in dem Maße verbessert werden, wie die jeweiligen Beschäftigten entweder bereit sind, neue spezifische Arbeitsplätze für Akademiker zu schaffen oder aber nicht-akademische Arbeitsplätze in akademische umzuwidmen. Dies wird natürlich nur insoweit geschehen, wie diese Arbeitsplätze nicht kostpsieliger werden oder aber der Vorteil des Produktivitätszuwachses die Nachteile der Kostensteigerung überkompensiert oder aber bestimmte stoffliche Produktionserfordernisse die Einstellung von mehr Akademikern erzwingen.

3. Vermehrt können akademische Arbeitskräfte längerfristig auch dann eingestellt werden, wenn bestimmte Tätigkeitsfelder eine – wie Riese vorschlägt – akademische Professionalisierung erfahren (beispielsweise eine Krankenschwester einen Hoch- oder Fachhochschulabschluß erlangen müßte). Daß eine solche Strategie nicht ganz abwegig ist, beweist die Akademisie-

24) Siehe H. Riese, Bedarfstheorie und Expansion des Hochschulbereichs, in: P. Heindlmeyer u. a., Berufsausbildung und Hochschulbereich. Eine quantitative Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Hochschulplanung, Bd. 13, hrsg. von der HIS GmbH, Pullach bei München 1973.
25) Ebd., S. 38.

rungstendenz in einer Reihe von Berufen[26]), wobei allerdings in demselben Zeitraum (1961–1970) die Gegentendenz zur Entakademisierung in vielen Wirtschaftsbereichen nicht unbeachtet bleiben darf.

Die Strategie akademischer Professionalisierung ist auf eine langfristige Anpassungsphase der Reintegration von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem orientiert, wobei die Erfolgsaussichten eines derartigen Konzepts ungewiß bleiben. Es darf dabei nicht ignoriert werden, daß Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus ihre prinzipielle Beschränkung stets darin finden, daß sie nicht unmittelbar die Investitions- und Personalpolitik der Unternehmen und anderer Institutionen beeinflussen können. Kurzfristig trägt ein solches Konzept gar nichts zum Abbau akademischer Arbeitslosigkeit bei.

Wir erleben heute eine Ökonomisierungsstrategie im Bildungswesen, die ihre Ursache nicht erst in den heutigen Beschäftigungsproblemen der Intelligenz vordergründig sucht, sondern bereits früher eine Reaktion des Kapitals auf eine „hypertrophe" Bildungsexpansion darstellte. Dennoch wird die wachsende Beschäftigungsunsicherheit und Arbeitslosigkeit von Akademikern dazu genutzt, frühere Pläne zur Disziplinierung (siehe Hochschulrahmengesetz) und Ökonomisierung der Hochschulen reibungsloser und plausibler begründet durchzusetzen.

Wir können an dieser Stelle nur einige der Vorschläge verschiedener Autoren zur reibungsloseren Absorption akademischer Arbeitskräfte durch das kapitalistische Beschäftigungssystem auflisten. Es sind z. T. Vorschläge, die nicht so sehr eine Beeinflussung des Beschäftigungssystems im Sinne einer Investitionskontrolle und gewerkschaftlich mitbestimmte Personalplanung zum Ziel haben, sondern Arbeitsmarktprobleme durch eine Veränderung des Bildungspotentials und der Bildungsinstitutionen lösen, d. h. die Arbeitskräfte beeinflussen und lenken, die Autonomie des Kapitals jedoch unangetastet lassen wollen:

1. Ökonomisierung der Hochschulen und Reprivatisierung des Bildungssektors (Ökonomisierungsstrategie).

2. Einführung von Kurzstudiengängen mit bedarfsgerechter berufsorientierender Ausbildung und praxisnahen Studieninhalten (Konditionierungs- und Professionalisierungsstrategie).

3. Multifunktionale Ausbildung, derzufolge spezifische Anforderungsprofile eines Berufes von mehreren Ausbildungsgängen/Fachrichtungen wahrgenommen werden können bzw. eine Fachrichtung in mehrere Berufe münden kann (Flexibilitäts- bzw. Substitutionsstrategie).

4. Hochschulreife und Studienabschluß als Berufseingangsvoraussetzung für bislang nicht-akademische Berufe (Akademisierungsstrategie).

26) Siehe M. Kaiser, Bildungsexpansion und Akademikerbeschäftigung. Zu einer „Theorie der Akademisierung des Beschäftigungssystems", in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 2/1977, S. 270 ff., insbesondere S. 284 ff. Prognostiziert wird eine Zunahme akademischer Arbeitskräfte in sozialpflegerischen Berufen, Bürofachberufen, Ordnungs- und Sicherheitsberufen, allgemeinen Dienstleistungsberufen, im verarbeitenden Gewerbe, im Kredit- und Versicherungsgewerbe und in der Urproduktion.

Die Vorschläge zur Reprivatisierung des Bildungswesens mittels der studentischen Selbstfinanzierung des Studiums sind ganz offensichtlich die reaktionärsten bildungspolitischen Konzepte, mit deren Hilfe die nach wie vor existente Chancenungleichheit der Arbeiterklasse zementiert werden soll und die Hochschulen zu Eliteuniversitäten eines exklusiven Kreises umgestaltet werden sollen. Seien es nun Gebührenmodelle, Solidarmodelle oder eine Kombination von Bildungssteuer, Studiengebühren und leistungsabhängiger Darlehensförderung[27]) – alle diese Konzepte wollen die Hochschulmisere und die unsichere Berufsperspektive auf Kosten der Studenten lösen.

Die Forderung nach dem Ausbau der Kurzstudiengänge, der Einführung von Regelstudienzeiten, der Verschulung des Studiums durch ein differenziertes Prüfungssystem mit verschiedenen Abschlußzertifikaten u. ä.[28]) zielen in eine ähnliche Richtung wie die finanziellen Restriktionsstrategien: Sie sollen dem Kapital eine billige Arbeitskraft bei möglichst geringen Bildungsaufwendungen des Staates schaffen. Zum Abbau der akademischen Arbeitslosigkeit führt dieses Konzept keinesfalls, im Gegenteil, es wird die Beschäftigungsrisiken verschärfen, weil das Kapital nunmehr in der Lage ist, noch stärker zwischen den Bewerbern zu selektieren. Die Absolventen der Kurzstudiengänge (vor allem diejenigen, die nicht aus dem „praxisnäheren" Fachhochschulbereich kommen) werden in ausbildungsinadäquate Beschäftigungsfelder abgedrängt, wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz finden.

Ob die „mittleren" Qualifikationsstufen (Fachhochschulen) zu Lasten der Hochschulen stärker ausgebaut werden sollten, da hier größere Absorptionsbereitschaft von seiten der Industrie bestehe, darf angezweifelt werden, da auch die „praxisnahen" Ingenieure (Fachhochschulabsolventen) von der Arbeitslosigkeit stark betroffen werden, der Bedarf des Kapitals nach solchen Qualifikationen ungewiß bleibt (Personalplanungen gehen nicht über den Zeitraum von ein bis zwei Jahren hinaus) und so oder so ein großer Prozentsatz der Absolventen mit „mittleren" Qualifikationen im öffentlichen Dienst beschäftigt sein werden, der heute kräftig an der Arbeitsplatzvernichtung im eigenen Bereich mitwirkt. Daß der Staat auf den verschiedensten Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) und in den verschiedensten Bereichen (Bildungs-, Gesundheits-, Sozialwesen, Verwaltung, Wissenschaft etc.) auch weiterhin hauptverantwortlich für die Absorption eines wachsenden Teils von Akademikern sein wird, ergibt sich aus den notwendigen infrastrukturellen und dienstleistenden Versorgungs- und Reproduktionsfunktionen, die zur

27) Konzepte zur Reprivatisierung der Ausbildung liegen von verschiedenen Institutionen vor, so z. B. von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Zwischenbericht zur „Ausbildungsförderung im Rahmen der Hochschulfinanzierung" v. 10. 12. 1976; Thesenpapier der CDU zum CDU-Hochschulkongreß am 14. 5. 1977 in Marburg; das Finanzierungsmodell der Ständeorganisation Hochschulverband (vgl. Mitteilungen des Hochschulverbandes vom Februar 1977); Die Unternehmerverbände schlagen z. B. schon Studiengebühren von rund 200 DM monatlich vor (siehe „Der Arbeitgeber", 8/1977, S. 358); das (Unternehmer-)Institut der deutschen Wirtschaft hat ebenfalls bereits ein detailliertes Finanzierungsprogramm (Studentenkredit, Wiedereinführung von Studiengebühren, Akademikersteuer) vorgestellt (siehe „Die Zeit" v. 22. 7. 1977; vgl. FAZ v. 3. 3. 1977); aus gewerkschaftlicher Sicht siehe die kritischen Beiträge von G. Bäcker, Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung, in: „WSI-Mitteilungen", 8/1977, S. 486 ff.; ders.: Reprivatisierung – auch im Bildungswesen?, in: „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", 3/1977, S. 51 ff.; R. Moll, Rationalisierung der Hochschule und gewerkschaftliche Politik, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 7/1977, S. 458 ff.

28) Siehe u. a. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs, Köln 1976.

Aufrechterhaltung, Stabilisierung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise vonnöten sind. Das Kapital wird auch weiterhin bereit sein, nur eine solche Anzahl hochqualifizierter Arbeitskräfte einzustellen, wie sie zur Bewältigung der Produktivkraftanforderungen und zur Profitmaximierung unabdingbar ist.

„Mittlere" Qualifikationen im Übermaß zu produzieren, kann daher nur zu einer „Flexibilität" von Bildungs- und Beschäftigungssystem führen, die – wie z. B. in den USA – es erlaubt, Hochschulabsolventen mit beliebigen Positionen und Arbeitsplätzen zu betrauen[29]). Für die BRD wird bereits eine Entkopplung von Hochschulfachausbildung, Hochschulzertifikat, Anspruch auf einen bestimmten Beruf, eine ausbildungsadäquate Berufsposition und eine Laufbahnregelung wie gegenwärtig im öffentlichen Dienst vorgeschlagen. Damit kann das „Anspruchsniveau" von Akademikern herabgesetzt werden; erste Experimente zur Realisierung dieses Ziels unternimmt der Staat z. Z. mit der Kürzung der Anwärterbezüge für Referendare und die Rückstufung von Lehrern; weitere Beispiele werden sicherlich noch folgen.

Schließlich ist auch der beschäftigungspolitisch motivierte Zweck einer „berufspraktischen oder -orientierten" Ausbildung an den Hochschulen kritisch zu hinterfragen. Inhaltliche Studienreformen können natürlich nicht prinzipiell abgelehnt werden, es zeichnet sich aber gegenwärtig – neben einer generellen Konzeptionslosigkeit herrschender Kreise bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Fachausbildung im einzelnen – ein Trend ab, der darauf abzielt, unter Ausnutzung der Krise und mit Hilfe repressiver Maßnahmen à la Hochschulrahmengesetz eine ideologische Verpflichtung auf die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die politische und ideologische Kräftekonstellation in der BRD zu erzwingen. Eine solche „Studienreform" ist eher politisch motiviert, als bildungs- und arbeitsmarktpolitisch begründet. Es ist vielmehr auf eine fundierte gesellschaftskritische und allgemeine Fachqualifikationen zugleich vermittelnde Grundlagenausbildung mit einer anschließenden anwendungsbezogenen Aufbauphase, die in möglichst alternative Berufsfelder münden kann, zu orientieren. Dabei sind weniger Fertigkeiten allein, sondern vor allem die Fähigkeit gefragt, auf der Basis eines kritischen schöpferischen Wissenschaftsverständnisses Probleme zu perzipieren und Problemlösungsstrategien zu entwickeln (was u. a. mit dem Terminus „Schlüsselqualifikationen" umschrieben wird).

Angesichts der Masse der von uns kritisierten Vorschläge zur Behebung der Hochschulmisere und der Akademikerarbeitslosigkeit fällt auf, daß die Lösung aller Probleme weitgehend auf der bildungspolitischen Ebene gesucht wird, das kapitalistische Beschäftigungssystem jedoch als konstante unbeeinflußbare Größe aus dem Blickfeld gerät oder nur dort zur Geltung gebracht wird, wo es um Anforderungen seitens des Kapitals an die Bildungspolitik geht, bzw. es wird in liberaler Argumentationsmanier gehofft, das Kapital

29) Auch in den USA oder in Japan ist die Unzufriedenheit der Akademiker mit unterqualifizierten Arbeitsplätzen groß, aber nach zwei bis drei Jahren hätten sie sich – wie eine Studie herausfand – daran „gewöhnt", und die Arbeitszufriedenheit sei gestiegen. Dies ist natürlich auch ein Weg zur Lösung der Akademikerbeschäftigung. Siehe ABV Management Service, Eingliederungsprobleme . . ., a.a.O.

würde sich bei Änderungen des Hochschulsystems so verhalten, wie es die Bildungspolitik intendiert. Eine langfristige Personalplanung einschließlich des wachsenden Einsatzes wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Personals in den Betrieben würde aber eine demokratische Investitionslenkung und den Ausbau der Mitbestimmung erfordern (ein Interesse der Belegschaften an Werksärzten, Sicherheitsingenieuren, wissenschaftlichen Beratern des Betriebsrates o. ä. dürfte durch eine demokratische Wissenschaftspraxis von Akademikern gefördert werden). Hierauf kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden[30]).

Ausweitung des Staatssektors als beschäftigungspolitische Alternative

Rund zwei Drittel der Hochschulabsolventen wurden bislang direkt im öffentlichen Dienst eingesetzt, gut drei Viertel aller Akademiker sind direkt oder indirekt von der staatlichen Ausgaben- und Personalpolitik abhängig. Angesichts der Tatsache, daß vom September 1973 bis zum Mai 1977 die Zahl der arbeitslosen Akademiker und Graduierten von 10 000 auf 40 000 gestiegen ist, erscheinen die finanzpolitischen Restriktionen von Bund, Ländern und Gemeinden als eindeutig beschäftigungspolitisch krisenverschärfendes Moment. Die Austerity-Politik der Bundes- und Länderregierungen nimmt bewußt wachsende akademische Arbeitslosigkeit in Kauf, zumal wenn man bedenkt, daß es sowohl Alternativen bezüglich der Gewichtung einzelner Budgets im Gesamthaushalt des Staates als auch bezüglich konjunkturpolitischer Maßnahmen gibt. Die die Arbeitslosigkeit zementierende und verstärkende Politik des Staates bezieht sich sowohl auf die allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen als auch – was insbesondere die akademischen Arbeitskräfte betrifft – auf die direkte staatliche Personalpolitik. An dieser Stelle soll primär auf den letzteren Aspekt eingegangen werden[31]).

Von 1960 bis 1976 sind die Personalausgaben der Gebietskörperschaften auf das Sechsfache gestiegen, die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten stieg von 2,4 Millionen um 1,1 Millionen auf 3,5 Millionen Staatsbeschäftigte (ohne Bundesbahn und -post), die Zuwachsrate 1960–1973 betrug im öffentlichen Dienst 40% gegenüber nur 7,5% im privatkapitalistischen Sektor. Insbesondere in den Jahren 1969 bis 1973 war im Gefolge sozialliberaler Reformbestrebungen der Personalbestand stark angestiegen. Im Bundesdienst wurde insbesondere das militärische Personal aufgestockt, auf Länderebene wurde das Personal im Bildungs- und Wissenschaftssektor, auf Kommunalebene das Personal im Gesundheitssektor erhöht[32]).

„Die Personalkosten werden erheblich von der Qualifikationsstruktur der Bediensteten beeinflußt. In der personellen Zusammensetzung unterscheidet sich der öffentliche Dienst von der privaten Wirtschaft durch einen hohen An-

30) Siehe hierzu „Informationsbericht 28 des IMSF . . .", a.a.O., S. 79 ff., sowie „Informationsbericht 18 des IMSF", Investitionskontrolle und Investitionslenkung, Frankfurt/M. 1975.
31) Alternative Vorschläge für eine arbeitsmarktrelevante Konjunktur- und Wirtschaftspolitik sind in jüngster Zeit u. a. von Wirtschaftswissenschaftlern zum Thema „Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit", Sonderdruck Nr. 203 aus „Blätter", 5/1977, sowie vom DGB-Bundesvorstand, „Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung", Düsseldorf, Juli 1977, unterbreitet worden.
32) Siehe „DIW-Wochenbericht", 28/1977.

teil von Beschäftigten mit Hochschulabschluß. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen an der Spitze liegen."[33]) 19IH VUND 1977 stagniert der Personalzuwachs im öffentlichen Dienst, was faktisch zu einer staatlich geschaffenen Arbeitslosigkeit vor allem in jenen Berufen akademischer Arbeitskräfte führt, deren Ausbildung und Studienabschluß unmittelbar mit einem staatlichen Beschäftigungsverhältnis korreliert (insbesondere Lehrer). „Die Auswirkungen der Rezession haben den Personalkostenanstieg in den öffentlichen Haushalten spürbar gedämpft. Einmal waren 1975 und 1976 die Tarifabschlüsse mit 6,5 bzw. 4,5 v.H. verhältnismäßig niedrig, zum anderen griffen 1976 die Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur. Schließlich war die Einstellungspolitik der öffentlichen Hand – bedingt durch die Bemühungen um einen forcierten Defizitabbau – äußerst zurückhaltend."[34])

Was die finanzpolitische „Zurückhaltung" der Gebietskörperschaften bewirkt, ist weder eine Ankurbelung der Konjunktur (da die indirekten Konjunkturförderungsmaßnahmen nicht „greifen") noch eine auch nur ansatzweise Rückgewinnung der Vollbeschäftigung. „Allein die Arbeitsplätze, die 1976 auf Grund der restriktiven öffentlichen Kauftätigkeit verlorengegangen bzw. nicht geschaffen worden sind, werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf 220 000 beziffert. Zu dieser Negativbilanz hinzugezählt werden müssen für 1976 auch noch 40 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, die bei einer Fortsetzung der durchschnittlichen Personalvermehrung in den ersten siebziger Jahren hätten angeboten werden können. Hinzugerechnet werden muß aber auch ein kleiner Teil der freigesetzten Arbeitslosen. Immerhin meldeten sich im Laufe des letzten Quartals 1976 27 000 Personen aus dem Bereich Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen arbeitslos, was bei einer Zunahme von 23,3 v.H. im Vorjahresvergleich die stärkste Zunahme im gesamten Dienstleistungsbereich war."[35])

Das DIW hat errechnet, daß eine durchschnittliche Erhöhung des Staatshaushalts um eine Milliarde DM einen Beschäftigungseffekt von rund 20 000–24 000 Arbeitsplätzen bringen, der direkte Beschäftigungseffekt verdoppelt sich, wenn statt bloßer vermehrter staatlicher Käufe unmittelbar mehr Personal im öffentlichen Dienst eingestellt wird[36]). „Beispielsweise wäre es möglich, bei einem Finanzvolumen von 24 Milliarden DM über zusätzliche Käufe von Anlageinvestitionen einen gesamtwirtschaftlichen durchschnittlichen Beschäftigungseffekt von 600 000 Arbeitsplätzen zu erzielen bzw. die bestehende Arbeitslosigkeit um knapp die Hälfte abzubauen . . . Es wäre aber auch möglich, denselben Beschäftigungseffekt über zusätzliche Einstellungen im öffentlichen Dienst mit einem Finanzvolumen von nur rund 14,5 Milliarden DM zu erzielen."[37])

33) Ebd., S. 242.
34) „DIW-Wochenbericht", 31/1977, S. 271.
35) C. Schäfer, Mögliche und tatsächliche Beschäftigungseffekte der öffentlichen Ausgabenpolitik, in: „WSI-Mitteilungen", 6/1977, S. 360.
36) Siehe J. Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 46, hrsg. v. DIW, Westberlin 1977.
37) C. Schäfer, Mögliche und tatsächliche Beschäftigungseffekte . . ., a.a.O., S. 354.

Die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft hat im übrigen nicht nur einen direkten positiven Beschäftigungseffekt für das in diesen Bereich strömende Personal (Lehrer, Hochschullehrer, wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal), sondern bewirkt auch zusätzliche Beschäftigungseffekte in solchen Industriezweigen, die von den Sach- und Investitionskäufen des Staates profitieren. Die bereits zitierte DIW-Studie veranschlagt diesen Effekt wie folgt:

Tabelle 9

Beschäftigungseffekte bei Variation der Staatsausgaben (hier: Sachkäufe des Funktionsbereichs „Wissenschaft und Bildung") um jeweils 1 Mrd. DM

	Personen in 1000
Alle Wirtschaftszweige	*20,22*
darunter:	
Holz, Papier, Leder, Textilien	*2,68*
Handel	*2,84*
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	*2,53*
Dienstleistungen	*3,64*

Quelle: J. Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung . . ., a.a.O., S. 33.

Tabelle 10

Beschäftigungseffekte bei Variation der Staatsausgaben (hier: Investitionskäufe des Funktionsbereichs „Wissenschaft und Bildung") um jeweils 1 Mrd. DM

	Personen in 1000
Alle Wirtschaftszweige	*24,06*
darunter:	
Bauwirtschaft	*9,97*
Handel	*1,94*
Dienstleistungen	*2,17*

Quelle: J. Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung . . . a.a.O., S. 38.

Das bedeutet, daß bei einer Milliarde DM mehr Sachkäufen im Bildungs- und Wissenschaftssektor rund 20 000 Arbeitskräfte in der Gesamtwirtschaft vermehrt eingestellt werden könnten; der Effekt von einer Milliarde mehr Investitionskäufen betrüge sogar ein Mehr von 24 000 Arbeitskräften. 1976 betrugen die Sachkäufe des Bereichs „Wissenschaft und Bildung" 12,66 Mrd. DM, die Investitionskäufe desselben Bereichs 10,15 Mrd. DM, das sind bei den Sachkäufen 24,8% aller Sachkäufe der Gebietskörperschaften,[38]) bei den Investitionskäufen beträgt der entsprechende Prozentanteil 28,1%. Man sieht also, welch große Bedeutung die Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften für Bildung und Wissenschaft für die Beschäftigungspolitik insgesamt hat.

38) Siehe J. Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung, a.a.O., S. 19.

Wer heute – bei demagogischer Ausnutzung der von der kapitalistischen Krise und von der verfehlten Finanzpolitik[39]) verursachten und zusätzlich verstärkten Arbeitslosigkeit – von einem Überangebot an akademischen Arbeitskräften spricht, der kann zur bildungspolitischen Reaktion gerechnet werden. Denn selbst bürgerliche Forschungsinstitute wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) oder die Prognos AG[40]) machen einen nach wie vor bestehenden Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen im Infrastrukturbereich und an wissenschaftlich geschulten Arbeitskräften geltend. Die Versorgungsmängel in vielen Bereichen der Gesellschaft sind offensichtlich. Die Bundesrepublik – das nach den USA ökonomisch mächtigste kapitalistische Land – steht nach wie vor im internationalen Vergleich mit einer eher unterdurchschnittlichen Akademikerquote keineswegs an der Spitze der Bildungspolitik.

Orientiert an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung, werden die Forderungen nach vermehrter Beschäftigung von Akademikern und nach einem Abbau der allgemeinen Arbeitslosigkeit dann Erfolg haben, wenn sie sich einreihen in die sozialen Kämpfe insgesamt und wenn sich die Gewerkschaftsbewegung verstärkt der Probleme der lohnabhängigen Intellektuellen annehmen wird.

(Manuskript abgeschlossen Oktober 1977)

39) Vgl. die Kritik des DGB an der aktuellen Ausgabenpolitik der Regierung: Deutscher Gewerkschaftsbund, Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, a.a.O., S. 12 ff.
40) Siehe S. Heckhausen, Nachholbedarf an haushaltsorientierter Infrastruktur in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976, sowie Prognos AG, Potentielle strukturelle Ungleichgewichte zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990, Basel 1976.

Bücher

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Internationale Politik

Annemarie Große-Jütte, Rüdiger Jütte (Hrsg.), Entspannung ohne Frieden. Versäumnisse europäischer Politik, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1977, 299 S., 22,– DM.

Gerhard Kiersch, Reimund Seidelmann (Hrsg.), Sicherheit und Entspannung in Europa. Die Antwort des demokratischen Sozialismus, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M./Köln 1977, 188 S., 12,– DM.

Hans-Peter Schwarz, Zwischenbilanz der KSZE, Seewald Verlag, Stuttgart 1977, 137 S., 16,80 DM.

Medienkritik

BRITTA UND GRETCHEN

Bisher galt das bundesdeutsche Fernsehangebot im westeuropäischen Bereich immer noch als besonders gut, und man war bereit, dieses unverhoffte Lob hinzunehmen, wenn man z. B. die entsetzliche Mixtur aus Klatsch, Sensationen und politischem Konfetti-Eklektizismus kennenlernen durfte, die die französischen Kanäle allabendlich über ihre Zuschauer niedergehen lassen.

Neuerdings ist aber auch hierzulande viel von *Auflockerung* und *Bürgernähe* die Rede, und man meint damit die Neustrukturierung der Informationssendungen in beiden Programmen. Ob dabei wirklich Wahrheit, Klarheit und Wichtigkeit zu neuem, attraktiverem Recht kommen, oder ob demnächst Showmaster die Tagesthemen *moderieren* (d. h. besänftigen) werden, wollen wir abwarten.

Einschneidender ist, im Rahmen der neuen Programmstruktur, die mit der Verbannung der politisch-informativen Sendungen auf den späteren Abend verbundene fast vollkommene Ausfüllung der besten Sendezeiten durch *unterhaltende* Beiträge. Die Vielfalt der Benennungen (Fernsehfilm, Fernsehspiel, Serie, Volksstück, Spielfilm usw.) täuscht nicht darüber hinweg, daß es sich durchweg um Beiträge fiktionaler Art handelt, die man nach ihrer problemlos-unterhaltenden Funktion unter die in Frankreich übliche Bezeichnung „roman feuilleton" einordnen kann.

Die Betonung solcher Sendeformen muß nicht notwendig Verflachung, Betäubung, Unverbindlichkeit bedeuten. Aber ihre fast absolute Vorherrschaft im Abendprogramm beider Kanäle läßt es immer nötiger erscheinen, sie auf ihren Anspruch hin kritisch zu verfolgen: haben sie den „Praxisbezug, den Bezug zur Welt und Umwelt des Menschen", den z. B. Dieter Stolte vom ZDF fordert („Die Zeit" v. 27. Januar 1978)?

Ein diskussionswürdiges Beispiel war (in zwei Teilen am 1. und 5. Februar) in der ARD zu sehen: „Britta" ist die alltägliche Geschichte vom Kennenlernen und Zusich-selber-Kommen zweier Jugendlicher. Die Qualitäten dieses Films von Berengar Pfahl lagen nicht so sehr in der Erfindung der Geschichte wie in der Art, wie Realität in Form von Nebenhandlungen, Nebenpersonen, Details und Atmosphäre eingeführt wurde, so daß sich ein gewisses Gefühl der Langeweile beim auf den Fortgang der Geschichte Fixierten erst nach einiger Zeit verlor. Denn die ist klar und klassisch: Die 19jährige Bundesbahnangestellte Britta lernt den Freizeit-Discjockey Boris kennen, dieser fühlt sich von ihrer zurückhaltenden Art angezogen und *erobert* sie. Damit ist für ihn die Sache eigentlich abgeschlossen, aber Britta wird schwanger und will ihn heiraten. Da Boris sich auf Zeit zur Bundeswehr gemeldet hat, sind beide über längere Zeit hinweg getrennt; sie scheinen sich entgegengesetzt aufeinander zu zu entwickeln. Er macht ihr einen Heiratsantrag, als sie sich gerade von der Vorstellung der Heirat befreit hat. Gewonnene Selbständigkeit auf der einen und neue Einsicht und Rücksichtnahme auf der anderen Seite – eigentlich ist nun alles und sind nun beide *reif* für eine Ehe. Aber die Lösung der Frage, ob sie später einmal zustandekommt, überläßt der Film der einschlägigen Phantasie des Zuschauers.

Diese Geschichte ist zwar alltäglich, sie hat aber auch eine lange und gewichtige Tradition. Seit Gretchen und Faust ist das ungewollte Kind im Leben und vor allem in der Literatur stets schicksalhafter Auslöser für die Auseinandersetzung um Liebe und Ehe und zugleich hin und hergeschobenes Argument der Beschuldigung gewesen. Neben dem *tragischen* des Kindsmords bleibt im festgelegten Ablauf der althergebrachten Geschichte als *harmonischer* Ausgang nur das Happy End, und im Bewußtsein der Zuschauer werden Britta und Boris einer solchen Fortschreibung nicht entgehen können. Damit ist aber dem in realistischen Details brillierenden Film ein nicht nur literarischer Ewigkeitsbezug aufgeprägt, gegen den die überzeugende Lebendigkeit der Darstellung nur schwer ankommt. Wo der letztliche Zufall der Empfängnis eines Kindes alle Entwicklungen auslöst, kann leicht auch die Schuld an ihren Widrigkeiten als individuell und zufällig erscheinen.

Der so differenziert und sympathisch gezeigte Prozeß des Erkennens und Sich-lösens von undurchschaut übernommenen Verhaltensweisen bei den Jugendlichen könnte unter dieser Konstellation als subtile Anpassung erscheinen, zur Freude der Leserinnen von „Brigitte" und ihrer Briefkastentante.

Günter Giesenfeld

Die wirtschaftliche Lage der BRD im Jahre 1977

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Das Jahr 1977 wurde zu einer großen Enttäuschung für Wirtschaftspolitiker und Konjunkturforscher. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) – immer noch wichtigster Maßstab zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation eines Landes – erreichte nur noch 2,4%. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des letzten Jahrfünfts liegt nur wenig über 2%.

Entwicklung des BSP

	In Mrd. DM		*In % gegen Vorjahr*	
	Nominal	*Real*[1])	*Nominal*	*Real*
1973	*920,1*	*763,0*	*+11,2*	*+4,9*
1974	*986,9*	*765,7*	*+ 7,3*	*+0,4*
1975	*1031,1*	*746,8*	*+ 4,5*	*−2,5*
1976	*1124,9*	*789,1*	*+ 9,1*	*+5,7*
1977[2])	*1194,0*	*807,5*	*+ 6,1*	*+2,4*

1) In Preisen von 1970.
2) Vorläufige Zahlen.
Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 4/1977, S. 231, „DIW-Wochenbericht", 3–4/1977, S. 38.

Wie ein Vergleich mit älteren Zahlen zeigt (vgl. „Blätter", 3/1977), wurde inzwischen eine Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen, die sowohl die absoluten Ziffern als auch die Wachstumsraten leicht verändert hat. So ist z. B. das nominale BSP nach der neuen Rechnung im Jahre 1976 mehr als 11 Mrd. DM niedriger als nach den älteren Daten. Die Differenzen resultieren dabei in erster Linie aus methodischen Änderungen: es soll eine gewisse Anpassung an die Praktiken der Europäischen Gemeinschaft erfolgen.

Die industrielle Produktion ist ebenfalls nur noch langsam gestiegen. Sie lag damit 1977 etwa auf dem Niveau von 1973, dem Jahr vor Ausbruch der letzten zyklischen Krise.

Produzierendes Gewerbe

	Index (1970 = 100)	*In % gegen Vorjahr*
1973	*112,8*	*+ 6,2*
1974	*110,5*	*− 2,0*
1975	*103,6*	*− 6,2*
1976	*110,7*	*+ 6,9*
1977[1])	*113,8*	*+ 2,8*

1) Vorläufige Zahlen.
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1978, S. 65*; Presseberichte.

Das Wachstumstempo sowohl von Industrieproduktion als auch des Sozialprodukts hat sich zum Jahresende hin immer weiter abgeschwächt.

Auf der Nachfrageseite waren alle großen Nachfrageaggregate an der Konjunkturverlangsamung beteiligt.

Verwendung des BSP 1977

	In Mrd. DM[1])	*In % gegen Vorjahr*[2]) *1976*	*1977*
Privater Verbrauch	*665,0*	*+ 3,6*	*+3*
Staatsverbrauch	*241,5*	*+ 2,4*	*+1*
Anlageinvestitionen	*249,5*	*+ 5,0*	*+3*
Lagerveränderung	*+18*	–	–
Export	*326,5*	*+11,1*	*+3,5*

1) In jeweiligen Preisen, d. h. nominal.
2) Real.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 3–4/1977, S. 38.

Am einschneidendsten war der Einbruch im Export. Hatte er den „Aufschwung" des Jahres 1976 wesentlich gestützt, so nahm diese expansive Rolle im Jahresverlauf 1977 immer mehr ab. Trotzdem ist die außenwirtschaftliche Bilanz der BRD auch 1977 noch außerordentlich positiv. Es zeigt sich nun allerdings, daß eine einseitig auf die internationale Expansion gerichtete wirtschaftspolitische Strategie dann früher oder später an ihre eigenen Grenzen stoßen muß, wenn die Grundlage einer soliden Inlandskonjunktur fehlt. Obwohl die Bundesrepublik ihren zweithöchsten Exportüberschuß erzielen konnte, überwog der kontraktive Einfluß der Inlandsmärkte.

Exportüberschüsse der Bundesrepublik

	In Mrd. DM
1973	*33,0*
1974	*50,8*
1975	*37,3*
1976	*34,5*
1977	*38,4*

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1978; Presseberichte.

Die Auswirkungen der verlangsamten Exportentwicklung sind wesentlich geringer zu veranschlagen, als es auf den ersten Blick scheint: auch die Einfuhr vergrößerte sich nur noch langsam, so daß die negativen Nachfrageimpulse der Ausfuhrverlangsamung dadurch zumindest teilweise kompensiert wurden.

Wiederum hat die Entwicklung der öffentlichen Nachfrage einen aktiven Beitrag zur Konjunkturverlangsamung geleistet. Trotz des beschleunigten Anlaufens der Aufträge aus dem „Programm für Zukunftsinvestitionen" – allein 1977 sollen bereits Aufträge in Höhe von 4,5 Mrd. DM vergeben worden sein – waren die öffentlichen Investitionen real um etwa 2,5% rückläufig. Sie lagen damit um 10% unter dem Niveau des Jahres 1974.

Auch die Personalpolitik wirkte krisenfördernd. Bei den Bundesbehörden und bei Bahn und Post verringerte sich der Stellenbestand für Vollzeitkräfte um 29 000. Die bis 1977 betriebene Konsolidierungspolitik der Staatshaushalte erweist sich so insgesamt als konjunkturelle Belastung. Ob der für 1978 leicht expansive Kurs des Bundeshaushalts diese Tendenz umkehren kann, muß bezweifelt werden. In der Vergangenheit hatten in solchen Fällen die Finanzprobleme vor allem der Gemeinden solche Expansionsvorhaben durchkreuzt.

Obwohl auch der private Verbrauch langsamer gestiegen ist als im Vorjahr, hat er in geringem Maße konjunkturstützend gewirkt. Zum Jahresende hin dürften auch Käufe vorgezogen worden sein, um den Effekten der Mehrwertsteuererhöhungen zu entgehen. Gestützt durch Konsumentenkredite und – allerdings nicht im erwarteten Ausmaß – die Verwendung freigewordener „vermögenswirksamer" Lohnbestandteile nahm der private Verbrauch deutlich rascher zu als die Lohnsumme.

Sehr verhalten entwickelte sich auch die Investitionstätigkeit. Hier erweist sich der Ersatzbedarf inzwischen als wichtige Säule.

Anlageinvestitionen 1977

	In Mrd. DM[2])	In % gegen Vorjahr[3]) 1976	1977
Anlageinvestitionen insgesamt	249,5	+5,0	+3
darunter:			
Ausrüstungen[1])	98,5	+7,2	+4
Bauten	151,5	+3,7	+2,5
Unternehmen	209,0	+7,1	+4,5
Staat	40,5	−3,9	−2,5

1) Maschinen, Anlagen usw.
2) Nominal.
3) Real.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 3–4/1978, S. 35.

Trotz der günstigen Finanzierungssituation verlangsamte sich die Investitionstätigkeit also auch im Unternehmensbereich kräftig. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gewinnentwicklung und privater Investitionstätigkeit ist also auch 1977 empirisch nicht zu belegen. Der Gewinnexpansion von 1976 folgte vielmehr eine Verlangsamung der Investitionstätigkeit. Der vorhandene Finanzierungsspielraum wurde nicht ausgenutzt: der Umfang der einbehaltenen Gewinne reduzierte sich vielmehr um mehr als die Hälfte.

Einkommensverteilung 1977

	In Mrd. DM	In % gegen Vorjahr
Bruttolohn- und -gehaltssumme	546	+ 7
Sozialbeiträge	73	+ 7,5
Lohnsteuer	92	+11
Nettolohn- und -gehaltssumme	381	+ 6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	263,5	+ 4,5
Darunter:		
Staat[1])	−11,5	−
Unternehmen	275,5	+ 6
Steuerabzüge	65	+20,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	210,5	+ 2
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	204,5	+ 6
Nichtentnommene Gewinne	6	−55

1) Zinszahlungen an Unternehmen.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 3–4/1977, S. 43.

Abgesehen von den bereits behandelten Problemen der statistischen Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" (vgl. „Blätter", 4/1976), ist aber auch die nach dieser Tabelle ausgewiesene leichte Umverteilung zugunsten der Löhne tatsächlich nicht eingetreten. Relevant für die Verteilungsdiskussion sind hier die Einkommen der Unternehmen: diese kassieren die „negativen" Einkünfte des Staates in Form von Zinsen für öffentliche Kredite ein.

Reduziert wird der Anstieg der Bruttoeinkünfte der Unternehmen durch die rasch gestiegene Steuerbelastung. Diese aber ist vor allem Folge der Körperschaftsteuerreform. Die erhöhten Abzüge bei den Gesellschaften werden den Aktionären erst in diesem Jahr gutgeschrieben und führen dann zu einem absoluten Rückgang der Steuern für Selbständige. Tatsächlich hat also auch 1977 eine relative Steuerentlastung der Selbständigen stattgefunden, die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind so tatsächlich sogar um mehr als 6% angestiegen.

Trotz der konjunkturellen Verlangsamung, die sich in starkem Maße auch auf die Unternehmergewinne ausgewirkt hat, sind diese also immer noch etwas schneller gestiegen als die Nettoarbeitseinkommen. Für diese errechnet sich zwar 1977 wieder ein leichter realer Anstieg um 1,5 bis 2%, der aber von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität übertroffen wird. Diese stieg um 3 bis 4%.

Beschäftigungsentwicklung 1977

	In 100 Personen	
	1976	*1977*
Erwerbstätige	*25 088*	*24 980*
Selbständige[1])	*3 800*	*3 680*
Abhängige	*21 288*	*21 300*
Arbeitslose	*1 060*	*1 030*
„Stille Reserve"	*614*	*656*

1) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 3–4/1978, S. 40; Presseberichte der Bundesanstalt für Arbeit.

Besonders die Zahl der Selbständigen vermindert sich rapide. Berücksichtigt man diesen Prozeß auch bei der Verteilungsrechnung, so ergibt sich für 1977 ein Anstieg der Selbständigeneinkommen um fast 10% pro Kopf.

Entlastet wurde der Arbeitsmarkt durch die Abwanderung von 110 000 Ausländern. Trotzdem stiegen die Arbeitslosenzahlen tatsächlich – unter Berücksichtigung der nichtregistrierten Arbeitslosen – weiter an.

Erfolge im Sinne der wirtschaftspolitisch angestrebten Zielsetzung konnten lediglich in bescheidenem Maße auf dem Gebiet der Preisentwicklung erzielt werden.

Preisentwicklung 1977[1])

	1975	*1976*	*1977*
Lebenshaltungskosten aller Haushalte insgesamt	*+ 6,0*	*+ 4,5*	*+ 3,9*
Ohne Saisonwaren	*+ 5,9*	*+ 4,1*	*+ 4,1*
Industriepreise	*+ 4,7*	*+ 3,9*	*+ 2,6*
Einfuhrpreise	*– 1,7*	*+ 6,7*	*+ 1,5*

1) In % gegen Vorjahr.
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1978, S. 68*; Presseberichte.

Die leichte Preisberuhigung ist dabei neben der gedämpften Konjunkturentwicklung vor allem den Importpreisen zu verdanken. Als Folge teilweise gesunkener Rohstoffpreise und der DM-Aufwertung sanken diese im Jahresverlauf ständig. Im Dezember 1977 konnten die Unternehmen im Ausland um 2% billiger einkaufen als zur gleichen Vorjahreszeit.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende Jahr werden insgesamt nur wenig positiver beurteilt als das abgelaufene Jahr 1977. Trotz einiger Verbesserungszeichen zum Jahreswechsel sind keine Faktoren sichtbar, die 1978 eine deutliche Konjunkturwende herbeiführen könnten.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die CIA und ihre Beeinflussung der Weltmeinung

(Wortlaut einer Artikelserie der „New York Times" vom 25., 26. und 27. Dezember 1977)

Ende Dezember 1977 veröffentlichte die „New York Times" einen großangelegten Bericht über den Einsatz bzw. die Steuerung und Beeinflussung von Journalisten, Presseorganen und Verlagen in allen Teilen der Welt durch den US-Geheimdienst. Die nicht abreißende Serie von Enthüllungen über die – wie etwa das Beispiel Chile zeigt – vor keinen blutigen Konsequenzen zurückschreckenden Praktiken der CIA wird dadurch um eine neue Dimension erweitert. Obwohl ein erkennbarer, und offensichtlich beabsichtigter, Nebeneffekt der von offiziellen US-Stellen geförderten CIA-Diskussion der letzten Jahre auf Abstumpfung und allmähliche Gewöhnung der Öffentlichkeit an die kritisierten Geheimdienstpraktiken hinausläuft und die partielle Enttarnung nicht mehr gebrauchter oder eingegangener Organe u. a. der besseren Tarnung der laufenden CIA-Arbeit dient, halten wir es für angebracht, daß auch die deutsche Öffentlichkeit das Ausmaß der Enthüllungen, über die hierzulande nur sehr sparsam berichtet wurde, erfahren kann. Die „Blätter" dokumentieren deshalb nachstehend den Wortlaut der NYT-Serie, übersetzt von Rudolf Schultz. D. Red.

I. Dreißig Jahre Bemühungen der CIA, die Weltmeinung zu formen

Detaillierte Darstellung des CIA-Netzes zur Benutzung von Nachrichtenorganen, Büchern und anderen Methoden

In den drei Jahrzehnten ihres Bestehens hat die Central Intelligence Agency während der meisten Zeit den unablässigen, wenn auch weitgehend unbemerkten Versuch unternommen, die auswärtige Meinung im Sinne einer Unterstützung der amerikanischen Auslandspolitik zu gestalten. Obwohl die CIA bis vor kurzem eine Reihe amerikanischer Journalisten zu ihren bezahlten Agenten zählte, scheinen sie – von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen – kein Teil ihrer umfassenden Propagandakampagne gewesen zu sein. Stattdessen hat die Agentur Information und Falschinformation über ein einstmals bedeutendes Netz von meist im Ausland stationierten Zeitungen, Nachrichtenagenturen und anderen Kommunikationseinrichtungen geleitet, die ihr

gehörten, von ihr subventioniert oder in anderer Weise Jahre hindurch beeinflußt wurden. Der Propagandabetrieb der CIA hat offenbar zu mindestens einiger Verzerrung der Nachrichten in den USA ebenso wie im Ausland geführt, auch wenn Ausmaß und Art der von der amerikanischen Presse im Ausland aufgegriffenen Falschinformation unmöglich genau bestimmt werden können.

Das in jüngster Zeit erweckte Interesse für das Engagement der CIA im Pressewesen hat sich auf Berichte darüber konzentriert, daß die Agentur amerikanische Reporter als Agenten beschäftigte und andere als Informationsquelle oder als für ihre Operationen nützliche „Aktivposten" benutzte. Die wiederholten Beschuldigungen haben den mit den Nachrichtendiensten befaßten Ausschuß des Repräsentantenhauses (House Select Committee on Intelligence) veranlaßt, in dieser Angelegenheit Hearings anzusetzen, die am Dienstag beginnen; die „New York Times" haben sie unverzüglich dazu geführt, die Beziehungen der CIA zu amerikanischen Nachrichtenagenturen zu untersuchen. Während die dreimonatige Untersuchung durch ein Team von Times-Reportern und -Rechercheuren erbrachte, daß die CIA in den vergangenen dreißig Jahren relativ wenige der vielen hundert aus dem Ausland berichtenden amerikanischen Journalisten beschäftigte, ergab sich ein breites Bild von den Bemühungen der Agentur, Nachrichten und Meinungen durch ein ausgedehntes Netz von Nachrichtenorganisationen zu beeinflussen, die in größerem oder geringerem Umfange von ihr kontrolliert wurden.

Die CIA hat jedes Ersuchen um Einzelheiten ihrer geheimen Beziehungen zu amerikanischen und ausländischen Journalisten und zu den sie beschäftigenden Organisationen der Nachrichtenverarbeitung abgelehnt, obwohl diese Beziehungen inzwischen beendet wurden. Ein CIA-Beamter erklärte, solche Beziehungen seien mit dem Versprechen „ewiger Vertraulichkeit" begonnen worden, und die Agentur werde sich auch weiterhin „bis in alle Ewigkeit" weigern, sie zu diskutieren.

In Interviews mit einer großen Anzahl heutiger und früherer CIA-Beamter, Journalisten und anderen sind Umfang und Inhalt dieser Beziehungen jedoch klarer geworden. Die wichtigsten Sachverhalte, die sich allmählich abzeichneten, waren folgende:

– Die CIA besaß oder subventionierte zu verschiedenen Zeiten mehr als 50 Zeitungen, Pressedienste, Rundfunkstationen, Zeitschriften und andere Kommunikationseinrichtungen – manchmal in den USA, meist jedoch im Ausland, die als Vehikel für ihre umfangreichen Propagandabemühungen, als Tarnung für ihre Agenten im Einsatz oder zu beiden Zwecken benutzt wurden. Ein weiteres Dutzend im Ausland stationierter Nachrichtenorganisationen wurden zwar nicht von der CIA finanziert, jedoch von bezahlten CIA-Agenten infiltriert.

– Fast ein Dutzend amerikanische Verlage, unter ihnen einige der prominentesten Unternehmen der Branche, hat zumindest sehr viele der über 250 Bücher in englischer Sprache gedruckt, die von der CIA seit den frühen 50er Jahren finanziert oder produziert worden sind, wobei den Verlagen die Beteiligung der Agentur in vielen Fällen nicht bekannt war.

– Seit den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges haben mehr als 30, vielleicht sogar 100 amerikanische Journalisten, die bei zahlreichen amerikanischen Nachrichtenorganisationen beschäftigt waren, als bezahlte Geheimagenten gearbeitet, während sie ihren Pflichten als Berichterstatter nachkamen. Einige weitere waren beim amerikanischen Militär angestellt und, nach geheimdienstlichen Quellen, bei einigen ausländischen Diensten, darunter dem sowjetischen Geheimdienst KGB.

– Im Laufe der Jahre haben mindestens 18 amerikanische Reporter CIA-Angebote abgelehnt, geheime nachrichtendienstliche Aufträge zu übernehmen, obwohl diese Angebote in einigen Fällen lukrativ waren. Ein weiteres Dutzend Angestellter amerikanischer Zeitungen, Presseagenturen und Nachrichtenmagazine wurden zwar nie bezahlt, wurden jedoch von der CIA als geschätzte Informationsquelle oder Unterstützung betrachtet.

– In den letzten 30 Jahren hat mindestens ein Dutzend hauptberuflicher CIA-Beamter im Ausland als Reporter oder als Angestellte außerhalb der Berichterstattung bei amerikanischen Nachrichtenorganisationen gearbeitet, in einigen Fällen mit Billigung derjenigen Organisationen, die ihnen ihre Presseausweise ausgestellt hatten.

Nach Aussage früherer CIA-Beamter wurde die breite Propagandakampagne der Agentur mit Erwartung betrieben, die von ihr lancierten Schwindelstories würden von den amerikanischen Medien als echte Berichte behandelt, was manchmal auch der Fall war. Die gesetzliche Grundlage der CIA-Tätigkeit ist als Verbot interpretiert worden, Amerikaner mit Propaganda zu beliefern; sie besagt jedoch nichts über die Zulässigkeit des unabsichtlichen oder beabsichtigten Inlandeffekts der im Ausland ausgestreuten Propaganda. Lyman B. Kirkpatrick, viele Jahre hindurch der Generalinspekteur der CIA, sagte, er könne sich nicht daran erinnern, daß irgendein Angestellter der Agentur jemals Fragen zur Ethik der CIA oder zur Legalität ihrer Bemühungen im Bereich der Massenkommunikation gestellt habe. Lawrence R. Houston, der inzwischen pen-

sionierte oberste Rechtsberater der CIA, erklärte, er sei stets der Auffassung gewesen, der CIA sei es gesetzlich untersagt, amerikanische Journalisten zu beschäftigen; er sagte jedoch auch, niemand habe ihn in dieser Sache jemals konsultiert.

Die Anstrengungen der CIA zur Beeinflussung der auswärtigen öffentlichen Meinung reichten von der Fälschung historischer Dokumente – so bei den 1956 von Nikita S. Chrustschow gegen Stalin erhobenen Anklagen – über Beschönigung und verzerrte Darstellung ansonsten zutreffender Angaben – wie etwa bei der Zusammenstellung detaillierter Zitate eines russischen Überläufers – bis hin zur freien Erfindung wie im Fall eines Berichtes, chinesische Truppen würden zur Unterstützung der vietnamesischen Kommunisten entsandt.

Nach Aussage früherer CIA-Beamter verfügt die Agentur seit langem über ein „Frühwarnsystem" innerhalb der US-Regierung, mit dem Diplomaten und anderen Schlüsselpersonen geraten wird, bestimmte Artikel, die von der CIA im Ausland lanciert wurden, zu ignorieren. Sie sagten, dieses Netz habe gut funktioniert, mit nur gelegentlichen Pannen. Es gibt jedoch keinen derartigen Mechanismus, mit dem Zeitungen, Zeitschriften und Funkhäuser dieses Landes darüber informiert werden könnten, welche der über ihre Fernschreiber tickernden Auslandsberichte verzerrt oder in einigen Fällen auch vollkommen falsch sind. Es besteht, wie die früheren Beamten sagen, einfach keine praktikable Möglichkeit, Amerikaner wissen zu lassen, daß einige der Artikel, die sie beim Morgenkaffee lesen, nicht von einem Auslandskorrespondenten stammen, sondern von einem CIA-Vertreter in der Ecke irgendeiner amerikanischen Botschaft geschrieben wurden.

„Wiederholungseffekt" im Inland wurde als unvermeidlich betrachtet

Als unvermeidlichen Verlusteffekt ihrer Propagandaschlachten akzeptiert die CIA die Tatsache, daß einige der Nachrichten, die amerikanische Leser und Zuschauer erreichen, durch etwas entwertet werden, was die Russen „Desinformation" nennen. Zur Beschreibung des Phänomens hat die Agentur sogar besondere Ausdrücke geprägt: Rückstoß, Wiederholungseffekt oder innenpolitischer Fallout. „Das besonders Gefährliche" bei Falschinformationen, stellte kürzlich ein ehemaliger höherer CIA-Beamter fest, „ist das Rückstoßpotential. Es stellt eine wirkliche Gefahr dar, und wir nehmen das auch zur Kenntnis." Oder, wie ein früherer CIA-Mann es lakonisch ausdrückte: „Es trifft, wo es trifft."

Das bevorzugte Medium der Agentur für das Lancieren der von ihr als „schwarz" oder von unbestimmter Herkunft bezeichneten Propaganda waren immer die im Ausland stationierten Medien, an denen sie insgeheim finanziell beteiligt war, oder die Reporter und Redakteure im Ausland, die zu den bezahlten Agenten der CIA gehörten. Zeitweise gab es nach CIA-Unterlagen nicht weniger als 800 solcher „Propagandaposten", hauptsächlich ausländische Journalisten. Im vergangenen Jahr wurde der frühere CIA-Direktor William E. Colby in einem Interview gefragt, ob die CIA solchen Agenten jemals gesagt habe, was sie zu schreiben hätten, worauf er erwiderte: „Aber klar, die ganze Zeit." Nach Aussage früherer CIA-Angehöriger bestand die CIA-Propaganda am häufigsten aus Zusammenstellungen von Fakten, die nach Ansicht der Agentur nicht genügend Verbreitung erhalten hatten, oder aus im wesentlichen zutreffenden Berichten mit einigen Verzerrungen und Schönheitskorrekturen. Ein maßgeblicher früherer CIA-Beamter gab jedoch zu, es habe „auch völlig frei Erfundenes gegeben".

Es scheint wenig Zweifel daran gegeben zu haben, daß die CIA bei ihren Bemühungen um die Meinungsbeeinflussung in erster Linie die Bürger anderer Länder anzielte. Ein höherer CIA-Veteran sagte es, nachdem er seinen Anteil an den Propagandaoperationen geleitet hatte, folgendermaßen: „Ich wollte nicht Walter Lippmann*, ich wollte den philippinischen Walter Lippmann." Einige frühere Angestellte der Agentur sagten jedoch in Interviews aus, sie glaubten, unabhängig von unbeabsichtigten Rückwirkungen seien einige Propagandaanstrengungen der CIA vor allem während des Vietnamkrieges im Hinblick auf ihre nachfolgende Auswirkung in den USA unternommen worden. Und obwohl nahezu alle in den vergangenen Jahren von der CIA beschäftigten amerikanischen Journalisten anscheinend nur zur Sammlung von Nachrichtenmaterial oder zur Unterstützung laufender Operationen zur Nachrichtensammlung eingesetzt wurden, wurden doch einige Fälle deutlich, in denen solche Agenten bewußt oder unbewußt zu Kanälen der Desinformation der amerikanischen Öffentlichkeit wurden.

Ein CIA-Beamter erklärte, die Agentur habe in der Vergangenheit bezahlte Agenten in den Auslandsbüros von Associated Press und United Press International dazu benutzt, von der CIA vorbereitete Depeschen in die Telex-Übermittlung von Nachrichten einzuschieben. In einigen Fällen, wie im AP-Büro Singapur in den frühen 50er Jahren, waren die Agenten Einheimische, die als „örtliche Hilfskräfte" bekannt waren. In anderen Fällen waren es jedoch Amerikaner.

*) Bekannter amerikanischer Publizist. D. Red.

Obwohl AP und UPI zwei der bedeutendsten Organisationen zur Nachrichtenverbreitung in der Welt sind – AP schätzt, daß allein ihre Depeschen die Hälfte der Weltbevölkerung in irgendeiner Form erreichen –, wurde ihnen seitens der CIA keine besondere Aufmerksamkeit zuteil. „Wir haben es den Zentralen von UPI oder AP in den USA nie mitgeteilt, wenn im Ausland irgend etwas untergeschoben wurde", erklärte ein CIA-Vertreter und gab zu, daraus habe sich die Wahrscheinlichkeit ergeben, daß solche Stories dann von den Inlanddiensten dieser Presseagenturen übernommen wurden, „wenn sie etwas taugten". UPI hat inzwischen mitgeteilt, man sei befriedigt darüber, daß gegenwärtig keiner der Beschäftigten in irgendeiner Weise mit der CIA zu tun habe, sei jedoch außerstande, etwas darüber auszusagen, was in der Vergangenheit möglicherweise der Fall gewesen sei. Ein Vorstandsmitglied von AP erklärte, seine Organisation habe ähnliche Berichte in der Vergangenheit untersucht und sei zu dem Schluß gekommen, „daß keiner ihrer Angestellten in CIA-Aktivitäten verwickelt war".

Eine Story, die gut genug zur weltweiten Verbreitung war, war nach Aussage früherer CIA-Vertreter ein Bericht in den frühen 50er Jahren, der von der CIA fabriziert und von einem Agenten innerhalb einer der großen amerikanischen Telex-Agenturen in die Berichterstattung gegeben wurde. Er besagte, chinesische Truppen seien nach Vietnam eingeschifft worden, um den Kommunisten in ihrem Kampf gegen die Franzosen zu helfen.

Obwohl solche Beispiele für Propaganda, die direkt in amerikanische Nachrichtenorganisationen eingeschleust wurde, relativ selten waren, versicherte ein weiterer früherer CIA-Beamter, während der gesamten 50er und 60er Jahre, als das Propagandanetz der CIA sich auf dem Höhepunkt seiner Effektivität befand, sei es „alltäglich gewesen, daß Dinge in der US-Presse erschienen, die ausländischen Publikationen entnommen wurden"; einige, aber nicht alle dieser Publikationen „gehörten" der CIA, die in ihnen ihre Propaganda plaziert hatte. Mitunter hatten die ausländischen Verleger und Redakteure keine Ahnung von der Herkunft solcher Stories, häufiger jedoch hatten sie „geschaltet", wie die CIA das nannte. Ein CIA-Mann sagte, die Agentur habe es vorgezogen, ihre Propaganda „jemandem zu geben, der weiß, was sie ist". Wo das nicht möglich war, erklärte er, „da gab man sie irgend jemandem".

Propaganda wurde auf vielfältige Weise eingeschleust

Die Propaganda nahm viele Formen an und tauchte auf vielen Foren wieder auf. Sie reichte nach Aussage von Beamten von harmlosen Angelegenheiten wie Leserbriefen, die den Verfasser nicht als Angehörigen der CIA auswiesen, bis hin zu Vorgängen von weit größerer Tragweite, wie zum Beispiel Meldungen über sowjetische Atomwaffentests, die nie stattgefunden hatten.

Solche Berichte wurden zusätzlich zum Einsatz der Medien-„Posten" auf die verschiedenste Weise eingeschleust. Ein gebräuchlicher Brennpunkt der Propagandatätigkeit waren nach Aussagen früherer CIA-Vertreter die in fast jeder ausländischen Hauptstadt bestehenden Presseclubs, die als Poststelle, Zentren für Benachrichtigungen, Hotels und Restaurants für örtliche Korrespondenten oder gerade Durchreisende fungieren. Bis vor einigen Jahren war, wie ein früherer CIA-Vertreter mitteilte, der Manager des Presseclubs von Mexico City ein CIA-Agent, und der Manager des örtlichen Presseclubs in Manila war es ebenfalls. „Er arbeitete sehr erfolgreich", erinnerte sich ein CIA-Mann, der viele Jahre auf den Philippinen verbrachte. „Manche Leute sind faul. Die saßen dann an der Bar, er schob ihnen die Sachen zu, und sie telefonierten sie durch."

Im Falle eifrigerer Korrespondenten, fuhr der CIA-Mann fort, „ging es darum, ihnen Material zugänglich zu machen, wenn sie es verwenden wollten. Meine Aufgabe war es, örtliche Leute zum Schreiben von Leitartikeln zu veranlassen. Das war dann Material, das nicht aus der Botschaft stammte. Es war nicht vom US-Informationsdienst herausgegeben. Es kam von einem nachdenklichen einheimischen Kommentator und ließ hoffen, daß ihm mehr Gewicht beigemessen würde."

Der US-Informationsdienst (USIA), ein Arm des State Departments, ist offiziell verantwortlich für die Verbreitung der amerikanischen Botschaft im Ausland. Laut verschiedener früherer CIA-Beamter war man sich seitens der USIA der Propagandatätigkeit der CIA bewußt, wenn auch manchmal nur vage. „Eine der Probleme, die journalistisch nie richtig gelöst wurden", erinnerte sich ein ehemaliger CIA-Mann, „war die Beziehung zwischen USIA und der CIA-Aktivität in den Medien. Sie wußten Bescheid, hatten aber weder die Kraft noch die Geldmittel, irgend etwas dagegen zu unternehmen." Vom Standpunkt der CIA aus war ihre eigene „schwarze" Propaganda bei weitem wirksamer als die „weiße", d. h. mit Herkunftsangaben versehene Version, wie die USIA sie jedem, der zuhören wollte, zukommen ließ. In Argentinien zum Beispiel machte die USIA offen allen Gruppen, die an verschiedenen Bereichen des Lebens in den USA interessiert waren, Filme zugänglich, während gleichzeitig die Geheimagenten der CIA die in örtlichen Kinos gezeigten Wochenschauberichte über Weltereignisse verfälschten. Die Stoßrichtung dieser spezifischen Operation bestand darin, wie sich ein CIA-Mann erinnerte, „die amerikanische Auffassung von Castros Rolle in der Hemisphäre durchzusetzen. Die Argentinier glaubten nicht, daß

Castro irgendeine Bedrohung darstelle, da sie so weit entfernt waren. Wir brachten daher die Ereignisse im Film und färbten den Kommentar entsprechend ein."

Zu einem der ehrgeizigsten Propagandaunternehmen der CIA kam es im Juni 1956, einige Monate nachdem der damalige sowjetische Ministerpräsident Chrschtschow eine „geheime" Fünfstundenrede vor einer geschlossenen Sitzung des 20. kommunistischen Parteitages in Moskau, von der alle ausländischen Delegierten ausgeschlossen waren, gehalten hatte. Als die Nachricht in den Westen durchsickerte, Chruschtschow habe in aufsehenerregender Weise mit seinem Vorgänger Stalin gebrochen, den er als wilden, halbverrückten Despoten bezeichnete, wurde innerhalb der CIA die Parole ausgegeben, eine Abschrift des Textes müsse um jeden Preis beschafft werden.

Ein „verbesserter" Text wurde an CIA-Kanäle im Ausland weitergegeben

Gegen Ende Mai war es der CIA-Abteilung für Gegenspionage gelungen, einen Text in Polen aufzutreiben. Einige Tage später wurde er über das State Department den amerikanischen Nachrichtenorganisationen zugeleitet, und seit damals hat die CIA immer wieder die Beschaffung der „Geheimrede" als einen ihrer größten Triumphe in der Geheimdienstarbeit angeführt. Was sie jedoch in dieser Angelegenheit nicht mitteilte, war die Tatsache, daß es sich bei dem von ihr beschafften Text um eine gereinigte Version handelte, die zur Verbreitung in den osteuropäischen Nationen angefertigt worden war; 34 Absätze mit Material zur künftigen sowjetischen Außenpolitik waren herausgestrichen worden. Obwohl der den amerikanischen Zeitungen zugänglich gemachte Text die echte gereinigte Fassung war, wurde ein anderer Text, der genau 34 Absätze mit Material zur künftigen Außenpolitik enthielt, von der CIA weltweit über verschiedene andere Kanäle veröffentlicht, unter anderem über die italienische Nachrichtenagentur ANSA. Nach Aussage früherer CIA-Vertreter wurden die 34 Absätze der Auslandsversion nicht von Chruschtschows Redenschreibern verfaßt, sondern von den Experten für Gegenspionage im Hauptquartier der CIA in Virginia. Dem Bemühen, in Moskau Konsternation hervorzurufen, soll dem Vernehmen nach ein glänzender Erfolg beschieden gewesen sein.

Ein Dilemma beim Einsatz der CIA-Medienposten im Ausland, vor allem der Publikationen und Sendungen in englischer Sprache, bestand darin, daß sie in der Regel von amerikanischen Korrespondenten genau verfolgt wurden, die die jeweilige Landessprache nicht gut genug beherrschten und folglich zur primären Ursache des „Wiederholungseffekts" in den Vereinigten Staaten wurden. Ehemalige CIA-Beamte haben erklärt, die englischsprachigen Einsatzmittel seien trotz der CIA-Charta mit der Begründung ungeahndet geblieben, daß die vorgesehene Zielgruppe der Propaganda nicht die amerikanischen Journalisten oder ins Ausland reisende Touristen seien, sondern englischsprechende Ausländer – eine Rechtfertigung, „die mir immer absurd vorgekommen ist", wie ein früherer CIA-Mann sagte.

Die Agentur förderte die Verbreitung von Berichten in anderen Ländern

Im Ausland tat die Agentur alles, was in ihrer Macht stand, um den „Wiederholungseffekt" zu fördern. Damit ihre Bemühungen um Desinformation nicht schon kurz nach ihrem Erscheinen in Vergessenheit gerieten, startete die Agentur beispielsweise in Lateinamerika eine Operation, die unter dem Decknamen KM FORGET bekannt wurde. Sie bestand darin, daß die in einem Lande in die Presse geschleusten Artikel ausgeschnitten und in ein anderes verschickt wurden, um dort wieder durch örtliche Medienstellen übernommen zu werden. Ein solches Vorgehen machte es wahrscheinlich, daß ein amerikanischer Korrespondent die Artikel sah und sie in die Heimat übermittelte. Trotz der nachdrücklichen Versicherung der Agentur, innenpolitischer Fallout sei nicht angestrebt, aber unvermeidlich gewesen, gibt es Beweise dafür, daß er in bestimmten Fällen willkommen sein konnte.

Eine der umfangreichsten Propagandakampagnen der CIA in den letzten zehn Jahren wurde gegen den chilenischen Präsidenten Salvador Allende Gossens, einen Marxisten, geführt, und zwar in den Jahren vor seiner Wahl 1970 und bis zu seinem Sturz und seinem Tod im Jahre 1973. Im Bericht, den der Geheimdienstausschuß des Senats vorgelegt hat, wird festgestellt, daß Millionen Dollar von der CIA ausgegeben wurden, um in ganz Lateinamerika einen ständigen Strom von Anti-Allende-Berichten, Leitartikeln und Funksendungen zu produzieren. In einer vom Ausschuß angeforderten CIA-Propaganda-Einschätzung, die nach der Wahl Allendes im September 1970 fertiggestellt wurde, wurde von einer „fortwährenden Wiederaufnahme von Materialien zur Chile-Thematik" in einer Reihe lateinamerikanischer Hauptstädte und entsprechenden Übernahmen durch Zeitungen in den USA berichtet. „Die Themen wurden auch in der ‚New York Times' und der ‚Washington Post' behandelt", hieß es in dieser Zusammenfassung weiter. „Die Propagandaaktivitäten bewirken auch weiterhin eine gute Berücksichtigung der Entwicklung in Chile im Sinne unserer thematischen Orientierung."

In Interviews sprach eine Anzahl früherer höherer CIA-Beamter über die nach ihrer Meinung unmißverständlichen Versuche einer propagandistischen Beeinflussung der amerikanischen Öffentlichkeit auf dem indirekten Wege des „Wiederholungseffekts", der Übernahme aus der Auslandspresse. Ein CIA-Vertreter erinnerte an die während des Vietnamkrieges von der Agentur betriebene heftige Propagandakampagne, die nach dem Prinzip geführt wurde, daß „an allem Schlechten, das in Vietnam passierte, der Feind schuld sein mußte". Ein früherer CIA-Beamter erinnerte daran, daß zur Zeit des „Streifzuges" amerikanischer Streitkräfte nach Kambodscha im Frühjahr 1970 die Station in Hongkong „von der Zentrale ein Kabel erhielt, in dem wir angewiesen wurden, diese Aktion mit allen unseren Mitteln in einem so günstigen Licht wie nur irgend möglich darzustellen". Die meisten Chinesen in diesem Gebiet seien, wie der CIA-Mann weiter ausführte, über die amerikanische Präsenz in Südostasien verärgert gewesen und durch die positive Darstellung der Gründe für die amerikanische Invasion und ihres Erfolges nur noch wütender geworden. Er bemerkte jedoch, daß die Zeitungen, in denen die schiefen Artikel erschienen, von einer Anzahl einflußreicher amerikanischer Korrespondenten gelesen wurden.

Einige amerikanische Reporter erhielten irreführende Informationen

Einer der Gründe für den weitgehenden Gebrauch, den die CIA in ihren schwarzen Propagandabemühungen von ausländischen „Aktivposten" machte, lag nach Aussage eines anderen früheren CIA-Vertreters darin, daß die meisten amerikanischen Journalisten, selbst diejenigen, die auf der Gehaltsliste der Agentur standen, zu gewissenhaft waren, als daß sie „Material übernommen hätten, von dem sie wußten, daß es gefälscht war". Andere Quellen haben jedoch von gelegentlichen Fällen berichtet, in denen amerikanische Reporter irreführende Informationen von der CIA in dem Glauben akzeptierten, es handele sich um einwandfreies Material.

In der Regel, meinte ein früherer CIA-Mann, seien derartige Berichte in der Hauptsache korrekt gewesen, jedoch mit „Verschönerungen" zu operativen Zwecken versehen worden. Er erinnerte sich an einen solchen Bericht, eine Depesche aus Rangun, die vor fast 20 Jahren an den „Christian Science Monitor" geschickt worden und „wirklich frisiert" gewesen sei. Die Depesche des „Monitor"-Sonderkorrespondenten Arnold Beichman war der Bericht über einen jungen Russen namens Aleksandr Kaznacheyev, der einige Monate zuvor in die amerikanische Botschaft in Rangun gekommen war und um Asyl gebeten hatte. Auf die Frage nach der Art der Verschönerungen antwortete der frühere CIA-Mann: „Überläufer sprechen gewöhnlich kein sehr gutes Englisch." Beichmans Schilderung enthielt umfangreiche Zitate Kaznacheyevs – einige von ihnen bemerkenswert gut formuliert – über seinen „Haß" auf das sowjetische System, das ihn aus seiner Heimat vertrieben habe. Nach Aussage des Artikels wurden die Zitate einer mit Kaznacheyev gemachten Tonbandaufnahme entnommen. In einem vor kurzem geführten Telefoninterview erklärte Beichman jedoch, er könne jetzt nicht mehr sagen, woher er das zitierte Material erhalten habe. „Ich kann nicht sagen, ob ich eine Tonbandaufnahme gehört oder eine Abschrift gelesen habe", meinte er. „Ich weiß nicht, wie ich das nachprüfen soll." Beichman berichtete weiter, er habe Kaznacheyev nie gesehen, sondern „die Story aufgrund von Gesprächen mit Beamten in der amerikanischen Botschaft zusammengestückelt". „Soweit ich unterrichtet bin", gab er zu, „könnte er sogar niemals in der Botschaft gewesen sein. Es könnte sich um Schwindel gehandelt haben."

Es hat im Laufe der Jahre andere Vorfälle gegeben, aus deren Anlaß amerikanische Nachrichtenorganisationen von der CIA hereingelegt wurden. So erinnerte sich ein früherer CIA-Vertreter zum Beispiel an Ausschreitungen während einer sowjetischen Handelsmesse im Fernen Osten, die, wie er sagte, von der CIA in Szene gesetzt worden sei. Die Agentur, berichtete der CIA-Mann weiter, habe dann später einer führenden amerikanischen Zeitschrift einen Artikel untergeschoben, in dem die „Ausschreitungen" als Beweis für die Unzufriedenheit mit den Russen in jenem Teil der Welt angeführt wurden.

Einige Korrespondenten waren ebenfalls schnell bereit zuzugeben, sie seien von der CIA bei verschiedenen Anlässen übers Ohr gehauen worden. Ein Reporter, Spezialist für Lateinamerika, erinnerte sich an ein Treffen, das er mit dem Chef der CIA-Station in einem Land hatte, das er nicht näher bezeichnen wollte. Dieser lieferte ihm eine allem Anschein nach exklusive Story. Die Kommunistische Partei des Landes, die bis dahin einen friedlichen Weg zur Machtübernahme befürwortet hatte, sollte nach Mitteilung des Stationschefs über ein Versteck mit 400 Gewehren verfügen, die ihr Anhänger im Ausland zur Verfügung gestellt hätten.

Ein Korrespondent erfuhr, daß seiner Story jede Grundlage fehlte

Da der Korrespondent nicht imstande war, die Information nachzuprüfen, beschloß er, sie eher versuchsweise in einem Artikel über die allgemeine Situation des Landes zu verwenden. Später stellte er fest, daß das CIA-Material jeder Grundlage entbehrte.

Ein weiterer Fall, in dem die CIA Informationen an einen amerikanischen Journalisten übermittelte, betraf nach Aussage eines CIA-Vertreters den außenpolitischen Kolumnisten der „New York Times", C. L. Sulzberger. Der CIA-Beamte, der in der Vergangenheit Zugang zu maßgeblichen Unterlagen der Agentur hatte, erklärte, eine Kolumne über den sowjetischen KGB, die am 13. September 1967 unter Sulzbergers Namen in der „Times" *) erschien, sei „wortwörtlich" ein Informationspapier, das die CIA für Sulzberger zu diesem Thema vorbereitet habe. Sulzberger hat bestritten, jemals „ein Papier von der CIA entgegengenommen, meinen Namen darunter gesetzt und es telefonisch an die ‚New York Times' durchgegeben zu haben".

Zusätzlich zu ihren Bemühungen um die Nachrichtenproduktion hat die CIA bei verschiedenen Gelegenheiten auch den Versuch unternommen, bei amerikanischen Nachrichtenorganisationen direkt zu intervenieren und die Art und Weise ihrer Wiedergabe von Informationen zu bestimmen. In einigen Fällen wurden die Vorschläge der Agentur zurückgewiesen, in anderen wurden sie akzeptiert. Einige Nachrichtenorganisationen haben, wie den Quellen zu entnehmen war, der CIA sogar die Möglichkeit zu einer derartigen Intervention eröffnet, ohne vorher darum gebeten worden zu sein. Ein ehemaliger CIA-Vertreter erinnerte sich an einen Fall, der sich vor einigen Jahren ereignete. Das mittlerweile eingestellte „Collier's Magazine" erhielt damals den Artikel eines Fernost-Korrespondenten, in dem erwähnt wurde, zwei angeblich private Unternehmen des betreffenden Gebietes – Sea Supply in Bangkok und Western Enterprises auf Taiwan – seien die wichtigsten Operationsbasen der CIA in jenem Teil der Welt. Die Redakteure von „Collier's", berichtete der frühere CIA-Beamte weiter, legten den Artikel der CIA zur Zensur vor. Der CIA-Beauftragte, der das Manuskript las, wies darauf hin, daß die Verbindungen der CIA zu beiden Unternehmen im gesamten Fernen Osten ein offenes Geheimnis seien; die Zeitschrift ließ den Artikel jedoch ohnehin ausfallen.

Ein großer Teil der CIA-Bemühungen um eine inneramerikanische Zensur scheinen sich auf bevorstehende Veröffentlichungen nicht zu Fragen der Weltpolitik, sondern zu den eigenen Operationen der CIA erstreckt zu haben. In den Monaten vor der im Jahre 1961 von CIA-ausgebildeten Exilstreitkräften unternommenen Kuba-Invasion in der Schweinebucht gelang es der Agentur zum Beispiel, die Publikation verschiedener Berichte zu stoppen, darunter eines umfangreichen Artikels von David Kraslow (damals vom „Miami Herald") über die Ausbildung der Exilstreitkräfte in Florida. Kraslow, heute Verleger der „Miami News", teilte mit, seine Redakteure hätten ihn gebeten, die von ihm enthüllten Einzelheiten dem damaligen Leiter der CIA, Allen W. Dulles, vorzulegen; Dulles habe ihn dann gewarnt, ihre Veröffentlichung liege „nicht im nationalen Interesse". Kurz darauf verlegte die CIA die Ausbildung von Florida nach Guatemala.

Die CIA verunglimpfte ein Buch nach dem Versuch, es zu unterdrücken

Drei Jahre später, als David Wise und Thomas B. Ross ihr Buch „The Univisible Government" veröffentlichten, bestand die erste Reaktion der CIA in dem Versuch, den Band zu unterdrücken. Unter anderem erwog die CIA ernstlich einen Plan, die gesamte erste Auflage des Buches aufzukaufen, um es so dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen. Cord Meyer Jr., der CIA-Beamte, der für viele der von der Agentur unternommenen Propaganda-Aktivitäten verantwortlich war, besuchte den Verlag Random House, in dem das Buch erschienen war. Dort erklärte man ihm, die CIA könne gern so viele Auflagen erwerben wie sie wolle, es würden jedoch weitere Exemplare für den öffentlichen Verkauf hergestellt werden. Diese Idee wurde fallengelassen. Ehemalige CIA-Vertreter berichteten jedoch, wie daraufhin ein Propagandafeldzug mit dem Ziel gestartet wurde, Rezensenten dazu zu ermuntern, das Buch als falsch informiert und gefährlich abzuqualifizieren. Meyer, noch immer ein höherer CIA-Beamter, lehnte es ab, über diese Episode oder irgendeinen anderen Aspekt seiner Karriere innerhalb der Agentur zu sprechen.

Was ein ehemaliger höherer CIA-Beamter als eine weitere „Periode einer großen Krise" für die Agentur beschrieb, begann zwei Jahre später, als die „New York Times" sich 1966 anschickte, eine Artikelserie der Frage zu widmen, ob die CIA wirklich zu einer „unsichtbaren Regierung" geworden sei. Kabel wurden von Redakteuren an die meisten Auslandsbüros der „Times" geschickt, in denen die Korrespondenten gebeten wurden, Memoranden über die verschiedenen Aspekte von CIA-Operationen in ihren Gebieten zusammenzustellen, und der frühere CIA-Vertreter erinnert sich daran, wie die Bestürzung innerhalb der Agentur nahezu schlagartig einsetzte. Die Befürchtung der CIA, die „Times" könnte irgendwelche heiklen Geheimnisse enthüllen, legte sich jedoch, als die Zeitung die betreffenden Artikel vor ihrer Publikation John A. McCone vorlegte, der damals bereits das Amt des CIA-Direktors abgegeben hatte. Nach Aussage von Tom Wicker, der seinerzeit Chef des Washingtoner „Times"-Büros war, strich McCone einige Passagen aus der Serie, bevor sie erschien.

---

*) „Times" steht hier, wie im weiteren Text, für „New York Times". D. Red.

Die Untersuchung der „Times" förderte noch einen anderen Fall zutage, in dem die CIA in die Berichterstattung der Zeitung eingriff. 1954 teilte der damalige CIA-Chef Allen Dulles einem Geschäftsführer der „Times" mit, er glaube nicht, daß Sydney Gruson, der Korrespondent der Zeitung in Mexiko, zu einer objektiven Berichterstattung über die bevorstehende Revolution in Guatemala fähig sei. Dulles erzählte der „Times", sein Bruder, der damalige Außenminister John Foster Dulles, teile seine Besorgnis, und er ersuchte die Zeitung, Gruson, von dem die CIA glaube, er habe „liberale" Neigungen, von der Story fernzuhalten. Erst einige Jahre nach dem Sturz des linksgerichteten guatemaltekischen Führers Oberst Jacobo Arbenz Guzmán wurde bekannt, daß die CIA eine zentrale Rolle bei der Förderung der Revolution gespielt hatte, die dann zu seinem Sturz führte. In den Akten der Agentur gibt es einige Beweise dafür, daß die CIA befürchtete, Grusons Berichterstattung werde zu einer vorzeitigen Entdeckung ihrer Rolle führen. Gruson ist inzwischen Geschäftsführender Vizepräsident der „Times" und erklärte in einem Interview, er habe später erfahren, daß der damalige Verleger der Zeitung, Arthur Hays Sulzberger, den Wünschen der CIA entsprochen und es bewerkstelligt habe, ihn in Mexiko City zu lassen und während der Revolution von Guatemala fernzuhalten – unter dem Vorwand, er habe einen Tip erhalten, demzufolge sich die Kämpfe über die Grenze bis hinein nach Mexiko ausweiten könnten.

Nicht alle Propagandaunternehmen der CIA liefen über die Nachrichtenmedien. So enthalten zum Beispiel die etwa tausend von der CIA oder in ihrem Interesse publizierten Bücher Propaganda, die von geringfügigen Erfindungen bis zu massiven Täuschungsmanövern reichen. Wie den Quellen entnommen werden konnte, waren „Die Penkowski-Papiere" ein solches Buch. Es wurde, um eine Formulierung des Geheimdienstausschusses beim Senat zu verwenden, aus „operativen Gründen" von der CIA über den Verlag Doubleday & Company im Jahre 1965 veröffentlicht. Das Buch gibt vor, ein Tagebuch zu sein, das der sowjetische Doppelagent Oberst Oleg Penkowski in den Monaten führte, die der Entlarvung durch seine sowjetischen Vorgesetzten, seiner Verurteilung und Hinrichtung vorausgingen. Im Buch wird der Name des Obersten in der CIA üblichen Weise transkribiert. Obwohl die in dem Buch veröffentlichten Informationen weitgehend authentisch sind, ist aus den Quellen zu ersehen, daß sie nicht aus dem Tagebuch Oberst Penkowskis stammen – ein solches existierte überhaupt nicht –, sondern aus CIA-Berichten zusammengestellt wurde, deren Autoren Frank Gibney, damals ein Angestellter der „Chicago Daily News", und der von der CIA beschäftigte KGB-Überläufer Peter Deriabin waren. „Es war kein Tagebuch", erklärte ein CIA-Beamter, „und insofern war es eine Fälschung." Ein anderer früherer Beamter gab zu, das Buch sei „kosmetisch behandelt" worden. Ein dritter fügte trocken hinzu: „Spione führen keine Tagebücher."

Autoren erhielten Unterstützung zu operativen Zwecken

Als wir ihn telefonisch in Japan erreichten, gab Frank Gibney auch zu, es habe „das Tagebuch als solches nicht existiert". Er fügte hinzu, er habe das meiste Material direkt den Berichten entnommen, die über die Interviews der CIA mit Oberst Penkowski während seiner kurzen Besuche im Westen angefertigt wurden.

In mehreren anderen Fällen hat die CIA, wie aus Unterlagen der Agentur hervorging, Autoren beim Verfassen von Büchern geholfen, bei denen sie der Auffassung war, sie könnten einen operativen Zweck erfüllen, und dies sogar auch dann, wenn die CIA an der Vorbereitung des Manuskripts nicht beteiligt war. Ein solcher Fall war, wie aus unseren Quellen hervorging, die Entscheidung der Agentur, mit John Barron bei den Recherchen zu seinem vor kurzem erschienenen Buch über den sowjetischen KGB zusammenzuarbeiten. Diese Entscheidung war nach Angabe der Quellen eine Antwort auf die einige Jahre zuvor erfolgte Veröffentlichung eines kleinen, weitgehend fehlerfreien Bändchens durch den KGB, das den Titel trug „Wer ist wer in der CIA" (Who is who in the C.I.A.). Dieses Buch führte Dutzende von CIA-Beamten auf – zusammen mit einigen amerikanischen Diplomaten und anderen Personen, die noch nie irgendeine Verbindung zur CIA gehabt hatten. Die CIA ist noch immer aufgebracht über die Täuschungskombination und das in weitem Umfang erfolgte „Verbrennen", d. h. die Identifizierung ihrer Mitarbeiter durch einen feindlichen Geheimdienst. Barrons Buch enthält ein 35seitiges Kompendium mit Namen von KGB-Offizieren, die unter verschiedenen Tarnungen in allen Teilen der Welt arbeiten. In einem Interview erklärte Barron, obwohl er „eine ganze Menge Hilfe" von der CIA erhalten habe, sei die Namensliste aus den verschiedensten Quellen von weltweiter Verbreitung zusammengestellt worden.

Eine der an Machenschaften reicheren CIA-Kampagnen zur Desinformation während der letzten Jahre bestand in dem Versuch, die kubanische revolutionäre Bewegung in den Augen anderer lateinamerikanischer Nationen dadurch zu diskreditieren, daß mit untergeschobenem Material suggeriert werden sollte, sie sei in einem bestimmten Ausmaß von Moskau gesteuert. Wie ein CIA-Vertreter erklärte, bestand die Strategie der CIA darin, eine ostdeutsche Frau namens Tamara Bunke herauszugreifen, die sich der Guerrillagruppe von Major Ernsto Ché Guevara ange-

schlossen hatte, sie als „die größte, gerissenste Kommunistin, die es je gab" hinzustellen und aus ihr gleichzeitig eine Agentin des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit und des sowjetischen KGB zu machen. Auf die Frage, wie die CIA diese ihre Erfindung dann verbreitet habe, erinnerte sich der CIA-Mann daran, daß die Agentur „Material und Hintergrundinformationen" an Daniel James lieferte, einen in Mexiko lebenden amerikanischen Autor und ehemaligen geschäftsführenden Redakteur des „New Leader", der im Jahre 1968 eine Übersetzung der Bolivianischen Tagebücher Major Guevaras veröffentlichte. In seiner Einleitung teilte James mit, Fräulein Bunke, die den nom de guerre Tanja angenommen hatte und in den Tagebüchern kaum erwähnt wird, sei nichtsdestoweniger einige Monate zuvor von einem ostdeutschen Überläufer der unteren Ebene als eine Agentin des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes identifiziert worden.

Die CIA-Schilderung einer Frau trug dazu bei, aus ihr eine Heldin zu machen

James legte in seinem Buch keinerlei Beweismaterial zur Stützung seiner Behauptung vor, Tamara Bunke habe während ihrer Zeit in Major Guevaras Gruppe „dem sowjetischen KGB angehört". In einem Interview sagte er, dies sei seine eigene Schlußfolgerung gewesen; er gab jedoch zu, in Zusammenhang mit dem Buch Gespräche mit der CIA geführt zu haben. „Ich erhielt von ihnen Informationen", erklärte er, „ich bekam von vielen Leuten Informationen". Er sagte, er sei mit Winston Scott bekannt gewesen, der damals Leiter der CIA-Station Mexico City war, und er habe Scott „um alles gebeten, womit sie mir helfen konnten". Er lehnte jedoch die Auskunft darüber ab, ob die Agentur ihn mit irgendwelchem Material über Tamara Bunke beliefert habe. Vielleicht ist das von der CIA gezeichnete Porträt Tanjas zum Teil der Grund dafür, daß die tote Frau zu einer Heldin der revolutionären Linken in allen Teilen der Welt geworden ist. Ihr Deckname wurde von Patricia Hearst, der Erbin aus San Francisco übernommen, nachdem sie im Jahre 1974 von der Symbionese Liberation Army entführt worden war und ihren Entschluß bekanntgab, sich der Gruppe anzuschließen. Daran erinnert, lachte der CIA-Vertreter vor sich hin und meinte: „Innenpolitischer Fallout."

II. Ein weltweites Propagandanetz, aufgebaut und kontrolliert von der CIA

Nicht lange nachdem John Kenneth Galbraith, der Wirtschaftswissenschaftler aus Harvard, im Jahre 1961 in Indien eintraf, um sein neues Amt als amerikanischer Botschafter anzutreten, bemerkte er eine seltsame politische Zeitschrift mit dem Namen „Quest", die auf dem asiatischen Subkontinent in Umlauf war. „Das Niveau ihrer intellektuellen und politischen Kompetenz lag unter Null", erinnerte sich Galbraith in einem Interview. „Sie bewirkte, daß man förmlich nach der politischen Differenziertheit des ‚National Enquirer' lechzte." Obwohl es sich um eine Publikation in englischer Sprache handelte, „näherte sie sich dem Englischen nur mehr oder weniger an", bemerkte Galbraith weiter. „Der von ihr angerichtete politische Schaden war nichts im Vergleich zum literarischen Schaden." Dann stellte der neue Botschafter fest, daß „Quest" mit Geldmitteln der Central Intelligence Agency publiziert wurde. Auf seine Anweisung hin stellte die CIA die Zeitschrift ein. Obwohl vielleicht nicht so bemerkenswert wie die meisten anderen, war „Quest" dennoch eine unter den Dutzenden englisch- oder anderssprachigen Publikationen in allen Teilen der Welt, die während der letzten dreißig Jahre im Besitz der CIA waren, von ihr subventioniert oder in sonst irgendeiner Weise beeinflußt wurden.

Obwohl die CIA Dutzende von im Ausland arbeitenden amerikanischen Journalisten beschäftigte, hat eine dreimonatige Untersuchung durch Reporter und Rechercheure im Auftrage der „New York Times" ergeben, daß sie – von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen – seitens der Agentur nicht zur Unterstützung ihrer weltweiten Propagandakampagne eingesetzt wurden. In ihren unablässigen Anstrengungen, die Weltmeinung zu beeinflussen, konnte die CIA auf ein separates und weit umfangreicheres Netz von Zeitungen, Pressediensten, Zeitschriften, Verlagen, Funkhäusern und anderen Einrichtungen zurückgreifen, auf die sie zu verschiedenen Zeiten ihren Einfluß geltend machen konnte. Vor zehn Jahren, als das CIA-Reich der Kommunikationsmittel seinen Höhepunkt erreicht hatte, umfaßte es mehr als 800 Presse- und öffentliche Informationsunternehmen und Einzelpersonen. Nach Aussage eines CIA-Vertreters reichten sie „vom Sender Freies Europa bis hin zu einem drittklassigen Typ in Quito, der irgend etwas in die örtliche Presse schleusen konnte". Obwohl das Netz offiziell als „Liste der Propaganda-Aktivposten" bekannt war, hieß es für CIA-Insider nur „Wisners Wurlitzer". Frank G. Wisner, inzwischen verstorben, war der erste Leiter der Agentur für verdeckte Aktionen.

Wie die große Wurlitzer-Orgel

Fast auf Knopfdruck, so stellte Wisner sich das gern vor, wurde der „Wurlitzer" zum Mittel der Orchestrierung – in nahezu jeder Sprache, in jedem beliebigen Teil der Welt und für jede Melodie, die zu hören der CIA gerade in den Sinn kam. Vieles vom Wurlitzer ist mittlerweile demontiert.

Die Enthüllungen des Jahres 1967 über einige der finanziellen Verbindungen der CIA zu akademischen, kulturellen und Verlags- und Presse-Organisationen führten zu einigen Beschneidungen, und als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß die Agentur amerikanische und ausländische Journalisten beschäftigte, bewirkte das ein Auslaufen der Beziehungen zu vielen der ausländischen Einzelpersonen und Presseorganisationen.

Ein kleineres Netz ausländischer Journalisten bleibt bestehen, und einige getarnte CIA-Agenten mögen noch immer in der Welt herumziehen, verkleidet als Korrespondenten für obskure Berufszeitschriften oder Wirtschaftspressedienste. Die Propaganda-Operation der CIA wurde zuerst von Tom Braden geleitet, dessen Kolumnen heute gleichzeitig in mehreren Zeitungen erscheinen; dann wurde sie viele Jahre hindurch von Cord Meyer Jr. betrieben, der vor seinem Eintritt in die CIA ein populärer Studentenführer in Yale war. Braden erklärte in einem Interview, er sei nie wirklich sicher gewesen, daß „irgend jemand mit der Operation beauftragt gewesen" sei; Frank Wisner habe „das sozusagen aus dem Kopf gemacht". Meyer lehnte es ab, über die Operation zu reden. Mehrere frühere CIA-Beamte berichteten jedoch, die Agentur habe sich zwar gehütet, ihren amerikanischen Journalisten zu sagen, was sie schreiben sollten, sie habe abüiben sollten, sie habe aber nie gezögert, den Output ihrer „Aktivposten" im Ausland zu manipulieren. Unter diesen befand sich eine Anzahl englischsprachiger Publikationen, die von amerikanischen Auslandskorrespondenten sowie von Reportern und Redakteuren in den USA regelmäßig gelesen wurden. Die meisten der früheren Beamten erklärten, sie seien über den potentiellen „Rückstoß" zwar in Sorge gewesen, hätten ihn jedoch nicht vermeiden können. Gemeint ist damit die Möglichkeit, daß die durch die CIA-„Aktivposten" gefilterte Propaganda, zum Teil absichtlich irreführend oder einfach falsch, von amerikanischen Auslandskorrespondenten aufgegriffen und in die Berichte an ihre Heimatredaktionen eingearbeitet wird.

Das verbindende Element zwischen der CIA und ihren Propagandaeinheiten war Geld, und das Geld brachte häufig ein gewisses Maß an redaktioneller Kontrolle, oft sogar die totale Kontrolle mit sich. In einigen Fällen machte die CIA einfach eine neue Zeitung oder einen neuen Pressedienst auf und bezahlte die Rechnungen über eine Tarnfirma. In anderen Fällen leitete die Agentur direkt oder indirekt Kapital an einen Unternehmer oder erschien im richtigen Moment, um einer in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Organisation aus der Klemme zu helfen. „Das gab ihnen etwas zu tun", sagte ein CIA-Mann. „Es ist die alte Geschichte mit Parkinsons Gesetz, eine Frage von Leuten, die über zu viel ungenutzte Zeit und über zu viel ungenutztes Geld verfügen. Es gab eine ganze Reihe von Leuten, die unterbeschäftigt waren."

Nach Aussage eines Agenturvertreters zog es die CIA nach Möglichkeit vor, ihr Geld in eine bereits vorhandene Organisation einzubringen, anstatt eine eigene zu gründen. „Wenn ein Konzern funktioniert", meinte der Beamte, „dann bietet er eine bessere Tarnung. Das Wichtigste ist, einen Redakteur oder sonst jemanden zu haben, der für Ihr Manuskript empfänglich ist."

Nachkriegshilfe für Journalisten

Die CIA, die aus dem Office of Strategic Services (OSS) des Zweiten Weltkrieges hervorging, wurde in den frühen Nachkriegsjahren in den Bereich der Massenkommunikationsmittel hineingezogen, als die Beamten der Agentur in Sorge darüber gerieten, daß einflußreiche Publikationen im verwüsteten Europa der Versuchung kommunistischer Geldmittel erliegen könnten. Unter den in diesen frühen Jahren subventionierten Unternehmen befand sich auch die angesehene französische Zeitschrift „Paris Match". Niemand, der in jener Periode bei „Paris Match" war, konnte erreicht und um einen Kommentar gebeten werden. In Erinnerung an die Sorgen dieser frühen Tage sagte ein ehemaliger CIA-Mann, es habe „kaum eine linke Zeitung in Europa gegeben, die nicht direkt von Moskau finanziert wurde". Er fuhr fort: „Wir wußten, wann der Kurier kam und wir wußten, wieviel Geld er mitbrachte."

Eines der ersten großen Unternehmen der CIA war der Rundfunk. Obwohl seit langem vermutet, konnte es definitiv erst vor einigen Jahren berichtet werden: bis 1971 unterstützte die CIA sowohl den Sender Freies Europa, der mit privater Finanzierung auch weiterhin für die Länder Osteuropas ausstrahlt, als auch Radio Liberty, eine Station, die direkt in die Sowjetunion sendet. Die Beteiligung der CIA an diesen Operationen wurde vor der Öffentlichkeit durch zwei Tarnorganisationen abgeschirmt, das Free Europe Committee und das American Committee for Liberation, die beide auch mit einer Reihe anderer, weniger bekannter Propagandaoperationen befaßt waren.

Das American Committee for Liberation finanzierte eine in München stationierte Gruppe, das Institut zum Studium der UdSSR – eine Publikations- und Forschungseinrichtung, die unter anderem das weitverbreitete Nachschlagewerk „Who is Who in the U.S.S.R." zusammenstellt. Das Free Europe Committee publizierte die Zeitschrift „East Europe", die sowohl in den USA als auch im Ausland verbreitet wurde, und gab den Pressedienst „Free Europe Press Service" heraus.

Weit obskurer waren zwei weitere Funkunternehmen der CIA, Radio Freies Asien und ein ziemlich dürftiges Unternehmen mit der Bezeichnung Radio Freies Kuba. Radio Freies Kuba, das in den frühen sechziger Jahren eingerichtet wurde, funkte nicht über eigene Sender, sondern kaufte Sendezeit von einer Reihe kommerzieller Rundfunkstationen in Florida und Louisiana. Die Propagandasendungen von Radio Freies Kuba gegen die Regierung von Ministerpräsident Fidel Castro wurden ausgestrahlt durch die Stationen WMIE und WGBS in Miami, WKWF in Key West und WWL in New Orleans. Sie ergänzten andere CIA-Sendungen einer Kurzwellenstation, WRUL, die Büros in New York City unterhielt, und eines Senders Radio Swan auf einer kleinen Insel in der Karibischen See. Das Management dieser Funkhäuser hat sich weitgehend verändert, und es war nicht möglich, festzustellen, ob jemand von der Herkunft der Geldmittel wußte, aus denen die Programme finanziert wurden. Informationen aus der kubanischen Bevölkerung in Miami besagten jedoch, es sei damals allgemein bekannt gewesen, daß Fonds irgendeiner Bundesbehörde eine Rolle gespielt hätten. Ein Motiv für die Gründung des Senders Radio Freies Kuba sei gewesen, erinnerte sich ein früherer CIA-Mitarbeiter, daß man im voraus Sendezeit zur Verfügung haben wollte, falls Radio Swan, das als Hauptverbindungsstelle der Kommunikation während der Schweinebucht-Invasion fungieren sollte, von Saboteuren zerstört würde. Die Tarnung von Radio Swan war dünn genug, um solche Besorgnisse zu rechtfertigen. Die starke Radiostation, deren Sendungen in einem großen Teil der westlichen Hemisphäre zu empfangen waren, wurde von einer Dampfschiffgesellschaft in New York betrieben, die schon seit geraumer Zeit kein Dampfschiff mehr besessen hatte. Außerdem wurde Radio Swan von potentiellen Werbekunden bestürmt, die sich der Vorteile eines starken, klaren Signals bedienen wollten. Nachdem man Monate hindurch Kunden abgewiesen hatte, war die CIA schließlich gezwungen, mit der Abwicklung von Geschäften zu beginnen, um die Radio Swan noch verbliebene Tarnung aufrechtzuerhalten.

Radio Freies Asien begann seine Sendungen für das chinesische Festland im Jahre 1951 mit aufwendigen Sendeanlagen in Manila. Die Station war ein Organ des Committee for Free Asia, und in der CIA hielt man die Sendungen für den Beginn einer Operation im Fernen Osten, die mit dem Sender Freies Europa und mit Radio Liberty wetteifern könnte. Das Committee for Free Asia wurde nach Aussage früherer CIA-Mitarbeiter gegründet als östliche Entsprechung des Free Europe Committee. Es änderte später seinen Namen in Asia Foundation. Es existiert noch immer, seine Beziehungen zur CIA wurden jedoch vor zehn Jahren abgebrochen. Leiter der Asia Foundation war mehrere Jahre lang der verstorbene Robert Blum, der nach Angabe verschiedener Quellen die CIA verließ, um die Stiftung zu übernehmen. Die Stiftung fungierte als Tarnung für mindestens einen CIA-Agenten und führte verschiedene medienbezogene Unternehmen durch, einschließlich eines 1955 begonnenen Programms, in dessen Verlauf asiatische Journalisten für ein Studienjahr im Rahmen des angesehenen Neiman-Fellowship-Programms der Universität Harvard ausgewählt und ihre Ausgaben übernommen wurden.

Notstands-Luftbrücke war ein Fehlschlag

Erst nachdem Radio Freies Asien seine Sender in Betrieb genommen hatte, stellte die CIA nach Berichten von Leuten, die mit der Sachlage vertraut waren, fest, daß es auf dem chinesischen Festland praktisch keine Rundfunkempfänger in privater Hand gab. Ein Notstandsplan wurde entworfen. Ballons mit kleinen Radios, die auf die Frequenz von Radio Freies Asien eingestellt waren, wurden in Richtung auf das Festland von der Insel Taiwan aus gestartet, wohin die chinesischen Nationalisten nach der kommunistischen Machtübernahme auf dem Festland im Jahre 1949 geflüchtet waren. Der Plan wurde fallengelassen, als die Ballons über die Straße von Formosa wieder nach Taiwan zurückgeweht wurden. Im Jahre 1955 stellte Radio Freies Asien seine Sendungen ein.

Das Engagement der CIA im Bereich der Publikationen erstreckte sich rund um die Welt und umfaßte eine große Vielzahl von Zeitschriften, von denen einige osbkur waren und viele inzwischen eingestellt sind. Wie aus den Quellen hervorging, gab es in einigen Fällen keinerlei Versuch, die Redaktionspolitik zu bestimmen, obwohl beträchtliche Subventionen gezahlt wurden, in anderen Fällen jedoch wurde die Politik geradezu diktiert.

Eins der CIA-Unternehmen in den USA beinhaltete die Subventionierung verschiedener Publikationen, deren Redakteure und Verleger von Havanna nach Miami geflohen waren, nachdem die Regierung Castro im Jahre 1959 an die Macht gelangt war. Die Subventionen – in einigen Fällen beliefen sie sich auf mehrere Millionen Dollar – wurden den Publikationen über eine CIA-Tarnorganisation in New York ausgezahlt, die Foreign Publications Inc. Zu dem Dutzend Empfänger dieser Subventionen gehörten nach vorliegenden Berichten „Avance", „El Mundo", „El Prensa Libre", „Bohemia" und „El Diario de las Americas". Zusätzlich soll die CIA die Agentur für Rundfunknachrichten AIP in Miami finanziert haben, deren Programme kostenlos an über 100

kleine Stationen in Mittel- und Lateinamerika geschickt wurden. Ursprünglich beabsichtigte die CIA, Exemplare der subventionierten Publikationen in Kuba selbst zu verbreiten. Dieser Plan wurde jedoch fallengelassen, nachdem sich die Exilkubaner, die sich bereit erklärt hatten, sie mit Booten dorthin zu bringen, in letzter Minute weigerten, sich der kubanischen Küste zu nähern. Die e Subventionen liefen jedoch auch ohne dies, und die betreffenden Publikationen wurden innerhalb der kubanischen Bevölkerung von Miami viel gelesen, im Falle von „Bohemia", einer wöchentlich erscheinenden Zeitschrift, die insgesamt über 3 Mio. Dollar erhielt, auch in ganz Lateinamerika.

Über die frühere Unterstützung der britischen Zeitschrift „Encounter" durch die CIA ist bereits berichtet worden, aus Quellen der Agentur geht jedoch hervor, daß auch der Kongreß für Kulturelle Freiheit – eine in Paris stationierte Gruppe, über die die CIA Geldmittel kanalisierte – eine Reihe von Zeitschriften unterstütze, von denen viele inzwischen eingestellt wurden.

Die Verbindungen zur CIA wurden abgebrochen

Dieser Kongreß, der 1950 als Antwort auf eine im gleichen Jahr in Berlin durchgeführte Konferenz sowjetischer Schriftsteller gegründet wurde, hat inzwischen seine Verbindungen zur CIA abgebrochen, sich neukonstituiert und seinen Namen geändert. Während der Jahre, in denen er als Umschlagstelle der CIA fungierte, stellte er den folgenden Zeitschriften finanzielle Unterstützung zur Verfügung: „Preuves" in Frankreich, „Forum" in Österreich, „Der Monat" in Westdeutschland, „El Mundo Nuevo" in Lateinamerika, sowie den Veröffentlichungen „Thought" und „Quest" in Indien.

In den Vereinigten Staaten beschäftigte die Zeitschrift „Atlas", ein Digest der Weltpresse, gelegentlich Übersetzer, die bei der CIA angestellt waren. „Africa Forum" und „Africa Report" erschienen mit CIA-Geldern, die ihnen über die American Society of African Culture und das African-American Institute zugeleitet wurden. In Stockholm erhielt die Zeitschrift „Argumenten" CIA-Mittel nach einem so komplizierten Verteilungsplan, daß selbst ihr Herausgeber nicht bemerkte, woher das Geld kam. Das gleiche war der Fall mit der alle zwei Monate erscheinenden lateinamerikanischen Schrift „Combate". In Nairobi, Kenia, gründete die CIA den „East African Legal Digest", weniger ein Propagandaorgan als vielmehr zur Tarnung eines ihrer Agenten. In den USA gab die Asia Foundation die Zeitung „The Asian Student" heraus, die an Studenten aus dem Fernen Osten verteilt wurde, die amerikanische Universitäten besuchten. In Saigon publizierte der Vietnamesische Rat für Auswärtige Beziehungen, der nach dem Vorbild der amerikanischen Version gebildet und ganz von der CIA finanziert wurde, eine gut gemachte und in aufwendigem Verfahren hergestellte Zeitschrift, die an Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses in Washington verteilt wurde.

Zu den ungewöhnlicheren Beziehungen der CIA zählt diejenige, die sie zu einem Unternehmen in Princeton, New Jersey, mit der Bezeichnung Forschungsrat (Research Council) unterhielt. Der Rat wurde von Hadley Cantril, dem verstorbenen Vorsitzenden der Abteilung Psychologie an der Universität Princeton gegründet, und dessen Kollege Lloyd Free beschaffte nahezu die gesamten Einnahmen des Rates in den zehn Jahren seiner Tätigkeit von der CIA. „Sie wurden als Aktivposten betrachtet, weil wir ihnen so viel Geld zahlten", sagte ein früherer CIA-Mann. Free bestätigte, er und Dr. Cantril, ein anerkannter Pionier der Meinungsforschung, hätten den Rat für die CIA „einfach so in Gang gehalten". Die Tätigkeiten des Rates bestanden nach Aussage Frees in umfangreichen Untersuchungen zur öffentlichen Meinung in anderen Ländern über Fragen, die für die CIA von Interesse waren. Einige seien, teilte er mit, innerhalb Osteuropas, im Sowjetblock durchgeführt worden. Die Regierungen der betreffenden Länder, sagte Free weiter, „wußten nichts von der CIA". Ebensowenig offensichtlich der Verlag Rutgers University Press, der 1967 einige der Ergebnisse in einem Band „Verhaltensmuster menschlicher Beziehungen" veröffentlichte.

Buchveröffentlichungen

Über die Beziehungen, die die CIA zu dem Buchverleger Frederick Praeger unterhielt, ist in der Vergangenheit bereits geschrieben worden. Praeger war jedoch nur ein Beispiel aus einer Reihe von Verlagsfirmen, zu denen einige der prominentesten Namen der Branche gehörten, und die über 1000 in irgendeiner Weise innerhalb der letzten drei Jahrzehnte von der CIA produzierte oder subventionierte Bände druckten oder verbreiteten. Einige der Verlage waren nichts anderes als CIA-„Besitz". Zu ihnen gehörten Allied Pacific Printing in Bombay, Indien, und das Asia Research Centre, eins von verschiedenen CIA-Verlagsunternehmen in Hongkong, die von einem Gewährsmann aus der Agentur beschrieben wurden als „nichts als ein paar Übersetzer". Andere, einwandfreie Verlagsunternehmen, die nach Aussage früherer und heutiger CIA-Vertreter Subventionen der Agentur erhielten, waren Franklin Books, ein in New York ansässiges Verlagshaus, das sich auf die Übersetzung akademischer Werke spezialisiert hat, sowie Walker & Co., das sich

im gemeinsamen Besitz von Samuel Sloan Walker Jr. – einst Vizepräsident des Free Europe Committee – und Samuel W. Meek – pensionierter Geschäftsführer der Werbeagentur J. Walter Thompson und ein Mann mit engen Verbindungen zur CIA – befindet. Ein Sprecher der Firma Franklin bestätigte, daß der Verleger Beihilfen seitens der Asia Foundation „und von einer anderen kleinen Stiftung für ein afrikanisches Projekt" erhalten habe; „von beiden wurde im Jahre 1967 nachgewiesen, daß sie von der CIA unterstützt wurden". Der Sprecher fügte hinzu, Franklin habe „damals von dieser Unterstützung nichts gewußt". Durch einen Sekretär ließ Walker mitteilen, sein Konzern habe niemals „Bücher für die CIA gedruckt oder irgendein Buch irgendeiner Herkunft verlegt, das nicht von sich aus die Veröffentlichung verdient hätte".

Zu weiteren Verlagen, die Bücher mit redaktionellen Beiträgen der CIA herausbrachten, gehörte Charles Scribner's Sons, wo 1951 „The Yenan Way" von Eudocio Ravines herauskam. Der Veröffentlichung lag eine Übersetzung von William F. Buckley Jr. zugrunde, der in den frühen fünfziger Jahren mehrere Jahre lang CIA-Agent war. Ebenfalls 1951 erschien bei G. P. Putnam's Sons „Leben und Tod in Sowjetrußland" von Valentin Gonzalez, dem berühmten „El Campesino" des Spanischen Bürgerkrieges. Nach Mitteilung von Vorstandsmitgliedern beider Häuser waren Putnam und Scribners über irgendeine CIA-Beteiligung an diesen Büchern in Unkenntnis, ebenso Doubleday & Company, die 1965 unter dem Titel „Die Penkowski-Papiere" ein Buch herausbrachten, das vorgab, ein vom sowjetischen Doppelagenten Oberst Oleg Penkowski geführtes Tagebuch zu sein. Das Buch benutzte sogar bei der Transkription des Namens Penkowski die CIA-Schreibweise.

Gleichfalls über die Verbindung zur CIA nicht informiert war der Verlag Ballantine Books, der einen bescheidenen Band über Finnland, „Studies in Sisu", veröffentlichte, dessen Verfasser Austin Goodrich ein getarnter CIA-Mann war und jahrelang in Skandinavien als ein mit Recherchen zu einem Finnlandbuch beschäftigter freier Autor posierte.

Verfassertätigkeit als Deckmantel

Ein weiterer CIA-Agent, der den Deckmantel eines mit Buchrecherchen beschäftigten freien Schriftstellers benutzte, war Edward S. Hunter. Er bereiste jahrelang Zentralasien und sammelte Material für ein Werk über Afghanistan, das schließlich im angesehenen Londoner Verlag Hodder & Stoghton herauskam. Andere CIA-Männer arbeiteten im Ausland, während sie Bücher schrieben, so zum Beispiel Lee White, ein Angestellter der Abteilung Mittlerer Osten, der eine Biographie des ägyptischen Generals Mohammed Neguib verfaßte, und der Schriftsteller und Naturforscher Peter Matthiessen, der den Roman „Partisanen" begann, als er von 1951 bis 1953 bei der CIA in Paris tätig war, wo er auch noch George Plimpton half, die „Paris Review" zu gründen. Wie Hunter benutzten White und Matthiessen ihre Laufbahn als Schriftsteller nur als Deckmantel für ihre Geheimdiensttätigkeit. Es gibt keinen Beweis dafür, daß die CIA den Versuch unternahm, ihre Texte zu kontrollieren oder daß sie versuchte, über Matthiessen die „Paris Review" zu beeinflussen.

Verschiedene Bemühungen der CIA auf dem Gebiet der Buchveröffentlichung wurden von den Kritikern gut aufgenommen, und einige wurden sogar kommerzielle Erfolge. „Mindestens einmal", heißt es in einem Bericht des Geheimdienstausschusses beim amerikanischen Senat, „wurde die Besprechung eines CIA-Buches, die in der ‚New York Times' erschien, von einem Schriftsteller verfaßt, der einen Vertrag mit der CIA hatte." Der Bericht machte keine genaueren Angaben über Buch und Kritiker, das Buch soll jedoch „Flucht aus Rotchina" gewesen sein, die Geschichte eines Überläufers aus China, die im Verlag Coward, McCann and Geoghegan erschien. Jack Geoghegan, der Präsident des Verlages, erklärte, er habe zu keiner Zeit gewußt, daß das Buch von der CIA zur Veröffentlichung vorbereitet worden sei. Das Buch wurde in der „Times" am Sonntag, dem 11. November 1962 von Richard L. Walker besprochen, der jetzt Direktor des Instituts für Internationale Studien an der Universität von Süd-Carolina ist und für die Zeitung häufig Bücher rezensiert. Professor Walker sagte in einem Telefoninterview, er sei und nach dem Erscheinen der Besprechung bei der CIA als Berater und Dozent unter Vertrag gewesen, nicht jedoch, als er die Kritik geschrieben habe. Ebensowenig habe er auch gewußt, daß das Buch von der CIA produziert worden sei.

Ein anderes erfolgreiches Buch, das nach Angaben aus der CIA 1962 mit Unterstützung der Agentur erschien, ist „Auf dem Rücken des Tigers" von Aderogba Ajao, einem Nigerianer, der an einer ostdeutschen Universität studiert hatte und in seine Heimat zurückgekehrt war, um über seine Desillusionierung zu schreiben.

Eine jugoslawische Verbindung

Die Praeger-Organisation, die im Jahre 1966 vom Verlag der Encyclopedia Brittanica erworben wurde, kam zum ersten Mal mit der CIA 1957 in Berührung, als sie „Die Neue Klasse" heraus-

brachte, ein Buch, das einen Wendepunkt darstellte und dessen Verfasser, der desillusionierte Funktionär der jugoslawischen Regierung Milovan Djilas ausführlich seine persönliche Ablehnung des Kommunismus beschreibt. Djilas, der schon vor der Veröffentlichung des Buches für seine Regierung zu einem Stein des Anstoßes geworden war, hatte Schwierigkeiten, den letzten Teil des Manuskripts aus Jugoslawien herauszubekommen. Praeger berichtete, er habe sich an einen Freund in der amerikanischen Regierung (jedoch nicht in der CIA) gewandt und um Unterstützung bei der Beschaffung der letzten Seiten gebeten. Das Manuskript wurde schließlich durch Edgar Clark, damals Korrespondent des Nachrichtenmagazins „Time", und seine Frau Katherine von Belgrad nach Wien gebracht. Clark erklärte, weder er noch seine Frau hätten jemals irgend etwas mit der CIA zu tun gehabt. Das Manuskript kam letztlich jedoch in die Hände eines CIA-Funktionärs mit Namen Arthur Macy Cox. Cox, der später unter einem Praeger-Deckmantel in Genf arbeitete, setzte die Bemühungen der Agentur in Gang, das Buch in eine Vielzahl von Sprachen übersetzen und es in allen Teilen der Welt verbreiten zu lassen.

„Es war mein erster Kontakt zur CIA", sagte Praeger, fügte jedoch hinzu, er habe zur damaligen Zeit „nicht einmal gewußt, daß es eine CIA überhaupt gab." Praeger führte weiter aus, er habe später 20 bis 25 Bände veröffentlicht, an denen die CIA beteiligt war, und zwar entweder am Entstehen des Manuskripts, an der Publikation als solcher oder an der Verbreitung des erschienenen Buches. Die Beteiligung der Agentur hätte sich nach seinen Worten auf die verschiedenste Weise auswirken können: durch direkte Erstattung der Publikationskosten oder durch die – vielleicht durch eine Art Stiftung gegebene – Garantie, genügend Exemplare anzukaufen, um die Veröffentlichung rentabel zu machen.

Eins von den Büchern, bei denen die CIA ihre Hand im Spiel hatte, waren „Der Ameisenhaufen", ein Werk der französischen Schriftstellerin Suzanne Labin über China, und zwei Bücher über die Sowjetunion von Günther Nollau, einem Angehörigen des westdeutschen Verfassungsschutzes und später dessen Chef. Nollau wurde in einer Besprechung in der „New York Times" nur ausgewiesen als „ein westdeutscher Rechtsanwalt, der vor einigen Jahren aus Ostdeutschland geflohen ist".

Dutzende fremdsprachiger Zeitungen, Presseagenturen und andere Organisationen wurden von der CIA finanziert und betrieben – zwei der bedeutendsten sollen die westdeutsche Nachrichtenagentur DENA und der lateinamerikanische Artikeldienst „Agencía Orbe Latino Americano gewesen sein.

Die Zeitungen der CIA

Zusätzlich hatte die CIA viel Geld in den verschiedensten englischsprachigen Presseunternehmen angelegt. Auf die Frage, warum die Agentur dafür eine Vorliebe habe, erläuterte ein ehemaliger höherer CIA-Beamter, es sei weniger schwierig gewesen, die Besitzverhältnisse von Publikationen zu verschleiern, bei denen es offenkundig Gründe dafür gab, daß sie einem Amerikaner gehörten, wie es andererseits auch leichter gewesen sei, amerikanische Agenten in diesen Publikationen als Reporter und Redakteure unterzubringen.

Der „Daily American" in Rom, an dessen Besitz die CIA von 1956 bis 1964 mitbeteiligt war, war nur eine der agentur-„eigenen" englischsprachigen Zeitungen, als sie durch Samuel W. Meek, ein Vorstandsmitglied der Werbeagentur J. Walter Thompson, erworben wurde. Wie es hieß, gab es solche der CIA „gehörenden" Organe auch in anderen Hauptstädten, zum Beispiel in Athen und Rangun. Sie erfüllten gewöhnlich einen doppelten Zweck: sie lieferten die Tarnung für Geheimagenten und veröffentlichten gleichzeitig Propaganda der Agentur. Der CIA-Besitz von Zeitungen wurde im allgemeinen als kostspielig und schwer zu verheimlichen betrachtet, und alle diese Beziehungen sollen jetzt beendet sein. Der „Daily American" in Rom wurde von der CIA übernommen, damit er, wie man damals sagte, nicht in die Hände der italienischen Kommunisten falle. Die Agentur war jedoch schließlich die Versuche leid, den Eindruck aufrechtzuerhalten, die Zeitung befinde sich in Privatbesitz, und sobald die angenommene Drohung seitens der Kommunisten nicht mehr bestand, verkaufte sie sie an Samuel W. Meek. Doch auch nachdem die CIA die Zeitung verkauft hatte, wurde sie mehrere Jahre lang von Robert H. Cunningham geleitet, einem CIA-Beamten, der von seinem Posten in der Agentur zurückgetreten war und von ihr als vertraglicher Mitarbeiter wieder eingestellt wurde.

Ein früherer CIA-Beamter sagte aus, die Agentur habe die Gelegenheit, eine weitere englischsprachige Zeitung zu erwerben, ungenutzt verstreichen lassen. Es ging dabei um die „Brussels Times", die von einem CIA-Mann geleitet wurde, sonst aber keine weitere Verbindung zur Agentur hatte. Der Beamte erzählte, die CIA habe auf das Angebot mit den Worten reagiert, es sei „leichter, einen Reporter zu kaufen, was wir getan haben, als eine Zeitung".

Außer den CIA-„eigenen" Zeitungen in Athen, Rangun und Rom hatte die CIA, wie Gewährleute in der Agentur aussagten, Beteiligungen erworben am „Okinawa Morning Star" – mehr zu Zwek-

ken der Tarnung als für Propagandazwecke –, an der „Manila Times" und der „Bangkok World", die beide inzwischen ihr Erscheinen eingestellt haben, sowie an den „Tokyo Evening News", bevor diese vom Pressekonzern Asahi aufgekauft wurde. „Wir hatten zu jeder Zeit in jeder ausländischen Hauptstadt mindestens eine Zeitung", sagte ein CIA-Mann, und diejenigen, die nicht ausschließliches Eigentum der CIA waren oder von ihr weitgehend subventioniert wurden, infiltrierte sie mit bezahlten Agenten oder leitenden Redakteuren, die über die Möglichkeit verfügten, Artikel drucken zu lassen, die der Agentur von Nutzen waren, und andere, die sie für schädlich hielt, nicht zu drucken.

Agenten in den Redaktionen

In Santiago, Chile, lieferte die „South Pacific Mail", die offenbar nie im Besitz der CIA war, die Tarnung für zwei Agenten: David A. Phillips, der schließlich zum Chef der CIA-Abteilung Westliche Hemisphäre aufstieg, und David C. Hellyer, der seine Stellung als Lateinamerika-Redakteur des Copley-Zeitungsunternehmens aufgab, um sich der CIA anzuschließen. Weitere Zeitungen, in deren Redaktionen die CIA viele Jahre hindurch Agenten eingeschleust haben soll, waren unter anderem der „Gupana Chronicle", die „Haiti Sun", die „Japan Times", „The Nation" in Rangoon, das „Caracas Daily Journal" und die „Bangkok Post". Und vor der Revolution des Jahres 1959 trug die „Times of Havana", deren Eigentümer ein führerer CIA-Mann war, dadurch zur „Tarnung" von David A. Phillipps bei, daß sie ihn als Kolumnisten verpflichtete.

Nach weiteren Berichten hatte die CIA Agenten in einer Anzahl ausländischer Presseagenturen, darunter LATIN, eine von der britischen Presseagentur Reuter betriebene lateinamerikanische Agentur, sowie die Ritzhaus-Organisation in Skandinavien. Obwohl es CIA-Agenten in den Auslandsbüros von Associated Press und United Press International gab, soll die CIA keinen bei Reuter gehabt haben, da diese Agentur britisch und damit ein potentielles Ziel des britischen Geheimdienstes ist.

Mit der Situation vertraute Gewährsleute berichteten jedoch, daß die CIA gelegentlich britische „Aktivposten" bei Reuter zu dem Zweck ausgeliehen habe, dort Artikel unterzubringen. Auf die Frage nach der oft zitierten Versicherung des früheren CIA-Direktors William E. Colby, die Agentur habe Reuter nie „manipuliert", erwiderte ein CIA-Vertreter, es sei „keine Manipulation gewesen, weil Reuter Bescheid wußte", daß die betreffenden Artikel von der CIA untergeschoben wurden und daß einige von ihnen unzutreffend waren. Desmond Manerly, Reuters leitender Redakteur für Nordamerika, hat erklärt, derartige Beschuldigungen seien „für uns ein alter Hut". Er wies darauf hin, daß Reuters Geschäftsführender Direktor Gerald Long Beweismaterial für solche Manipulationen angefordert habe, daß jedoch nichts dergleichen zum Vorschein gekommen sei.

Eine Reihe von Presseagenturen war direkt im Besitz der CIA oder wurde von ihr weitgehend finanziert. Eine davon, der Foreign News Service, lieferte Artikel, die von einer Gruppe aus den osteuropäischen Staaten exilierter Journalisten geschrieben wurden. In den frühen 60er Jahren wurden diese Artikel an bis zu 300 Zeitungen in allen Teilen der Welt verkauft, darunter auch an die „New York Times", den „Christian Science Monitor" und die „New York Herald Tribune". Boleslaw Wierzbianski, ein früherer polnischer Informationsminister und ehemaliger Leiter der Presseagentur, erklärte, seines Wissens sei die Beteiligung der CIA nur finanzieller Natur gewesen, und sie habe nie versucht, die veröffentlichten Dienste zu kontrollieren oder den Foreign News Service zu Tarnungszwecken zu benutzen.

Ausgabe von Presseausweisen

Im Gegensatz dazu war der Continental Press Service, dessen Zentrale in Washington war und von einem CIA-Mann namens Fred Zusy geleitet wurde, direkt im Besitz der CIA. Eine seiner Hauptfunktionen bestand darin, amtlich aussehende laminierte Presseausweise an CIA-Agenten auszugeben, die dringend Tarnung benötigten. „Editors Press Service" war ein etablierter Feature-Dienst mit Abnehmern in ganz Lateinamerika, bis er nach Aussage von zwei früheren CIA-Beamten und einer dritten maßgeblichen Quelle in eine Verteilerstelle für CIA-inspirierte Propaganda umgewandelt wurde. Ein früherer CIA-Mann erklärte, der Dienst, damals im Besitz von Joshua B. Powers Sr., sei eine Ausgabestelle gewesen „für Klischee-Stories, von Informationsartikel, die von der CIA vorbereitet oder für die CIA vorbereitet waren". Powers gestand ein, daß er ein enger Freund des verstorbenen Oberst J. C. King, des langjährigen Leiters der CIA-Abteilung Westliche Hemisphäre gewesen sei, daß er als leitender Angestellter der CIA-finanzierten Henry-Clay-Stiftung gearbeitet habe und daß er es gewesen sei, der die „South Pacific Mail" von David A. Phillips gekauft habe und auch während der Periode Mitte der sechziger Jahre ihr Eigentümer gewesen sei, als sie von David Hellyer als Deckmantel benutzt wurde. Powers konnte sich jedoch nur an eine einzige Verbindung zwischen „Editors Press" und der CIA erinnern. Er berichtete, wie er Mitte der sechziger Jahre CIA-Gelder zur Finanzierung der Lateinamerikareisen eines seiner Autoren verwendet habe, und zwar für Guillermo Martinez Marquez, den exilier-

ten Redakteur einer kubanischen Zeitung. Marquez erklärte, er habe nie gewußt, daß das Geld, daß er von Powers erhalten habe, von der CIA gekommen sei.

Vielleicht der am weitesten verbreitete unter den CIA-eigenen Pressediensten war ‚Forum World Features', gegründet 1958 als ein Unternehmen in Delaware, ‚Forum Information Service', mit Büros in London. „Forum" war während eines langen Zeitraums seines Bestehens offiziell im Besitz von John Hay Whitney, dem Verleger der „New York Herald Tribune", deren Erscheinen 1966 eingestellt wurde. Nach mehreren CIA-Quellen „wußte Whitney über die wirkliche Rolle der Agentur Bescheid". Ein Sekretär Whitneys teilte mit, er sei zu krank, um auf Fragen nach seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit „Forum" zu antworten.

Ebenfalls im klaren über die Rolle der CIA waren sich nach Mitteilung ehemaliger und heutiger CIA-Vertreter der konservative britische Journalist Brian Crozier, der laut Angabe der CIA-Leute ein vertraglich verpflichteter Angestellter der Agentur gewesen war, und Robert G. Gately. Gately, der Geschäftsführende Direktor von „Forum" in den frühen 60er Jahren, war ein Karrieremann der CIA, der auch später Tarnbeschäftigungen bei „Newsweek", als Firmenmanager im Fernen Osten und beim „Asia Magazine" in Tokio ausübte. Während ihre Kollegen in nahezu allen großen Unternehmen der Nachrichtenbeschaffung berichteten, sie hätten mit der CIA zu tun gehabt, haben leitende Angestellte von „Newsweek" erklärt, sei seien zwar sicher, daß keiner der gegenwärtig bei ihrer Zeitschrift Beschäftigten irgendwelche Beziehungen zur CIA unterhalte, man könne jedoch unmöglich mit Sicherheit sagen, daß das auch in der Vergangenheit so gewesen sei.

Amerikanische Zeitungen als Abnehmer

Obwohl die CIA nachdrücklich versichert hat, sie habe niemals direkt versucht, ihre Propaganda in die amerikanische Presse zu bringen, hatte die Presseagentur ‚Forum World Features' zeitweise 30 in den USA erscheinende Zeitungen unter ihren Abnehmern, unter ihnen die „Washington Post", und versuchte auch, ohne Erfolg, ihr Material der „New York Times" zu verkaufen. Der Verkauf von Forum-Material an die „Washington Post" und an andere amerikanische Zeitungen brachte die CIA, wie einer ihrer Beamten es ausdrückte, „in ein höllisches Dilemma". Das Verkaufen von Nachrichtenmaterial, erklärte er weiter, wurde für notwendig befunden, um die Tarnung der Organisation aufrecht zu erhalten und zeitigte fortgesetzte und ziemlich hektische Bemühungen, um zu gewährleisten, daß die Abnehmer im eigenen Lande nur korrekte Meldungen erhielten.

Eine weitere große ausländische Nachrichtenorganisation, von der CIA-Beamte sagen, sie hätten sie einst subventioniert, war „Vision", das überall in Europa und Lateinamerika verbreitete wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazin. Niemand der an der Gründung von „Vision" Beteiligten oder im Laufe der Jahre im Management Beschäftigten hat jedoch von irgendwelchen Anzeichen dafür berichtet, daß die CIA Gelder in das Magazin gesteckt hat.

Zu den nachrichtenbezogenen Organisationen, in deren Tätigkeit die CIA im Laufe der Jahre verwickelt war, gehören der Internationale Journalistenverband in Brüssel, der CIA-Gelder über die American Newspaper Guild – heutige Bezeichnung: The Newspaper Guild – für einen organisatorischen Zusammenschluß von Journalisten in Asien, Afrika und Europa erhielt. Ebenso über die Gilde mit Geldmitteln ausgestattet wurde das lateinamerikanische Gegenstück des Verbandes, die Inter-American Federation of Working Newspapermen's Organizations, die für die Dauer einiger Jahre gewerkschaftliche Organisation und Journalistenseminare in Südamerika durchführte.

Wiederum eine andere Organisation, die die CIA zu ihren „verdeckten Aktionsreserven" zählte, war die Inter-American Press Association, eine Gruppe angesehener Verlagshäuser in den USA und in Lateinamerika, zu deren Mitgliedern auch die „New York Times", die „Washington Post" sowie die Magazine „Time" und „Newsweek" gehörten. Diese Vereinigung wurde mindestens einmal im Rahmen der ausgedehnten Propagandakampagne eingesetzt, die die CIA gegen den chilenischen Präsidenten Salvadore Allende Gossens in den Jahren vor September 1973 führte, vor dem Zeitpunkt also, an dem Dr. Allendes marxistische Regierung gestürzt und er selbst ermordet wurde. Innerhalb einer Woche nach der Entscheidung der Regierung Nixon vom 14. September 1970, noch einmal einen äußersten Versuch zu unternehmen, um die Wahl Dr. Allendes zum Präsidenten zu verhindern, „instrumentierte die CIA", wie es im Bericht des Geheimdienstausschusses beim amerikanischen Senat heißt, „über ihre verdeckten Aktionsreserven einen Protest seitens einer internationalen Presse-Assoziation und organisierte die weltweite Verbreitung dieses Protestes". Der Bericht nannte die Pressevereinigung nicht beim Namen, am 19. September 1970 veröffentlichte jedoch die Inter-American Press Association eine Erklärung, die am darauffolgenden Tag weite Unterstützung fand. Darin wurde die Anklage erhoben, die Freiheit der Presse werde in Chile aufs Spiel gesetzt, und dies sei das Ergebnis seiner gemeinsamen Störungs-

und Einschüchterungskampagne von der Seite Dr. Allendes und seiner marxistischen Verbündeten.

III. Die CIA stellte viele Verbindungen zu Journalisten in den USA und im Ausland her

Vor einigen Jahren wurde eines Tages der Korrespondent einer großen Zeitung des Mittleren Westens bei seiner Ankunft in Belgrad von Kollegen gefragt, ob er Lust habe, den örtlichen Vertreter seiner Zeitung zu treffen. Da er wußte, daß seine Zeitung in Belgrad niemanden beschäftigte, oder das jedenfalls annahm, stieg der Korrespondent die Treppe im Hotel des Mitarbeiters hinauf, konnte jedoch nur noch einen flüchtigen Blick auf den Mann werfen, der eine andere Treppe hinunterrannte und ihm zurief, er müsse noch ein Flugzeug nach Prag erreichen. Der Korrespondent war konsterniert, sagte jedoch, er habe später erfahren, daß der Mann ein Agent der Central Intelligence Agency war, der die Flucht ergriffen hatte, um seine Tarnung aufrechtzuerhalten, und daß er seinen Presseausweis direkt vom Verleger der Zeitung erhalten hatte. Er hatte mit dem Verleger vereinbart, die Angelegenheit geheimzuhalten, und hatte sich offenbar nicht vorstellen können, daß einer der rechtmäßigen Korrespondenten dieser Zeitung unerwartet auftauchen könnte.

Dieser Fall war nur einer unter Dutzenden anderen, die im Verlauf einer dreimonatigen Untersuchung der „New York Times" ans Tageslicht kamen. Gegenstand der Untersuchung waren die dreißig Jahre währenden Verbindungen der CIA zur Nachrichtenindustrie in den USA und im Ausland sowie vor allem ihre Beziehungen zu amerikanischen Journalisten in Übersee. In Interviews mit zahlreichen früheren und heutigen Geheimdienstbeamten, Journalisten und anderen mit der Situation vertrauten Personen überprüfe die „Times" die Namen von 200 Einzelpersonen und Organisationen, denen von verschiedener Seite mögliche Geheimdienstkontakte nachgesagt wurden. Fast 20 Korrespondenten wurden ausfindig gemacht, die berichteten, sie hätten Beschäftigungsangebote der CIA abgelehnt. Die „Times" erhielt jedoch auch die Namen von über 30 amerikanischen Journalisten, die seit dem Zweiten Weltkrieg als Geheimdienstagenten tätig waren, in den meisten Fällen für die CIA, sowie von mindestens einem Dutzend weiterer amerikanischer Reporter, die, obwohl unbezahlt, von der CIA zu ihren operativen „Aktivposten" gerechnet wurden. Außerdem haben während der letzten 30 Jahre mindestens 12 hauptberufliche CIA-Beamte im Ausland gearbeitet und sich dabei als Angestellte amerikanischer Presse- und Nachrichtenorganisationen ausgegeben. Von den über 70 Einzelpersonen, die von der „Times" als Angehörige einer dieser Kategorien identifiziert wurden, sind einige verstorben und konnten viele nicht mehr ausfindig gemacht werden. Von den übrigen bekräftigte jedoch eine ganze Reihe ihre früheren Beziehungen, und einige berichteten in aller Offenheit über ihre Erfahrungen, obwohl nahezu alle darum baten, nicht namentlich genannt zu werden. „Ich möchte jetzt hier zuhause in einem Lande leben, das mir gefällt, ohne befürchten zu müssen, daß mir eine Bombe ins Fenster fliegt", erklärte ein früherer Korrespondent von ABC-News, der in den fünfziger Jahren für die CIA gearbeitet hatte. Bei ABC sagte der langjährige Vizepräsident William Sheehan, in der Presseagentur sei man „befriedigt darüber, daß es unter unserem Personal niemanden in einer derartigen Doppelrolle gegeben hat".

Von den Interviewten bestanden alle darauf, so beispielsweise ein früherer Vertreter von „Time" in Rom, daß es ihnen möglich gewesen sei, zwischen ihrer Geheimdienstarbeit und ihrer journalistischen Laufbahn einen Trennungsstrich zu ziehen, wenn auch in einigen Fällen unter psychologischen Opfern. Niemand von ihnen sagte, daß die CIA sie jemals dazu ermuntert habe, ihre Depeschen den Absichten der CIA anzupassen oder sich journalistisch in irgend einer anderen Weise zu kompromittieren. Einige äußerten die Befürchtung, Publizität würde sie um ihre Arbeitsplätze bringen oder eine künftige Anstellung erschweren. Die CIA traf keine finanzielle Vorsorge, um den Schock der Trennung erträglicher zu machen, als sie im vergangenen Jahr die Beziehungen zu den letzten ihrer Reporter-Agenten beendete; einer von ihnen, bis vor kurzem ein CBS-Reporter in Europa, verpackt heute Pakete in einem Warenhaus in Florida.

Das Klima des Kalten Krieges

Einige der interviewten Journalisten und CIA-Beamten wiesen darauf hin, es sei auf der Höhe des Kalten Krieges akzeptabel gewesen, mit der CIA in einer Weise zusammenzuarbeiten, die heute sowohl von der Agentur als auch von der Berufsgruppe der Journalisten für unangebracht gehalten wird. Ein höherer CIA-Vertreter im Ruhestand erklärte: „Zusammenarbeit war angebracht. Ich vermute, daß sich das im Jahre 1977 seltsam ausnimmt. Damals jedoch war die Zusammenarbeit nichts Seltsames." In diesem Monat hat die CIA eine neue Geschäftsordnung veröffentlicht, in der all bezahlten oder unbezahlten Beziehungen zu Reportern amerikanischer Nachrichtenorganisationen mit allgemeiner Verbreitung untersagt sind – außer mit ausdrücklicher Genehmigung des CIA-Direktors.

Auf die seit langem praktizierten Beziehungen der Agentur zu amerikanischen Journalisten wurde die Öffentlichkeit zum erstenmal im Jahre 1973 aufmerksam, als William E. Colby als damaliger CIA-Direktor Reporter in Washington mit einigen Hintergrundinformationen bekannt machte. Der „Washington Star" berichtete über diese Praxis, was zu Untersuchungen durch zwei Kongreßausschüsse führte. Eins der Gremien, der Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses, wird in dieser Sache Hearings abhalten, die heute beginnen, und das entsprechende Organ des Senats erwägt ebenfalls eine öffentliche Untersuchung. Das Thema wurde vor drei Monaten erneut aufgegriffen, als der freiberuflich recherchierende Reporter Carl Bernstein in der Zeitschrift „Rolling Stone" schrieb, rund 400 amerikanische Journalisten hätten seit der Gründung der Agentur im Jahre 1947 „insgeheim Aufträge für die CIA ausgeführt", in vielen Fällen mit Wissen und Billigung leitender Angestellter des Nachrichtenwesens. Andererseits versicherten alle im Rahmen der „Times"-Untersuchung interviewten früheren und heutigen CIA-Vertreter einhellig, die Anzahl der von der CIA bezahlten Journalisten sei, wie ein früherer Mitarbeiter erklärte, „ziemlich bescheiden" gewesen. „Wenn Sie eine Geschichte von 25 Jahren genau überprüfen", meinte der frühere CIA-Mitarbeiter, „dann werden Sie auf Gesamtzahlen von etwa 40 oder 50 Leuten kommen." Andere setzten die Gesamtzahl auf 100 an. In jener Zeit gab es tatsächlich Tausende von Korrespondenten amerikanischer Nachrichtenorganisationen, die im Ausland tätig waren.

Verschiedene CIA-Beamte wiesen darauf hin, daß die CIA selbst nicht genau wisse und wahrscheinlich auch nie wissen könne, wie viele amerikanische Journalisten im Laufe der Jahre auf ihrer Gehaltsliste gestanden haben. Die Akten der Agentur sind weit verstreut und unvollständig, wie sie sagen, und viele der im Ausland getroffenen Abmachungen sind unter Umständen niemals in der CIA-Zentrale festgehalten worden.

Seit sich in den vergangenen Monaten die Aufmerksamkeit erneut auf die früheren Versuche der CIA konzentriert hat, die Presse in ihre Propagandabemühungen einzubeziehen, haben Auslandskorrespondenten berichtet, verstärkter Argwohn seitens der Bürger anderer Länder habe das Sammeln von Nachrichten schwieriger werden lassen. Eine Meinungsumfrage der „Times" unter ihren eigenen Auslandskorrespondenten erbrachte verschiedene Äußerungen, in denen daran erinnert wurde, daß in einigen Teilen der Welt amerikanische Journalisten wie auch diejenigen der meisten übrigen Länder immer verdächtigt worden sind, nebenher als Geheimdienstagenten tätig zu sein. Ein Korrespondent kabelte jedoch aus Indien, es gebe „bei einigen von uns die ziemlich neue Praxis, öffentlichen Kontakten mit bekannten CIA-Leuten aus dem Wege zu gehen". Er schrieb, solche Kontakte „könnten nur einen bestehenden Verdacht bestätigen".

Alles in allem ergab die dreimonatige „Times"-Untersuchung, daß mindestens 22 amerikanische Nachrichtenorganisationen, wenn auch manchmal nur gelegentlich, amerikanische Journalisten beschäftigt haben, die auch für die CIA arbeiteten. In einigen Fällen waren sich die Organisationen über die CIA-Verbindung im klaren, in den meisten scheinen sie es jedoch nicht gewesen zu sein. Zu den Organisationen, die von einigen der einflußreichsten der USA bis zu einigen der obskursten reichen, gehören ABC- und CBS-News, die Zeitschriften „Time", „Life" und „Newsweek", die „New York Times", die „New York Herald Tribune", Associated Press und United Press International. Ebenfalls dazu gehörten die Scripps-Howard-Zeitungskette, der „Christian Science Monitor", das „Wall Street Journal", das „Louisville Courier-Journal" und Fodor's, ein Verlag für Reiseführer. Unter den weniger bekannten Organisationen befanden sich der College Press Service, „Business International", die McLendon Broadcasting Organization, „Film Daily" und eine in Washington erschienene, inzwischen eingestellte Underground-Zeitung, „The Quicksilver Times".

Edward W. Estlow, Präsident der Scripps-Howard-Gruppe, erklärte, es sei zwar möglich, daß einige der Korrespondenten seiner Organisation „damals in den alten Tagen" solche Kontakte gehabt haben könnten, „wir haben jedoch vor ungefähr fünf Jahren unsere Organisation gründlich durchgekämmt" und damals keine mehr ausfindig gemacht. Meist waren nach Aussage früherer und heutiger CIA-Vertreter die für die Agentur arbeitenden Journalisten eine Mischung aus örtlichen Vertretern und freien Mitarbeitern, sowie zusätzlich einigen Korrespondenten, die den Redaktionsstäben angehörten.

Örtliche und freie Mitarbeiter waren nach Aussage der CIA-Vertreter frei von den anstrengenden Terminplänen der für die großen Nachrichtenagenturen im Ausland tätigen Spitzenkorrespondenten, und sie brauchten meist auch das zusätzliche Geld, das eine Tätigkeit für die CIA abwarf. Ein früherer höherer CIA-Vertreter sagte, er habe stets die „schwer ackernden" Reporter mit antiamerikanischem Ruf, Leute, „die nicht genug Befriedigung in ihrem Beruf fanden", gegenüber denen, die nur auf finanzielle Vorteile bedacht waren, bevorzugt. „Ich war nicht auf Söldner aus", sagte er.

Im allgemeinen war die Bezahlung nicht gut. Mehrere frühere Stationsleiter berichteten, ein örtlicher Zeitungsmann, der gelegentlich kleinere Aufträge ausführte, habe lediglich etwa 50 Dollar im Monat erhalten. Für andere, die sich stärker engagiert hätten, habe sich die Summe bis auf einige hundert Dollar erhöhen können. Waren Tarnaufträge auszuführen, dann wurde das Geld über die Gehaltsbüros der Nachrichtenorganisationen geleitet, in den meisten Fällen zog es die CIA jedoch vor, ihre Agenten über Konten bei großen New Yorker Banken auszuzahlen. Reporter größerer Publikationen, von denen man besseren Zugang zu ausländischen Stellen und breitere örtliche Kontakte erwarten konnte, erhielten andererseits finanzielle Angebote, die der Höhe ihrer regulären Einkommen gleichkamen. Wayne Phillips berichtete, er habe, als er in den frühen 50er Jahren in New York als Reporter für die „Times" arbeitete, von der CIA 5000 Dollar jährlich angeboten erhalten, falls er sich bereit erklären würde, für sie im Ausland tätig zu sein. Ein weiterer Journalist, Korrespondent für das Nachrichtenmagazin „Time" in Brasilien, sagte, er habe etwa zur gleichen Zeit eine ähnliche Summe angeboten erhalten. Keyes Beech, der langjährige Fernostkorrespondent der „Chicago Daily News", berichtete, ihm seien von der CIA 12 000 Dollar jährlich angeboten worden, wenn er während seiner Rundreisen in Asien „Nachforschungen anstellen und Berichte abliefern" würde. Keyes Beech und der Korrespondent von „Time" sagten aus, sie hätten die Angebote der CIA abgelehnt, und auch die Vereinbarung mit Wayne Phillips kam infolge von Komplikationen nicht zustande.

Wenige waren informiert

In nahezu allen Organisationen, in denen Arbeitgeber festgestellt wurden, die der CIA behilflich waren, gaben leitende Angestellte – zum Teil nach internen Ermittlungen – an, sie hätten keine Kenntnis von früheren Beziehungen ihrer Korrespondenten zur CIA gehabt. Eugene Fodor gab in einem Interview zu, er habe CIA-Agenten gestattet, sich im Ausland dadurch zu tarnen, daß sie als Reporter für seine Serie von Reiseführern arbeiteten. „Sie waren alle äußerst professionell, hochqualifiziert", sagte er von den Agenten, „und wir haben es nie zugelassen, daß Politik in die Bücher geschmuggelt wurde." Eine Verbindung wurde auch von Elliott Haynes zugegeben, der ebenso wie sein Vater zu den Mitbegründern von Business International gehört, einem in weiten Kreisen angesehenen Wirtschaftsinformationsdienst. Er erklärte, sein Vater habe zwischen 1955 und 1960 vier CIA-Angestellten in verschiedenen Ländern zur Tarnung verholfen.

In vielen Fällen waren sich nach Aussage der Gewährsleute die Vertreter des Managements nicht im klaren darüber, daß sie in den Reihen ihres Personals Agenten oder höhere Mitarbeiter der CIA beherbergten, und verschiedene ehemalige Vertreter der Agentur berichteten, daß in Fällen, in denen ein Reporter als Agent angeworben wurde, eine Benachrichtigung seiner Vorgesetzten nicht erforderlich war. Wenn er die Gelegenheit hatte, einen amerikanischen Journalisten seiner Kette von Agenten hinzuzufügen, erinnerte sich ein früherer CIA-Beamter, „fragte ich nicht danach, in welchem Ausmaß sein Arbeitgeber über diese Tätigkeit Bescheid wußte". Ein anderer CIA-Mann stimmte dem zu und meinte: „Die Angelegenheit wurde nur dann weitergetragen, wenn der Mitarbeiter selbst in dieser Weise abgesichert werden wollte. Sagte er jedoch ‚Ich will, daß niemand etwas davon erfährt', dann ging die Sache nicht weiter."

Die meisten der Reporter-Agenten wurden nach Aussage der Berichte gebeten, Vereinbarungen zu unterschreiben, in denen sie sich verpflichteten, über jede ihnen zukommende vertrauliche Information Stillschweigen zu bewahren. Diese Vereinbarungen legten jedoch auch die CIA auf die von ihr zugesicherte Vertraulichkeit fest, und der frühere CIA-Vertreter sagte, die meisten Reporter hätten sie zu ihrem eigenen Schutz gewünscht. Nur in Fällen, in denen von einer Nachrichtenorganisation die Tarnung für einen regulären führenden CIA-Beamten zur Verfügung gestellt wurde, hatte das Management der Organisation nach Mitteilung der Gewährsleute mit Sicherheit Kenntnis von der Vereinbarung.

Nebentätigkeiten

In einer Reihe solcher Fälle beinhalteten die zur Verfügung gestellten Arbeitsbereiche nicht die Beschaffung von Meldungen, sondern umfaßten Nebentätigkeiten wie Werbung, Herstellung und Vertrieb. So versorgten zum Beispiel drei Geschäftsführer des Büros von „Newsweek" in Tokio die CIA über einen Zeitraum von acht Jahren mit Berichten. Edward Kosner, der Geschäftsführende Herausgeber von „Newsweek", erklärte, die Politik des Nachrichtenmagazins habe, „so lange ich dabei bin, immer darin bestanden, daß Angestellte von ‚Newsweek' für ‚Newsweek' und nur für ‚Newsweek' arbeiten." Er fügte jedoch hinzu: „Auf Alte Geschichte kann ich hier nun wirklich nicht eingehen."

Aber auch Korrespondentenjobs wurden zur Verfügung gestellt, und in einigen Fällen ging die CIA sogar so weit, der betreffenden Nachrichtenorganisation die entstandenen Unkosten zu erstatten. „Es kam schon vor, daß wir Gelder für ein Büro oder für die Erweiterung eines Büros zur Verfügung stellten", sagte ein früherer CIA-Mann. Selbst dann war es nach Angabe verschiede-

ner Quellen nicht üblich, daß man mit leitenden Vertretern der Nachrichtenorganisation Kontakt aufnahm, um die Einzelheiten zu arrangieren, wenn auch die meisten CIA-Direktoren, vor allem Richard Helms und der verstorbene Allen Dulles, eng mit den Vorstandsmitgliedern einiger der einflußreichsten Nachrichtenorganisationen der Nation befreundet waren.

Wenn sich solche Männer trafen, was sie häufig taten, dann ging die Tendenz dahin, wie ein CIA-Beamter meinte, daß auf „hoher Ebene" konferiert wurde. „Sie ließen die Welt Revue passieren", sagte er und fügte hinzu, er habe nie eine Diskussion über die Anwerbung von Reportern oder das Gewähren von Tarnung gehört, „und ich war dort bei Brandy und Zigarren verschiedene Male dabei." Allen Dulles ist tot, und Mr. Helms, den wir in seiner Wohnung in Washington erreichten, sagte: „Ich habe beschlossen, über das alles nicht zu reden, niemals." Mr. Colby hat es immer wieder abgelehnt, sich zu irgendeinem Detail zu äußern. John A. McCone jedoch, der von 1961 bis 1965 CIA-Direktor war, bestätigte den Eindruck anderer CIA-Beamter, auf höchster Ebene sei man nicht beteiligt gewesen. In einem Interview, das in seiner Wohnung in Seattle geführt wurde, erklärte McCone: „Was irgendwelche Spitzengespräche mit ‚Time' oder ‚Newsweek' oder der ‚Washington Post' oder der ‚New York Times' anbetrifft, die etwa besagt hätten, ‚Sehen Sie, wir brauchen einen Mitarbeiter drüben in Brasilien, und wir hätten ihn gern als ‚Newsweek'-Vertreter getarnt' – so etwas gab es meines Wissens nicht."

McCone sagte, es habe auch keine Spitzengespräche gegeben, von denen er wisse, die sich auf die zeitweilige Beschäftigung von im Ausland tätigen amerikanischen Journalisten bezogen hätten. „Ich würde meinen, wenn es irgendwelche offiziellen Beziehungen gegeben hat", erklärte McCone, „dann hätten sie erneuert werden müssen. Meiner Ansicht nach würde kein verantwortlicher Herausgeber sagen ‚Ich habe eine Vereinbarung mit Allen Dulles, und es versteht sich von selbst, daß ich sie dann auch mit John McCone habe'." Auf die Frage, ob irgend jemand zu ihm gekommen sei, nachdem er das Amt von Allen Dulles übernommen hatte, um eine derartige Vereinbarung zu erneuern, antwortete McCone: „Niemand."

Institutionen mit der weitesten Verbreitung wurden am häufigsten benutzt

Im Verlauf der „Times"-Studie ergab sich, daß die CIA von ihren Verbindungen zu „Time", „Newsweek", CBS News und zur „Times" selbst häufigeren Gebrauch machte als von ihren Kontakten zu den übrigen Nachrichtenorganisationen. Aus verschiedenen Quellen ging hervor, daß sich in den von der CIA dem Geheimdienstausschuß des Senats vorgelegten Akten nichts befand, woraus zu entnehmen gewesen wäre, daß Männer wie Henry Luce, der Gründer von Time Inc., oder Arthur Hays Sulzberger, der langjährige Verleger der „New York Times", jemals um solche Abmachungen ersucht worden wären oder dazu ihre persönliche Zustimmung gegeben hätten. Die „Times" hat wiederholt erklärt, sie habe weder Unterlagen über solche Übereinkünfte noch Angehörige ihres Personals finden können, die von ihnen Kenntnis hatten.

Edward S. Hunter, ein CIA-Mann im Ruhestand, der Ende der 40er Jahre in Hongkong als Korrespondent für „Newsweek" tätig war, sagte, er glaube, nur Harry Kern, der damalige außenpolitische Redakteur des Nachrichtenmagazins, nicht jedoch dessen Gründer Malcolm Muir, sei sich über seine Geheimdienstverbindungen im klaren gewesen. Kern erklärte dazu, wenn er sich je einer solchen Beziehung bewußt gewesen sei, dann könne er sich nicht daran erinnern, und Muir teilte mit, er habe nie gewußt, daß „die Jungens von Newsweek" Geld von der CIA genommen hätten.

Die Situation im Hinblick auf William S. Paley, den Vorsitzenden von CBS Inc., ist weniger klar. Sig Mickelson, ein früherer Präsident der CBS News, hat erklärt, er sei vor einigen Jahren in Paleys Büro dabei gewesen, als zwei CIA-Vertreter zugegeben hätten, Austin Goodrich, der Stockholmer Mitarbeiter der Sendeanstalt, arbeite für die CIA. CBS teilte in einer Verlautbarung mit, Paley erinnere sich nicht an dieses Treffen, obwohl er sich durchaus an ein Treffen mit Mickelson und jemandem von der CIA erinnern könne, auf dem man „die Ausstellung eines Presseausweises für einen CIA-Agenten diskutiert habe; der Agent habe ein Gebiet übernehmen sollen, das für die CIA von entscheidender Wichtigkeit, für CBS News jedoch nur von geringem Interesse gewesen sei". „Niemand der zur Zeit bei CBS Beschäftigten weiß", hieß es in der Verlautbarung weiter, „ob dieser Presseausweit tatsächlich ausgestellt wurde."

Wenn solche Vereinbarungen ausgehandelt wurden, sagte ein Vertreter der CIA, dann wurden sie in der Regel „auf der Ebene des mittleren Managements" sowohl der CIA als auch der betroffenen Nachrichtenorganisation ausgearbeitet, und auch dann auf fast beiläufige Art und Weise.

Keine bindenden Verträge

„Es war nicht formell, es gab keine Verträge, nichts, das sich hätte belegen lassen", sagte der CIA-Beamte. „Es war einfach eine Übereinkunft. Manchmal gab es Besprechungen. Aber es fand nie, nie einen Niederschlag in irgendeiner Art formeller Abmachung." Der Beamte wollte die Re-

präsentanten der mittleren Ebene im Medienmanagement, die am Aushandeln solcher Übereinkünfte beteiligt waren, nicht beim Namen nennen; einige von ihnen sollen dem Vernehmen nach noch im Bereich der Nachrichtenmedien aktiv sein.

Robert Campbell, ein CIA-Agent, der bei einer amerikanischen Zeitung arbeitete, übernahm vor einigen Jahren eine Reportertätigkeit beim „Courier-Journal" in Louisville, Kentucky. Die CIA hatte beabsichtigt, wie einer ihrer Vertreter erklärte, Campbell etwas Zeitungserfahrung sammeln zu lassen, bevor man ihn unter journalistischer Tarnung ins Ausland schickte; aufgrund von Komplikationen ging er jedoch nie nach Übersee. Leitende Angestellte des „Courier-Journal" teilten mit, sie hätten erst nach dem Ausscheiden Campbells erfahren, daß er bei der CIA gewesen sei.

Ein CIA-Vertreter berichtete, die Ridder-Zeitungskette, die jetzt einen Teil der Knight-Ridder-Organisation bildet, habe zugestimmt, sich an einem ähnlichen Arrangement zu beteiligen, ebenso der in San Diego stationierte Copley News Service. B. H. Ridder Jr., Stellvertretender Vorsitzender von Knight-Ridder und Präsident der Ridder Publications, sagte dazu: „Wenn solche Dienste erwiesen wurden, dann wären sie nur auf Ersuchen der Regierung hin erwiesen worden. Ich habe wirklich nicht die Erlaubnis, über diese Dinge zu reden." Bei Copley erklärte man, niemand von den Führungskräften wisse irgend etwas von solchen Abmachungen mit der CIA, und von den interviewten Gewährsleuten konnte auch niemand Namen von Copley-Korrespondenten angeben, die jemals auf der Gehaltsliste der CIA gestanden hätten. Andererseits erinnerte sich eine frühere Copley-Korrespondentin daran, daß sie im Laufe der Jahre bei wichtigen aktuellen Ereignissen in Lateinamerika manchmal von bis zu sechs Unbekannten umringt gewesen sei, die alle Copley-Presseausweise hatten. Forschte sie dann bei den Redakteuren in San Diego nach, so sei ihr immer wieder gesagt worden, sie sei der einzige Korrespondent für Copley am Ort des Geschehens.

CIA-Beamte, die unter journalistischem Deckmantel arbeiteten, waren nicht immun gegen den oft beträchtlichen Druck, dem ihre Kollegen ausgesetzt waren, die als amerikanische Geschäftsleute im Ausland oder unter anderer, „nicht offizieller" Tarnung auftraten. Man mußte beiden Laufbahnen die gleiche Aufmerksamkeit widmen. „Journalistische Tarnung kann man nicht beliebig lange aufrechterhalten", sagte ein früherer CIA-Mann. „Den örtlichen Zeitungsleuten wird ein unechter Kollege auffallen, es sei denn, er wolle 99,9 Prozent seiner Zeit mit Bona-fide-Aktionen verbringen, und in diesem Fall ist er für uns praktisch nutzlos."

Von „Newsweek" entlassen

Ein Beispiel dafür ist Robert G. Gately, ein CIA-Beamter, der Ende der 50er Jahre seine Arbeit in Tokio als Fernost-Geschäftsführer für „Newsweek" aufnahm. Als seine Tätigkeit für das Nachrichtenmagazin nachzulassen begann, konnte er seinen unmittelbaren Vorgesetzten nichts von den anderen Dingen erzählen, die seine Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, und verlor daher seinen Job. Er landete schließlich im Tokio-Büro des „Asia Magazine", einer in Hongkong erscheinenden Zeitungsbeilage, nur um diesen Job ebenfalls wieder wegen schwacher Leistungen zu verlieren. Als wir ihn in seinem Haus in einem Vorort Washingtons erreichten, weigerte sich Gately, irgendwelche Fragen über seine Arbeit in der Vergangenheit zu beantworten.

Ein Indiz für die allgemeine Uninformiertheit der leitenden Angestellten in den Nachrichtenmedien, soweit es die Verbindungen dieses Wirtschaftszweiges zur CIA anbetrifft, war das Erstaunen, das in den New Yorker Büroräumen der Times vor einigen Jahren festzustellen war, als der Deutschlandkorrespondent der Zeitung in einem Brief erwähnte, Henry Pleasant, ein Mitarbeiter, der für die „Times" Musikbesprechungen schrieb, sei auch der Chef der Bonner CIA-Station. Nach dieser Enthüllung entließ die „Times" ihn aus der Zeitungsarbeit.

Die gleiche Uninformiertheit auf höchster Ebene scheint auch bei anderen Nachrichtenorganisationen der Fall gewesen zu sein. Mehrere der dem verstorbenen Henry Luce am nächsten stehenden Redakteure zum Beispiel sagten, er habe es sich ihnen gegenüber – falls er es wußte – nie anmerken lassen, daß irgendwelche Reporter des Nachrichtenmagazins „Time" auf der Gehaltsliste der CIA standen. James Linen, 11 Jahre hindurch „Time"-Verleger, meinte, er habe zwar nie mit Sicherheit gewußt, daß einige seiner Korrespondenten für die CIA arbeiteten, jedoch „immer angenommen, daß es einige getan haben müssen.". Aber er sagte auch, er habe nie Schritte unternommen, um es herauszufinden.

Eine Anzahl größerer Nachrichtenorganisationen hat die CIA um Auskunft über alle Verbindungen gebeten, die ihre Angestellten unter Umständen zur Agentur hätten unterhalten können, und in einigen Fällen wurden ihnen Teilinformationen zur Verfügung gestellt. So sagte beispielsweise Benjamin Bradlee, Geschäftsführender Redakteur der „Washington Post", die CIA habe seiner Zeitung mitgeteilt, den bis in das Jahr 1965 zurückgehenden Unterlagen seien keinerlei Verbindungen mit Korrespondenten, die dem Redaktionsstab angehörten, zu entnehmen gewe-

sen, es sei jedoch ein Grundsatz der CIA, „keine Kommentare zu örtlichen Mitarbeitern abzugeben".

Selbst denjenigen leitenden Mitarbeitern in den Nachrichtenmedien, die in den USA in engem Arbeitskontakt zur CIA standen, wurde unter Umständen nicht mitgeteilt, welche ihrer Auslandskorrespondenten für die Agentur tätig waren. Joseph G. Harrison, der lange Zeit außenpolitischer Redakteur des „Christian Science Monitor" war, sagte, er habe sich in den 50er Jahren „gefreut, mit der CIA zusammenzuarbeiten", und die Agentur mit Briefen und Aufzeichnungen von Korrespondenten versorgt, in denen Hintergrundinformationen enthalten waren, die sie in ihre Depeschen nicht aufgenommen hatten; gelegentlich habe er auch einen Bericht weitergeleitet, an dem die CIA ihr Interesse geäußert hatte. Harrison erklärte jedoch, er habe nie gewußt, daß einer seiner Reporter im Fernen Osten auch für die CIA als politischer Berater des asiatischen Staatsoberhauptes fungierte, über das er berichtete.

Nicht alle der amerikanischen Journalisten mit Geheimdienstverbindungen wurden von der CIA bezahlt. So war Panos Morphos, Kriegsberichterstatter für „Newsweek" in Mitteleuropa, seinerzeit ein Agent des Office of Strategic Studies (OSS), des Vorläufers der CIA im Zweiten Weltkrieg. Einige andere hielt man, wie CIA-Vertreter berichteten, für bezahlte Agenten ausländischer Geheimdienste, von denen einige befreundete Dienste waren, andere nicht. Ein solcher Journalist, ein Korrespondent des Nachrichtenmagazins „Time" in Osteuropa, arbeitete für einen Geheimdienst des Sowjetblocks. Ein früherer „Time"-Redakteur berichtete jedoch, seitens der Zeitschrift habe man von der Verbindung gewußt und „sie als eine Art doppelten Bonus angesehen". Mindestens ein weiterer Journalist war vielleicht ein Doppelagent. Edward K. Thompson, der frühere Geschäftsführende Redakteur der Illustrierten „Life", berichtete, ein amerikanischer Geheimdienstvertreter habe ihm im Jahre 1960 gesagt, daß einer der Mitarbeiter der Illustrierten gleichzeitig für die CIA und für einen feindlichen ausländischen Geheimdienst arbeite. Thompson fügte hinzu, „Life" habe den Mann nie wieder beschäftigt. Mehrere frühere CIA-Vertreter erwähnten einen kleineren „flap" – ein Ausdruck der Agentur für „eine kompromittierende Situation" –, der sich nach ihren Aussagen Mitte der 50er Jahre im Mittleren Osten ereignete, als das Management einer größeren amerikanischen Nachrichtenorganisation entdeckte, daß einer ihrer Korrespondenten insgeheim für die CIA gearbeitet hatte.

Eine Verfahrensweise verschwindet allmählich

Innerhalb der Agentur wurde weder damals noch später eine Richtlinie herausgegeben, die für künftige Fälle die Zustimmung des Managements erforderlich gemacht hätte. Aber der Einsatz von Reportern größerer amerikanischer Nachrichtenorganisationen durch die CIA begann allmählich aufzuhören, teils weil es schwieriger wurde, dazu die Zustimmung der CIA-Zentrale zu erhalten, teils auch, weil, wie es ein ehemaliger CIA-Beamter ausdrückte, „man das Gefühl hatte, sie würden ablehnen und ihre Bosse würden es einem nicht erlauben". Außerdem, erklärte der frühere CIA-Mann weiter, bestand alles, was man zu tun hatte, um in einer ausländischen Hauptstadt Nutzen aus den örtlichen Kontakten der wichtigsten Korrespondenten zu ziehen, darin, „zu den Cocktail-Parties zu gehen, zu denen man von ihnen eingeladen wurde".

Dementsprechend begann sich der Schwerpunkt bei den Anwerbungen der CIA von den größten Nachrichtenorganisationen in Richtung auf die weniger prominenten zu verlagern. In Tokio, wo während der 50er Jahre allein im Büro von „Newsweek" mindestens vier CIA-Angestellte beschäftigt waren, wurde Mitte der 60er Jahre ein CIA-Mann namens Glenn Ireton als Korrespondent von „Film Daily" eingesetzt. Mr. Ireton ist inzwischen verstorben, und „Film Daily" hat sein Erscheinen eingestellt.

Bevor einem amerikanischen Journalisten ein Beschäftigungsangebot unterbreitet wurde, mußten CIA-Rechercheure nach Aussage von Agenturquellen in den USA unauffällig den Hintergrund des Reporters bzw. der Reporterin nach Anzeichen überprüfen, die ihn oder sie unter Umständen zu einem Sicherheitsrisiko gemacht hätten. Ein CIA-Vertreter gab zu, daß die Überprüfungen ohne Wissen des Betroffenen vorgenommen wurden; er erklärte jedoch, man müsse nach den CIA-Vorschriften „immer, wenn man irgend etwas mit einem Kerl zu tun hat, ihn einer Überprüfung unterziehen".

In den meisten Fällen liefen die Überprüfungen auf eine bloße Formalität hinaus; ein früherer Stationsleiter erinnerte sich jedoch an den Fall eines in Mexiko lebenden Ehepaares: beide waren ausgezeichnete Korrespondenten, die er als Hauptkandidaten für eine Anwerbung eingestuft hatte. Sie hatten dann jedoch die Überprüfung ihres Hintergrunds nicht bestanden, weil sie Verbindung zu Linksextremen hatten. Der ehemalige Leiter der CIA-Station sprach über die Gründe für die Anwerbung eines örtlichen Korrespondenten, den er beschrieb als „den Typ, der weiß, wo alle Skelette vergraben sind, was die wirkliche Geschichte von dem und dem ist. Der Stationschef, neu im Amt, vereinbart mit ihm einen Termin. Sie reden. Der CIA-Mann hat Informationen,

die ihn in gutem Licht erscheinen lassen. Wenn diese Treffen sich für den Mann der Agentur nicht als fruchtbar erweisen, dann werden sie aufhören. Auf diese Weise ist es Sache des Journalisten, nützliche Treffen daraus zu machen."

Auch wenn sich solche Korrespondenten nicht als CIA-Agenten qualifizieren konnten, wurden sie von der CIA-Station am Ort doch als „Aktivposten" betrachtet und in den Akten der Agentur in dieser Weise katalogisiert. Nicht alle der Beziehungen zwischen Journalisten und der CIA schlossen Geld ein, und ebensowenig wurden sie alle im Ausland aufgenommen. Viele Korrespondenten, die ihre Laufbahn in Washington durchlaufen haben, wurden zu engen Freunden höherer CIA-Beamter. Charles J. V. Murphy schrieb noch für den „Reader's Digest", als er von Allen Dulles nach dessen Abschied von der CIA im Jahre 1961 gebeten wurde, ihm beim Abfassen seiner Memoiren zu helfen, und bekam tatsächlich ein Büro in der CIA-Zentrale. Die Memoiren sind nie erschienen, und Murphy verlor sein Büro, kurz nachdem John McCone, Dulles' Nachfolger, es entdeckt hatte.

Der New Yorker Verbindungsmann

Mehrere große amerikanische Nachrichtenorganisationen wurden als solche als „Aktivposten" betrachtet, wenn auch in einem anderen Sinne, und in New York, wo die meisten Presse- und Rundfunkorganisationen ihre Zentralen besitzen, wurde ein Beamter des CIA-Büros von Manhattan als Verbindungsmann zu verschiedenen Publikationen eingesetzt. Dieser Mann, der noch immer aktiven Dienst versieht und darum bat, seinen Namen nicht zu nennen, war ein häufiger Besucher der Illustrierten „Life", wo er sich unveröffentlichte Fotos ansah, die von dem weltweiten Bataillon der „Life"-Fotografen stammten. Er war außerdem bekannt als häufiger Besucher am Mittagstisch der Redakteure der „New York Times", wo sein Hauptinteresse der Frage zu gelten schien, welche Korrespondenten in Kürze auf Urlaub in die USA zurückkommen und vielleicht für eine Berichterstattung zur Verfügung stehen würden.

Bis vor einigen Jahren war es für amerikanische Korrespondenten, die in die Heimat zurückkehrten oder sich auf einen Auslandsaufenthalt vorbereiteten, praktisch allgemein üblich, einige Zeit mit den CIA-Experten über „ihren" Teil der Welt zu konferieren; die Praxis besteht auch immer noch, obwohl nicht mehr so ausgedehnt wie in der Vergangenheit. Häufig wurden nach Aussage früherer CIA-Beamter solche Reporter darum gebeten, beim Eintreffen auf ihren Auslandsposten aufmerksam auf bestimmte Nachrichtenthemen zu achten, die für die CIA von Interesse waren, und viele arbeiteten auf diese Weise mit der Agentur zusammen.

Auf wiederum einer anderen Ebene der Beziehungen übernahm die CIA manchmal die Ausgaben eines Korrespondenten, der sich zur Übernahme solcher Aufträge bereiterklärt hatte, vor allem, wenn er in ein Gebiet reiste, in dem die Agentur nicht gut vertreten war. „Wenn jemand in den Irak ging", berichtete ein früherer höherer CIA-Vertreter, „dann fragte die CIA: ‚Würden Sie für einige zusätzliche Tage dort bleiben, wenn wir Ihre Ausgaben übernehmen?'" Er meinte, viele hätten das dann getan. Ein Journalist, der nach Aussage eines höheren CIA-Beamten Reisegeld akzeptierte, war Hal Hendrix, der als Reporter für die „Miami News" den Pulitzer-Preis für seine Berichte zur Kubakrise des Jahres 1962 erhielt. Hendrix teilte in einem Interview mit, er habe nie irgend etwas mit der CIA zu tun gehabt, das über „eine normale journalistische Beziehung" hinausgegangen wäre, und auch niemals Geld von der Agentur für irgendeinen Zweck angenommen. Mr. Henrix, sagte der Beamte, wurde von der CIA als „Aktivposten" betrachtet, und ein Teil der Verwirrung über die Anzahl der Journalisten mit früheren Beziehungen zur CIA kann auf diese Unterscheidung zurückführbar sein, die wohl für einen CIA-Insider, jedoch nur für wenige Außenstehende klar sein mag.

„Das Wesentliche an einem Agenten", meinte ein CIA-Vertreter, „besteht darin, daß er unter einem gewissen Grad von Kontrolle steht und Aufträge ausführt, weil man ihn dafür bezahlt, daß er es tut." Ein „Aktivposten" andererseits kann jeder sein, den die CIA als Informationsquelle oder in anderer Weise für nützlich hält. Ein solcher Einzelner war, wie ein CIA-Beamter erklärte, Kennett Love, ein früherer Korrespondent der „New York Times" im Mittleren Osten. Obwohl er nie dafür bezahlt wurde, stand er nach der Beschreibung des Beamten in einer „kooperativen Beziehung" zur CIA, in deren Rahmen er „Botengänge ausführte". Als wir ihn in seinem Haus in Kalifornien erreichten, sagte Love, er habe kurz nach dem Sturz des iranischen Premiers Mohammed Mossadegh im Jahre 1953 der CIA geholfen, den Text einer Erklärung zu verteilen, in der Ardeshir Zahedi als Nachfolger Mossadeghs bezeichnet wurde. Love fügte jedoch hinzu, er habe damals nicht gewußt, daß Joseph C. Goodwin, der amerikanische Beamte, der ihn um Hilfe gebeten hatte, ein CIA-Mann war, und er habe im übrigen nie etwas bewußt für die CIA getan. Ein anderer Journalist, der „Aktivposten" gewesen sein sollte, war Jules DuBois, der verstorbene Lateinamerika-Korrespondent der „Chicago Tribune", der von einem früheren CIA-Vertreter als der Agentur „gut und in günstigem Sinne bekannt" beschrieben wurde, obwohl er nie auf der Gehaltsliste der CIA stand.

Als der britische Doppelagent Harold G. Philby in den Jahren vor seinem Absprung in die Sowjetunion noch in Beirut lebte, hielt die CIA, deren Verdacht erweckt, aber noch nicht erhärtet worden war, seine Bewegung sorgfältig unter Beobachtung. Mehrere Amerikaner in Beirut wurden nach dem Bericht von CIA-Leuten zur Hilfeleistung herangezogen. Unter ihnen befand sich Sam Pope Brewer, damals Korrespondent der „New York Times", der nach maßgeblicher Quelle ein Agent des OSS gewesen war, als er während des Zweiten Weltkriegs noch als Reporter für die „Chicago Tribune" arbeitete. „Uns allen sagte man, wir sollten Philby im Auge behalten, und Sam war einer von uns", berichtete ein früherer CIA-Vertreter. Brewer starb im vergangenen Jahr.

Nach den Aussagen früherer CIA-Beamter legte die Agentur während der 50er und 60er Jahre großen Wert auf die Anzahl der von jedem leitenden CIA-Vertreter „angeworbenen" Aktivposten. Das Ergebnis, erklärte einer der CIA-Leute, sei gewesen, daß eine Reihe von Leuten als Aktivposten geführt wurden, „die nicht einmal wußten, daß man sie angeworben hatte". Der CIA-Vertreter meinte weiter, in solchen Fällen sei sich mancher einzelne der Tatsache völlig unbewußt gewesen, daß eine, wie er meinte, gesellschaftliche Beziehung zu einem CIA-Beamten von der Agentur weit ernster genommen wurde.

Mehrere langjährige CIA-Praktiker brachten beträchtliche Skepsis über den Wert eines amerikanischen Journalisten als Geheimdienstagent zum Ausdruck, besonders in Afrika, Asien oder im Mittleren Osten, wo er mit Wahrscheinlichkeit auffalle. „Wenn man ernsthaft an Spionage interessiert ist", sagte ein früherer Stationsleiter, „dann läuft man nicht mit Leuten herum, die für ein paar Wochen durch Djakarta segeln. Sie wollen nur eins von Ihnen: Ihre Kenntnisse ausbeuten. Ich würde sie behandeln wie die Pest. Was kann ein weißgesichtiger amerikanischer Journalist ohnehin schon für Sie tun?" Andere widersprachen jedoch. In einem Fall erinnerte sich ein CIA-Mann im Ruhestand daran, daß ein Korrespondent „Dinge für mich erledigen konnte. Es waren Sachen am Rande, und sie waren nicht geheim. Er stellte Fragen, schnüffelte herum. Es gab kein Geld, keine Subversion. Aber er konnte diese Dinge tun."

Hatte sich ein Reporter erst einmal anwerben lassen, dann bildete ihn die CIA im „Handwerk" der Spionage aus, im Gebrauch von Geheimtinte, in der Technik der Überwachung, dem Arrangieren geheimer Treffs und dergleichen. Die Ausbildung war nach den Worten eines früheren Stationsleiters „für jeden Fall maßgeschneidert" und konnte „einen Tag, manchmal eine Woche, manchmal auch länger" dauern. „In keinem Fall", fügte er hinzu, „versuchten wir, aus den Medienleuten wirkliche Spione zu machen. Es zahlt sich nicht aus, sie den gesamten Lehrgang absolvieren zu lassen."

Weit entfernt davon, den Abenteuern James Bonds zu ähneln, liefen die den Journalisten erteilten Aufträge in der Regel darauf hinaus, längere und detailliertere Versionen der Depeschen anzufertigen, die sie ihren Nachrichtenorganisationen bereits durchgegeben hatten.

Der Handel mit Klatsch

Nicht selten waren die Berichte an die CIA gespickt mit nicht druckfähigem Klatsch und Anzüglichkeiten, die der Agentur dabei helfen konnten, bei einer ausländischen politischen Persönlichkeit einen Vorteil zu erringen. „Wessen Frau war auf welchen Minister eifersüchtig?" – so formulierte es ein früherer CIA-Mann. Ein anderer ehemaliger CIA-Vertreter wies darauf hin, daß ein Reporter oftmals „von immensem Wert für jede Art von Operation zur Nachrichtenbeschaffung war. Er kann sich in der Stadt frei bewegen, er kann ein Postfach einrichten, er kann ein sicheres Haus beziehen, er weiß, wie man auch dort zu einem Telefon kommt, wo man manchmal drei Jahre lang darauf warten muß." Der Wert solcher einzelner, erklärte der CIA-Mann, bestand mehr darin, „daß sie Unterstützung geben konnten; er machte sie jedoch nicht notwendig zu Leuten, die man als Spione hätte einsetzen wollen."

Dennoch gab es einige Fälle, in denen amerikanische Journalisten beträchtlichen Wert als operative Geheimdienstler hatten, vor allem in Europa. „Er konnte mit Leuten reden, mit denen zu reden für die Station und die Botschaft unmöglich war", führte ein CIA-Mann aus. „Er konnte Sowjets identifizieren und mit ihnen sprechen, er konnte Reisen nach Orten unternehmen, die wir nicht erreichen konnten." Ein Beispiel, das der CIA-Vertreter hierzu anführte, war die Sowjetunion. „Es galt als viel zu riskant, dort einen Tiefenagenten zu unterhalten", erklärte er. „Die einzige Person, die wir dort jahrelang hatten, war ein Wirtschaftswissenschaftler."

In selteneren Fällen – es gab mindestens zwei davon in Hongkong und Beirut, die zeitlich durch einige Jahre getrennt waren – unternahm die CIA den in einem Fall auch erfolgreichen Versuch, amerikanische Reporter für die heikle Aufgabe einzusetzen, als Vermittler zu agieren, wenn ein Angehöriger eines ausländischen Geheimdienstes sich als Überläufer in die USA absetzen wollte – ein überaus kitzliger Auftrag, der normalerweise für qualifizierte Profis reserviert bleibt. Mindestens einmal setzte die CIA einen amerikanischen Reporter sogar in dem erfolglosen Versuch

ein, einen anderen Reporter zum „Absprung" zu bewegen. Während der Waffenstillstandsgespräche in Korea überredete die CIA nach Aussagen von Gewährsleuten Edward Hymoff, der damals als Korrespondent für den „International News Service" tätig war, dem australischen Journalisten Wilfred Burchett, der enge Beziehungen zu den nordkoreanischen Kommunisten unterheilt, 100 000 Dollar anzubieten.

Schmeichelei seitens der CIA

Noel Busch, ein Reporter des Nachrichtenmagazins „Time" im Fernen Osten, teilte mit, er sei Mitte der 50er Jahre von der CIA gebeten worden, einen asiatischen Politiker für eine tiefgehende Profilstudie zu interviewen. Busch berichtete, er habe der Agentur mitgeteilt, der Mann sei nicht so wichtig, daß „Time" oder eine andere Zeitschrift an einem solchen Bericht interessiert sein könnten. Wie er weiter mitteilte, erklärte sich die CIA jedoch einverstanden, ihm 2000 Dollar für den Artikel zu zahlen, falls niemand sonst ihn annehmen wollte. Niemand sonst wollte, und Busch erzählte, er habe später erfahren, daß die CIA „dem Kerl nur mit em Annäherungsversuch eines amerikanischen Korrespondenten schmeicheln wollte". Er sagte, er habe „Time" kurz danach verlassen und sei zur Asia Foundation gegangen.

Typischer war vielleicht die CIA-Agentin und Mitarbeiterin von „Time" in einer entlegenen asiatischen Hauptstadt, die den Auftrag erhielt, „sich in der Gesellschaft am Ort zu bewegen und das Gehörte zu berichten". Man ließ die Agentin schließlich ziehen, nachdem sie mehrere Jahre hindurch berichtet hatte, daß es nichts zu berichten gab. Führungskräfte verschiedener Nachrichtenorganisationen wiesen darauf hin, es sei für sie weit schwieriger gewesen, die Aktivitäten ihrer Teilzeitreporter oder örtlichen Mitarbeiter unter Kontrolle zu halten als die derjenigen Korrespondenten, die zur Redaktion gehörten.

Fred Taylor, Geschäftsführender Redakteur beim „Wall Street Journal", erwähnte, einer seiner europäischen fest stationierten Mitarbeiter sei vor zehn Jahren bei der CIA beschäftigt gewesen. Er habe das nie gewußt und könne es auch heute weder bestätigen noch dementieren, aber „Wer zum Teufel weiß überhaupt darüber Bescheid, was die örtlichen Mitarbeiter im Sinn haben?" Die Arbeit war jedoch nicht ohne ernste und sogar gefährliche Aspekte. Daniel Berrigan, ein Mitarbeiter der „New York Times" in Bangkok und seit vielen Jahren CIA-Agent, wurde unter mysteriösen Umständen im Jahre 1966 ermordet.

Einige Geheimdienstvertreter sind der Meinung, daß die neuen und strengeren Bestimmungen der CIA über die Beziehungen zu amerikanischen Journalisten sich als eine Übergangsregelung erweisen werden, als eine pragmatische Antwort auf die laufende Kontroverse über die in der Vergangenheit praktizierten Beziehungen der Agentur zur Presse. „Das Pendel wird weiter schwingen", sagte ein langjähriger führender CIA-Beamter, „und eines Tages werden wir auch wieder Journalisten anwerben." Und wenn dieser Tag kommt, fügte er vertraulich hinzu, „dann werde ich auch kein Problem haben, sie anzuwerben. Ich sehe viele von ihnen und ich sehe, sie sind reif für die Ernte."

Aufruf der katholischen Friedensbewegung Pax Christi zur Unterschriftenaktion gegen die Neutronenbombe und für Abrüstung

(Wortlaut)

„Der Rüstungswettlauf ist eine außerordentlich ernste Gefahr für die Menschheit" (II. Vatikan. Konzil).

„Der Rüstungswettlauf ist rückhaltlos zu verurteilen" (Stellungnahme des Vatikans an die UNO-Sonderkommission für Abrüstung).

Durch die Entwicklung der Neutronenbombe ist zu befürchten, daß die Spirale des Wettrüstens erneut in Bewegung gesetzt wird.

– Wir bitten die Menschen in West und Ost, sich nicht an die Existenz von Atombomben und den Rüstungswettlauf zu gewöhnen.

– Wir fordern die Vereinten Nationen sowie die Vertreter aller Regierungen auf, sich nachhaltig mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für Abrüstung und die Vernichtung der Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

– Wir richten an den Präsidenten der USA die dringende Bitte, die Neutronenbombe nicht serienmäßig herstellen zu lassen.

– Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie ihren Einfluß geltend macht und es verhindert, daß die Neutronenbombe gebaut wird und in Deutschland Neutronen- und Atombomben gelagert werden.

– Wir verurteilen die Perversion (Umkehrung) der Werte, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Neutronenbombe Gebäude und tote Materie schont, alles Leben aber tötet.

Zustimmungserklärungen bitte an folgende Adresse: Pax Christi, Bistumsstelle Aachen, Hofstraße 24, 4060 Viersen 1.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 50,–; öS 360,–; hfl 55,–; bfrs 792,–; FF 114,–; £ 12,60; Lit 21 000,–; dkr 140,–; nkr 125,–; skr 115,–; Yen 6000; $ 24,50. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. *ISSN 0006 – 4416*

Autoren dieses Heftes

Dr. Michael CHARLIER, geb. 1944 in Limburg, Studium der Geschichte und ostasiatischen Sprachen an den Universitäten Frankfurt/M. und Bochum, als Publizist tätig. *** *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; z. Z. Aufbaustudium mediterrane Ökologie in Marseille, Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Erich FRIED,* geb. 1921 in Wien, Lyriker und Schriftsteller, lebt in London; Lyrik- und Prosaveröffentlichungen, u. a.: Und Vietnam und (Gedichte), Berlin (West) 1966. *** *Wolff GEISLER,* Arzt, 1968–71 Gruppe für Internationale Zusammenarbeit, Göttingen; 1971–76 Deutsches Komitee für Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Bonn; seit 1975 Anti-Apartheid-Bewegung; lebt in Bonn. *** *Dr. habil. Joachim PETZOLD,* geb. 1933 in Meixdorf bei Dresden, lebt in Berlin (DDR); Autor bzw. Mitautor folgender Bücher: Die Dolchstoßlegende, Berlin (DDR) 1963; Deutschland im 1. Weltkrieg, Berlin (DDR) 1968; Von Sarajevo nach Versailles, Berlin (DDR) 1974. *** *Bernd GÜTHER,* geb. 1950 in Itzehoe, Doktorand der Soziologie in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (2/78)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

LANGWEG-BERHOERSTER
RENATE 0904
25366
TROSCHELSTR 12
5300 BONN

Prei

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	77,–	86,–	104,–	121,–	129,–	180,–	224,–	266,–
8 Seiten	128,–	146,–	171,–	194,–	215,–	300,–	365,–	428,–
12 Seiten	194,–	214,–	248,–	280,–	318,–	402,–	473,–	550,–
16 Seiten	260,–	280,–	328,–	365,–	411,–	502,–	596,–	692,–
20 Seiten	325,–	356,–	402,–	450,–	480,–	614,–	725,–	866,–
24 Seiten	365,–	408,–	464,–	516,–	558,–	716,–	849,–	1070,–
28 Seiten	420,–	464,–	524,–	592,–	642,–	776,–	964,–	1192,–
32 Seiten	472,–	515,–	579,–	644,–	695,–	838,–	1080,–	1332,–
36 Seiten	501,–	552,–	612,–	666,–	708,–	945,–	1192,–	1425,–
40 Seiten	524,–	572,–	636,–	700,–	745,–	999,–	1270,–	1468,–

Autoren dieses Heftes

Dr. Michael CHARLIER, geb. 1944 in Limburg, Studium der Geschichte und ostasiatischen Sprachen an den Universitäten Frankfurt/M. und Bochum, als Publizist tätig. *** *Edgar GÄRTNER,* geb. 1949 in Magdlos, Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M.; z. Z. Aufbaustudium mediterrane Ökologie in Marseille, Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Erich FRIED,* geb. 1921 in Wien, Lyriker und Schriftsteller, lebt in London; Lyrik- und Prosaveröffentlichungen, u. a.: Und Vietnam und (Gedichte), Berlin (West) 1966. *** *Wolff GEISLER,* Arzt, 1968–71 Gruppe für Internationale Zusammenarbeit, Göttingen; 1971–76 Deutsches Komitee für Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Bonn; seit 1975 Anti-Apartheid-Bewegung; lebt in Bonn. *** *Dr. habil. Joachim PETZOLD,* geb. 1933 in Meixdorf bei Dresden, lebt in Berlin (DDR); Autor bzw. Mitautor folgender Bücher: Die Dolchstoßlegende, Berlin (DDR) 1963; Deutschland im 1. Weltkrieg, Berlin (DDR) 1968; Von Sarajevo nach Versailles, Berlin (DDR) 1974. *** *Bernd GÜTHER,* geb. 1950 in Itzehoe, Doktorand der Soziologie in Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen.